

**DER BEGRIFF
DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN KÖRPERSCHAFT
UND SEINE ANWENDUNG AUF DIE KIRCHEN**

Eine Neubestimmung des Begriffs der öffentlich-rechtlichen Körperschaft,
verbunden mit einer Überprüfung des öffentlich-rechtlichen Status
von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte
bei dem
Fachbereich Rechtswissenschaft
der
Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Gerd Schmidt-Eichstaedt
Assessor in Berlin
1973



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41543105_0084

DER BEGRIFF DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN KÖRPERSCHAFT
UND SEINE ANWENDUNG AUF DIE KIRCHEN

Eine Neubestimmung des Begriffs der öffentlich-
rechtlichen Körperschaft, verbunden mit einer
Überprüfung des öffentlich-rechtlichen Status
von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte

bei dem

Fachbereich Rechtswissenschaft

der

Freien Universität Berlin

vorgelegt von

Gerd Schmidt-Eichstaedt

Assessor in Berlin

1973

Erstgutachter: Prof. Dr. iur. Helmut Quaritsch

Zweitgutachter: Prof. Dr. iur. Rupert Scholz

Tag der mündlichen Prüfung: 15. Oktober 1973



I N H A L T

Seite:

Aufgabenstellung

1

Erstes Kapitel

Überblick über die Ursprünge des Begriffs der Körperschaft und über die Entwicklung der Anwendung dieses Begriffs auf die Kirchen bis in das 19. Jahrhundert

6

- Die Ursprünge des Begriffs 6
- Die Geschichte der Verknüpfung von Körperschaftsbegriff und Kirchen 6
- Die Korporationslehre seit dem Neubeginn der Rechtswissenschaft im 11. Jahrhundert 8
- Eingrenzung der weiteren Fragestellung nach dem Begriff der Körperschaft auf die Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert 12

Zweites Kapitel

Die Entwicklung des Körperschaftsbegriffs und seine Anwendung auf die Kirchen vom preußischen Allgemeinen Landrecht bis in das Jahr 1918

14

- Das Gesellschaftsrecht und die staatskirchenrechtlichen Regelungen des preußischen Allgemeinen Landrechts 14
- Fortentwicklung des preußischen Staatskirchenrechts und Übernahme von dessen Regelungen durch die deutschen Einzelstaaten des 19. Jahrhunderts 18
- Der Beginn der wissenschaftlichen Unterscheidung zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Körperschaften 19
- Die wissenschaftliche Diskussion um die Abgrenzung der öffentlichen von der privaten Körperschaft im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts 20
- Versuche einer Realdefinition 20
- Versuche einer Verbaldefinition 21
- Die Einordnung der Kirchen in den Begriff der öffentlichen Körperschaft als Hauptproblem der Begriffsdiskussion 24

Drittes Kapitel

Analyse der Begriffsbildung

29

- Klärung der Voraussetzungen der Begriffsbildung durch Unterscheidung zwischen beschreibenden und ordnenden Begriffen 29
- Kategorisierung des Begriffs der öffentlichen Körperschaft als gesetzgeberischer Ordnungsbegriff 30

- Analyse der erstmaligen Begriffsbestimmung der öffentlichen Körperschaft durch das preußische Allgemeine Landrecht	33
- Definition der öffentlichen Korporation des preußischen Allgemeinen Landrechts	35
- Das Ausbleiben einer Veränderung des Körperschaftsbegriffs bis 1918	37
- Die mangelnde Formulierung rechtsstaatlicher Grenzen für eine Anerkennung von Körperschaften des öffentlichen Rechts durch den Staat bis 1918	38

Viertes Kapitel

<u>Der Begriff der Körperschaft unter der Weimarer Reichsverfassung</u>	42
---	----

- Die Verhandlungen der Weimarer Reichversammlung über die Einführung des Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung	42
- Der Streit um die Korrelatstheorie	44
- Die Bedeutung der Übernahme des seit dem pr. ALR nicht neu definierten Begriffs der öffentlichen Körperschaft durch die WRV für die endgültige Festigung des Begriffs	47
- Wesen und Ursachen der sog. besonderen Staatsaufsicht über Körperschaften des öffentlichen Rechts	49
- Die Bedeutung der Schranken des für alle geltenden Gesetzes als Begrenzung und Garantie des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts gegenüber der besonderen Staatsaufsicht	52

Fünftes Kapitel

<u>Körperschaftsbegriff und Kirchen unter dem Nationalsozialismus</u>	56
---	----

- Die Usurpation der innerkirchlichen Ordnungsgewalt der evangelischen Kirche durch das Regime des Dritten Reiches	56
- Die Korporationslehre des Nationalsozialismus - Parallelen zur DDR	58

Sechstes Kapitel

<u>Körperschaftsbegriff und Kirchen unter dem Grundgesetz</u>	61
---	----

- Die Definition des regulären Begriffs der öffentlich-rechtlichen Körperschaft durch die Wissenschaft nach 1945 - Kritik an dieser Umschreibung durch Vergleich mit der aus dem pr. ALR entwickelten Definition	63
- Die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Anerkennung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft durch den Staat	65

- <u>Aufstellung der Thesen</u>	
(1) Die Kirchen sind kraft verfassungsrechtlicher Anerkennung Körperschaften des öffentlichen Rechts wie jeder andere vom Staat als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannter Verband. Ihnen können Rechte und Pflichten vom Staat übertragen werden, die sonst dem Staat selbst vorbehalten sind.	
(2) Die Kirchen dürften von Rechts wegen nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sein, weil sie keine staatlichen Aufgaben erfüllen und weil einer Einbeziehung ihrer Aufgaben in den Funktionsbereich des Staates das verfassungsrechtliche Gebot der Religionsneutralität entgegensteht.	68
- Die Gegenposition der herrschenden Lehre	69
- Die Aufspaltung des Körperschaftsbegriffs mit Rücksicht auf die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch die herrschende Lehre seit 1945	70
- <u>Begründung der ersten These</u> mittels des Nachweises einer besonderen Staatsaufsicht über die Kirchen	72
- Die Unterworfenheit der öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften unter eigens für sie erlassene Gesetze sowie die Gegentendenz, die Kirchen aus dem Geltungsbereich des für alle geltenden Gesetzes herauszunehmen	72
- Die landesrechtlichen Kirchensteuergesetze als Beispiel für Sondergesetze mit Staatsaufsichtscharakter	73
- Weitere Beispiele für Staatsaufsichtsregelungen	77
- Die restriktive Auslegung des Begriffs der Schranke des für alle geltenden Gesetzes in Art. 137 Abs. 3 S. 1 WRV	79
- Die Verweigerung staatlichen Rechtsschutzes für dienst- und vermögensrechtliche Ansprüche von Geistlichen und Kirchenbeamten	83
- Die Regelungslücke des staatlichen Rechts im Hinblick auf Maßnahmen gegen eine verfassungsfeindliche Betätigung von öffentlich-rechtlich organisierten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	90
- Die politischen Klauseln in Kirchenverträgen und Konkordaten als Ersatzlösung für Staatsaufsichtsregelungen	94
- Die Mitwirkung kirchlicher Stellen bei der Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten	96
- <u>Begründung der zweiten These</u> durch Verdeutlichung der durch die Privilegierung der Kirchen herbeigeführten Verfassungsverstöße	99
- Übersicht über die Privilegierungen	99

- Überblick über die Art und Größenordnung der Finanzaufwendungen des Staates an die Kirchen	100
- Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Finanzaufwendungen an die Kirchen im Hinblick auf den Gleichheitssatz	103
- Die Ursprünge der Staatsleistungen an die christlichen Kirchen	106
- Der Ablösungsartikel der Weimarer Reichsverfassung (Art. 138 Abs. 1 WRV)	112
- Die Legitimationswirkung des Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft für ungleiche Behandlung durch den Staat	117
- Die ungleiche Bevorzugung der Großkirchen durch die Verleihung der Korporationsqualität trotz formeller Gleichbehandlung aller Religionsgesellschaften	119
- Die Verletzung der staatlichen Neutralitätspflicht durch die Verleihung eines öffentlich-rechtlichen Status an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	121
- Die Parochialgewalt als Relikt öffentlicher Zwangsgewalt	125
- Die mangelnde Rechtfertigung der öffentlich-rechtlichen Dienstherrnfähigkeit der Kirchen	128
- Art. 137 Abs. 5 WRV als verfassungswidriger Verfassungsartikel	128
- Die Schulpolitik des Staates als Bewährungsprobe der Religionsneutralität	132

<u>Zusammenfassende Schlußfolgerungen</u>	134
---	-----

<u>ANMERKUNGEN</u>	142
--------------------	-----

<u>LITERATURVERZEICHNIS</u>	187
-----------------------------	-----

<u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</u>	V
------------------------------	---

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AÖR	-	Archiv des öffentlichen Rechts
BayVB1	-	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	-	Der Betriebsberater
BGH(Z)	-	Bundesgerichtshof (Entscheidungen in Zivilsachen)
BGH(St)	-	Bundesgerichtshof (Entscheidungen in Strafsachen)
BVerfG	-	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	-	Bundesverwaltungsgericht
Diss (jur)	-	Dissertation (juristische)
DÖV	-	Die öffentliche Verwaltung
DVB1	-	Deutsches Verwaltungsblatt
E	-	Entscheidungssammlung
FamRZ	-	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
GG	-	Grundgesetz
GS	-	Gesetzessammlung
GVBl	-	Gesetz- und Verordnungsblatt
JÖR N.F.	-	Jahrbuch des öffentlichen Rechts, Neue Folge
JZ	-	Juristenzeitung
LM	-	Lindenmayer-Möhring (Entscheidungssammlung)
MDR	-	Monatsschrift für Deutsches Recht
NJW	-	Neue Juristische Wochenschrift
OLG	-	Oberlandesgericht
prALR	-	preußisches Allgemeines Landrecht
prOVG	-	preußisches Oberverwaltungsgericht
VerwArch.	-	Verwaltungsarchiv
VVDStRL	-	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer
WRV	-	Weimarer Reichsverfassung
ZevKR	-	Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht
ZRP	-	Zeitschrift für Rechtspolitik

Aufgabenstellung

Der Begriff der Öffentlich-rechtlichen Körperschaft und die Anwendung dieser Bezeichnung auf Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften scheinen heute geklärt zu sein: der Begriff ist wissenschaftlich außer Streit; die Anwendung der Bezeichnung auf Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist durch den Artikel 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung positiv rechtlich geregelt.

Noch um die Jahrhundertwende waren die Definition der Öffentlich-rechtlichen Körperschaft und die Korporationsfähigkeit der Kirchen lebhaft umstritten ¹⁾. Das Abklingen des Streits unter der Herrschaft der Weimarer Reichsverfassung und unter dem Grundgesetz kann man auf die Veränderung der Verfassungslage nicht zurückführen. Denn dem vom Grundgesetz übernommenen Text der Weimarer Reichsverfassung kann man weder den Begriff der Öffentlich-rechtlichen Körperschaft noch eine Antwort auf die Frage nach der Korporationsfähigkeit der Kirchen entnehmen. In dem einschlägigen Artikel 137 Abs. 5 heißt es dazu lediglich: "Die Religionsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie bisher solche waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten ...".

Schon die Formulierung des ersten Satzes von Art. 137 Abs. 5 läßt erkennen, daß die Vorschrift nicht die Streitbeendende Neuordnung einer bis

dahin zweifelhaften Rechtslage zum Inhalt haben kann. Vielmehr veranlaßte der Verfassungsgeber von 1919 mit seiner Entscheidung, die Religionsgemeinschaften einem nicht definierten Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft zuzuweisen, nur die Fortgeltung eines Rechtszustandes, dessen Vorhandensein er schlicht unterstellte. Diese Unterstellung ruhte im Jahre 1919 noch auf unsicherem Grund, eben weil die Qualifizierung der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts durch die Gesetzgebung sowie durch die herrschende Lehre des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts noch kurz zuvor in der Wissenschaft auf ernststen Widerspruch gestoßen war ²⁾.

Heute 1973 scheint die öffentlich-rechtliche Korporationsfähigkeit der Kirchen von niemandem mehr ernsthaft in Frage gestellt zu werden ^{2a)}. Die Probleme des Begriffs und der Begriffszuordnung scheinen dadurch gelöst zu sein, daß man den Begriff gespalten hat: Es gibt heute einen eigentlichen, engen Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft und einen weiteren, formellen, der nur auf die Religionsgesellschaften zugeschnitten ist ³⁾.

Die Körperschaft des öffentlichen Rechts im engeren Sinne wird heute definiert als "mitgliedschaftlich organisierter Verband, der Aufgaben des Staates unter Aufsicht des Staates erfüllt" ⁴⁾. Von diesem Begriff haben sich die Kirchen infolge der tiefgreifenden inneren Wandlung besonders der evangelischen Kirche ⁵⁾ seit jenem Höhepunkt des Streits um die Korporationsfähigkeit der Religionsgemeinschaften gegen Ende des 19. Jahrhunderts weit entfernt: Die Kirchen haben sich vom Staat zu lösen

versucht. Daher paßt der eigentliche Begriff der öffentlichen Körperschaft, die Aufgaben des Staates unter Aufsicht des Staates erfüllt, heute nur noch so wenig auf die Religionsgesellschaften, daß man sie nur noch als Körperschaften des öffentlichen Rechts sui generis bezeichnet⁶⁾.

Die Ausgangsfrage dieser Arbeit lautet: Reicht die Spaltung des Begriffs der öffentlich-rechtlichen Körperschaft aus, um die Zuordnung der Religionsgemeinschaften unter eine Bezeichnung, die jedenfalls so, wie sie von der herrschenden Lehre definiert wird, ihrem eigentlichen Inhalt nach auf die Kirchen nicht paßt, unproblematisch werden zu lassen?

Dem Anschein nach ist diese Frage zu verneinen. Nicht ohne Grund wird die öffentlich-rechtliche Stellung der Kirchen als "die Crux der staatsrechtlichen Problematik der Gegenwart" bezeichnet, in der ein "guter Teil der heutigen Spannungen und Gefahren (zwischen Kirche und Staat) seine Wurzeln" habe⁷⁾. Solche "Spannungen und Gefahren" sind bei dem heutigen Rechtszustand in der Tat unvermeidlich. Denn die Rechtsordnung knüpft an Begriffe Rechtsfolgen an; wenn ein Gegenstand einem Begriff zugeordnet wird, der seiner eigentlichen Umschreibung nach auf diesen Gegenstand nicht paßt, dann besteht die Gefahr, daß auf den zugeordneten Gegenstand unpassende Rechtsfolgen angewendet werden. So muß man sich derzeit bei jeder einzelnen Vorschrift, die auch oder nur die Rechtsverhältnisse der öffentlich-rechtlichen Körperschaften regelt,

fragen, ob von dieser Regelung auch die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts betroffen sein sollen ⁸⁾. Dieser Zustand ist mit der Systematik einer modernen Rechtsordnung, deren Folgerichtigkeit von einer möglichst großen Eindeutigkeit der verwendeten Begriffe abhängt, nicht vereinbar.

Es geht aber nicht nur um Ungereimtheiten in der Rechtsordnung. Nicht nur die Rechtsordnung mit ihren Rechtsfolgen, sondern auch die Rechtswirklichkeit orientiert sich an Rechtsbegriffen. Der öffentlich-rechtliche Status, der den Religionsgesellschaften durch ihre Einordnung als Körperschaften des öffentlichen Rechts zukommt, beeinflusst zumindest die christlichen Großkirchen entscheidend in ihrem Selbstverständnis und in ihren Ansprüchen gegenüber dem Staat. Die Kirchen erheben einen Öffentlichkeitsanspruch ⁹⁾ und betrachten sich als institutionell herausragende Kräfte des öffentlichen Lebens, die dem Staat prinzipiell gleichberechtigt sind. Der Staat wird seinerseits in seinem Verhalten gegenüber den Kirchen und ihren Privilegierungsansprüchen durch deren öffentlich-rechtlichen Status präjudiziert. Insofern ist der öffentlich-rechtliche Status der christlichen Großkirchen, der ihnen durch die Einordnung als Körperschaften des öffentlichen Rechts vermittelt wird, nicht nur Crux, sondern auch Angelpunkt des gegenwärtigen Staatskirchenrechts.

Ziel dieser Arbeit ist es, Wirkung und Berechtigung der Einordnung zu überprüfen sowie die gebotenen Schlußfolgerungen zu ziehen. Dazu muß die Frage

nach dem Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft neu gestellt werden. Der Begriff und die Geschichte seiner Anwendung auf die Kirchen müssen einer historischen und analytischen Untersuchung unterzogen werden.

Erstes Kapitel

ÜBERBLICK ÜBER DIE URSPRÜNGE DES BEGRIFFS DER KÖRPERSCHAFT UND ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER ANWENDUNG DIESES BEGRIFFS AUF DIE KIRCHEN BIS IN DAS 19. JAHRHUNDERT

Die Ursprünge des Begriffs

Der Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft ist eine neuzeitliche Schöpfung, soweit man die Betonung auf die Worte "öffentlich-rechtlich" legt. Denn eine Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Körperschaften ist, nachdem sie während des 18. Jahrhunderts durch die Naturrechtler Johann Nikolaus Hertius ¹⁾, Justus Henning Böhmmer ²⁾, Heinrich Gottfried Scheidemantel ³⁾ und Daniel Nettelblatt ⁴⁾ vorbereitet worden war, erst im 19. Jahrhundert getroffen worden ⁵⁾. Geht man allerdings dem allgemeinen Begriff der Korporation nach, so lassen sich die Ursprünge bis zurück in das römische Recht verfolgen. Das wird schon aus der sprachlichen Abkunft des der Körperschaft identischen Begriffs der Korporation vom Lateinischen "corpus" deutlich ⁶⁾. Ebenso hat auch die Verknüpfung des Korporationsbegriffs mit den Kirchen nicht erst im 19. Jahrhundert begonnen, als die öffentlich-rechtliche Körperschaft entdeckt wurde.

Die Geschichte der Verknüpfung von Körper- schaftsbegriff und Kirchen

Die erste positiv-rechtliche Einordnung von Religionsgesellschaften als öffentliche Korporationen erfolgte in Deutschland durch das Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten von 1794. Die deutsche Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts, mit der eine Reihe von deutschen Einzelstaaten die christlichen Großkirchen ausdrücklich als Körperschaften des öffentlichen Rechts qualifizierte ⁷⁾, lehnte sich meist an dieses Gesetzeswerk an.

Das Allgemeine Landrecht war mit seiner Begriffszuordnung den Vorstellungen der naturrechtlichen Wissenschaft gefolgt, die sich ihrerseits im Rahmen der Korporationslehre auf Begriffsbildungen stützen konnte, die bis auf die Glossatoren und Kanonisten, ja bis auf die Zeit Konstantins zurückgehen.

Mit der Anerkennung der christlichen Religion im Römischen Reich durch die Toleranzedikte der Jahre 311 und 313, der Förderung durch den Kaiser Konstantin und dem schließlichen Übertritt Konstantins zum Christentum wurde die damalige christliche Kirche aus einem verbotenen, unter Diokletian noch heftig verfolgten Geheimbund zum staatlich anerkannten Verband ⁸⁾. Durch die Anerkennung des Christentums, die unter Konstantin zunächst nur eine Gleichberechtigung der christlichen Kirche gegenüber dem Heidentum herbeiführte, versuchten die römischen Kaiser, die gesellschaftlichen Kräfte, die in dieser Religion lebendig waren, dem Staate dienstbar zu machen. Sie erhoben die christliche Kirche zu einem vom Staat geschützten und privilegierten, aber auch vom Staat beherrschten Verband ⁹⁾. Der altrömische Satz, daß das Jus sacrum ein Teil des Jus publicum sei, wurde auf die christliche Kirche übertragen ¹⁰⁾. Die römischen Kaiser übten die höchste Gewalt über die Kirche aus, nicht weil sie ihnen von der Kirche übertragen, sondern weil und solange sie Inhaber der unbeschränkten Gewalt im römischen Reich waren ¹¹⁾. Die Kirche wurde damit zum anstaltlich organisierten Staatsteil.

Privatrechtlich wurde den Einzelkirchen in Form der Bischofskirchen juristische Persönlichkeit erteilt, indem diese Verbandseinheit dem im

klassischen römischen Recht ausgebildeten Korporationsbegriff ¹²⁾ unterstellt, das Vermögen daher der vereinigten Gesamtheit, dem Corpus der Gläubigen zugeschrieben wurde ¹³⁾.

Damit war die christliche Kirche zum ersten Mal eine privatrechtlich als juristische Person anerkannte, materiell in das öffentliche Recht integrierte, vom Staat privilegierte und beherrschte Korporation geworden.

Das System der Einordnung und Unterordnung der Kirche unter die absolute Herrschaft des Staates als des einzigen, mit aller Machtfülle über alle ihm eingegliederten Verbände ausgestatteten öffentlichen Rechtssubjekts fand seinen Niederschlag im Corpus iuris civilis ¹⁴⁾, dessen Auslegung in den italienischen Rechtsschulen des elften Jahrhunderts den Wiederbeginn der Rechtswissenschaft nach dem Zusammenbruch des weströmischen Reiches auslöste. Dieser Neubeginn der Rechtswissenschaft stellt zugleich den Anfang der "deutschen" Korporationstheorie, d. h. der Korporationslehre auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation dar. Jener Neubeginn bildet auch den Anfang der eigentlichen Verknüpfung des Korporationsbegriffs mit den christlichen Kirchen.

Die Korporationslehre seit dem Neubeginn der Rechtswissenschaft im 11. Jahrhundert

Systematisierend und vereinfachend dargestellt vollzog sich folgende Entwicklung: Der Begriff der Korporation wurde so allgemein gehalten, daß er auf jeden Verband angewendet werden konnte, der in irgendeiner Weise als Rechtssubjekt anerkannt oder anzuerkennen war. Eine Unterscheidung zwischen Körperschaften und An-

stalten gab es nicht. Die Korporation wurde unter der Bezeichnung "universitas corporum" definiert als "plurium corporum distantium rationabilium uno nomine eis deputato collectio", d. h. als menschlicher Verband, der durch einen speziellen Namen als Wesenheit zusammengefaßt ist ¹⁵⁾. In dem gleichen Sinn wurden die Begriffe "collegium", "societas" und "universitas" gebraucht. Angesichts der mangelnden wissenschaftlichen Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Recht bildeten alle diese Begriffe zunächst das "ungespaltene Zentrum öffentlicher und privater Subjektsrechte" für einen Verband ¹⁶⁾.

Die Unterstellung der Kirche unter den oder die Sammelbegriffe der Körperschaft ¹⁷⁾ ergab sich aus der Natur der Sache, ohne daß damit etwas über eine im heutigen Sinne körperschaftlich, d. h. mitgliedschaftlich, oder anstaltlich strukturierte Natur der Kirche oder über einen "privaten" oder "öffentlichen" Status der Kirche etwas ausgesagt worden wäre. Auch ließ sich aus der Begriffszuordnung nichts Unmittelbares über das damalige Verhältnis von Staat und Kirche herleiten. Dennoch spiegeln sich schon seit Beginn der Korporationslehre innerhalb dieses Begriffs und um diesen Begriff das Gegeneinander und Miteinander von juristischen und kirchlichen Lehren, politischen Theorien und philosophischen Betrachtungen des jeweiligen Zeitalters über das Verhältnis von Staat und Kirche wider ¹⁸⁾. Die Korporationslehre wurde von Anfang an nicht nur von juristischen, sondern auch von weltanschaulichen Konflikten beeinflusst.

Zu Beginn der Korporationslehre ließ sich das Verhältnis von Staat und Kirche daran ablesen,

ob und wie der Staat seinerseits dem Korporationsbegriff untergeordnet wurde. So machten die Glossatoren einen Unterschied zwischen der "res publica", dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation als dem weltlich zu höchst stehenden Verband ihrer Zeit, und den Korporationen, zu denen sie sämtliche Staatsbildungen ¹⁹⁾ des Mittelalters außer dem Heiligen Römischen Reich zählten. Sie gestanden aber der Kirche, als der privilegiertesten Korporation, den gleichen Status zu wie der res publica ²⁰⁾ und brachten damit ihre Ansicht von der Gleichwertigkeit des weltlichen und geistlichen Reiches zum Ausdruck.

Die Kanonisten und Postglossatoren ordneten Staat und Kirche gleichermaßen dem Korporationsbegriff zu ²¹⁾. Erst mit dem Aufkommen des Absolutismus erhob sich der Staat wiederum aus dem Begriff und ordnete sich die Korporationen einschließlich der Kirchen unter ²²⁾. Er übernahm wiederum die volle Herrschaft über alle gesellschaftlichen Verbände. Deren Rechtsstellung wurde von Staats wegen herrschaftlich festgelegt. Die Korporationen wurden in den Staat integriert ²³⁾. Damit wurden die Korporationen zu einer staatlichen, öffentlich-rechtlichen Institution, der ursprüngliche Doppelcharakter des Begriffs ging verloren. Der Begriff der Korporation und der öffentlichen Korporation wurden identisch.

Auch in diesem Stadium der Begriffsbildung ergab sich die Zuordnung der Organisationen der Kirchen unter den Begriff der Korporation aus der Natur der Sache. Denn die institutionelle Verknüpfung von Staat und Kirche unterlag zunächst noch keinem grundsätzlichen Zweifel. Die Kirchen waren - selbst im religionstoleranten Preußen -

öffentliche Polizeianstalten ²⁴⁾ zur Bewahrung der guten Sitten und zur Erfüllung personenstandsrechtlicher Aufgaben.

Erst die aufklärerische Religionskritik hatte zur Folge, daß das Verhältnis von Staat und Kirche grundsätzlich neu überdacht wurde. Die jahrhundertelang selbstverständliche Verknüpfung wurde in Frage gestellt ²⁵⁾ und damit, angesichts der Identität des Korporationsbegriffs mit öffentlicher im Sinne von staatseingeordneter Korporation, auch die Stellung der Kirchen als öffentliche Körperschaften. In Deutschland wurde diese Entwicklung erst auf der Frankfurter Reichsversammlung von 1848/49 vollends sichtbar, als die Forderung nach institutioneller Trennung von Staat und Kirche wohl erstmals öffentlich in Deutschland erhoben wurde ²⁶⁾.

Die Gesetzgeber in Deutschland ordneten die Kirchen auch noch nach den Forderungen auf der Frankfurter Reichsversammlung und zu einem Zeitpunkt, da ein Unterschied zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Korporationen bereits festgestellt war und wissenschaftlich erörtert wurde, den Körperschaften des öffentlichen Rechts zu ²⁷⁾. Damit trafen sie eine politische Entscheidung gegen die Trennung von Staat und Kirche, für eine institutionelle Verknüpfung. Diese Entscheidung ist, soweit es um die Begriffszuordnung geht, weder von der Weimarer Verfassung noch vom Grundgesetz revidiert worden. Inwieweit auch die politische Entscheidung heute noch fortwirkt, wird sich im Verlauf der folgenden Erörterungen erweisen. Aus der bisherigen geschichtlichen Übersicht sollten

sich nur die rückwärtigen Grenzen der Fragestellung nach dem Begriff der Körperschaft und dem öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen ergeben:

Eingrenzung der weiteren Fragestellung nach dem Begriff der Körperschaft auf die Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert

Die Geschichte des Begriffs im heutigen Sinn tritt erst mit der ersten positiv-rechtlichen Erwähnung der öffentlichen Korporation im Allgemeinen Landrecht von 1794 in ein konkretes Stadium ein. Deshalb braucht eine Begriffsstufe erst mit diesem Zeitpunkt einzusetzen. Für die Einordnung der Kirchen als Korporationen gilt: solange einerseits der Begriff der Korporation der wissenschaftlichen Präzision entbehrte (nämlich bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts), andererseits die Zuordnung der Kirchen unter den Korporationsbegriff im weitesten Sinne sowohl dem Selbstverständnis der Kirchen als auch dem staatlichen Gefüge entsprach (nämlich bis Ende des 18. Jahrhunderts), muß auch die heutige Rechtswissenschaft die Berechtigung der Einordnung der Kirchen als öffentliche Korporationen anerkennen. Das gilt nicht nur für eine Anerkennung als historische Tatsache, sondern auch für das Anerkennen der wissenschaftlichen Berechtigung dieser Zuordnung - wissenschaftlich berechtigt deswegen, weil Begriff und zugeordnete Wirklichkeit einander entsprachen. Erst mit Beginn der aufklärerischen Religionskritik, dem Wandel des kirchlichen Selbstverständnisses, der Festigung und Einengung des einst allumfassenden Begriffs stellt sich die Frage nach dem Begriff der Körperschaft und nach der öffentlich-rechtlichen Korporationsfähigkeit der Kirchen neu: Die Frage gewinnt Berechtigung, weil sich zwi-

schen Begriff und zugeordneter Wirklichkeit ein Spannungsverhältnis zu entwickeln beginnt. Dieser Prozeß setzte um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert ein, also gerade zu dem Zeitpunkt, als das Preußische Allgemeine Landrecht erlassen wurde.

Z w e i t e s K a p i t e l

DIE ENTWICKLUNG DES KÖRPERSCHAFTSBEGRIFFS UND SEINE ANWENDUNG AUF DIE KIRCHEN VOM PREUSSISCHEN ALLGEMEINEN LANDRECHT BIS IN DAS JAHR 1918

Als der preußische Gesetzgeber mit dem Allgemeinen Landrecht von 1794 versuchte, die Staats- und Gesellschaftsordnung des aufgeklärten Absolutismus in einem Gesetzeswerk vollständig niederzulegen, war diese Gesellschaftsordnung im benachbarten Frankreich schon durch die Revolution von 1789 beseitigt worden. Daran verdeutlicht sich, daß das Allgemeine Landrecht am Ausgang einer Epoche steht. Wegen des nach rückwärts gerichteten Blicks des Gesetzgebers waren die Normen dieser Kodifikation im allgemeinen nicht geeignet, das Fundament einer Rechtsordnung für kommende Jahrhunderte zu legen. Dennoch sind der Korporationsbegriff und die staatskirchenrechtlichen Regelungen des Allgemeinen Landrechts epochemachend geworden. Denn auf das Beispiel und die Begriffsbildung des Allgemeinen Landrechts, das die Kirchengemeinden den "öffentlichen Korporationen" zugeordnete, ist es zurückzuführen, daß sich die Einstufung der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts so sehr in der positiven Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts niederschlagen hat, daß sich weder die Weimarer Reichsverfassung noch das Grundgesetz von diesem System haben lösen können.

Das Gesellschaftsrecht und die staatskirchenrechtlichen Regelungen des preußischen Allgemeinen Landrechts

Die Zählebigkeit des staatskirchenrechtlichen Modells, das vom Allgemeinen Landrecht geschaffen worden ist, beruht nicht zuletzt darauf, daß es eingebettet ist in das allgemeine Gesellschaftsrecht des preußischen Ge-

setzeswerks. Auch Begriffe und Ausformungen des Gesellschaftsrechts sind in Deutschland nicht unwesentlich vom Allgemeinen Landrecht beeinflusst worden. So ist die eigentümliche Dreiteilung des deutschen Gesellschaftsrechts in nicht rechtsfähige Gesellschaften, quasi rechtsfähige Handelsgesellschaften und voll rechtsfähige Gesellschaften des privaten und öffentlichen Rechts bereits vorgezeichnet, indem im Allgemeinen Landrecht sog. geduldete, genehmigte und mit Korporationsrechten versehene Gesellschaften auf die folgende Weise unterschieden werden:

Das Allgemeine Landrecht gibt im zweiten Teil, Titel 6, § 1 zunächst eine Definition der Gesellschaften überhaupt, unter denen danach "Verbindungen mehrerer Mitglieder des Staates zu einem gemeinschaftlichen Endzweck verstanden" werden sollen. Nach § 2 sind dergleichen Gesellschaften erlaubt, "insofern dieser Zweck mit dem gemeinen Wohl bestehen kann". Sie werden dann vom Staat, ohne einer besonderen Erlaubnispflicht zu unterliegen, geduldet.

Diejenigen Gesellschaften, die sich zu einem fortdauernden gemeinnützigen Zweck verbunden haben und außerdem vom Staat ausdrücklich genehmigt sind, werden vom Allgemeinen Landrecht dem Begriff der "öffentlichen" oder "privilegierten" Korporation¹⁾ zugeordnet. Sie besitzen das besondere Privileg, in den Geschäften des bürgerlichen Lebens "eine moralische Person vorzustellen"²⁾, d. h. sie allein sind als juristische Personen anerkannt.

Zu diesen privilegierten Gesellschaften gehörten nach dem Allgemeinen Landrecht nur die Land- und Stadtgemeinden³⁾, die Zünfte⁴⁾, die Universi-

täten ⁵⁾ und die kirchlichen Gemeinden ⁶⁾, die sämtlich als staatsintegrierte Verbände verstanden wurden. Die privatrechtlichen Handelsgesellschaften mußten sich mit dem Status von im Einzelfall besonders genehmigten Gesellschaften begnügen. Sie standen zwischen den bloß geduldeten Gesellschaften und den privilegierten Korporationen. Die Rechte einer Korporation kamen ihnen nur nach innen zu ⁷⁾, es fehlte ihnen (wie heute den Personengesellschaften des Handelsrechts) die Anerkennung als juristische Person nach außen ⁸⁾.

Von den in Preußen bestehenden Religionsgesellschaften sprach das Allgemeine Landrecht nur den zu den drei bedeutendsten religiösen Bekenntnissen zählenden Gemeinden - den evangelisch-lutherischen, den evangelisch-reformierten und den katholischen Gemeinden ⁹⁾ - die Rechte einer Korporation zu ¹⁰⁾. Diese Religionsgesellschaften wurden vom Staat "ausdrücklich aufgenommen" ¹¹⁾, ihr fortdauernder gemeinnütziger Zweck im Sinne des § 2 wurde mit jener nahezu berühmten Formel des § 14 II 11 dahin festgelegt, daß jede Kirchengesellschaft verpflichtet sei, ihren Mitgliedern "Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnung gegen ihre Mitbürger einzufloßen". Religionsausübung und Vermögensverwaltung wurden durch staatliche Behörden, zum Teil durch den König selbst, überwacht ¹²⁾.

Als Gegenleistung für den Dienst am und im Staat genossen die drei anerkannten Bekenntnisse besondere Vorrechte: Allein sie hatten das Recht der freien und öffentlichen Religionsausübung. Alle anderen Religionen durften nur im Stillen wirken,

"öffentliche Feyerlichkeiten außerhalb der Mauern ihres Versammlungshauses abzuhalten" ¹³⁾, war ihnen nicht gestattet. Die Gewalt der privilegierten Kirchengemeinden über ihre Mitglieder wurde durch die Erhebung in den Status einer öffentlichen Korporation zur öffentlichen, staatlichen Gewalt. Die kirchlichen Verordnungen wurden kraft staatlicher Autorität Gesetze, die kirchlichen Entscheidungen zur staatlichen Rechtsprechung.

Die kirchlichen Beamten wurden, wenn nicht direkt Staatsbeamte, so doch ihnen gleichgestellt ¹⁴⁾. Die kirchlichen Gebäude wurden vom Staat unterhalten, nur die Gotteshäuser der privilegierten Bekenntnisse durften Kirchen genannt werden ¹⁵⁾. Das kirchliche Vermögen war besonders geschützt, genoß Konkursvorrechte, Forderungen verjährten erst in 44 Jahren ¹⁶⁾. Dazu genossen die privilegierten Bekenntnisse erhöhten Strafrechtsschutz gegen Beleidigung, Störung des Gottesdienstes, Diebstahl von Kirchengut. Der Staat setzte seine Zwangsmittel für die Beobachtung der Kirchengesetze ein, vollstreckte die Gebühren- und Abgabenforderungen, die Straf- und Disziplinarerkenntnisse ¹⁷⁾.

Damit ergeben sich als Kennzeichen der kirchlichen Korporationen des Allgemeinen Landrechts: enge Verknüpfung mit dem Staat, dessen Oberhaupt zugleich die Stellung des summus episcopus der evangelischen Landeskirchen innehatte; Gewährung von Privilegien unter Aufsicht und unter der Auflage, die Staatsräson zu fördern.

*Fortentwicklung
des preußischen
Staatskirchen-
rechts und Über-
nahme von dessen
Regelungen durch
die deutschen
Einzelstaaten
des 19. Jahrhun-
derts*

Die unbedeutenderen kleinen Religionsgesellschaften in Preußen¹⁸⁾ besaßen nach dem Allgemeinen Landrecht nur die Stellung geduldeter Privatgesellschaften. Diese Unterprivilegierung wurde in Preußen bis Mitte des 19. Jahrhunderts gemildert, insbesondere durch das Edikt vom 30. März 1847¹⁹⁾. Durch dieses "allerhöchste Patent" wurde allen religiösen Gemeinschaften in Preußen die Chance gewährt, zur ausdrücklich genehmigten Korporation aufzusteigen, deren Rechte durch die Einzelkonzessionierung bestimmt wurden. Den bis dahin bevorrechteten Landeskirchen wurde zwar gleichzeitig versichert, daß sie "nach wie vor den kräftigsten landesherrlichen Schutz genießen und in dem Genusse ihrer besonderen Gerechtsame erhalten werden" sollten. Dennoch war diese Entwicklung einerseits fortschrittlich, weil sie die Rechtsgleichheit für alle Konfessionen und Sekten wenigstens einen Schritt näher brachte. Aber andererseits wurde den Religionsgesellschaften mit der Möglichkeit landesherrlicher Konzessionierung und des Erwerbs von Korporationsrechten doch wiederum nur ein Status eröffnet, der mindestens geeignet war, sie in eine zweifelhaft enge Bindung zum Staat zu versetzen.

Mit den gleichen, teils positiv, teils negativ zu bewertenden Folgen schloß sich die Mehrzahl der deutschen Einzelstaaten bis ca. 1875 dem staatskirchenrechtlichen Modell des preußischen Gesetzgebers an, indem mindestens die großen Religionsgesellschaften zu öffentlichen Korporationen erklärt wurden²⁰⁾. Auch dies war im Hinblick auf die prinzipielle Toleranz und wenigstens teilweise Rechtsgleichheit, die der preussische Rechtszustand bot, fortschrittlich, im Hinblick auf die Einzelheiten des gewährten Status jedoch bedenklich²¹⁾.

Der Beginn der wissenschaftlichen Unterscheidung zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Körperschaften

Die Bedenken im Hinblick auf den Status müssen um so deutlicher hervortreten, als in den rund 80 Jahren, die diese Entwicklung zur annähernden Rechtsgleichheit in Preußen und zur Übernahme des preußischen Rechts im übrigen Deutschland benötigte, der Begriff der Korporation wissenschaftlich in Bewegung geraten war. Insbesondere hatte man, zuerst wohl in Süddeutschland, damit begonnen, zwischen Körperschaften des öffentlichen und des privaten Rechts zu unterscheiden ²²⁾. Die Differenzierung zwischen privaten und öffentlichen Korporationen war in dem Augenblick notwendig geworden, in dem das aufblühende Wirtschaftsleben nicht mehr ohne rechtlich voll handlungsfähige Gesellschaften auskommen konnte, man sich also genötigt sah, auch rein wirtschaftlich orientierten Personenvereinigungen volle Rechtsfähigkeit und damit die Qualität einer juristischen Person zuzuerkennen. Da die Qualität einer juristischen Person nach dem geltenden Allgemeinen Landrecht an den Begriff der Korporation geknüpft war, lag es für die wissenschaftliche Begriffsbildung nahe, auch die neu zu formenden privatrechtlichen Gesellschaften mit juristischer Person dem Begriff der Korporation zuzuordnen. Dem stand zwar das Allgemeine Landrecht insofern entgegen, als eine Korporation nach dem Allgemeinen Landrecht nur anzuerkennen war, wenn sie einen fortdauernden gemeinnützigen Zweck dauernd verfolgte. Diese Zweckbindung ließ sich aber auf die öffentliche Korporation beschränken, während die private Körperschaft dem Erzielen von wirtschaftlichem Gewinn nachgehen mochte ²³⁾. Immerhin hat sich aus der Terminologie des Allgemeinen Landrechts, wonach es nur öffentliche Körperschaften gibt, bis heute erhalten, daß der Begriff der Körper-

schaft noch heute überwiegend im öffentlichen Recht als öffentlich-rechtliche Körperschaft benutzt wird, während der Begriff der Gesellschaft als der ursprüngliche Oberbegriff allein im Privatrecht und dort vorzugsweise gegenüber dem Begriff Körperschaft gebraucht wird.

Die wissenschaftliche Diskussion um die Abgrenzung der öffentlichen von der privaten Körperschaft im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Angesichts der Vielfältigkeit und Verschiedenheit der einzelnen Gesellschaften, die nun alle dem Körperschaftsbegriff zugeordnet wurden und dadurch die Qualität einer juristischen Person erhielten, wurde das Problem der genauen begrifflichen Abgrenzung zwischen den öffentlichen und privaten Körperschaften zu einer wissenschaftlichen Streitfrage, die zahlreiche Stellungnahmen herausforderte. Bei den Versuchen einer unterscheidenden Begriffsbildung verfolgten die Gelehrten zwei Methoden: die einen suchten in der Realität nach übereinstimmenden Merkmalen bei den Körperschaften, die bereits positiv als Körperschaften des öffentlichen Rechts benannt waren, um an den speziellen Eigenschaften den Unterschied zu Privatgesellschaften herauszuarbeiten. Diese Wissenschaftler wollten also eine Definition aus der Realität, eine Realdefinition gewinnen. Die anderen Wissenschaftler argumentierten aus dem Wortsinn von "öffentlich" und "öffentlich-rechtlich", um so eine Verbaldefinition zu liefern.

Versuche einer Realdefinition

Bei den Bemühungen um eine Realdefinition wurden als spezifische Eigenschaften der öffentlichen Korporation zumeist die besondere Privilegierung²⁴⁾, etwa durch Ausstattung mit obrigkeitlicher Gewalt²⁵⁾, und die besondere staatliche Beaufsichtigung²⁶⁾ der als öffentliche

Korporation anerkannten Verbände hervorgehoben. Diese Merkmale vermochten aber nach anderer Ansicht für sich allein eine endgültige Abgrenzung zu Privatgesellschaften nicht zu vermitteln, weil der Staat auch private Gesellschaften besonders fördern und beaufsichtigen kann, ohne daß sie damit zu öffentlichen Korporationen werden ²⁷⁾. Auch die verschiedenen Körperschaften zukommenden besonderen Merkmale des Beitrittszwanges oder doch zumindest eines Beitritts ohne Willen des Betroffenen ²⁸⁾ oder des Gründungszwanges ²⁹⁾ vermochte keine Einstimmigkeit über die Frage der Abgrenzung zur privaten Körperschaft herbeizuführen, weil es öffentliche Körperschaften auch ohne Beitritts- oder Gründungszwang gibt. Schließlich vermochte auch eine Unterscheidung nicht weiterzuhelfen, die darauf abstellte, ob eine Körperschaft öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Ursprungs sei ³⁰⁾. Denn damit verschob man das Problem nur zu der Frage, unter welchen Umständen ein öffentlicher oder ein privater Ursprung festgestellt werden könne.

*Versuche einer
Verbaldefinition*

Angesichts dieser Erfolglosigkeit der Bemühungen, die öffentliche Körperschaft anhand einzelner Eigenschaften oder ihres Ursprungs zu definieren, versuchte die andere Gruppe der Wissenschaftler, eine bessere Lösung über die Auslegung des Wortes "öffentlich", "öffentlich-rechtlich" im Gegensatz zu "privat", "privatrechtlich" zu erreichen. Der konsequenteste Vertreter dieser Gruppe war Rudolf von Ihering, der seine Definition der öffentlichen Gesellschaft aus folgender Auslegung des Wortes öffentlich schöpfte: "Öffentlich heißt, was offen ist. Ein öffentlicher Garten, Fluß, Platz, Theater, Lo-

kal, eine öffentliche Schule, Vorlesung, Versammlung ist für jedermann offen, jedem steht der Zutritt frei; ob unentgeltlich oder gegen Entrichtung einer Vergütung, kommt für den Begriff nicht in Betracht. Die Römer entnehmen die Bezeichnung des Begriffs dem Wort "populus"; "populicum", "publicum" ist dasjenige, was für alle, für das Volk bestimmt ist, d. i. allen offensteht. Den Gegensatz des Offenen bildet das Geschlossene, Gesperrte, den des "publicum" das "privatum", "proprium" ("quod pro privo est", d. i. was für den einzelnen bestimmt ist), dasjenige, was jeder für sich allein hat und von dem er mithin jeden anderen ausschließt." 31)

Eine öffentliche Körperschaft ist also nach Rudolf von Ihering eine Personenvereinigung, der beizutreten jedermann rechtlich offen steht. Diese Definition ist von Anfang an als unzutreffend abgelehnt worden 32), weil einerseits öffentliche Korporationen in ihren Statuten Aufnahmebeschränkungen haben können, die es der Mehrzahl der Staatsbürger durchaus verwehren können, Mitglied zu werden, andererseits ein privatrechtlicher Verein nicht dadurch zur öffentlich-rechtlichen Körperschaft wird, daß er jedermann als Mitglied aufnimmt 33).

Weitere Versuche einer Definition aus dem Wortsinne von "öffentlich" nahmen Bezug auf "öffentlich-rechtlich" im Sinne von "auf den Staat bezogen", wobei man sich sowohl auf die Ausführungen lateinischer Sprachwissenschaftler zum Parallelwort "publicus" 34) als auch auf die

Legaldefinition von Ulpian über den Begriff des öffentlichen Rechts in den Digesten berufen konnte: publicum jus est, quot ad statum rei romanum spectat, privatum, quod ad singulorum utilitatem. 35)

So definierte Heinrich Rosin als öffentlich eine Genossenschaft, welche kraft öffentlichen Rechts dem Staate zur Erfüllung ihres Zweckes verpflichtet ist 36). Eine weitere, insbesondere von Georg Jellinek vertretene Theorie verlangte, daß die öffentlich-rechtlichen Verbände entweder Träger von staatlichen Herrschaftsrechten (aktive öffentlich-rechtliche Verbände) oder Bestandteil der Staatsorganisation (passive öffentlich-rechtliche Verbände) sein mußten 37). Eine verwandte dritte Lehre bezeichnete diejenigen Körperschaften als öffentlich-rechtlich, die zu einem Gliede des Staatsganzen, des Staatsorganismus erklärt worden seien 38).

Allen diesen letzten Theorien mußte die Einordnung der Kirchen als öffentliche Korporationen durch das positive Recht Schwierigkeiten bereiten. Denn nachdem auf der Frankfurter Reichsversammlung die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche erhoben worden war, konnte die Einstufung der Kirchen als öffentliche Korporationen kaum noch als organische Integration in das Staatsgefüge, als Inpflichtnehmen durch den Staat verstanden werden, wie es anscheinend dem Willen des Allgemeinen Landrechts entsprochen hatte, das die großen Religionsgesellschaften als vom Staat aufgenommen bezeichnet hatte.

*Die Einordnung
der Kirchen in
den Begriff
der öffentlichen
Körperschaft als
Hauptproblem
der Begriffs-
diskussion*

Die Einordnung der Kirchen in den Körperschaftsbegriff wurde damit zum Kardinalproblem der Begriffsdiskussion. Diese Tatsache veranlaßte manchen nachträglichen Betrachter zu dem Urteil, der Begriff der Korporation sei an den Kirchen entwickelt worden ³⁹⁾. Ebenso zutreffend wäre aber der Satz, daß die Einordnung der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts bisher eine gradlinige Entwicklung des Begriffs verhindert hat. Denn die Zuordnung der Kirchen unter den Begriff stellte die Wissenschaftler vor ein Problem, zu dem es zwar verschiedene Lösungsmöglichkeiten gab, über das man aber keine Einigkeit erzielen konnte. Einigkeit bestand nur darüber, daß die Kirchen als Körperschaften keine in den Staat organisch integrierten Verbände wie die Gemeinden seien, die Aufgaben des Staates zu erfüllen hätten. Auf dieser Grundlage blieb nur die Konsequenz, entweder unter Beibehaltung des staatseinordnenden Begriffs die Zuordnung der Kirchen unter den Körperschaftsbegriff als falsch zu bezeichnen, oder aber den Begriff der Korporation mindestens in Bezug auf die Kirchen neu, nämlich in irgendeiner Weise staatsunabhängig zu definieren.

In der wissenschaftlichen Literatur des 19. Jahrhunderts wurden beide dieser aufgezeigten Möglichkeiten vertreten. Zu einer Lösung im ersteren Sinn, also zu einer Ablehnung der öffentlich-rechtlichen Korporationsfähigkeit der Kirchen, gelangte in dem wissenschaftlichen Streit nur eine Minderheit der Autoren, deren Wortführer Heinrich Rosin war. Rosin bezeichnete, wie oben beschrieben, die öffentlich-rechtliche Körperschaft als einen personen-

rechtlichen Verband, der vom Staat zur Erfüllung seiner Zwecke in Pflicht genommen worden ist ⁴⁰⁾. Nach dieser Definition erfüllt der Verband, indem er seinen Zwecken nachgeht, zugleich Zwecke des Staates. Die Einordnung der Kirchen als öffentliche Korporationen beruhte nach Ansicht Rosins auf den überholten Vorstellungen des Polizeistaats, der Kirche und Christentum als wichtige Mittel guter Polizei betrachtet habe. Nach moderner freiheitlicher Auffassung - so meinte Rosin - könnten die religiösen Zielsetzungen der Kirchen nicht mehr als staatliche Aufgabe betrachtet werden, zu deren Durchführung die Kirchen unter Staatsaufsicht verpflichtet werden könnten; vielmehr gehörten die kirchlichen Verbände dem Bereich des Privatrechts an ⁴¹⁾.

Gegen diese Lösung wandte sich unter Berufung auf das geltende Recht, das die Kirchen ausdrücklich als Körperschaften des öffentlichen Rechts bezeichnete ⁴²⁾, die Mehrzahl der Wissenschaftler ⁴³⁾. Bei den Versuchen, den Kirchen ihre Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erhalten, formten sich zwei Gruppen heraus: die eine bemühte sich um eine Definition des Begriffs, die eine Zuordnung der Kirchen unter einen einheitlichen Begriff der öffentlichen Korporation erlaubte. Die andere nahm eine Spaltung des Begriffs in Kauf, indem sie für die Kirchen eine besondere Definition der Körperschaft entwickelte.

Die Anhänger einer einheitlichen Begriffsbildung orientierten sich zum Teil an gemeinsamen Merkmalen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die auch auf die Kirchen zutrafen,

wie z. B. besondere Privilegierung ⁴⁴⁾ und besondere Beaufsichtigung ⁴⁵⁾. Zum Teil griff man auch bewußt oder unbewußt auf die Definition des Allgemeinen Landrechts zurück, das nur solche Gesellschaften als Korporationen anerkannte, die einen gemeinnützigen Zweck dauernd verfolgten. Zu dieser letzteren Gruppe gehörte die sog. Zweckanerkennungstheorie, nach der eine öffentlich-rechtliche Körperschaft eine von der Rechtsordnung als der Erfüllung öffentlicher Zwecke dienend anerkannte Personengesellschaft ist ⁴⁶⁾. Dabei sollte es nach dieser Zweckanerkennungstheorie dem Staat freistehen, jeden "öffentlichen", d. h. hier "im gesellschaftlichen Leben bedeutsamen" Zweck, also auch religiöse Bestrebungen, zu seinem, zum staatlichen Zweck zu machen ⁴⁷⁾.

Eine solche Lehre mußte notwendig in die Nähe des Vorwurfs geraten, die Religion nach dem Vorbild des 18. Jahrhunderts als Mittel der Staatsräson einsetzen zu wollen ⁴⁸⁾. Diesem Vorwurf zu entgehen, bemühte sich die zweite Gruppe der Wissenschaftler, der bewußt war, daß ihre eigentliche Definition der öffentlichen Körperschaft etwa im Sinne eines Teils des Staatsorganismus auf die Kirchen nicht paßte ⁴⁹⁾. Diese Gruppe formulierte für die Kirchen einen besonderen, weiteren oder formellen Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, der die Kirchen nicht als Teil, sondern als Gegenüber des Staatsorganismus auffaßte ⁵⁰⁾.

Man versuchte, die Kirchen als dem Staat zwar nicht rechtlich, aber ethisch gleichwertige Körperschaften aufzufassen. Rudolf Sohm ⁵¹⁾

entwickelte dazu den Gedankengang, daß die Kirche nicht Glied des Staates, sondern ein selbständiger Organismus, eine dem Staat gegenüberstehende Korporation sei. Er führte aus: Staat und Kirche stünden beide im Dienste der Vollkommenheit, beider Aufgabe sei die Vervollkommenung des Menschen. Der Staat stünde im Dienste des Rechtsgesetzes, die Kirche im Dienste des Sittengesetzes. Die Kirche sei ethisch gleich notwendig wie der Staat, sie sei ethisch gleichberechtigt. Diese Gleichberechtigung mache die Kirche noch nicht zur öffentlichen Korporation - sie werde es erst durch Rechtssätze, welche die ethische Gleichberechtigung realisierten, rechtlich zum Ausdruck brächten. Eine öffentliche Korporation sei eine durch Rechtssätze mit dem Staat als ethisch gleichwertig gesetzte Korporation. Diese Rechtssätze nötigten den Staat zum Dienste an der öffentlichen Korporation (Privilegien) und beriefen ihn zur Anteilnahme am Leben der Korporation (Beeinflussung, Staatsaufsicht).

Überschaut man diese Argumentation für ein gleichwertiges Nebeneinander von Staat und Kirche unter dem Körperschaftsbegriff in Kenntnis der Vorgeschichte der Begriffsbildung und im Vorausblick auf die Diskussion, die in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts in der Bundesrepublik um die Stellung der Kirchen als dem Staat gleichwertige Körperschaften des öffentlichen Rechts *sui generis* geführt wurde ⁵²⁾, so stellt man eine ewige Wiederkehr der Argumente und Meinungen fest. Formell hat es oft den Anschein, als diskutierte man um den Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Materiell

ringt man stets um das Verhältnis von Staat und Kirche, indem man die Kirchen entweder in den Begriff der Körperschaft einordnet oder sie als Körperschaften sui generis aus dem Begriff herausnimmt, ihre Stellung als gleichrangig, als untergeordnet oder als eingeordnet bewertet ⁵³⁾.

Wenn man dem Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft wissenschaftliche Verwendbarkeit zukommen lassen will, dann muß er aus diesem Abhängigkeitsverhältnis von der Diskussion um das Verhältnis von Staat und Kirche gelöst werden. Der Begriff darf nicht mit jedem Wechsel des Verhältnisses von Staat und Kirche neu definiert werden, indem Früheres als falsch verworfen und neue Begriffsmerkmale gesetzt werden, nur um damit den veränderten ideologischen Anforderungen gerecht zu werden.

D r i t t e s K a p i t e l

ANALYSE DER BEGRIFFSBILDUNG

Klärung der Voraussetzungen der Begriffsbildung durch Unterscheidung zwischen beschreibenden und ordnenden Begriffen

Will man den Begriff der Körperschaft wissenschaftlich verwendbar und zutreffend definieren, so muß man zunächst die individuellen Voraussetzungen der Begriffsbildung klären. Dazu ist die Feststellung notwendig, ob es sich bei der öffentlich-rechtlichen Körperschaft um einen beschreibenden Begriff, einen Realbegriff oder um einen ordnenden Begriff, einen Nominalbegriff, handelt ¹⁾. Denn die Voraussetzungen für die Definition eines Real- und eines Nominalbegriffs sind grundlegend verschieden.

Ein Realbegriff würde vorliegen, wenn der Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft die durch Abstraktion gebildete Umschreibung eines Gegenstands der Realität wäre. Die Begriffsbestimmung müßte dann durch eine Analyse der Realität gewonnen werden, eine Veränderung der Realität würde auch eine Veränderung des Begriffs nach sich ziehen. Die Wahrheit oder Richtigkeit der Begriffsbestimmung müßten an der Wahrheit oder Richtigkeit der Beschreibung der Realität gemessen werden.

Ein Nominalbegriff wäre gegeben, wenn der Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft eine Schöpfung des Verstandes wäre, die nicht der Realität entnommen, sondern zur Ordnung der Realität bestimmt wäre. Der Begriff wäre nicht realitätsabhängig, sondern nur realitätsbezogen. Die Definition wäre ein Akt erkenntnistheoretischer Willkür. Die "Wahrheit" der Definition

müßte an der Fähigkeit des Begriffs gemessen werden, die vorgegebene Realität einer theoretischen und praktischen Ordnung zuzuführen.

*Kategorisierung
des Begriffs der
öffentlichen
Körperschaft als
gesetzgeberi-
scher Ordnungs-
begriff*

Aus der vorangeschickten Darstellung der äußeren Geschichte und der Entwicklung des Begriffs der öffentlich-rechtlichen Körperschaft ergibt sich, daß sich der Begriff der Korporation von einer zunächst nahezu unverbindlichen Sammelbezeichnung zum rechtlich und politisch hochbedeutsamen Begriff gewandelt hat. Der Wendepunkt in der Begriffsgeschichte ist durch das Allgemeine Landrecht herbeigeführt worden: Das Allgemeine Landrecht hat den Begriff aus dem Zustand der Unverbindlichkeit herausgehoben und ihn zu einem gesetzgeberischen Ordnungsbegriff (also zu einem Nominalbegriff) umgestaltet, indem es den Begriff zur rechtlichen Einordnung und einheitlichen Kategorisierung gesellschaftlicher Verbände verwendete.

Man mag noch das collegium, den corpus, die societas des gemeinen Rechts als Realbegriffe bezeichnen, zu definieren aus der geschichtlichen Realität der unter diesen Begriffen zur Einheit zusammengefaßten Einzelpersonen. Das Allgemeine Landrecht griff auch auf diese Realitäten zurück, als es die bereits bestehenden Organisationen der Kirchen,²⁾ Zünfte und Gemeinden als öffentliche Korporationen einstufte. Der Gesetzgeber des Allgemeinen Landrechts schrieb den Begriff der Korporation aber, indem er von den theoretischen Vorarbeiten der Naturrechtler Hertius, Böhmer, Scheidemann und insbesondere Nettelblatts ausging³⁾, neu nach seinem Willen und schuf ihn neu nach seinen Bedürfnissen. Er machte ihn dadurch zum Ordnungsbegriff, daß er

die Bezeichnung "öffentliche Korporation" als Rechtfertigung für staatliche Begünstigung und staatliche Beaufsichtigung eines gesellschaftlichen Verbandes einführte.

Vor dem Allgemeinen Landrecht war die Verleihung besonderer Privilegien an eine Gesellschaft, zu der der Staat in eine besondere Verbindung zu gelangen wünschte, nur durch einen individuellen Akt möglich. Die Privilegierung erfolgte durch hoheitliche Verleihung von Einzelrechten, nicht durch Erhebung in den Status einer öffentlichen Körperschaft. Die Notwendigkeit einer Konzessionierung des Status einer Körperschaft war dem älteren deutschen Recht noch fremd⁴⁾. Erst das Allgemeine Landrecht verschaffte dem Staat mit dem neu formulierten Begriff der Korporation die Möglichkeit, die Privilegierung und das Inpflichtnehmen durch Zuordnung zu dem Begriff, durch Anerkennung als Korporation gleichmäßig und generell vorzunehmen⁵⁾. An die Stelle der Einzelkonzessionierung trat die Begriffszuordnung. Folgerichtig bedurfte nun und erst jetzt die Zuordnung zum Begriff staatlicher Anerkennung, und allein das staatliche Recht bestimmte über die spezifischen Folgen der Begriffszuordnung.

Das Allgemeine Landrecht griff also nur auf die Bezeichnung, das Wort, nicht aber auf einen gefestigten Begriff der Korporation zurück. Der Begriff wurde neu erschaffen, indem der Gesetzgeber des Allgemeinen Landrechts die Bezeichnung "Korporation" mit einem neuen, gleichsam willkürlichen Inhalt füllte⁶⁾, um seinen Ordnungsvorstellungen durch Kategorisierung der gesellschaftlichen Verbände Ausdruck zu geben.

Erst nachdem der Begriff so aus dem Stadium der Diskussion durch die Naturrechtler in den Zustand rechtlicher Realität ⁷⁾ überführt worden war, konnte er zusammen mit den Begriffen der bloß geduldeten und der genehmigten Gesellschaft zur rechtlichen Einordnung der gesellschaftlichen Wirklichkeit dienen.

Der vom Allgemeinen Landrecht eingeführte Begriff der Körperschaft ist also ein Ordnungsbegriff, kein Beschreibungsbegriff, er ist realitätsbezogen, aber nicht realitätsabhängig. Daher sind alle Definitionsversuche systemwidrig, die eine Begriffsbestimmung aus der Realität zu gewinnen versuchen. Es führt notwendig in die Irre, wenn man in der gesellschaftlichen Wirklichkeit als öffentliche Korporationen bezeichnete Verbände aufsucht, ihre Merkmale bestimmt und daraus eine Begriffsdefinition zu erhalten versucht, so wie es in der wissenschaftlichen Diskussion um die Abgrenzung zwischen privaten und öffentlichen Körperschaften oftmals geschehen ist. Denn die Übereinstimmung von Merkmalen kann weithin auf Zufall beruhen.

Für eine Begriffsbestimmung der Körperschaft ist allein systemgerecht, eine Analyse des "Willkürakts" der erstmaligen Definition vorzunehmen und sodann zu fragen, ob der durch diesen Willkürakt bestimmte Begriff durch nachfolgende Korrekturen des Gesetzgebers geändert worden ist.

Analyse der erstmaligen Begriffsbestimmung der öffentlichen Körperschaft durch das preußische Allgemeine Landrecht

Die Analyse der erstmaligen Begriffsbestimmung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft durch das allgemeine Landrecht erscheint auf den ersten Blick einfach. Es scheint nichts weiter notwendig, als die Feststellung, daß das Allgemeine Landrecht den Begriff der öffentlichen Körperschaft durch zwei Merkmale bestimmt habe: nämlich erstens durch Gemeinnützigkeit des Zwecks der Gesellschaft und zweitens durch staatliche Anerkennung des Verbands als Korporation.

Eine solche Analyse der Begriffsbestimmung wäre jedoch unzutreffend und unvollständig. Sie würde zunächst das Abhängigkeitsverhältnis von Gemeinnützigkeit und staatlicher Anerkennung verkennen. In § 25 II. Theil Titel 6 des Allgemeinen Landrechts heißt es, daß die Rechte einer Korporation nur solchen vom Staat genehmigten Gesellschaften zukämen, die sich zu einem fort-dauernden gemeinnützigen Zwecke verbunden hätten. Diese Formulierung sieht nur scheinbar Gemeinnützigkeit und staatliche Genehmigung als gleichrangige Begriffsmerkmale der öffentlichen Korporation vor. Ginge man von einer Gleichrangigkeit der Merkmale aus, so würde eine vom Staat als öffentliche Korporation anerkannte Gesellschaft ihren Status mit einem möglicherweise offensichtlichen und wissenschaftlich beweisbaren Verlust der Gemeinnützigkeit verlieren, auch wenn sie staatlich noch als öffentliche Korporation anerkannt wäre.

Eine solche Auslegung des § 25 würde dem Sinn der Vorschrift zuwider laufen, die die Anerkennung und Einordnung einer Gesellschaft als Korporation zur alleinigen und ausdrücklichen

Verfügung des Staates (nicht der Wissenschaft) stellen wollte. Die Gemeinnützigkeit kann daher nicht als selbständiges Begriffsmerkmal angesehen werden. Vielmehr muß sie als gesetzliche Voraussetzung der staatlichen Anerkennung betrachtet werden ⁸⁾. Dafür spricht auch der Satz 2 des § 2 II. Theil Titel 6 des Allgemeinen Landrechts, wo die Begriffsbestimmung der Gesellschaft überhaupt behandelt wird. Dort heißt es über die Gesellschaft: "Insofern (deren) Zwecke mit dem gemeinen Wohl bestehen können, sind dergleichen Gesellschaften erlaubt." Hier ist der logische Zusammenhang zwischen der Nützlichkeit als Voraussetzung und der Gestattung oder Anerkennung als Folge deutlich erkennbar gemacht.

Demnach ist der Begriff der öffentlichen Körperschaft nach dem Allgemeinen Landrecht zunächst nur durch die ausdrückliche staatliche Anerkennung bestimmt. Die Gemeinnützigkeit ist nicht Begriffsmerkmal, sondern gesetzliche Voraussetzung der Anerkennung.

Begriffskennzeichnend ist aber nicht nur die Anerkennung; begriffsbestimmend weil typisierend sind auch und gerade die Folgen, die das Allgemeine Landrecht an diese Anerkennung knüpft. Wie oben für die Religionsgesellschaften beispielhaft beschrieben wurde, knüpft das Allgemeine Landrecht an die Anerkennung als Korporation neben der generellen Folge der Rechtsfähigkeit eine Reihe von öffentlichen Pflichten und Privilegien an, die zwar im einzelnen je nach der Art der Korporation verschieden sind, insgesamt jedoch gemeinsam haben, daß es sich um Rechte und

Pflichten handelt, die sonst dem staatlichen Bereich vorbehalten sind: so der Einsatz hoheitlichen Zwanges ohne vorherigen Prozeß, Beamtenstatus der Bediensteten, Zwangsmitgliedschaft der personal Betroffenen, Rechtsnormqualität der inneren Ordnung, behördliche Aufsicht über das Finanzgebaren. All dies sind Rechte und Maßnahmen, die sonst dem Staat selbst für seinen eigenen Bereich und seine eigene Ordnung vorbehalten sind.

Die einzelnen Rechte und Pflichten können, da sie bei den einzelnen Körperschaften individuell verschieden ausgestaltet sind, nicht Merkmale des allgemeinen Begriffs sein. Es gibt weder eine Summe von Merkmalen, die für eine Körperschaft des öffentlichen Rechts wesensnotwendig ist, noch gibt es Einzelrechte oder Einzelpflichten, die wesensnotwendig vorhanden sein müssen ⁹⁾. Allgemein gilt aber, daß der Staat durch die Anerkennung öffentlich-rechtliche Rechtsfähigkeit verleiht und danach der Korporation durch besondere gesetzliche Vorschriften sonst ihm selbst vorbehaltene Rechte und Pflichten auferlegen kann. Öffentlich-rechtliche Körperschaft ist also Titel im zweifachen Sinn: nämlich sowohl verliehene Bezeichnung als auch Rechtfertigungstitel für die Übertragung von sonst dem Staat vorbehaltenen Rechten und Pflichten durch besondere Gesetze.

*Definition der
öffentlichen Kor-
poration des
preussischen All-
gemeinen Land-
rechts*

Der Begriff der Korporation nach dem Allgemeinen Landrecht läßt sich danach wie folgt umschreiben: Die öffentliche Korporation ist eine durch staatliche Anerkennung als rechtsfähig in das öffentliche Recht integrierte Personengesellschaft, der der Staat durch besondere Rechtssätze sonst ihm selbst vorbehaltene Pflichten auferlegen und ebensolche Rechte erteilen kann ¹⁰⁾.

Diese Möglichkeit der Übertragung von sonst ihm selbst vorbehaltenen Rechten und Pflichten an eine rechtlich vom Staat ausgesonderte juristische Person besitzt für den Staat doppelten Wert: Zum einen wird er dadurch rechtlich in die Lage versetzt, die betreffende Personenvereinigung in sein Gefüge zu integrieren, ihr staatliche Aufgaben zu übertragen, indem er sie in Pflicht nimmt. Zum anderen wird ihm ermöglicht, sich von Pflichten und Rechten, von Aufgaben zu befreien, die er, aus welchen Gründen auch immer, selbst nicht oder nur mit gewisser Distanz ¹¹⁾ auszuüben wünscht oder die auszuführen er selbst überhaupt nicht oder nur schwerlich in der Lage ist.

Die öffentliche Korporation erweist sich damit als eine Zweckschöpfung des Allgemeinen Landrechts. Die vom Staat willkürlich gesetzten Begriffsmerkmale sind auf den Zweck der Kooperation ausgerichtet: Die Körperschaft soll dem Staat als beherrschbare Verbindungs- und Entlastungseinheit zur und gegenüber der Gesellschaft dienen ¹²⁾. Dieser Begriff bestand seine Bewährungsprobe, als er vom Freiherrn vom Stein dazu eingesetzt wurde, die Idee der kommunalen Selbstverwaltung in die Tat umzusetzen.

Aus der systematischen Entwicklung der Definition der öffentlichen Körperschaft, die hier vorgenommen wurde, ergibt sich, daß die nun folgende Untersuchung etwaiger Veränderungen im Bereich des Begriffs der öffentlichen Körperschaft im 19. und 20. Jahrhundert stets folgende Fragen zu unterscheiden hat: 1. Ist der Begriff selbst durch Aufnahme neuer Merkmale geändert oder gesetzlich neu beschrieben worden? oder 2. sind nur die Voraussetzungen

für die staatliche Anerkennung als Korporation geändert worden? oder 3. sind nur die individuellen Folgen (die Rechte und Pflichten), die der Gesetzgeber an die Anerkennung für eine bestimmte Korporation geknüpft hat, erweitert oder verengt worden?

Das Ausbleiben einer Veränderung des Körperschaftsbegriffs bis 1918

Aus der Natur des Begriffs als synthetischem Ordnungsbegriff folgt dabei, daß bloße Änderungen der Realität allein keine Begriffsänderung herbeigeführt haben können. Denn der Begriff steht allein zur Disposition des Gesetzgebers, wobei Veränderungen der Realität nur über den Umweg der Gewohnheitsrechtsbildung Einfluß auf die Begriffsbildung zu nehmen vermögen. Demnach können nur das positive Recht oder die Entwicklung von Gewohnheitsrecht den Begriff, dessen Voraussetzungen oder dessen Folgerungen verändert haben.

Setzt man diese Feststellung in Beziehung zu dem Umstand, daß die Diskussion um den Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft in Abgrenzung zur privaten Körperschaft bis zum Ende des zweiten Kaiserreichs im Jahre 1918 ausschließlich von der Wissenschaft geführt wurde, ohne daß sich Einigkeit herstellen ließ, so ergibt sich die notwendige Folgerung, daß der vom preußischen Gesetzgeber geschaffene Begriff der Korporation jedenfalls bis 1918 in Deutschland weder vom positiven Recht noch durch Gewohnheitsrecht geändert worden ist. Vielmehr benutzten die Gesetzgeber in Deutschland den Begriff so, wie er ihnen vom Allgemeinen Landrecht zur Verfügung gestellt worden war: als Titel für die Verleihung von Privilegien, zur Auferlegung von Pflichten, zur Einordnung in den Bereich des Staatlichen ¹³⁾.

Die mangelnde Formulierung rechtsstaatlicher Grenzen für die Anerkennung von Körperschaften des öffentlichen Rechts durch den Staat bis 1918

Die Wissenschaft vermochte bis 1918 auch nicht, dem Staat Schranken bei der Benutzung dieses Titels aufzuzeigen. Noch 1913 wurde es als "allgemeine Norm" bezeichnet, daß der König allein und kraft eigenen Rechts über die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Korporation zu entscheiden habe ¹⁴⁾. Für eine Einschränkung dieses Rechts hätte aus folgenden Gründen Anlaß bestanden: Aus der Definition der Körperschaft folgt, daß sich der Staat mit dem Akt der Anerkennung (der Verleihung des Titels) zugleich die Möglichkeit schafft, eine Personengesellschaft in einer Weise zu bevorzugen oder zu verpflichten, die sonst dem staatlichen Bereich vorbehalten ist. Diese Möglichkeiten besonderer Verpflichtung und besonderer Bevorrechtigung unterliegen im Rechtsstaat spezifischen Schranken ¹⁵⁾. Privilegierungen müssen den Gleichheitssatz und das Gebot weltanschaulicher Neutralität beachten. Das Auferlegen von Pflichten findet seine Schranken in den Freiheitsgarantien der Verfassung zugunsten der Staatsbürger und der gesellschaftlichen Verbände, auch wenn es vom Gesetzgeber selbst vorgenommen wird.

Dem eudämonistisch-absolutistischen Wohlfahrtsstaat des 18. Jahrhunderts waren diese Schranken noch fremd. Sie wurden erst im Gefolge der liberalen und rechtsstaatlichen Ideen des 19. Jahrhunderts von der Rechtswissenschaft entwickelt.

Das Allgemeine Landrecht, das dem 18. Jahrhundert entstammt, hatte daher naturgemäß zum Problem der Schranken einer Anerkennung als öffentlich-rechtliche Korporation keine Stellung genommen. Es wurde zwar oben festgestellt, daß

das Allgemeine Landrecht die Forderung nach dauernder Verfolgung eines gemeinnützigen Zwecks als Voraussetzung der Anerkennung für die öffentlich-rechtliche Korporation aufstellte. Diese Forderung war jedoch nach dem Staats- und Rechtsverständnis des Absolutismus nicht als Schranke für den Gesetzgeber - den Anerkennenden - gemeint, sondern als Anforderung an die Anerkennung begehrende Personengesellschaft gerichtet.

Nach dem Allgemeinen Landrecht stand es völlig im Belieben des Gesetzgebers oder der staatlichen Verwaltung, welche Personengesellschaften sie als öffentliche Korporation anerkennen und damit in Pflicht nehmen wollten. Diesem Zustand wollte der Art. 31 der Preußischen Verfassungs-urkunde vom 31. Januar 1850 offenbar ein Ende setzen, indem er bestimmte: "Die Bedingungen, unter welchen Korporationsrechte erteilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz". Ein diesbezügliches Gesetz wurde jedoch niemals erlassen ¹⁶⁾. Die Gründe für dieses Unterlassen liegen im Dunkeln. Vielleicht lag es daran, daß man sich in keiner Weise darüber im klaren war, unter welchen Bedingungen denn die Korporationsrechte erteilt oder verweigert werden sollten. Die Wissenschaft ließ den Gesetzgeber hier im Stich. Sie konnte die rechtsstaatlichen Bedenken, die gegen eine voraussetzungslose Verleihung der Körperschaftsrechte zu erheben sind, nicht artikulieren, weil sie die Trennlinie zwischen der Begriffsbestimmung der öffentlichen Korporation und den rechtsstaatlichen Voraussetzungen der Anerkennung als öffentliche Körperschaft nicht beachtete.

So zielten z. B. die Einwände Rosins gegen die Zuordnung der Kirchen unter den Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft der Sache nach durchaus darauf ab, den Staat auf seine Pflicht zur religiösen Neutralität als Grenze der Anerkennung als öffentlich-rechtliche Korporation durch das positive Recht hinzuweisen. Es fehlte jenen Einwänden aber die klare Unterscheidung zwischen der Begriffsbestimmung der Körperschaft und den Voraussetzungen, unter denen eine Gesellschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt werden darf.

Die Versuche weiter Teile der Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft, für die Kirchen einen besonderen Begriff der öffentlichen Körperschaft mit der Begründung zu konstruieren, daß der allgemeine Begriff auf die Kirchen nicht passe, spiegeln die mangelnde Unterscheidung zwischen Voraussetzungen der Anerkennung und Begriffszugehörigkeit ebenfalls wider: man erkannte einerseits zutreffend, daß den Kirchen nach der positiv-rechtlichen Anerkennung ihr Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts von der Wissenschaft nicht abgesprochen werden konnte, so wie Heinrich Rosin es versuchte. Man erkannte andererseits, daß die durch diesen Status hergestellte Staatsverbundenheit mit dem Gebot der religiösen Neutralität des Staates nicht ohne weiteres vereinbar war. Die herrschende Lehre zog aber aus diesen Erkenntnissen nicht die Konsequenz, vom Gesetzgeber die Rücknahme der Anerkennung der Kirchen als öffentliche Körperschaften und für die Zukunft die rechtsstaatliche Begrenzung der Möglichkeit, eine Gesellschaft als Korporation anzuerkennen, zu fordern. Vielmehr bemühte man sich, Ungleichheit im Bereich der Religionsgesellschaften und Parteilichkeit des

Staates zugunsten der christlichen Großkirchen durch Aufwertung der Kirchen als dem Staat wenn nicht rechtlich, so doch ethisch gleichberechtigt zu rechtfertigen ¹⁷⁾.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs setzte diesen Bemühungen ein vorläufiges praktisches Ende.

V i e r t e s K a p i t e l

DER BEGRIFF DER KÖRPERSCHAFT UNTER DER WEIMARER REICHsverFASSUNG

Der mit dem Zusammenbruch der Monarchie verbundene Verlust des Ersten Weltkriegs durch das Deutsche Reich im Jahre 1918 und die darauf folgende Notwendigkeit, das staatsrechtliche und das staatskirchenrechtliche Gefüge in Deutschland neu zu überdenken, mußte auch die Frage nach dem Begriff der Körperschaft und der Korporationsfähigkeit der Kirchen neu aufwerfen.

*Die Verhandlungen
der Weimarer
Reichsversammlung
über die Einführung
des Art.
137 Abs. 5 der
Weimarer Reichs-
verfassung*

Den äußeren Anlaß zur Diskussion dieser Fragen bot die Einführung des Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung in der heute noch geltenden Fassung. Träger der Diskussion um den Begriff der Körperschaft war nun zunächst nicht mehr die Wissenschaft, sondern der Verfassungsgeber, also die Weimarer Reichsversammlung mit ihrem zuständigen 8. Verfassungsausschuß. Nach dem oben Gesagten wäre es die Pflicht des Verfassungsgebers gewesen, sich über den Begriff der Körperschaft klar zu werden und danach endlich die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts rechtsstaatlich festzusetzen. Ein Blick auf die Protokolle der Sitzungen des 8. Verfassungsausschusses der Nationalversammlung belehrt jedoch, daß sich der Verfassungsgeber dieser Anforderungen nicht bewußt war. Benahe hat es den Anschein, als ob er sich ihrer auch nicht bewußt werden wollte. Das erscheint nicht unverständlich, wenn man bedenkt, daß eine Legaldefinition und eine gesetzliche Regelung der Voraussetzungen, unter denen eine Gesell-

schaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt werden darf, der Anerkennung der Kirchen als Korporationen möglicherweise den Weg hätte verstellen können.

Denn wenn man sich auf eine Begriffsbestimmung und auf eine Regelung der Voraussetzungen für die Anerkennung als Korporation eingelassen hätte, dann hätte man sich auf die Ursprünge des Begriffs im Allgemeinen Landrecht besinnen müssen. Man hätte feststellen müssen, daß der vom Preußischen Allgemeinen Landrecht eingeführte Begriff dem Gesetzgeber ohne rechtsstaatliche Bindung die Möglichkeit einräumt, einer Gesellschaft sonst dem Staat vorbehaltene Pflichten aufzuerlegen und auch dem Staat vorbehaltene Privilegien zu erteilen. Eine solche Erkenntnis hätte der Weimarer Reichversammlung Anlaß geben müssen, dem Gesetzgeber bei der Anerkennung einer Gesellschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts klare Grenzen zu setzen. Dazu war man jedoch mit Rücksicht auf die Kirchen nicht bereit, die nicht zum privatrechtlichen Verein "herabgedrückt" werden sollten ¹⁾.

So erklärte der Vertreter der Reichsregierung vor dem zuständigen Verfassungsausschuß, die Regierung werde "sich hüten", eine Definition des Körperschaftsbegriffs abzugeben ²⁾. Die Mehrheit des Ausschusses einigte sich darauf, daß eine "glatte und präzise Definition des Begriffs der öffentlichen Körperschaft nicht möglich sei" (so der Berichterstatter Dr. Mausbach am 17. Juli 1919 vor der Nationalversammlung). Man zog sich dabei auf die Begründung zurück, eine reichsrechtliche Definition sei deswegen

unmöglich, weil die einzelnen Rechte der Korporationen sich nach Landesrecht bestimmen³⁾. Hier tritt der schon aufgezeigte Mangel an einer Unterscheidung zwischen den einheitlichen Begriffsmerkmalen einer öffentlichen Körperschaft und den unterschiedlichen Einzelrechten und Einzelpflichten, die sich an eine Anerkennung knüpfen können, wiederum hervor: der Gesetzgeber kann in Reich und Ländern durchaus verschiedene Rechte und Pflichten mit dem Körperschaftsstatus verbinden, ohne daß dadurch die Einheitlichkeit des Begriffs beeinträchtigt wird.

Obwohl die Weimarer Reichsversammlung mit schiefer Argumentation eine Legaldefinition der öffentlich-rechtlichen Körperschaft vermied, war man sich doch andererseits über die Funktion der Verleihung des Titels an die Kirchen als Privilegienmittler durchaus im klaren: der Abgeordnete Naumann bezeichnete den Titel unwidersprochen als "notwendigen Hilfsbegriff" zur Erreichung des Besteuerungsrechts⁴⁾. Man nahm also die Titelfunktion des Begriffs zur Gewährung von Vergünstigungen in Anspruch.

*Der Streit um die
Korrelatstheorie*

An der weiteren Geschichte der Kirchen unter der Weimarer Reichsverfassung zeigte sich aber, daß die Unterstellung der Kirchen unter den Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft sich nicht nur in einer Richtung auswirkt. Wenn man den Titel der öffentlich-rechtlichen Körperschaft einerseits als Hilfsbegriff zur Verleihung von Privilegien an die Kirchen benutzte, so mußte man andererseits auch in Kauf nehmen, daß der Staat auch die andere Seite des Titels, nämlich die Möglichkeit besonderer Verpflichtung, in Anspruch nahm.

Das geschah von Seiten des Staates durch das Hervorkehren einer sog. besonderen Staatsaufsicht über die Kirchen, die in den einzelnen deutschen Ländern verschieden intensiv gestaltet wurde. Diese Staatsaufsicht äußerte sich insbesondere durch die Ausübung einer speziellen Aufsicht über das kirchliche Finanzgebaren und durch Einspruchsrechte bei der Besetzung kirchlicher Ämter⁵⁾.

Die Berechtigung dieser sog. besonderen Staatsaufsicht wurde zum Streitpunkt der Wissenschaft, nachdem die Weimarer Reichsverfassung in Kraft getreten war. Auf der einen Seite stand die sog. Korrelatstheorie, die eine über die allgemeine Vereinsaufsicht hinausgehende Kirchenhoheit des Staates als ein notwendiges Korrelat der den Kirchen staatlicherseits gewährten öffentlich-rechtlich gehobenen Stellung bezeichnete⁶⁾. Die der Rechtsstellung der öffentlichen Körperschaft charakteristische Vorzugsstellung auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts sei aus der Natur der Sache heraus mit der Unterstellung unter eine besonders geartete Staatsaufsicht verbunden. Im letzten Grunde, so argumentierte diese Theorie, handele es sich dabei nur um die Bedingungen, unter denen der Staat jene Vorzugsstellung gewähre⁷⁾.

Auf der anderen Seite standen die Anhänger einer insbesondere von Godehard Josef Ebers vertretenen Meinung, wonach die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung gerade darauf abgezielt hätten, das bisherige staatskirchenrechtliche System der Beaufsichtigung abzulösen⁸⁾. Godehard Josef Ebers argumentierte: Es sei die Absicht der Verfas-

sungsgebers gewesen, die Kirchen von jeder Bevormundung des Staates und den ihre Selbstbestimmung materiell und formell einengenden staatlichen Beschränkungen zu befreien. Die Verleihung des Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft an die Kirchen habe den Kirchen nur eine öffentlich-rechtliche Stellung im Staate verschaffen, sie aber nicht zugleich einer spezifisch gestalteten Staatsaufsicht unterwerfen sollen. Aus dem Begriff der öffentlichen Körperschaft könnten keinerlei Schlüsse auf eine gesteigerte Staatsaufsicht gezogen werden, weil dieser Begriff - bezogen auf die Kirchen - kein rechtlicher, sondern ein nach Inhalt und Umfang höchst problematischer politischer Begriff sei. Die Einführung einer besonderen Kirchenhoheit und einer gesteigerten Staatsaufsicht auf dem Umweg über die öffentlich-rechtliche Körperschaft seien mit dem Willen des Verfassungsgebers, mit der Systematik und dem Wortlaut des Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung unvereinbar ⁹⁾.

Angesichts der mangelnden Vorstellung, die die Nationalversammlung vom Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft hatte, mögen diese Einwände gegen die aus dem Begriff der Körperschaft argumentierende Korrelats-theorie nicht ungerechtfertigt gewesen sein. Der Streit um die Berechtigung der besonderen Staatsaufsicht in der Weimarer Zeit ging dennoch praktisch im wesentlichen zugunsten der Korrelats-theorie aus, da sich die Staatsregierungen von Preußen, Württemberg, Baden und Sachsen in ihren Gesetzen zur Regelung der kirchenpolitischen Verhältnisse ihr anschlossen und eine besondere Staatsaufsicht in Anspruch nahmen ¹⁰⁾. Die Rechtsprechung, die im übrigen auch von der herrschenden

Lehre gebilligt wurde¹¹⁾, gab diesem Vorgehen Recht¹²⁾.

Dies praktische Ergebnis der Verleihung des Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft an die Kirchen zeigt, daß der Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft unter der Weimarer Reichsverfassung sich mangels einer Neudefinition durch den Verfassungsgeber so durchsetzte, wie er vom preußischen Allgemeinen Landrecht eingeführt worden war: Er war nach wie vor Rechtstitel nicht nur für Bevorzugung, sondern auch für staatliche Eingriffe.

*Die Bedeutung der
Übernahme des seit
dem pr. ALR nicht
neu definierten
Begriffs der öf-
fentlichen Körper-
schaft durch die
RV für die end-
gültige Festigung
des Begriffs*

Die Übernahme des Begriffs in die Weimarer Reichsverfassung brachte überdies eine Entwicklung zum Abschluß, die durch den Übergang des Körperschaftsbegriffs aus dem preußischen Allgemeinen Landrecht in die Gesetzgebung der deutschen Länder und durch die intensive Beschäftigung der Rechtswissenschaft mit dem Begriff der Körperschaft im 19. Jahrhundert bereits eingeleitet worden war: Durch die Ausbreitung des vom Allgemeinen Landrecht eingeführten Körperschaftsbegriffs in die Gesetzgebung der deutschen Länder und in die deutsche Rechtswissenschaft wurde der Begriff über ganz Deutschland hin mit dem Inhalt angewendet, den er nach dem Allgemeinen Landrecht hatte. Der Begriff wurde damit zur Regelungsschablone für konkrete gesellschaftliche Verbände, deren rechtliche Stellung im Staat und deren Gefüge sich gemäß der Begriffsschablone entwickelte. Durch diesen Anwendungsprozeß wurde der Begriff mehr und mehr der Willkür einer neuen Definition durch den Gesetzgeber entzogen. Denn indem kon-

krete gesellschaftliche Verbände mit dem Titel versehen und ihre Verhältnisse entsprechend dem durch die Definition festgelegten Begriffsinhalt geregelt wurden, wurde die Wirklichkeit dieser Verbände (der Gemeinden und der sonstigen Körperschaften, die alle staatliche Unterstützung genossen und die alle vom Staat in Pflicht genommen waren) zu einem ihrerseits begriffsbestimmenden Faktor. Der Gesetzgeber konnte den Begriff nicht mehr willkürlich ändern, weil er bereits mit der Realität fest verklammert war. Eine Neudefinition hätte dazu geführt, daß der Begriff auf die Verbände, zu deren Einordnung und Ordnung er bisher gedient hatte, nicht mehr anwendbar gewesen wäre.

Die Verklammerung des Begriffs mit der Realität war im Jahre 1919 und danach schon so stark, daß das in Art. 137 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung niedergelegte verfassungsrechtliche Gebot der Abschaffung der Staatskirche und die Forderung, daß die Religionsgesellschaften nur dem für alle geltenden Gesetz unterworfen sein sollten - zwei Sätze, die eine besondere Staatsaufsicht zumindest als zweifelhaft erscheinen lassen mußten -, sich gegenüber den begrifflichen Folgerungen aus dem Status der Kirchen als Körperschaften¹³⁾ des öffentlichen Rechts nicht mehr durchzusetzen vermochten.

In neuerer Zeit hat man den Ausgang des Weimarer Streits zugunsten der Korrelatstheorie und zugunsten der Fortsetzung einer speziellen Staatsaufsicht als ein Ergebnis verfehlter Begriffsjurisprudenz bezeichnet¹³⁾. Damit wird man diesem Sachverhalt wohl doch nicht ganz gerecht. Es beruhte eben nicht nur auf Beamtenstarrsinn, wenn ein großer Teil des Beam-

tentums die eingeübten Verhaltensweisen gegenüber den Kirchen über den Zusammenbruch der Monarchie hinweg fortsetzte ¹⁴⁾. Vielmehr war dies auch ein sichtbares Zeichen der Folgen, die sich aus dem juristisch einwandfreien Vorgang einer gefestigten Begriffsbildung ergeben. Die Folgerungen, die die Beamten aus dem Status der öffentlich-rechtlichen Körperschaft für die Kirchen zogen, waren nicht begriffsjuristischer Formalismus, sondern juristisch notwendige Schlußfolgerungen. Die juristische Logik, die Notwendigkeit der prinzipiellen Fortsetzung der besonderen Staatsaufsicht über die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts auch nach 1918 werden deutlich, wenn man sich über Wesen und Ursachen der sog. besonderen Staatsaufsicht Klarheit verschafft.

Wesen und Ursachen der sog. besonderen Staatsaufsicht über Körperschaften des öffentlichen Rechts

Um das Wesen der sog. besonderen Staatsaufsicht zu erkennen, bedarf es einer Definition dieser spezifischen Staatsaufsicht.

Rein beschreibend läßt sich die besondere Staatsaufsicht gegenüber den Körperschaften des öffentlichen Rechts als die Summe derjenigen staatlichen Einzelbefugnisse definieren, die über die staatlichen Handhaben gegenüber den juristischen Personen des Privatrechts hinausgehen ¹⁵⁾. Diese Definition sagt aber noch nichts über den wesensbestimmenden juristischen Mechanismus aus, auf dem diese über die Maßnahmen der einfachen Vereinsaufsicht hinausgehenden Einzelbefugnisse des Staats gegenüber den juristischen Personen des öffentlichen Rechts beruhen. Der Mechanismus der besonderen Staatsaufsicht wird erst dann durchschaubar, wenn man die Grundlagen der privaten Vereinsautonomie

- 30 -

einerseits und die rechtliche Struktur der Staatsunterworfenheit der Körperschaften des öffentlichen Rechts andererseits betrachtet.

Die Privatautonomie der Vereine beruht auf der Satzungsautonomie, die ihnen das bürgerliche Vereinsrecht im Rahmen der durch die einfache Staatsaufsicht gewährleisteten öffentlichen Ordnung einräumt. Hier steht ein innerer, privatrechtlich durch Satzung geordneter Freiheitsbereich der durch das öffentliche und bürgerliche Vereinsrecht fixierten öffentlichen Ordnung abgrenzend gegenüber.

Die erhöhte Staatsunterworfenheit der öffentlich-rechtlichen Körperschaften beruht demgegenüber auf der Integration auch ihrer inneren Ordnung in das öffentliche Recht: Die Satzungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften sind öffentliches Recht und sind daher Bestandteil der Stufenordnung der Rechtsquellen des öffentlichen Rechts. Die Barrieren, die den privaten Bereich vor staatlichen Eingriffen schützen, sind damit abgetragen. Der Staat ist in der Lage, das Satzungsrecht der öffentlich-rechtlichen Körperschaften ohne spezielle Ermächtigung durch höherrangiges, z. B. formelles Gesetzesrecht zu verdrängen. Er kann den öffentlich-rechtlichen Körperschaften sogar innerhalb von ihm selbst gesetzter Grenzen eine Verfassung aufzwingen¹⁶⁾.

Diese Möglichkeit entspricht den Zwecken, zu denen die öffentliche Körperschaft vom Allgemeinen Landrecht geschaffen wurde. Sie sollte für den Staat im Verhältnis zur Gesellschaft Entlastungs- und Verbindungseinheit zugleich sein. Zum Zwecke seiner Entlastung gewährt

der Staat den Körperschaften in der Regel Satzungsautonomie. Damit überträgt er den Körperschaften seine Ordnungsgewalt. Um die Verbindung zum Staat nicht abreißen zu lassen, muß die Satzungsgewalt aber eingeordnet bleiben in das Normengefüge des öffentlichen Rechts. Sie muß der Einflußnahme durch höherrangiges staatliches Recht ohne weiteres zugänglich sein.

Am Beispiel der gemeindlichen Selbstverwaltungskörperschaften läßt sich der vom Grad staatlicher Gewährung abhängende, aktuell verschiebbare Freiheitsbereich der öffentlich-rechtlichen Körperschaften anschaulich darstellen: absolut garantiert ist nur Selbstverwaltung in ihrem Kernbereich, dem Wesensgehalt ¹⁷⁾. Die darüber hinaus gewährte Freiheit ist widerruflich, ihr Maß hängt von staatlicher Organisation (Aufsichtsbehörden) und einzelnen, auf die Körperschaften zugeschnittenen Gesetzen (den Gemeindeordnungen, Einzelgesetzen mit Eingriffsvorbehalten usw.) ab.

Demnach kann der Staat den öffentlich-rechtlichen Körperschaften durch sein höherrangiges Gesetzesrecht eine Verfassung aufzwingen, er kann sein Verhältnis zu den Körperschaften durch besondere Gesetze so organisieren, daß sie Entscheidungen von Aufsichtsbehörden im Rahmen des höherrangigen Rechtes hinnehmen, Anordnungen von Behörden und von Staats wegen ausführen müssen.

Insgesamt ist die Rechtsstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts demnach abhängig von den besonderen, auf sie zugeschnittenen Gesetzen ¹⁸⁾. Darin drückt sich die Verbin-

dung zum Staat aus. Will sich die Körperschaft aus dieser Verbindung lösen, dann muß sie sich der Verbindung durch besondere, auf sie zugeschnittene Gesetze zu entziehen suchen.

Die Bedeutung der Schranke des für alle geltenden Gesetzes als Begrenzung und Garantie des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts gegenüber der besonderen Staatsaufsicht

Diesen Versuch machten die Religionsgesellschaften, als sie sich durch die Verfassung garantieren ließen, daß sie nur dem für alle geltenden Gesetz unterworfen seien. Wären die Religionsgesellschaften Körperschaften des Privatrechts geworden, dann hätte es keiner Klarstellung bedurft, daß sie wie jedermann und wie jede private Körperschaft nur dem für alle geltenden Gesetz unterworfen seien, wobei "für alle geltendes Gesetz" jede vom staatlichen Parlament oder im Rahmen parlamentarischer Ermächtigung von der staatlichen Exekutive geschaffene verfassungsmäßige Rechtsnorm ist ¹⁹⁾. Da die Verfassung dem Staat religiöse Neutralität und Gleichbehandlung durch die Grundrechte zur Pflicht macht, wären speziell die religiöse Freiheit beschränkende oder einzelne Religionsgesellschaften bevorzugende Sondergesetze verfassungswidrig und damit de jure ausgeschlossen gewesen, ohne daß es eines entsprechenden Verfassungssatzes bedurft hätte ²⁰⁾.

Die Aufnahme des Satzes über die Schranke des für alle geltenden Gesetzes ²¹⁾ zur Abgrenzung und Garantie des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts gegenüber staatlicher Beeinflussung in die Weimarer Reichsverfassung erschien also nur deswegen notwendig, weil dem Staat mit der Integration der Kirchen in das Gefüge des öffentlichen Rechts die formell unbeschränkte Möglichkeit erwuchs, die Rechtsstel-

lung der öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften durch besondere Gesetze zu regeln. Diese Möglichkeit war, wie die Erfahrungen des Kulturkampfes lehrten ²²⁾, auch durchaus zum Nachteil der Religionsgesellschaften nutzbar. Sie zu verstellen, war der Sinn des Art. 137 Abs. 3 S. 1 der Weimarer Reichsverfassung. Diesem Sinn der Vorschrift entsprach die Auslegung, die ihr von einem Teil der Lehre schon unter der Weimarer Reichsverfassung gegeben wurde: daß es nämlich dem Staat durch diese Vorschrift verwehrt werden sollte, in die eigenen Angelegenheiten der Kirchen durch besondere, nur für die Religionsgesellschaften bestimmte Gesetze hineinzuregieren ²³⁾.

Diese (zutreffende) Auslegung kann allerdings nichts daran ändern, daß sich dieses Verfassungsgebot mit dem Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht in Einklang bringen läßt. Denn juristische Personen des öffentlichen Rechts sind, weil ihre innere Ordnung dem öffentlichen Recht angehört, der Struktur nach besonderen Gesetzen unterworfen: ihre innere Ordnung kann jederzeit durch höherrangiges öffentliches Recht verdrängt werden. Diese formell jederzeit bestehende Möglichkeit läßt sich durch eine materielle Garantie des Inhalts, daß der Staat sich derartiger Gesetze enthalten werde, nicht beseitigen. Eine solche materielle Garantie vermag deswegen nicht zu helfen, weil die Unterworfenheit unter Sondergesetze nicht nur rechtlich möglich, sondern überall dort rechtlich nötig ist, wo die öffentlich-rechtliche Körperschaft die besonderen Möglichkeiten, die ihr aufgrund ihrer Integration in das öf-

fentliche Recht zukommen, ausnutzt: Sobald die Körperschaft sich hohheitlichen Zwanges bedient, öffentlich-rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten für ihre innere und äußere Ordnung ausnutzt, ist sie nicht nur den allgemeinen Gesetzen, sondern auch all den besonderen Normen unterworfen, die für den Bereich staatlichen Handelns notwendig gelten, weil sie die staatliche Allmacht eindämmen sollen.

Die Richtigkeit dieser These auch für die Gegenwart wird später noch eingehend belegt werden. Für die Weimarer Zeit wird sie schon durch die Staatspraxis bewiesen, die die Kirchen trotz der Garantie des Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung, wonach die Religionsgesellschaften ihre Angelegenheiten im Rahmen des für alle geltenden Gesetzes selbständig ordnen und verwalten sollten, mittels besonderer Gesetze einer besonderen Staatsaufsicht unterwarf.

In der Zeit des Nationalsozialismus nutzte der Staat seine aus dem öffentlichen Status der Körperschaft folgenden Möglichkeiten, mit besonderen Gesetzen das innerkirchliche Recht zu verdrängen, bei der evangelischen Kirche bis zur äußersten Grenze aus.²⁴⁾ Unter dem Grundgesetz schlug das Pendel zurück, und der Staat ist nunmehr bemüht, die Kirchen so wenig wie möglich an seine staatlichen Gesetze zu binden. An der Gegensätzlichkeit dieser Epochen, in denen doch formal der gleiche Artikel der Weimarer Reichsverfassung zur Anwendung kam, zeigt sich, wie bedeutsam und unaufhebbar der Widerspruch ist²⁵⁾ zwischen der Garantie des Art. 137 Abs. 3^{der} Weimarer Reichsverfassung, wonach die Kirchen nur dem

für alle geltenden Gesetz unterworfen sein sollen, und der gleichzeitigen Verleihung der Qualität einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Kirchen, durch die besondere Gesetze für die Körperschaft unumgänglich werden.

F ü n f t e s K a p i t e l

KÖRPERSCHAFTSBEGRIFF UND KIRCHEN UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS

Welche unheilvolle Machtfülle der Staat über die Kirchen kraft ihrer Einordnung als Körperschaften des öffentlichen Rechts besitzen kann, wird durch die Geschichte der evangelischen Kirche unter dem Regime des Dritten Reiches belegt. Es zeigte sich, daß der Staat infolge der Tatsache, daß das Kirchenrecht zum öffentlichen Recht gezählt wird, in der Lage ist, die innerkirchliche Ordnungsgewalt zu usurpieren.

Die Usurpation der innerkirchlichen Ordnungsgewalt der evangelischen Kirche durch das Regime des Dritten Reiches

Schon im Juli 1933 wurden nach der Bestellung Ludwig Müllers zum "Bevollmächtigten in Angelegenheiten der evangelischen Kirche" durch Reichsgesetz Neuwahlen aller Körperschaften der evangelischen Kirche angeordnet ¹⁾. Der Staat verkündete durch eben dieses Reichsgesetz die Verfassung einer "Deutschen Evangelischen Kirche", deren "einheitliche Führung" der Reichsbischof Müller zu gewährleisten hatte ²⁾. Als dem Reichsbischof die Gleichschaltung nicht gelang, wurde 1935 durch "Erlaß über die Zusammenfassung der Zuständigkeiten des Reichs und Preußens in Kirchenangelegenheiten vom 16. Juli 1935" ³⁾ das Reichskirchenministerium unter Kerrl geschaffen, dem durch das Gesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 24. September 1935 ⁴⁾ uneingeschränkte Verordnungsgewalt übertragen wurde. Mittels des von Kerrl berufenen Reichskirchenausschusses und der gleichzeitig eingesetzten Landeskirchenausschüsse ⁵⁾ wurde in

die innere Ordnung der evangelischen Kirche hineinregiert ⁶⁾. Nach dem Scheitern des Reichskirchenausschusses im Jahre 1937 ⁷⁾ wurden durch die 15. der insgesamt 18 Durchführungsverordnungen ⁸⁾, die dem "Sicherungsgesetz" vom 24. 9. 1935 nachfolgten, weitere sogenannte "Finanzabteilungen" bei den Kirchenbehörden geschaffen. Solche Finanzabteilungen, die als Staatsaufsichtsgremien mit Weisungsgewalt gegenüber den Kirchenbehörden ausgestattet waren, waren sowohl bei den preußischen Landeskirchen ⁹⁾ als auch bei der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei ¹⁰⁾ schon 1935 zur Überwachung des kirchlichen Finanzgebarens eingerichtet worden. Sie hatten ihre Kontrollen bald auf das gesamte kirchliche Leben ausgedehnt ¹¹⁾.

Durch die 17. Durchführungsverordnung zum Sicherungsgesetz ¹²⁾ wurden schließlich die Kirchenleitungen sämtlicher Landeskirchen und der Deutschen Evangelischen Kirche "im Stile des Führerprinzips neu konstituiert" ¹³⁾.

Alle die Eingriffe, die von 1933 an durch die Reichsregierung, den Reichsbischof, das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, die Finanzabteilungen bei den Kirchenbehörden, den Reichskirchenausschuß und die Landeskirchenausschüsse stattfanden ¹⁴⁾, konnten nur deswegen ohne formelle Schwierigkeiten erfolgen, weil sich das innerkirchliche Satzungsrecht ohne qualitative Barriere in die Stufenordnung der Rechtsquellen des öffentlichen Rechts unterhalb von förmlichen Gesetzen und gleichrangig mit Rechtsverordnungen einfügte. Das staatliche Recht konnte das kirchliche Satzungsrecht verdrängen, wo immer der Staat es für notwendig befand.

Ein solcher Verdrängungsprozeß ist nur denkbar innerhalb des Gefüges öffentlich-rechtlicher Normen. Hätten sich die Kirchen als juristische Personen des Privatrechts behandeln lassen, hätte sich das Kirchenrecht als private Satzung verstanden, dann wären legale Eingriffe nur im Rahmen der allgemeinen Vereinsaufsicht möglich gewesen ¹⁵⁾; die NS-Regelungen für die Religionsgesellschaften in der "Ostmark" und im "Warthe-gau", durch die die Kirchen in diesen Gebieten einerseits einen privatrechtlichen Status zugewiesen erhielten, andererseits einer sondergesetzlich geregelten Staatsaufsicht weiterhin unterworfen wurden ¹⁶⁾, waren denn auch - gemessen an den Garantien der Religionsfreiheit in der Weimarer Verfassung - illegal ¹⁷⁾. Die öffentlich-rechtliche Qualität der Kirchengesellschaften im Gebiet des "Altreichs" aber gestattete dem totalen Staat, das von den Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften erlassene Satzungsrecht als vom Staat abgeleitetes und daher prinzipiell staatlich widerrufliches Recht zu behandeln ¹⁸⁾.

*Die Korporations-
lehre des Nationalsozialismus -
Parallelen zur
DDR*

Die offizielle nationalsozialistische Rechtslehre und Rechtspraxis bedienten sich des Körperschaftsbegriffs ganz bewußt als eines Mittels, "das wesentlich dazu beiträgt, den Zerfall der völkischen Rechtsordnung in einen Pluralismus mehrerer unverbundener und einander entgegengesetzter Ordnungen zu verhindern" ¹⁹⁾. Die Einrichtung der Reichskulturkammer durch die "Gesetzgebung der nationalsozialistischen Revolution" legt für die Disziplinierungsfunktion des Körperschaftsbegriffs ein deutliches Beispiel ab ²⁰⁾. Wenn einzelne Autoren demgegenüber behaupteten, die einzige Folge einer Anerken-

nung als Korporation sei die Verleihung der Rechtsfähigkeit ²¹⁾, dann führte dies wiederum nur zu dem Ergebnis, daß der Staat bei der Anerkennung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts von jeder Bindung freigesprochen werden konnte. Er konnte sich jederzeit die mit dem Begriff verbundenen Eingriffs- und Bevorzugungsmöglichkeiten verschaffen und sie nach Belieben negativ oder positiv zur Anwendung bringen. Auch diese Theorie, die in gleicher Weise nach 1945 in der DDR über die Körperschaftsqualität der Kirchen vertreten worden ist ²²⁾, beweist, daß die Einstufung als öffentliche Körperschaft zum Machtmittel totalitärer Staaten werden kann.

Für die DDR, wo Art. 43 der Verfassung der DDR den Kirchen bis zum 8. April 1968 die Stellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verschafft hatte, mag das noch daran belegt werden, daß nach dortigem Recht die Abgabeforderungen der Kirchen gegenüber ihren Mitgliedern infolge der Körperschaftsqualität der christlichen Großkirchen zur bloßen Naturalobligation herabgestuft werden konnten. Die DDR hat einerseits den Kirchen die Vollstreckung ihrer Steuerforderungen als öffentlich-rechtliche Forderungen im hoheitlichen Zwangsverfahren versagt; andererseits ist aber auch die Möglichkeit einer zivilrechtlichen Beitreibung dadurch versperrt, daß Streitigkeiten um kirchliche Abgabeforderungen wegen des öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen die Natur als bürgerlich-rechtliche Rechtsstreitigkeiten im Sinne des § 9 des Gerichtsverfassungsgesetzes der DDR abgesprochen worden ist ²³⁾. Auf diese Weise sind in der DDR evangelische und katholische Kirche in gleicher Weise auf den guten Willen ihrer Mitglieder bei der Beitragszahlung angewiesen.

Unter dem Nationalsozialismus blieb die katholische Kirche wohl nur durch das noch von Hitler selbst abgeschlossene ²⁴⁾Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 vor jenem Ausmaß an Beeinträchtigungen bewahrt, dem die evangelische Kirche unterlag ²⁵⁾. Die Belastung, der die evangelische Kirche durch die Körperschaftsqualität und die damit verbundenen Eingriffsmöglichkeiten im Dritten Reich ausgesetzt war, führte zu einem Schisma. Neben die staatsusurpierte Deutsche Evangelische Kirche und deren Landeskirchen trat die Bekennende Kirche, die ihre Kraft allein aus dem Bekenntnis, nicht aus der weltlichen Organisation schöpfte ²⁶⁾. Diese Spaltung wurde allgemein als Akt des Neubeginns und der Selbstbesinnung empfunden.

S e c h s t e s K a p i t e l

KÖRPERSCHAFTSBEGRIFF UND KIRCHEN UNTER DEM GRUNDGESETZ

Neubeginn und Selbstbesinnung hätten den Religionsgesellschaften nach der Katastrophe von 1945 Anlaß geben können, die überkommene Fessel der Körperschaftsqualität abzuwerfen. Grundgesetzgeber und Kirchen konnten sich jedoch nicht zu diesem entscheidenden Schritt durchringen. Statt die Kirchen in die Freiheit des Privatrechts zu entlassen, kehrte man zurück zum Text der Weimarer Reichsverfassung - die Religionsgesellschaften blieben wiederum Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie bisher solche waren ¹⁾.

Allerdings hätte auch schon diese Formulierung des Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung, die zum Bestandteil des Grundgesetzes wurde, zumindest der Evangelischen Kirche eine Chance geboten: Hätte man sich darauf besonnen, daß^{es} die Bekennende Kirche war, deren Grundsätze man nach 1945 aufzunehmen und fortzuführen sich anschickte ²⁾, dann hätte man davon ausgehen können, daß die Evangelische Kirche als Bekennende Kirche ihre Körperschaftsqualität unter dem Nationalsozialismus endlich abgeschüttelt hatte. Da die Evangelische Kirche als Bekennende Kirche also gar keine Körperschaft des öffentlichen Rechts mehr war, traf der Text des Grundgesetzes eigentlich ins Leere. Denn dort wurde nur der Fortbestand derjenigen Körperschaften des öffentlichen Rechts angeordnet, die bisher solche gewesen waren.

Der Reiz der Privilegien erwies sich jedoch stärker als der Geist der Neubesinnung. So kehrten

beide Kirchen zurück in das Gehäuse der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, das ihnen der Staat anbot.³⁾

Könnte man sich zurückversetzen in das Jahr 1949, in dem diese Entscheidung stattfand, so könnte man auf der Grundlage der bisher entwickelten Erkenntnisse über den Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft folgende "Prognosen" für die Entwicklung des Körperschaftsbegriffs und seine Anwendung auf die Kirchen abgeben:

1. Der Streit um den Begriff würde sein Ende finden. Denn vermittels der 150jährigen gleichbleibenden Anwendung hatte sich der Begriff, ausgehend vom Willkürakt der Schöpfung durch das Allgemeine Landrecht, mit seiner Anwendung auf die Realität selbst zu einer festgefügtten Realität geformt.
2. Die Anwendung des Körperschaftsbegriffs auf die Kirchen in seiner eigentlichen Definition würde sich einem unaufhebbaren Widerspruch ausgesetzt sehen. Denn die Kirchen würden nach den Erfahrungen des Dritten Reiches nicht mehr geneigt sein, die Anerkennung als Körperschaften des öffentlichen Rechts als Eingriffstitel in innerkirchliche Belange hinzunehmen. Sie würden deshalb Widerspruch dagegen erheben, einem Begriff zugeordnet zu werden, der eine qualifizierte Staatsaufsicht durch besonders auf die Kirchen zugeschnittene Gesetze ermöglichte. Die Kirchen würden andererseits weiterhin die Anerkennung als Rechtstitel für die Fortdauer der Privilegierung benötigen. Sie würden sich deshalb dagegen wehren, schlechthin aus dem Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft ausgesondert zu werden.

Die Definition des regulären Begriffs der öffentlich-rechtlichen Körperschaft durch die Wissenschaft nach 1945 - Kritik an dieser Umschreibung durch Vergleich mit der aus dem pr. ALR entwickelten Definition

Die mit der ersten "Prognose" bezeichnete Entwicklung läßt sich an dem maßgeblichen Lehrbuch des Verwaltungsrechts von Ernst Forsthoff ablesen: Ernst Forsthoff stellt fest, daß der einst umstrittene Begriff sich nunmehr gefestigt habe, und definiert die öffentlich-rechtliche Körperschaft als mitgliedschaftlich organisierten Verband zur Erfüllung von Aufgaben des Staates unter Aufsicht des Staates ⁴⁾. Diese Definition stimmt allerdings nicht mit derjenigen überein, die oben aus dem Allgemeinen Landrecht für die Körperschaft des öffentlichen Rechts entwickelt wurde und die, so wurde bisher behauptet, vom Gesetzgeber nicht abgeändert worden ist und nunmehr auch nicht mehr geändert werden kann. Die oben ⁵⁾ entwickelte Definition lautete: Die öffentlich-rechtliche Körperschaft ist eine durch staatliche Anerkennung als rechtsfähig in das öffentliche Recht integrierte Personengesellschaft, der der Staat durch besondere Rechtsätze sonst ihm selbst vorbehaltene Pflichten auferlegen und ebensolche Rechte erteilen kann. Dadurch werde - so ist es oben aufgeführt worden - dem Staat die Möglichkeit eröffnet, die Körperschaft als Verbindungs- und Entlastungseinheit in seinen Funktionsbereich einzubeziehen; dies sei der Zweck, den der Staat regelmäßig mit der Anerkennung einer Gesellschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts verfolge.

Ernst Forsthoff und mit ihm die herrschende Lehre haben die Erfüllung dieses regelmäßigen Zwecks zum Hauptbegriffsmerkmal der öffentlich-rechtlichen Körperschaft im eigentlichen Sinn gemacht: Nach ihrer Definition liegt eine Körperschaft des öffentlichen Rechts im enge-

ren Sinn überhaupt nur dann vor, wenn die Körperschaft mit ihrer Anerkennung als öffentlich-rechtlich in den Funktionsbereich des Staates einbezogen worden ist ⁶⁾, wenn sie Aufgaben des Staates unter Aufsicht des Staates erfüllt. Die h. L. verwendet damit einen Umstand als Begriffsmerkmal, der nach den hier entwickelten Vorstellungen der Begriffszuordnung nur als zwar regelmäßiger, aber nicht begriffsnotwendiger Zweck zugrunde liegt ⁷⁾. Nach der hier entworfenen Umschreibung ist es auch möglich, daß der Staat die ihm mit der Anerkennung einer Körperschaft als öffentlich-rechtlich zukommenden Möglichkeiten der Privilegierung, der Auferlegung von besonderen Pflichten zu anderen Zwecken als zur Einbeziehung in den staatlichen Funktionsbereich benutzt. Damit eröffnet sich (nur) nach der hier entwickelten Definition für einen solchen Fall die Anschlußfrage, ob eine Anerkennung zu anderen Zwecken als zu dem der Einbeziehung in den Funktionsbereich des Staatlichen nicht nur begrifflich möglich, sondern auch rechtlich zulässig ist.

Bei der Beantwortung dieser Anschlußfrage, die gleichbedeutend ist mit der von der gegenwärtigen Rechtslehre nur selten gestellten und nur selten beantworteten Frage nach den allgemeinen Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Anerkennung einer Körperschaft als öffentlich-rechtlich ⁸⁾, wird sich zeigen, daß und warum die Definition der herrschenden Lehre nicht als zutreffend anerkannt werden kann.

Die Rechtmäßig-
keitsvorausset-
zungen für die
Anerkennung ei-
ner öffentlich-
rechtlichen
Körperschaft
durch den Staat

Die Antwort darauf, ob die Anerkennung einer Körperschaft als öffentlich-rechtlich zu anderen Zwecken als zur Einbeziehung in den Funktionsbereich des Staatlichen rechtmäßig ist, muß aus dem Verfassungsprinzip der Verhältnismäßigkeit des Mittels in Beziehung auf den angestrebten Zweck erfolgen. Aus diesem für jeden Bereich staatlichen Handelns geltenden Verfassungsprinzip ⁹⁾ ergibt sich u. a., daß der Staat die nur ihm selbst vorbehaltenen Mittel auch nur für seine eigenen Zwecke einsetzen darf ¹⁰⁾.

Das bedeutet für die Einrichtung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts durch den Staat, daß sowohl die Privilegierung der Körperschaft gegenüber privaten Gesellschaften durch Verleihung von sonst dem Staat vorbehaltenen Rechten als auch die Belastung der Körperschaft mit sonst nur dem Staat auferlegten Pflichten nur dann rechtmäßig sind, wenn diese Maßnahmen für Zwecke des Staates erfolgen. Kurz: die Anerkennung einer Körperschaft als öffentlich-rechtlich ist nur unter der Voraussetzung rechtmäßig, daß die Körperschaft "Zwecke" des Staates erfüllt, d. h. staatliche Aufgaben wahrnimmt oder wahrzunehmen geeignet ist.

Die Grenzen einer Anerkennung von Körperschaften als öffentlich-rechtlich sind demnach identisch mit den Grenzen des staatlichen Aufgabenbereichs. Der Aufgabenbereich des Staates ist zumindest negativ abgegrenzt durch die Freiheitsrechte des einzelnen und der gesellschaftlichen Verbände. Die grundrechtlich verbürgten Abwehrrechte verbieten dem Staat die Wahrnehmung solcher Aufgaben, die dem Freiheitsbe-

reich des einzelnen und der privaten Verbände vorbehalten sind - wie z. B. die Religionsausübung. Der Aufgabenbereich des Staates ist positiv, wenn nicht rechtlich durch das Subsidiaritätsprinzip¹¹⁾, so doch praktisch auf solche Gebiete beschränkt, deren Wahrnehmung gerade durch den Staat das allgemeine Wohl fordert¹²⁾.

Daraus ergibt sich als zusammenfassende Schlußfolgerung für die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen der Anerkennung eines Verbandes als öffentlich-rechtliche Körperschaft der Satz: Nur wenn das allgemeine Wohl eine Einbeziehung der von dem Verband wahrgenommenen Aufgaben in den Funktionsbereich der Staatsverwaltung fordert¹³⁾ und dem keine verfassungsrechtlichen Gebote entgegenstehen, ist das besondere Inpflichtnehmen eines gesellschaftlichen Verbandes durch eine besonders geregelte staatliche Aufsicht und die Privilegierung, insbesondere die Überweisung öffentlicher Gelder an die Körperschaft¹⁴⁾, legitim.

Die Zulässigkeit einer Aussonderung von Aufgaben des Staates aus der unmittelbaren Staatsverwaltung durch Übertragung der Aufgaben an neu einzurichtende Körperschaften des öffentlichen Rechts ist demgegenüber - abgesehen von der Vorfrage der Kompetenz zur Ausgliederung im Rahmen der bundesstaatlichen Ordnung - keine Frage der Rechtmäßigkeit, sondern eine der Zweckmäßigkeit¹⁵⁾. Denn die Erfüllung von Staatsaufgaben durch die Körperschaft versteht sich in einem solchen Fall von selbst. Die Aussonderung ändert auch nichts daran, daß das an die Körperschaft übertragene Staatshandeln weiterhin den Anforderungen unterliegt, die für den

jeweiligen Bereich des staatlichen Handelns gelten. Am Beispiel ausgedrückt: Die Aussonderung von Rechtsprechungsfunktionen des Staates an eine Verbandsgerichtsbarkeit ist als solche eine Frage der Zweckmäßigkeit. Durch die Aussonderung wird der Staat aber nicht von seinen Garantiefunktionen z. B. in Bezug auf die richterliche Unabhängigkeit, seinen Pflichten als Hüter der Gerechtigkeit entbunden. Diesen Pflichten muß der Staat durch eine entsprechend konstruierte Staatsaufsicht über die Körperschaft Genüge tun ¹⁶⁾.

Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen gibt es demnach nur für die Errichtung von Körperschaften, die eine Einbeziehung bislang gesellschaftlicher Belange in den Bereich des öffentlichen Rechts bezwecken, nicht aber für die Aussonderung schon bestehender legitimer Staatsaufgaben aus der unmittelbaren Staatsverwaltung durch Übertragung an Körperschaften des öffentlichen Rechts. Das Bundesverfassungsgericht konnte daher die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für die Errichtung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts vollständig durch den Satz ausdrücken: "Öffentlich-rechtliche Verbände dürfen nur gegründet werden, um legitime öffentliche Aufgaben wahrnehmen zu lassen" ¹⁷⁾.

Die Begriffsbestimmung der herrschenden Lehre versucht, diesem Satz dadurch Rechnung zu tragen, daß sie die Erfüllung (legitimer) staatlicher Aufgaben zum Begriffsmerkmal der öffentlich-rechtlichen Körperschaft im eigentlichen Sinn gemacht hat. Diese Begriffsbildung ist aber unzutreffend. Die Erfüllung (potentiell) staatlicher Aufgaben kann nicht Begriffsmerkmal

einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft sein, weil es unbestreitbar ist, daß eine vom staatlichen Recht als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannte Gesellschaft ihren Status nicht dadurch verliert, daß sie keine Aufgaben des Staates mehr wahrnimmt. Dafür sind die Religionsgesellschaften das herausragendste Beispiel. Vielmehr ist die Erfüllung (potentiell) staatlicher Aufgaben "nur" die Rechtmäßigkeitsvoraussetzung für die Anerkennung eines Verbandes als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Damit zeigt sich, daß die Definition der herrschenden Lehre in gleicher Weise eine Voraussetzung der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts zum Begriffsmerkmal gemacht hat, wie das dem Wortlaut des Gesetzes nach schon der Gesetzgeber des Allgemeinen Landrechts getan hatte, als er die Verfolgung eines fort-dauernden gemeinnützigen Zwecks als Begriffsmerkmal der Körperschaft erscheinen ließ. Ebenso wie es der Systematik des Allgemeinen Landrechts bei richtiger Auslegung nicht entsprach, die Gemeinnützigkeit als Begriffsmerkmal aufzufassen, ist auch heute die Erfüllung von (potentiellen) Aufgaben des Staates kein Begriffsmerkmal der öffentlich-rechtlichen Körperschaft, sondern die rechtsstaatliche Voraussetzung für ihre Anerkennung.

Thesenaufstellung

Überträgt man diese Erkenntnisse auf die Religionsgesellschaften, die vom Grundgesetz als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, dann gelangt man zu den folgenden Thesen:

- (1) Die Kirchen sind kraft verfassungsrechtlicher Anerkennung Körperschaften des öffentlichen Rechts wie jeder andere vom Staat als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannte Verband. Ihnen können Rechte und Pflichten vom Staat übertragen werden, die sonst dem Staat selbst vorbehalten sind.
- (2) Die Kirchen dürften von Rechts wegen nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sein, weil sie keine staatlichen Aufgaben erfüllen und weil einer Einbeziehung ihrer Aufgaben in den Funktionsbereich des Staatlichen das verfassungsrechtliche Gebot der Religionsneutralität entgegensteht.

ie Gegenposition
er herrschenden
ehre

Diese beiden Thesen unterscheiden sich vom Standpunkt der herrschenden Lehre vor allem durch die Behauptung, daß die Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechts wie jede andere Körperschaft sind. Die zweite These ist ihrem Gehalt nach von der Staatslehre anerkannt: es ist allgemeine Meinung, daß die Kirchen keine Körperschaften im eigentlichen Sinne sein dürfen, weil sie keine Aufgaben des Staates erfüllen.

Die h. L. zieht daraus allerdings nicht die Konsequenz, die Kirchen ganz und gar aus dem Körperschaftsbegriff auszusondern. Vielmehr hat sie den Weg der Begriffsspaltung beschritten. Die Gründe für diese Entwicklung sind oben bereits genannt worden: Man bemühte sich einerseits, die Kirchen aus dem allgemeinen Begriff der Körperschaft herauszunehmen, weil man sie einer sondergesetzlich geregelten

Staatsaufsicht entziehen wollte. Man versuchte aber andererseits, ihnen die Vorteile der Bezeichnung zu erhalten, um die hergebrachten Privilegien nicht aufgeben zu müssen.

*Die Aufspaltung
des Körperschaftsbegriffs
mit Rücksicht
auf die Religions- und Weltanschauungsge-
meinschaften
durch die herrschende Lehre
nach 1945*

Diese gegenwärtig noch herrschende Aufspaltung des Körperschaftsbegriffs wurde eingeleitet von Rudolf Smend. Er stellte im Jahre 1951 die These auf, daß die Sätze des Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung, die durch Art. 140 des Grundgesetzes in das Grundgesetz inkorporiert worden sind, unvermeidlich etwas anderes besagten als früher im Zusammenhang mit der Weimarer Verfassung ¹⁸⁾. Damit war der Weg dafür frei, den Körperschaftsbegriff des Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung als Bestandteil des Grundgesetzes neu zu verstehen, die religiösen Gesellschaften aus dem allgemeinen Begriff der Körperschaft auszusondern, die unter der Weimarer Reichsverfassung geübte Staatsaufsicht theoretisch abzuschütteln und die Kirchen als dem Staat gleichberechtigte, von ihm zu privilegierende Korporationen zu verstehen, die die staatlichen Gesetze nur kraft ihres freien Willens als verbindlich zu betrachten hätten. Diese Ansicht von der Gleichberechtigung von Staat und Kirchen fand bis in die 60er Jahre hinein weitgehend Zustimmung ¹⁹⁾, obwohl sie im eindeutigen Widerspruch zum Willen des Parlamentarischen Rates steht, der die Verfassung entworfen hatte. Der Parlamentarische Rat hatte das von den Rechtsparteien angestrebte System der ausdrücklichen Gleichordnung von Staat und Kirchen mehrheitlich abgelehnt ²⁰⁾ und stattdessen auf die Weimarer Kirchenartikel - den Formelkompromiß ²¹⁾ - zurückgegriffen. Wesentlicher Inhalt dieses Kom-

promisses war gerade das Anerkenntnis der Überordnung des Staates über die weltlichen Organisationen der Kirchen.

Erst auf den Anstoß von Helmut Quaritsch fand nach dem Krieg wiederum Anerkennung, daß die Kirchen als weltliche Verbände, wie hoch man ihren geistlichen Anspruch und Wert auch einzuschätzen hat, der staatlichen Souveränität untergeordnet sind ²²⁾. Es blieb aber bis heute bei der Aussonderung der Kirchen aus dem Körperschaftsbegriff, so wie ihn die h. L. versteht, und ihrer Benennung als Körperschaften des öffentlichen Rechts sui generis ²³⁾.

Die Rechtsstellung der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts sui generis soll nurmehr "eine summarische Bezeichnung der Vorrechte und Begünstigungen" sein, die sie im öffentlichen Recht innehaben ²⁴⁾. In der Anerkennung eines "öffentlich-rechtlichen Gesamtstatus" ²⁵⁾ soll die "Anerkennung von Verfassungen" liegen, daß "die Religionsgemeinschaften zu den Gebilden des soziologisch öffentlichen Bereichs gehören und dort zu beteiligen sind, wo alle Kräfte und Mächte des gesellschaftlichen Raumes beratend und gestaltend herangezogen oder repräsentiert werden sollen" ²⁶⁾.

Diese Entkleidung des Begriffs von seinen juristischen Merkmalen und das Auffüllen mit summarischen und soziologischen Inhalten macht ihn rechtswissenschaftlich unbrauchbar. Die Aussonderung der Kirchen aus dem eigentlichen Begriff der Körperschaft ist auch, betrachtet an dem hier entwickelten Begriff, rechtlich unzutreffend.

Begründung der ersten These mittels des Nachweises einer besonderen Staatsaufsicht über die Kirchen

Die Religionsgesellschaften sind, soweit sie von der Verfassung als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, in der gleichen Weise öffentlich-rechtliche Körperschaften wie die Gemeinden, die Ärztekammern, die Industrie- und Handwerkskammern und andere vom Gesetzgeber als Körperschaften benannte Einrichtungen. Die Richtigkeit dieser These, die nun im einzelnen belegt werden soll, beweist sich an dem Umstand, daß den Kirchen wie allen anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts Rechte zustehen, die sonst dem Staat vorbehalten sind, wie z. B. das Besteuerungsrecht und die Dienstherrnfähigkeit, und daß die Kirchen wie alle anderen Körperschaften wenigstens jenem Minimum an besonderen, nur für sie geltenden Gesetzen unterliegen, das oben ²⁷⁾ als unerläßlich für alle diejenigen Körperschaften bezeichnet wurde, die den vom Staat angebotenen oder aufgezwungenen öffentlichen Status angenommen und damit Rechte und Pflichten aus dem staatlichen Fundus übertragen erhalten haben ²⁸⁾.

Die Unterworfenheit der öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften unter eigens für sie erlassene Gesetze sowie die Gegendenz, die Kirchen aus dem Geltungsreich des für alle geltenden Gesetzes herauszunehmen

Die Unterworfenheit der öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften unter eigens für sie erlassene Gesetze ²⁹⁾ tritt gegenwärtig nur wenig in Erscheinung, weil der Staat der Gegenwart nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit redlich bemüht ist, dem Gebot der Verfassung Rechnung zu tragen, wonach die Kirchen ihre Angelegenheiten innerhalb des für alle geltenden Gesetzes selbständig ordnen und verwalten. ³⁰⁾ Als Reaktion auf die nationalsozialistischen Bestrebungen, insbesondere die Evangelische Kirche aufgrund ihres öffentlichen Status zu usurpieren, sie in ein Netz öffentlich-recht-

licher Bindungen zu verstricken, ist sogar noch eine über das Bemühen, Sondergesetze für die Kirchen zu vermeiden, hinausgehende Entwicklung eingetreten: Die Tendenz geht von Fall zu Fall sogar dahin, die Kirchen auch noch von ihrer Unterworfenheit unter das für alle geltende Gesetz im Sinne einer Bindung an alle verfassungsgemäß zustandegekommenen Gesetze zu befreien ³¹⁾.

Einem Minimalbestand an besonderen Gesetzen, die in den garantierten Selbstverwaltungsbereich der Religionsgesellschaften eingreifen, steht daher eine Tendenz gegenüber, die Kirchen so weit wie möglich aus dem Bindungsbereich auch der für alle geltenden staatlichen Gesetze herauszulösen.

e landesrechtli-
en Kirchensteuer-
setze als Beispiel
r Sondergesetze
t Staatsaufsichts-
arakter

Zu dem Minimalbestand an besonderen Gesetzen, die in die eigenen Angelegenheiten der Kirchen eingreifen und damit eine besondere Staatsaufsicht im Sinne der Weimarer Korrelatstheorie herstellen, gehören als wichtigstes Beispiel die landesrechtlichen Kirchensteuergesetze ³²⁾, durch die den Religionsgesellschaften bestimmte Pflichten bei der Erhebung von Geldleistungen von ihren Mitgliedern auferlegt werden.

Man wird kaum bestreiten können, daß es zu den eigenen Angelegenheiten der Religionsgesellschaften gehört, ob, in welcher Höhe und auf welche Weise sie von ihren Mitgliedern geldliche Unterstützung fordern ³³⁾. Diese Feststellung bedeutet nach der Verfassung, daß der Staat gem. Art. 137 Abs. 3 S. 1 der Weimarer Reichsverfassung auf diesen Bereich keinen sondergesetzlichen Einfluß nehmen darf. Daß er in einem Teilbereich des heutigen kirchlichen Abgabewesens, dem Kirchensteuerrecht, dennoch Einfluß nimmt

und Einfluß nehmen muß, ist eine Folge des Umstands, daß den Religionsgesellschaften mit dem Besteuerungsrecht ein sonst nur dem Staat vorbehaltenes, mit dem staatlichen Gewaltmonopol durchsetzbares Recht verliehen worden ist ³⁴⁾.

Das den Religionsgemeinschaften durch die Verfassung zugesprochene Recht, Steuern zu erheben, ist die wesentlichste Begünstigung der Religionsgesellschaften durch ein sonst dem Staat vorbehaltenes Recht. Das Besteuerungsrecht ist ein genuin staatliches Recht, weil Steuern durch öffentliches Recht geregelte Zwangsabgaben sind, mittels derer der Staat seine Aufgaben erfüllt ³⁵⁾. Steuern können demnach regulär nur durch juristische Personen des öffentlichen Rechts, nur aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften und nur zur Finanzierung oder anderweitigen Förderung von Aufgaben des Staates erhoben werden. Die Kirchen sind also nur infolge ihres Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts wenigstens formell steuerberechtigt: Erst mit ihrer Anerkennung als juristische Personen des öffentlichen Rechts wurde ihnen die Fähigkeit erteilt, Steuergläubiger zu sein ³⁶⁾.

Das Besteuerungsrecht der Kirchen ist demnach ein an die Kirchen delegiertes, genuin staatliches Recht, vermittels dessen die Kirchen einen Teilbereich ihrer eigenen Angelegenheiten, nämlich das Abgabewesen, gestalten.

Das bedeutet für die von den Kirchen erlassenen Besteuerungsregeln, daß sie eine Zwitterstellung zwischen der Ausfüllung eines vom Staat delegierten Rechts und der Regelung einer eigenen Angelegenheit einnehmen. Die Zwitterstellung des kirchlichen Besteuerungsrechts

zwischen staatlichem und kirchlichem Rechtsbereich wird nach außen auch daran sichtbar, daß das kirchliche Besteuerungswesen nur zum Teil durch kircheneigene, zum Teil aber auch durch staatliche Normen geregelt wird ³⁷⁾.

Die Einflußnahme des staatlichen Rechts ist notwendig, weil der Staat nicht mehr Rechte an die Kirchen übertragen kann, als er selbst innehat. Der Staat kann daher nicht davon absehen, dafür Sorge zu tragen, daß die Kirchen bei der Steuererhebung die ihm selbst gesetzten Grenzen einhalten. Um dies zu gewährleisten, führt der Staat im Kirchensteuerwesen eine klare, sondergesetzlich geregelte Beaufsichtigung durch. Diese Aufsicht kommt vor allem darin zum Ausdruck, daß kircheneigene Besteuerungsregeln im allgemeinen der staatlichen Genehmigung bedürfen ³⁸⁾ und stets der inzidenten verwaltungs- und/oder finanzgerichtlichen Kontrolle unterliegen ³⁹⁾. Da es sich beim kirchlichen Besteuerungsrecht infolge dessen Zwitternatur stets auch um eine kircheneigene Angelegenheit handelt, bedeutet jede Verweigerung einer staatlichen Genehmigung, jedes staatliche Urteil zu Lasten der Kirche einen staatsaufsichtlichen Eingriff auch in kircheneigene Angelegenheiten.

Auf diese Weise sind den Kirchen vom Staat bei der Heranziehung ihrer Mitglieder zu Geldleistungen Grenzen gesetzt worden, die zwar aus der Sicht des staatlichen Rechts konsequent, von kirchlicher Seite aber nicht erforderlich sind.

So ist es den Kirchen von staatlichen Gerichtshöfen verboten worden, im Rahmen staatlicher oder kircheneigener Kirchensteuergesetze ⁴⁰⁾ das Einkommen des Ehemanns uneingeschränkt als Steu-

erbemessungsgrundlage für die Kirchensteuerpflicht der Ehefrau zu benutzen und den Steuerbetrag direkt vom Einkommen des Ehemannes einbehalten zu lassen. Diese Einschränkungen sind Ausfluß staatlichen Rechts: es sind Grundsätze des gegenwärtigen staatlichen Einkommensteuerrechts, daß die Maßstäbe der Besteuerung nur individuell angesetzt und daß die Steuern nur individuell beigetrieben werden dürfen ⁴¹⁾. Mit kirchlichem Recht haben diese Grundsätze nichts gemein. Die Kirche ist in ihrer Abgabenerhebung autonom - sie darf die Steuerpflicht der Ehefrau auch nach dem Einkommen des Ehemannes bemessen und den Ehemann zum Schuldner erklären ⁴²⁾. Will sich die Ehefrau dieser Steuerbemessung nicht fügen, steht es ihr frei, aus der Religionsgemeinschaft auszutreten. Will der Ehemann der kirchlichen Forderung nicht nachkommen, so braucht er sie nicht zu erfüllen. Mangels rechtsgeschäftlicher Begründung der Forderung kann er von keinem weltlichen Gericht zur Begleichung einer derartigen "Steuerschuld" gezwungen werden.

Die vom Bundesverfassungsgericht als notwendig betonte ⁴³⁾ und durch staatliche Gerichte überwachte Anwendung der Grundsätze staatlichen Steuerrechts auf die kirchliche Abgabenerhebung stellt daher einen "an sich" unzulässigen ⁴⁴⁾, durch die Körperschaftsbedingte Übertragung sonst dem Staat vorbehaltenen Rechte aber notwendigen Eingriff des Staates in die eigenen Angelegenheiten der Religionsgesellschaften dar.

Das Bundesverfassungsgericht hat, um den Anschein eines solchen Eingriffs zu vermeiden, einen rechtstechnischen Ausweg zu eröffnen

versucht: Es hat solches Kirchensteuerrecht, das mit staatlichen Regeln nicht in Übereinstimmung zu bringen ist, nur für seitens des Staates nicht anwendbar erklärt ⁴⁵⁾, ohne damit zur Frage seiner Wirksamkeit im innerkirchlichen Bereich Stellung zu nehmen.

Mit dieser Rechtsprechung ist das Bundesverfassungsgericht aber nur vor einer Schlußfolgerung ausgewichen, die sich aus der Natur des Besteuerungsrechts als eines genuin staatlichen, mit dem staatlichen Gewaltmonopol durchzusetzenden Rechts notwendig ergibt: Wenn der Staat kirchliches Steuerrecht nicht anwendet und nicht durchsetzt, dann hat er diesem Recht die Natur als Steuerrecht - nämlich Zwangsabgabenrecht - entzogen. Insofern bedeuten alle jene Urteile des Bundesverfassungsgerichts, mit denen der kirchlichen Besteuerungsgewalt Grenzen gesetzt worden sind, stets auch einen aufhebenden Eingriff in kircheneigene Regelungen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es kaum zutreffend, wenn man der verwaltungs-, finanz- und verfassungsgerichtlichen Überprüfung der kirchlichen Steuererhebung den Charakter einer besonderen Staatsaufsicht über kircheneigene Angelegenheiten abspricht ⁴⁶⁾.

*Weitere Beispiele
für Staatsauf-
sichtsregelungen*

Im übrigen gibt es auch außerhalb des Besteuerungsrechts noch Minimalbestände jener besonderen Staatsaufsicht, die oben als unerlässlich für alle Körperschaften des öffentlichen Rechts bezeichnet wurde. Dazu gehören z. B. staatliche Einspruchsrechte gegen Kirchengesetze zur Ordnung der vermögensrechtlichen Vertretung, so wie sie im Niedersächsischen Kirchenvertrag geregelt

sind⁴⁷⁾. Dazu gehört auch der - in seiner Verfassungsmäßigkeit allerdings angezweifelte⁴⁸⁾ - sogenannte Bauresolut nach Art. 17 Abs. 1 des preußischen Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen⁴⁹⁾ und Art. 1 Abs. 1 des preußischen Staatsgesetzes betreffend Anordnung kirchlicher Neu- und Reparaturbauten in den katholischen Diözesen⁵⁰⁾. Diese in ehemals preußischen Gebieten noch Geltung beanspruchenden Vorschriften ermächtigen den Regierungspräsidenten, über Notwendigkeit und Umfang kirchlicher Neu- und Reparaturbauten sowie über Aufbringung und Verteilung der Kosten zu entscheiden, wenn über die Notwendigkeit oder die Kostenverteilung eines kirchlichen Bauvorhabens zwischen den kirchlichen Beteiligten Streit besteht⁵¹⁾.

An all diesen Genehmigungs-, Einspruchs- und Kontrollrechten des Staates zeigt sich: Was vom heutigen Staat als Gewährung gemeint ist, nämlich die Fortschreibung des öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen, kann sich für die Religionsgesellschaften auch als überkommene Beschränkung auswirken. Die Integration in das Gefüge des öffentlichen Rechts, die den Kirchen durch ihre Benennung als Körperschaften des öffentlichen Rechts widerfahren ist, zieht nicht nur Begünstigung durch die vermehrten Möglichkeiten, sondern auch erhöhte Bindung durch die verstärkten Schranken des öffentlichen Rechts nach sich, die dem Staat als Inhaber des Gewaltmonopols auferlegt sind.

Der schon von der Korrelatstheorie erkannten Zwangsläufigkeit, daß ein öffentlicher Status erhöhte Bindung nach sich zieht, sobald das Integrationsangebot des Staates angenommen oder vom Staat durchgesetzt worden ist, versucht ein großer Teil der Rechtsprechung und Lehre in der Bundesrepublik dadurch auszuweichen, daß sie die Unterworfenheit der öffentlich-rechtlich strukturierten Religionsgesellschaften unter staatliche Gesetze schlechthin einzuschränken versucht.

Die restriktive Auslegung des Begriffs der Schranke des für alle geltenden Gesetzes in Art. 137 Abs. 3 S. 1 WRV

Kennzeichnend für diese Tendenz, die, wie oben beschrieben, eine Reaktion auf die Auswüchse der Nationalsozialistischen Zeit darstellt, ist zunächst die von weiten Teilen der Rechtslehre ⁵²⁾ und auch vom Bundesgerichtshof ⁵³⁾ vertretene Auslegung jenes Satzes 1 des Art. 137 Abs. 3 der Weimarer Reichsverfassung, in dem es heißt, daß jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten "innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes" selbständig ordne und verwalte. Im Anschluß an eine Formulierung Johannes Heckels aus dem Jahre 1932 soll diese Schranke nur aus denjenigen Normen bestehen, die sich als "Ausprägung und Regelung grundsätzlicher, für unseren sozialen Rechtsstaat unabdingbarer Postulate darstellen" ⁵⁴⁾. Bei Johannes Heckel hatte es geheißen, Schranke sei "jedes für die Gesamtnation als politische, Kultur- und Rechtsgemeinschaft unentbehrliche Gesetz, aber auch nur ein solches Gesetz" ⁵⁵⁾.

Eine Kritik an dieser Formel muß damit beginnen, Klarheit darüber zu verschaffen, in welcher Weise der Bereich der "eigenen Angelegenheiten" der Religionsgemeinschaften, für den

die Schrankenformel gelten soll, in diesem Zusammenhang zu ^{ist} umschreiben. Man muß sich fragen, ob die Schranke des für alle geltenden Gesetzes gerade für die Regelung der eigenen Angelegenheiten im Sinne der inneren Ordnung der Kirchen gelten soll oder ob mit der Schranke nur die Bindungen der Religionsgesellschaften bei der Regelung ihrer Angelegenheiten ^{im} Rechtsverkehr nach außen gemeint sind ⁵⁶⁾.

Faßt man den Bereich der eigenen Angelegenheiten im ersteren Sinn auf, geht man also davon aus, daß die Kirchen auch und gerade bei der Ausgestaltung ihrer inneren Ordnung Freiheit nur im Rahmen des für alle geltenden Gesetzes besitzen sollen, dann erhält die Heckelsche Formel einen zutreffenden Sinn. Denn so verstanden weist sie darauf hin, daß die Kirchen auch im Bereich der Regelung ihrer inneren, ureigensten Angelegenheiten noch, aber auch nur jene elementaren Grundsätze wie z. B. das Recht auf Menschenwürde und die Unverletzlichkeit der Person beachten müssen, auf deren Einhaltung der Staat als Hüter der Gerechtigkeit nicht verzichten kann ⁵⁷⁾. Diese Grundsätze müssen die Kirchen auch bei der Regelung solcher Angelegenheiten beachten, an denen rechtlich und tatsächlich nur die betreffende Religionsgemeinschaft und deren Mitglieder in ihrer Eigenschaft als solche oder Sachen und Rechte der betreffenden Religionsgemeinschaft beteiligt sind. Daher kann es z. B. keiner Religionsgemeinschaft gestattet sein, ihren Mitgliedern durch Zwang und Bann aufzuerlegen, Bluttransfusionen zu Heilzwecken bei ihren Angehörigen zu verhindern ⁵⁸⁾.

Die Auslegung der Schrankenformel im Sinne Martin Heckels wird jedoch zur falschen Lö-

sung, wenn sie auch auf das Verhalten der Religionsgemeinschaften und ihrer Mitglieder im Rahmen ihrer "äußeren" eigenen Angelegenheiten, insbesondere bei der Teilnahme am allgemeinen Rechtsverkehr angewendet wird. Solche äußeren eigenen Angelegenheiten sind alle Belange, an denen zwar in der Hauptsache die Religionsgesellschaft, ihre Mitglieder oder Rechte beteiligt sind, die jedoch nicht ohne eine unmittelbare Berührung des weltlichen Rechts- und Tatsachenkreises wahrgenommen werden können. Wendet man die Heckelsche Formel, wie es zuweilen geschieht, auch auf diese äußeren eigenen Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften an, dann wird ernstlich zweifelhaft, ob die Religionsgemeinschaft sich beim Bau einer Kirche an die Normen des staatlichen Bauplanungsrechts ⁵⁹⁾, ob ein Pfarrer sich bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr anlässlich einer Dienstfahrt an die Straßenverkehrsordnung halten muß. Denn man wird das staatliche Baurecht und die Straßenverkehrsordnung kaum als "Ausprägung und Regelung der für unseren sozialen Rechtsstaat unabdingbaren Postulate" bezeichnen können ⁶⁰⁾.

Damit ist die Unstimmigkeit der Heckelschen Formel, wenn man sie als allein maßgeblich anwendet, offenbar.

Anhand des oben ⁶¹⁾ geschilderten Sinnzusammenhangs des Art. 137 Abs. 3 S. 1 der Weimarer Reichsverfassung wurde bereits dargelegt, daß diese Vorschrift - zutreffend ausgelegt - nur den Sinn haben kann, dem Staat ein Hineinregieren in die inneren und äußeren Angelegenheiten der Kirchen durch besondere, eigens für sie bestimmte Gesetze zu verwehren ⁶²⁾. Die Vorschrift

stellt insofern nur eine Verdeutlichung dessen dar, was nach Art. 4 und 3 des Grundgesetzes ohnehin zulässig oder unzulässig ist. Für alle geltendes Recht im Sinne des Artikels ist demnach - wie gesagt - jede verfassungsmäßig, d. h. insbesondere in Übereinstimmung mit den Art. 3 und 4 des Grundgesetzes zustandegekommene Rechtsnorm.

Diesen für alle geltenden Normen sind die Religionsgesellschaften wie alle anderen gesellschaftlichen Verbände unterworfen. Wie für alle anderen Verbände mit Satzungsautonomie gilt auch für die Religionsgesellschaften, daß das für alle geltende Gesetz von ihnen im Rahmen der inneren eigenen Angelegenheiten nur die Einhaltung des ordre public verlangt, während nach außen all die Regeln Geltung beanspruchen, die der moderne Staat zur Aufrechterhaltung seiner technischen und politischen Ordnung benötigt.

Die Heckelsche Formel sieht nur die eine, die erste Seite dieser Aussage. Insofern ist sie falsch und hat zu der falschen Tendenz mit beigetragen, die Religionsgesellschaften wo immer möglich von den Bindungen des für alle geltenden Gesetzes zu befreien. Daß es den Religionsgesellschaften im Zuge dieser Tendenz hier und da auch gelungen ist, die Bindungen des für alle geltenden Gesetzes abzuschütteln, ist auf ihren Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts sui generis zurückzuführen. Dieser Status erlaubte es den Kirchen, privatrechtlichen Regelungen zu entfliehen, ohne in parallele öffentlich-rechtliche Bindungen eintreten zu müssen.

So unterliegen die Kirchen z. B. weder dem Betriebsverfassungsgesetz (vgl. § 119 Abs. 2 BetrVG), weil sie keine privatrechtlichen Arbeitgeber sind, noch den Regeln des Personalvertretungsgesetzes, weil kirchlicher Dienst kein öffentlicher Dienst im Sinne dieses Gesetzes ist (vgl. § 96 des Personalvertretungsgesetzes)⁶³⁾. Das hindert die Kirchen aber nicht daran, ihre Dienstverhältnisse dort als öffentlichen Dienst einzustufen, wo es um die Fortzahlung von Bezügen, Anrechnung von Versicherungszeiten und Anrechnung von Dienstzeiten geht⁶⁴⁾.

ie Verweigerung
taatlichen
echtsschutzes für
ienst- und vermö-
ensrechtliche An-
sprüche von Geist-
lichen und Kir-
chenbeamten

Eine Folge des Versuchs, die Kirchen aus dem Geltungsbereich des für alle geltenden Gesetzes herauszunehmen, ist auch eine Tendenz der Rechtsprechung, nach der für Klagen aus kirchlichem Bereich in bestimmten Fällen der Rechtsweg zu den staatlichen Gerichten verschlossen sein soll.

Der wichtigste Bereich, der nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes und auch des Bundesverwaltungsgerichts prinzipiell nicht in die Zuständigkeit staatlicher Gerichte fällt, betrifft die dienst- und vermögensrechtlichen Ansprüche von Geistlichen und Kirchenbeamten der christlichen Kirchen. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes⁶⁵⁾ und des Bundesverwaltungsgerichts⁶⁶⁾ sind die staatlichen Gerichte in dienstrechtlichen Angelegenheiten kirchlicher Amtsträger nur noch kraft kirchlicher Zuweisung zuständig, d. h. nur noch dann, wenn die Kirchen das ihnen vom Staat in § 135 des Beamtenrechtsrahmengesetzes gemachte Angebot staatlicher Justizgewährung angenommen haben.

Als Begründung für diese Rechtsprechung führte der Bundesgerichtshof an: Den Kirchen stände die Befugnis zu, ihr Dienstrecht im Rahmen des - im Sinne der Heckelschen Formel verstandenen - für alle geltenden Gesetzes unabhängig vom Staat zu regeln ⁶⁷⁾. In Anbetracht dieser den Kirchen durch die Verfassung eingeräumten Autonomie seien kirchliche Interna einer Nachprüfung durch die staatlichen Gerichte entzogen ⁶⁸⁾.

Diese Rechtsprechung hat dazu geführt, daß Kirchenbediensteten in den Fällen, in denen es auch an einer kircheneigenen Gerichtsbarkeit mangelte, jeglicher Rechtsschutz verweigert worden ist ⁶⁹⁾. Im übrigen sind die Geistlichen und Kirchenbeamten unter Ausschluß des Wegs zu den staatlichen Gerichten auf die Inanspruchnahme der Kirchengenrichte verwiesen worden. Dieser Vorgang ist in der Literatur auf heftige Kritik gestoßen ⁷⁰⁾ und als "oft unbesehener und unzureichend begründeter Rückzug der Gerichte aus unaufgebbaren Positionen des souveränen Staates der Neuzeit" ⁷¹⁾ bezeichnet worden. Die Kritik ist nicht unberechtigt. Es ist in der Tat eines der wesentlichsten Kennzeichen des Staates der Neuzeit, daß er den inneren Frieden auf seinem Territorium durch Übernahme des Streitentscheidungsmonopols und des Gewaltmonopols unter Ablösung des individuellen Fehde- und Gewaltrechts hergestellt hat ⁷²⁾. Die Gewährung staatlichen Rechtsschutzes ist die Kehrseite der Übernahme des Gewalt- und Streitentscheidungsmonopols durch den Staat: Weil und nachdem der Staat dem Individuum untersagt hat, sich sein Recht mit eigener Gewalt zu verschaffen, muß er bereit sein, das Recht im Streitfall verbindlich festzustellen und es sodann - notfalls mit Gewalt

- herzustellen. Darauf haben die Staatsbürger im Gegenzug für den (erzwungenen) Verzicht auf individuelle Gewalt ein subjektives öffentliches Recht, das der Staat durch eine wie auch immer begründete Verweigerung des Rechtswegs zu seinen Gerichten nicht verletzen darf.

Wenn der Staat eine verbindliche Streitentscheidung nichtstaatlichen Gremien wie den Kirchengerichten überläßt, dann ist das mit diesem Grundsatz nur vereinbar, wenn sich die Betroffenen freiwillig damit einverstanden erklärt und damit teilweise auf ihren Rechtsgewährleistungsanspruch⁷³ gegenüber dem Staat verzichtet haben. Dieser Verzicht kann jedoch nie vollständig sein. Denn der Staat muß stets dafür Sorge tragen, daß der Spruch des außerstaatlichen Gremiums mit den Prinzipien des Rechtsstaats übereinstimmt; andere Entscheidungen darf der Rechtsstaat weder anerkennen noch im Rahmen seines Gewaltmonopols vollstrecken.

Ob diese für den Rechtsstaat unaufgebbaren Positionen von der zitierten Rechtsprechung eingehalten sind, ist sehr fraglich. Der Staat hat zwar sein Gewaltmonopol auch gegenüber den Kirchen nicht aufgegeben. Denn kirchengerichtliche Entscheidungen sind nicht mit kircheneigener Gewalt vollstreckbar⁷⁴. Daran wird immerhin deutlich, daß es sich bei den Kirchengerichten nicht um eine vollgültige Gerichtsbarkeit⁷⁵, sondern nur um eine den bürgerlichen Schiedsgerichten nach §§ 1025 ff. ZPO verwandte Einrichtung ohne das Vollstreckungsangebot des Staates nach § 1042 ZPO handelt. An dem Mangel der Vollstreckbarkeit zeigt sich aber bereits die Mangelhaftigkeit des kircheneigenen Rechtsschutzes⁷⁶.

Von einem Vollstreckungsangebot an die Kirchen wird der Staat solange absehen müssen, wie er sei-

nen Gewährleistungspflichten im Bereich der Rechtsfeststellung im Verhältnis zur Kirchengengerichtbarkeit nicht Genüge getan hat.

Nach dem oben Gesagten wäre die Übertragung von Rechtsfeststellung an die Kirchengengerichte ohne Verletzung des Rechtsgewährleistungsanspruchs der Bürger nur zulässig,

- wenn die Betroffenen sich damit einverstanden erklärt hätten,
- wenn die Zusammensetzung und das Verfahren der Kirchengengerichte rechtsstaatlichen Prinzipien entspräche,
- wenn sich der Staat die Überprüfung dieser Voraussetzungen und der konkreten Entscheidung auf ihre Übereinstimmung mit den tragenden Prinzipien des Rechtsstaats vorbehalten hätte.

Die erste Voraussetzung, nämlich das Einverständnis der Betroffenen mit einer Streitentscheidung durch außerstaatliche Gremien, könnte man für die Geistlichen und Kirchenbeamten aufgrund ihres freiwilligen Eintritts in den Kirchendienst in Kenntnis der Praxis der Kirchengengerichtbarkeit noch bejahen. Für den Bereich der katholischen Kirche wird allerdings schon diese Feststellung auf das äußerste durch die Tatsache in Frage gestellt, daß nach canon 1553 CIC die Inanspruchnahme staatlicher Gerichte - wenn auch nur in bestimmten Fällen - unter Kirchenstrafe gestellt ist⁷⁷⁾. Das läßt sich mit einer freiwilligen Unterwerfung kaum vereinbaren.

Hinsichtlich der zweiten Voraussetzung, nämlich der rechtsstaatlichen Zusammensetzung der Gerichte, sind schon generelle Bedenken angebracht. Die Kirchengengerichte werden ausschließlich von der einen Partei, nämlich der Kirche, besetzt⁷⁸⁾. Wenn man die Schiedsgerichtsvorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechend heranzieht, könnte man die

oben unterstellte freiwillige Unterwerfung der Geistlichen und Kirchenbeamten unter die (Schieds-) Gerichtsbarkeit der Kirche entsprechend § 1025 Abs. 2 ZPO als unwirksam ansehen, weil die Kirche ihre soziale Überlegenheit dazu ausgenutzt hat, sich ein absolutes Übergewicht bei der Ernennung der (Schieds-) Richter zu verschaffen.

Am meisten zu bezweifeln ist aber, ob die dritte Voraussetzung, nämlich der Vorbehalt eines letzten Überprüfungsrechts im Hinblick auf die konkrete Streitentscheidung seitens des Staates, nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes und des Bundesverwaltungsgerichts gewahrt ist.

Anhaltspunkte für die Einhaltung dieser Voraussetzung gibt es in der Rechtsprechung nur insoweit, als das Bundesverwaltungsgericht erklärt hat, daß die vom Staat als "staatsunabhängig" anerkannte kirchliche öffentliche Gewalt jedenfalls an staatsunabhängige Grundrechte gebunden sei, soweit diese jedem öffentlichen Recht vorgegeben, somit im Kernbereich von jeder weltlichen Regelung zu respektieren seien⁷⁹⁾. Der Bundesgerichtshof mag sich auf ähnlicher Linie bewegen, wenn er wenigstens die Bindung der Kirchen an das für alle geltende Gesetz im Sinne der Heckelschen Formel, also im Sinne einer Bindung an die "für den sozialen Rechtsstaat unabdingbaren Postulate" anerkennt.

Im Schrifttum sind die unabdingbaren Postulate, an die mithin auch die Kirchengerichtsbarkeit gebunden sein soll, konkretisiert

worden als: das Recht auf Anerkennung der Personenwürde, der Gleichheitssatz, das Recht auf rechtliches Gehör, den gesetzlich vorgesehenen Richter⁸⁰⁾. Die genannten Gesichtspunkte erinnern nicht unwesentlich an die Voraussetzungen, unter denen die Zivilprozeßordnung die Aufhebung eines außergerichtlichen Schiedsspruchs durch ein staatliches Gericht gestattet: Eine Aufhebungsklage gem. § 1041 ZPO ist erfolgreich, wenn dem Schiedsspruch ein gültiger Schiedsvertrag nicht zugrunde liegt; das ist u. a. dann der Fall, wenn die Einwilligung der Betroffenen mit dem Schiedsgerichtsverfahren nur auf sozialen Druck zustandegekommen ist (§ 1025 Abs. 2 ZPO), mit anderen Worten: wenn zwischen den Parteien keine Gleichheit vor dem Gesetz bestand. Eine Aufhebungsklage ist weiterhin erfolgreich, wenn der Schiedsspruch sonst auf einem unzulässigen Verfahren beruht, also jedenfalls dann, wenn das Recht auf rechtliches Gehör oder das Recht auf den gesetzlichen Richter verletzt sind, oder schließlich dann, wenn die Anerkennung des Schiedsspruchs gegen die guten Sitten oder die öffentliche Ordnung verstoßen würde (also jedenfalls dann, wenn der Spruch den Grundsatz der Menschenwürde außer acht gelassen hat).

Diese Parallele führt aber sogleich zu der wesentlichsten Frage gegenüber der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverwaltungsgerichts: Da es im Hinblick auf die kirchengerichtlichen Entscheidungen an einer den Regeln über die Aufhebung eines Schiedsspruchs entsprechenden Verfahrensvorschrift fehlt, ist bislang offen, auf welche Weise die Einhaltung jener letzten elementaren Grundsätze, an die auch die Kirchengerichtsbarkeit ge-

bunden sein soll, von den staatlichen Gerichten überwacht werden soll.

Die Überwachung ist jedenfalls unmöglich, solange sich die staatliche Rechtsprechung für kirchendienstrechtliche Streitigkeiten schlechterdings für unzuständig erklärt. Solange die Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben und die Verwaltungsgerichtsordnung nicht um eine den Vorschriften der §§ 1025 ff. ZPO entsprechende Regelung für Kirchensachen ergänzt wird (oder die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über § 173 VwGO entsprechend angewendet werden), bleibt nur der Ausweg, daß die Verwaltungsgerichtsbarkeit Kirchensachen prinzipiell als öffentlich-rechtliche Streitigkeiten anerkennt. Wenn der Verwaltungsrechtsweg auf diese Weise eröffnet ist, kann die materielle Prüfung in Kirchensachen unter Respektierung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts in eigenen Angelegenheiten auf die genannten Elementarpunkte beschränkt werden ⁸¹⁾.

Als ultima ratio für ein Überprüfungsrecht des Staates käme auch noch in Frage, Maßnahmen der Kirchen gegenüber ihren Mitgliedern und Bediensteten als Ausübung "öffentlicher Gewalt" im Sinne des § 90 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes anzusehen und damit in allen Fällen der Rechtswegverweigerung vor staatlichen Gerichten wenigstens die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde zu eröffnen ⁸²⁾.

Angesichts der prinzipiellen Bedenken gegen den öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen wären die generelle Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs oder gar der Verfassungsbeschwerde aber nur Notbehelfe, mit denen dem gegenwärtigen Zustand

nur begegnet werden sollte, wenn eine andere Lösung nicht möglich ist. Eine andere Lösung würde sich von selbst ergeben, wenn die Religionsgesellschaften wie alle anderen gesellschaftlichen Verbände nur privatrechtliche Dienstverhältnisse begründen könnten. Für die privatrechtlich eingestellten Arbeiter und Angestellten der kirchlichen Organisationen steht außer Zweifel, daß sie dem weltlichen Arbeitsrecht und der staatlichen Gerichtsbarkeit unterliegen. Die beschriebene Lücke im staatlichen Rechtsschutz ist nur deswegen entstanden, weil die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts (*sui generis*) die Anstellungsverhältnisse ihrer Geistlichen und Beamten als öffentliches Dienstrecht (*sui generis*) gestalten und damit der ordentlichen Gerichtsbarkeit entziehen können, ohne stattdessen der im öffentlich-rechtlichen Bereich üblichen staatlichen Aufsicht und verwaltungsgerichtlichen Kontrolle so selbstverständlich zu unterliegen wie alle anderen (normalen) Körperschaften des öffentlichen Rechts⁸³⁾.

Die Regelungslücke des staatlichen Rechts im Hinblick auf Maßnahmen gegen eine verfassungsfeindliche Betätigung von öffentlich-rechtlich organisierten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Die dogmatischen Zweifel über den Umfang der den Kirchen durch die Verfassung garantierten Selbstverwaltung im Rahmen des für alle geltenden Gesetzes haben schließlich zur Folge gehabt, daß öffentlich-rechtliche Regelungen dort unterlassen werden, wo sie zwar notwendig wären, weil die Religionsgesellschaften den öffentlichen Status und die damit verbundene Exemption aus den für private Gesellschaften geltenden Regeln angenommen haben, wo die Notwendigkeit einer sondergesetzlichen Regelung aber nicht so deutlich in Erscheinung tritt wie im Bereich des kirchlichen Besteuerungsrechts. Beispiel

für eine solche Regelungslücke, durch die der oben beschriebene Minimalbestand an Sondergesetzen für die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts unterschritten wird, ist das Fehlen einer Staatsaufsichtsregelung gegenüber öffentlich-rechtlich organisierten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Hinblick auf eventuelle verfassungsfeindliche Bestrebungen.

Nach geltendem Recht fehlt es an einer speziellen Ermächtigung für Maßnahmen des Staates gegen derartige Vereinigungen. Das Vereinsgesetz vom 5. August 1964, das sich im § 1 Abs. 2 als alleinige Eingriffsgrundlage für Maßnahmen gegen Mißbräuche der Vereinigungsfreiheit ausweist, ist jedenfalls deswegen nicht anwendbar, weil die Religionsgesellschaften des Art. 140 GG i. V. mit Art. 37 der Weimarer Reichsverfassung durch § 2 Abs. 2 Ziff. 3 des Vereinsgesetzes aus dem Geltungsbereich von dessen Normen ausdrücklich herausgenommen worden sind.

Einem Rückgriff auf Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes⁸⁴⁾, zu dessen Ausfüllung das Vereinsgesetz ergangen ist (vgl. § 1 Abs. 2 und § 3 Abs. 1 des Vereinsgesetzes) stehen folgende Erwägungen entgegen: Wortlaut, Zweck und Entstehungsgeschichte des Art. 9 Abs. 1 des Grundgesetzes zwingen zu dem Schluß, daß Art. 9 Abs. 1 lediglich die Freiheit garantiert, privatrechtliche Vereinigungen zu gründen, ihnen beizutreten und ihnen fernzubleiben⁸⁵⁾. Will man nicht einen systematisch kaum haltbaren Unterschied im Anwendungsbereich von Abs. 1 zu Abs. 2 des Art. 9 konstruieren, so scheidet

damit auch die Anwendbarkeit der Verbotsnorm des Art. 9 Abs. 2 auf öffentlich-rechtlich organisierte Vereinigungen aus. § 2 Abs. 2 Ziff. 3 des Vereinsgesetzes hat daher insoweit, als er die Anwendung des Vereinsgesetzes auf öffentlich-rechtlich strukturierte Religionsgemeinschaften ausschließt, nur eine klarstellende Funktion.

Soweit diese Vorschrift aber auch privatrechtlich organisierte Religionsgemeinschaften aus dem Geltungsbereich des Vereinsgesetzes und damit des Art. 9 Abs. 2 herauszunehmen versucht, ist sie der Sache nach unwirksam. Denn das Vereinsgesetz kann die unmittelbare Wirksamkeit der höherrangigen Verbotsnorm des Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes für alle privatrechtlichen Vereinigungen - einschließlich von Religionsgemeinschaften - nicht beseitigen.

Die im Schrifttum verschiedentlich vertretene Ansicht, Art. 9 des Grundgesetzes sei auf Religionsgemeinschaften nicht anwendbar, weil Art. 4 insoweit *lex specialis* sei ⁸⁶⁾, verkennt das Konkurrenzverhältnis von Art. 4 und Art. 9: Nicht Art. 4 ist die speziellere Norm gegenüber Art. 9, sondern umgekehrt.

Die religiöse Vereinigungsfreiheit ist zwar ein integrierender Bestandteil der Religionsfreiheit. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Unterfall der allgemeinen Vereinigungsfreiheit, die durch Art. 9 sondergesetzlich garantiert ist. Die Regelung des Art. 9 ist im Hinblick auf die Einzelheiten der Vereinigungsfreiheit spezieller als die allgemeine Garantie der Religionsfreiheit in Art. 4, so daß Art. 9 auch

für die religiöse Vereinigungsfreiheit *lex specialis* gegenüber Art. 4 Abs. 1 des Grundgesetzes ist ⁸⁷⁾.

Mit dieser Beurteilung stimmt überein, daß die vom Parlamentarischen Rat ursprünglich vorgesehene ausdrückliche Anerkennung der religiösen Vereinigungsfreiheit in Art. 4 Abs. 1, dessen Satz 2 ursprünglich lauten sollte: "Das Recht der Vereinigung zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wird anerkannt" ⁸⁸⁾, später wieder gestrichen worden ist ⁸⁹⁾. Die durch Art. 140 in das Grundgesetz inkorporierte Anerkennung der religiösen Vereinigungsfreiheit durch Art. 137 Abs. 2 S. 1 der Weimarer Reichsverfassung besitzt demgegenüber, weil sie ohne Grundrechtscharakter ist, nur deklaratorische und erläuternde Bedeutung ⁹⁰⁾.

Demnach sind zwar privatrechtlich organisierte Religionsgemeinschaften mit verfassungswidrigen Bestrebungen direkt nach Art. 9 Abs. 2 verboten, nach dem oben Gesagten gilt dieses Verbot aber nicht für öffentlich-rechtlich organisierte Religionsgemeinschaften.

Der Umstand, daß Art. 9 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes und damit das Vereinsgesetz auf die Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht anwendbar sind, ist mit dem "normalen" Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts auch durchaus vereinbar: Zum einen wird der Staat solchen Vereinigungen, bei denen die Gefahr einer verfassungsfeindlichen Betätigung besteht, normalerweise von vornherein die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts versagen ⁹¹⁾. Zum anderen hat der Staat bei solchen

Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nach ihrer Anerkennung verfassungsfeindliche Bestrebungen entwickeln, normalerweise durch ihre Einordnung in das Gefüge des öffentlichen Rechts hinreichende Mittel der besonderen Staatsaufsicht, um ein staatsfeindliches Verhalten zu unterbinden ⁹²⁾. Etwas anderes gilt nur für die Religionsgesellschaften: Ihnen ist durch Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung das Recht gewährleistet, nach beliebiger privater Gründung den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erlangen, wenn sie die Voraussetzungen des Art. 137 Abs. 5 erfüllen. Mit dieser Anerkennung werden sie aus dem Anwendungsbereich des Art. 9 und des Vereinsgesetzes herausgehoben ⁹³⁾, ohne daß der Staat eine anderweitige Regelung bereithält, nach der er gegen eine verfassungsfeindliche Betätigung, die im Bereich von Weltanschauungsgemeinschaften durchaus nicht undenkbar ist, einschreiten könnte.

Es gibt also für Maßnahmen gegen verfassungsfeindliche Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit öffentlich-rechtlichem Status, will man nicht trotz der Ausschließlichkeitsanordnung des § 1 Abs. 2 des Vereinsgesetzes auf die polizeirechtliche Generalklausel zurückgreifen, keine gesetzliche Eingriffsgrundlage. Das bedeutet eine empfindliche Regelungslücke in der staatlichen Ordnung.

Die politischen Klauseln in Kirchenverträgen und Konkordaten als Ersatzlösung für Staatsaufsichtsregelungen

Im Verhältnis zu den großen Kirchen hat der Staat einen praktischen Ausweg beschritten: Er hat sich von ihnen freiwillige vertragliche Zusicherungen geben lassen, die die verfassungsfeindliche Betätigung von leitenden Bediensteten der Großkirchen ausschließen sollen.

Dieses Ergebnis soll mittels der sog. politischen Klauseln ⁹⁴⁾ in den Kirchenverträgen ⁹⁵⁾ und Konkordaten ⁹⁶⁾ erreicht werden, die dem Staat gewährleisten sollen, daß nur verfassungstreue Amtsträger in die höheren Stellungen der Großkirchen gelangen.

Vermittels der politischen Klauseln werden dem Staat Mitwirkungsrechte bei der Besetzung leitender geistlicher Ämter eingeräumt und die althergebrachten staatlichen Ausbildungsaufgaben für Geistliche ⁹⁷⁾ übernommen. Im Gegenzug verpflichtet sich der Staat zumeist, die Lehrstühle an staatlichen theologischen Fakultäten nur nach gutachtlicher Äußerung der Kirchen zu besetzen.

Diese weithin für zulässig gehaltenen ⁹⁸⁾ vertraglichen Bindungen von Staat und Kirchen sind in mehrfacher Hinsicht problematisch: Zunächst sollte die Vertragsform nicht darüber hinwegtäuschen, daß dem Staat hier durch die Kirchen bei der Ämterbesetzung im rein kirchlichen Bereich Rechte eingeräumt werden, die nach der Verfassung von den Kirchen als ihre eigene Angelegenheit in ausschließlich eigener Verantwortung wahrgenommen werden sollen. Nicht umsonst heißt es in Art. 137 Abs. 3 S. 2 der Weimarer Reichsverfassung, daß jede Religionsgesellschaft ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde verleiht. Jede Einräumung von Mitwirkungsrechten für den Staat bei einer Besetzung kirchlicher Ämter stellt daher die Umgehung eines Verfassungsgebots dar, das nicht nur um der Kirchen, sondern auch um des Staates willen erlassen worden ist. Der religionsneutrale Staat hat sich nicht nur

aus Respekt vor den eigenen Angelegenheiten der Kirchen, sondern auch zur Wahrung seiner eigenen Neutralität von der Mitsprache bei der Besetzung kirchlicher Ämter fernzuhalten ⁹⁹⁾.

Demnach sind derartige Rechte des Staates kein geeignetes Mittel, um die Verfassungstreue der kirchlichen Verbände zu gewährleisten. Im übrigen können solche Rechte auch über den grundsätzlichen Mangel an einer sondergesetzlichen Regelung nicht hinweghelfen. Denn erstens bestehen derartige Absicherungen nicht gegenüber den kleineren Religionsgesellschaften, und zweitens darf der Staat im Hinblick auf die Verfassungstreue der in seinem Gebiet tätigen Verbände nicht allein auf deren - wenn auch vertraglich fixierten - guten Willen angewiesen sein, wenn er sich nicht selbst in Frage stellen will.

*Die Mitwirkung
kirchlicher Stellen
bei der Besetzung
theologischer Lehr-
stühle an staatli-
chen Universitäten*

Innerhalb der vertraglichen Abmachungen zwischen Kirchen und Staat sind schließlich nicht nur die Zugeständnisse der Kirchen an den Staat, sondern auch die Zugeständnisse des Staates an die Kirchen in verfassungsrechtlicher Hinsicht bedenklich.

Nach der Verfassung sind Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre frei. Man kann mit gutem Recht der Meinung sein, daß diese Vorschrift dem Staat verbietet, die Besetzung von Ämtern in Lehre und Forschung von der vorherigen Zustimmung nichtstaatlicher Verbände abhängig zu machen ¹⁰⁰⁾. Wenn es dennoch einleuchtet, daß der Staat einen Lehrstuhl für katholische Theologie nicht ohne Zustimmung der katholischen Kirche besetzen sollte ¹⁰¹⁾, dann beruht das nur darauf, daß die Vermittlung theologischer Lehrsätze und Glaubensanforderungen von Rechts wegen überhaupt

nicht Aufgabe des weltanschaulich-neutralen Staates sein kann ¹⁰²⁾: Weil es nicht Sache dieses Staates ist, für die Verbreitung religiösen Gedankengutes zu sorgen, kann er auch nicht befugt sein, bei der Auswahl und Anstellung theologischer Lehrer mitzuwirken. Die Kritik an der gegenwärtigen Praxis der Besetzung von Lehrstühlen der Theologie an staatlichen Universitäten kann also nicht etwa darauf gerichtet sein, den Kirchen diese Mitwirkung zu versagen. Vielmehr muß sie in die Forderung münden, den Kirchen die Ausbildung ihrer Geistlichen zur eigenverantwortlichen Ausübung zu überweisen. Die Integration der evangelischen und katholischen Theologie als Lehrfach in die staatlichen Hochschulen, so, wie sie traditionell zu den Privilegien der christlichen Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts gehört, ist daher ganz abgesehen von der Frage, ob die Theologie überhaupt als Wissenschaft bezeichnet werden kann ¹⁰³⁾, im weltanschaulich neutralen Staat nicht zu rechtfertigen ¹⁰⁴⁾.

Aus alledem sollte der Widerspruch zwischen einerseits dem Status der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, durch den sie einer sondergesetzlich geregelten Staatsaufsicht notwendig unterworfen sind und durch den sie notwendig partiell in den Bereich des Staates integriert werden, und andererseits der Gewährleistung der Verfassung, daß es für die Kirchen nur die Schranke des für alle geltenden Gesetzes geben sollte, daß sie ihre eigenen Angelegenheiten ohne Mitwirkung des Staates ordnen und verwalten sollten, in doppelter Hinsicht deutlich geworden sein: Soweit es mit Rücksicht auf die Körperschaftsqualität Sondergesetze (wie die Kirchensteuergesetze) gibt, widersprechen diese Gesetze dem Art. 137

Abs. 1 S. 1 der Weimarer Reichsverfassung, weil sie in die inneren Angelegenheiten der Religionsgesellschaften hineinregieren und dem Staat Einflußnahme aufzwingen. Soweit es mit Rücksicht auf Art. 137 Abs. 3 S. 1 der Weimarer Reichsverfassung an Sonderregelungen fehlt, obwohl sie aus der Körperschaftsqualität und dem öffentlich-rechtlichen Status der Kirchen notwendig wären, ist zwar die Garantie des Art. 137 erfüllt, aber eine objektiv unerträgliche Regelungslücke entstanden, die durch vertragliche Vereinbarungen nicht ausgefüllt werden kann (vgl. die Rechtswegproblematik und Art. 9 GG).

Mit Rücksicht auf das oftmals positive Wirken der Kirchen im öffentlichen Leben der Bundesrepublik könnte man erwägen, ob man diese Widersprüche nicht hinnehmen sollte. Man könnte darauf verweisen, daß die bestehenden Einflußmöglichkeiten des Staates sich heute überwiegend zugunsten der Kirchen auswirken und darauf vertrauen, daß die im öffentlichen Status liegenden Gefahren sich niemals wieder realisieren werden. Das könnte dafür sprechen, den Religionsgesellschaften die Qualität von Körperschaften des öffentlichen Rechts trotz der unaufhebbaren Widersprüche, die dadurch in der Rechtsordnung entstehen, zu belassen.

Eine solche Stellungnahme würde allerdings voraussetzen, daß die soeben als positiv bezeichneten Auswirkungen der Körperschaftsqualität für die Kirchen nicht verfassungsrechtlich bedenklich sind. Die Tatsache, daß die Körperschaftsqualität sich für die Kirchen heute nach ihrem eigenen Verständnis überwiegend positiv auswirkt, heißt noch nicht,

daß dies auch von der neutralen Seite des staatlichen Rechts her positiv bewertet werden müßte.

Begründung der zweiten These (von S. 69)
durch Verdeutlichung
der durch die Privilegierung der Kirchen herbeigeführten Verfassungsverstöße

Die Nachprüfung der Frage, ob die "positiven" Folgen des Körperschaftsstatus für die Kirchen in verfassungsrechtlicher Hinsicht unbedenklich sind, leitet zu der näheren Erörterung der oben aufgestellten zweiten These über. In dieser These wurde festgestellt, daß die Kirchen von Rechts wegen keine Körperschaften des öffentlichen Rechts sein dürften, weil sie keine staatlichen Aufgaben erfüllten und weil der Einbeziehung ihrer Aufgaben in den Bereich des Staates verfassungsrechtliche Gebote entgegenstünden.

Für den Bereich des Inpflichtnehmens durch sondergesetzliche Regelungen wurde bereits nachgewiesen, daß der Übergriff staatlicher Regelungen in den innerkirchlichen Bereich, der mit der Körperschaftsqualität notwendig verbunden ist, der verfassungsrechtlichen Gewährleistung des Selbstbestimmungsrechts an die Kirchen in Art. 137 Abs. 3 der Weimarer Reichsverfassung widerspricht. Noch nicht erörtert wurde die Frage, ob und inwieweit die durch die Körperschaftsqualität herbeigeführten Privilegierungen der Religionsgemeinschaften auf verfassungsrechtliche Bedenken stoßen. Diese Frage gilt es, nun zu beantworten.

Übersicht über die Privilegierungen

Der Staat hat von der Möglichkeit, die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts zu privilegieren, sie mit sonst ihm selbst vorbehaltenen Rechten und

Mitteln auszustatten, auf mannigfache Weise Gebrauch gemacht¹⁰⁵⁾. Die Kirchen erhalten jährlich bedeutende unmittelbare Zuwendungen aus Staatshaushalten, also aus Steuermitteln¹⁰⁶⁾. Sie werden auch mittelbar durch Gebühren und Steuerbefreiungen und sonstige staatliche Bevorzugen¹⁰⁷⁾ unterstützt. Innerhalb ihres Besteuerungsrechts üben sie durch die Mithilfe des Staates Hoheitsgewalt verbunden mit "Parochialgewalt" aus; kraft der Parochialgewalt nehmen die Landeskirchen oder Diözesen alle Konfessionsgenossen allein aufgrund der Wohnsitzbegründung im Gebiet der Landeskirche oder Diözese steuerlich in Anspruch¹⁰⁸⁾. Die Kirchen gestalten ihr Beamtenrecht als öffentliches Dienstrecht und genießen insoweit Disziplinargewalt¹⁰⁹⁾. Das kirchliche Kultus- und Verwaltungsvermögen gehört zu den öffentlichen Sachen mit der Folge, daß alle den kirchlichen Zweckbestimmungen zuwiderlaufenden Verfügungen und Rechtsgeschäfte bürgerlich-rechtlich nichtig sind¹¹⁰⁾.

Die Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit dieser Privilegierungen soll zunächst anhand der direktesten, sichtbarsten Förderung, nämlich anhand der unmittelbaren Finanzaufwendungen an die Kirchen erörtert werden. Ein Überblick über Art und Größenordnung der Zuwendungen soll in das Problem einführen.

Überblick über die Art und Größenordnung der Finanzaufwendungen des Staates an die Kirchen

Die finanziellen Zuwendungen von Bund und Ländern an die Kirchen gliedern sich in zwei große Gruppen: auf der einen Seite stehen die pauschalen Staatsleistungen an die Großkirchen und die Pauschalermessenszuwendungen an kleinere öffentlich-rechtlich organisierte Religionsgemein-

schaften. Auf der anderen Seite befinden sich die zweckgebundenen Aufwendungen von Bund und Ländern für die staatlich organisierte Religionspflege sowie zweckgebundene staatliche Zuschüsse für kirchliche Einrichtungen.

Unter den "Staatsleistungen" der ersten Gruppe (den Pauschalzuschüssen) werden hier die Leistungen des Staates an die Großkirchen verstanden, zu deren fortlaufender Ableistung der Staat sich in Konkordaten¹¹¹⁾ oder Kirchenverträgen¹¹²⁾ verpflichtet hat oder zu deren Erfüllung er aufgrund überkommener Rechtstitel verpflichtet ist. Die kleineren Religionsgesellschaften erhalten keine "Staatsleistungen" in diesem Sinn, sondern nur Ermessenszuschüsse, die ihre Rechtsgrundlage allein in den jährlichen Haushaltsplänen des Bundes und der Länder finden und jederzeit eingestellt werden können. Staatsleistungen werden gegenwärtig in Bund und Ländern in einer Größenordnung von ca. 260 Millionen¹¹³⁾ jährlich erbracht. Die Ermessenszuschüsse betragen demgegenüber nur 10 Mill. DM jährlich.

Unter den zweckgebundenen Aufwendungen des Bundes und der Länder für staatlich organisierte Religionspflege (zweite Gruppe der Zuwendungen) werden zunächst die Aufwendungen für den Religionsunterricht in den staatlichen Schulen, für die Unterhaltung theologischer Fakultäten, für die Anstalts- und Militärseelsorge verstanden. Die Höhe der jährlichen Aufwendungen ist schwer zu berechnen. Sie dürfte mit mindestens 330 Mill. DM im Jahr zu veranschlagen sein¹¹⁴⁾. Zu diesen Aufwendungen kommen noch die zweckgebundenen Zuschüsse zu kirchlichen Einrichtungen wie

Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, Friedhöfen, zu Einrichtungen der Jugendwohlfahrt und Denkmalspflege hinzu. Diese Zuschüsse betragen im Bundesgebiet mindestens noch einmal das Doppelte der Aufwendungen für die staatlich organisierte Religionspflege, also ca. 700 Mill. DM¹¹⁵⁾.

Der Bund und die Länder wenden also neben pauschalen Staatsleistungen und Ermessenszuschüssen in Höhe von insgesamt 270 Mill. DM noch einmal mindestens 1 Mrd. DM für unmittelbar oder mittelbar religiöse Zwecke auf. Nur im letzten der genannten Bereiche, bei den Schulen und Kindergärten usw., spart der Staat durch seine Leistungen eigene Aufwendungen. In allen übrigen Gebieten wird jeder Bürger, ohne Rücksicht auf sein Bekenntnis, zur Unterstützung religiöser Betätigung herangezogen, indem die genannten Beträge dem allgemeinen Steueraufkommen entnommen werden. Bei der Prüfung der Rechtmäßigkeit dieser "indirekten Kultsteuer" zugunsten der öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften könnte man zunächst darauf verweisen, daß den Staat grundsätzlich keine rechtliche Pflicht gegenüber Einzelnen oder juristischen Personen trifft, die Verwendung des Steueraufkommens zu rechtfertigen. Die Verteilung der Steuermittel durch den Haushalt ist eine politische Entscheidung, die der Bürger nur anlässlich des Wahlaktes politisch überprüfen, billigen oder tadeln kann. Diese Freiheit des Haushaltsgesetzgebers bei der Verwendung der Steuermittel ist allerdings nicht schrankenlos: Der Gesetzgeber muß die durch die Verfassung gesetzten Grenzen und Prinzipien beachten.

Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Finanzzuwendungen an die Kirchen im Hinblick auf den Gleichheitssatz

Bei der finanziellen Unterstützung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sieht sich der Staat vor allem zwei Anforderungen der Verfassung gegenüber: dem Gleichheitsgebot und dem Gebot religiöser Neutralität¹¹⁶⁾. Die Verfassungsmäßigkeit der indirekten Kultsteuer soll hier zunächst im Hinblick auf den Gleichheitssatz geprüft werden. Der Gleichheitssatz verbietet dem Staat eine willkürliche, unsachgemäße Abgrenzung des Kreises der Begünstigten und des Umfangs der Begünstigung; eine Differenzierung ist erlaubt, wenn vernünftige Gründe dafür sprechen¹¹⁷⁾.

Die staatlichen Pauschalzuwendungen, aber auch die zweckgebundenen Leistungen kommen vor allem den christlichen Großkirchen zugute. Die Leistungen des Staates pro Kopf des jeweiligen Bekenntnisangehörigen sind bei den christlichen Kirchen in aller Regel höher als bei sonstigen Religionsgemeinschaften. Diese Ungleichheit könnte gerechtfertigt sein, wenn die christlichen Kirchen schon aufgrund ihrer kulturellen Bedeutung für die europäische Geschichte eine erhöhte Forderung zu Recht in Anspruch nehmen könnten¹¹⁸⁾.

Bei der Prüfung dieser Frage ist zu beachten, daß die pauschalen Staatsleistungen aus der ersten Gruppe der Finanzzuwendungen des Staates an die Kirchen im Sinne der obigen Einteilung nicht den Kirchen als Kulturträgern, sondern ihre religiöse Betätigung gelten, während die kulturellen und sozialen Leistungen der Kirchen allein durch die zweckgebundenen Zuschüsse der zweiten Gruppe der Finanzzuwendungen gefördert werden. Zuschüsse zwecks Re-

ligionsförderung und Kultursubventionen müssen deswegen deutlich voneinander unterschieden werden, weil der Staat die Religionsgesellschaften im Bereich der Kulturförderung nach Gesichtspunkten der kulturellen und historischen Bedeutung durchaus unterschiedlich unterstützen darf¹¹⁹⁾, im Bereich der allgemeinen Religionspflege aber vollkommen neutral sein muß¹²⁰⁾.

Neutralitäts- und Gleichbehandlungsgebot für den Staat im Bereich der Religionspflege folgen schon aus der Logik: da eine Bewertung der Religionen aus der Vernunft nicht möglich ist, scheiden vernünftige Gründe für eine Ungleichbehandlung aus. Außerdem ist das Neutralitäts- und Gleichbehandlungsgebot im Grundgesetz normiert: Art. 3 Abs. 1 verbürgt die allgemeine Gleichheit vor dem Gesetz; Art. 3 Abs. 3 verbietet eine Differenzierung wegen religiöser Anschauungen; Art. 4 Abs. 1 gewährleistet egalitäre Glaubens- und Bekenntnisfreiheit; Art. 9 garantiert private Koalitionsfreiheit für alle Bekenntnisse; Art. 33 macht bürgerliche und staatsbürgerliche Rechte sowie Zulassung zu öffentlichen Ämtern vom religiösen Bekenntnis unabhängig.

Im Schrifttum wird allerdings die Ansicht vertreten, durch die genannten Vorschriften sei nur die religiöse Parität der Staatsbürger im Sinne einer absoluten Neutralität des Staates gegenüber den religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen des einzelnen gewährleistet. Dagegen enthalte das Grundgesetz keine Garantie einer Parität der Religionsgesellschaften als Verbandseinheiten gegenüber dem Staat. Die Frage, ob die Religionsgesellschaften untereinander vom Staat ungleich behandelt werden dürften, sei

vielmehr anhand der "staatskirchenrechtlichen Gesamtentscheidung des Verfassungsrechts", das soll wohl heißen: von Fall zu Fall verschieden, zu beantworten¹²¹⁾.

Die Unterscheidung zwischen einer staatsbürgerlichen Parität und einer Verbandsparität mag für eine historische Betrachtung der Religionsfreiheit sinnvoll sein; für das geltende Recht ist sie jedoch nicht einleuchtend. Denn jede Religionsgesellschaft ist nur existent als die Summe ihrer Mitglieder. Jede Bevorzugung einer Religionsgesellschaft bevorzugt auch jedes einzelne Mitglied. Demnach verletzt jede ungleiche Privilegierung einer Religionsgesellschaft das Gebot des Grundgesetzes auf Gleichbehandlung und Neutralität gegenüber den Bekenntnissen des einzelnen. Die Berufung auf Art. 19 Abs. 3 des Grundgesetzes, wonach die grundrechtlichen Gewährleistungen auch auf juristische Personen anwendbar sind, erscheint danach kaum noch notwendig, um die Geltung des Gleichheitssatzes und des Neutralitätsgrundsatzes auch im Rahmen der Verbandsparität darzutun.

Demnach sollte nicht bezweifelt werden, daß der Staat des Grundgesetzes nicht nur gegenüber dem einzelnen, sondern auch gegenüber den Religionsgesellschaften zur Gleichbehandlung und Neutralität verpflichtet ist. Eine Unterscheidung zwischen staatsbürgerlicher Parität und Verbandsparität ist hier und jetzt nicht vertretbar. Damit bleibt es bei der Feststellung, daß Religionsgesellschaften im Bereich der Religionspflege nicht aufgrund ihres verschiedenen religiösen Herkommens und ihrer historischen Bedeutung verschieden bewertet und unterschiedlich gefördert werden dürfen.

Dieser Feststellung steht jedoch die Tatsache gegenüber, daß die christlichen Großkirchen auch heute noch vom Staat finanziell bevorzugt unterstützt werden. Nur sie erhalten Staatsleistungen in dem oben definierten Sinn. Diese unterschiedliche Behandlung der Religionsgesellschaften könnte vor dem Gleichheitssatz nur dann bestehen, wenn die christlichen Kirchen für die sie bevorzugenden Leistungen legal erworbene Rechtstitel besäßen, die sie vor anderen Religionsgemeinschaften auszeichneten. Damit stellt sich die Frage nach dem rechtlichen Ursprung der Staatsleistungen.

*Die Ursprünge der
Staatsleistungen
an die christli-
chen Kirchen*

Die Überweisung von Staatsmitteln an die christlichen Kirchen geht in ihrem heutigen Ausmaß insbesondere auf die Gesetzgebung des ausgehenden 19. Jahrhunderts zurück.¹²²⁾ Damals wurden die finanziellen Leistungen der deutschen Staaten an die Landeskirchen auf eine positiv-rechtliche Grundlage gestellt, indem beispielsweise die Bezahlung der Kirchenbeamten und der Geistlichen einschließlich des Ruhegehaltswesens und der Hinterbliebenenversorgung durch staatliche Gesetze geregelt wurde. Daneben stellte der Staat den Kirchen Dienstgebäude zur Verfügung, unterhielt die Kirchengebäude, beteiligte sich an den Kosten kirchlicher Einrichtungen ¹²³⁾.

Die eigentlichen Wurzeln der Staatsleistungen liegen jedoch nicht in den Kodifizierungen des 19. Jahrhunderts, auch nicht in der gewohnheitsmäßigen, scheinbar gewohnheitsrechtlich verfestigten Fortsetzung der Leistungen des Staates an die Kirchen seit dem 19. Jahrhundert. Vielmehr sind die Ursprünge der Staatsleistungen in den Säkularisationsvorgängen seit dem Ende des Mittelalters zu suchen ¹²⁴⁾.

Bis zum Ende des Mittelalters bedurfte die "Kirche" infolge des nicht unbeträchtlichen Vermögens der einzelnen Pfarrkirchen, der Klöster und des Bischofsgutes, das sich in Grundbesitz und in einem eigenen ... kirchlichen Abgabewesen realisierte, keiner finanziellen Unterstützung durch den Staat ¹²⁵⁾. Erst die Reformation leitete einen Vorgang ein, der für die katholisch bleibenden Gebiete mit dem Reichsdeputationshauptschluß seinen Abschluß finden sollte, für die evangelischen Gebiete zugleich mit der Reformation begann: Indem sich der Staat des Kirchengutes direkt durch Aneignung oder indirekt durch Übernahme der Verwaltung oder der Kontrolle ¹²⁶⁾ mit der Begründung und in der Ansicht bemächtigte, daß die Aufgaben der Kirche zugleich Aufgaben des Staates seien, wurde das kirchliche Vermögen wenigstens subsidiär auch für reine Staatsaufgaben herangezogen. Im Zuge dieser Entwicklung wurde das bis zum Mittelalter angesammelte Kirchenvermögen zu einem Gutteil auf den Staat übergeleitet und die Kirchen wurden "zur Pfründnerin, später zur Rentnerin des Staates" ¹²⁷⁾.

Diese teils allmähliche, teils jähre Entwicklung fand in Deutschland im Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 ihren juristisch sichtbarsten Höhepunkt. Durch den Reichsdeputationshauptschluß wurden ganze Landstriche, insgesamt ca. 70 000 qkm, ihrer geistlichen Herrschaft entzogen und damit aus dem katholischen Kirchenvermögen ausgesondert ¹²⁸⁾.

Auf diese herausragende Stellung des Reichsdeputationshauptschlusses im Prozeß der Säkularisation dürfte es zurückzuführen sein, daß

man in kirchlichen Kreisen wiederholt versucht hat, eine Pflicht des Staates zu finanziellen Leistungen an die christlichen Kirchen gerade aus Art. 35 des Reichsdeputationshauptschlusses zu begründen ¹²⁹⁾. In Art. 35 heißt es u. a.: "Alle Güter der fondierten Stifte, Abteien, Klöster werden der freien und vollen Disposition der respektiven Landesherrn sowohl zum Behufe des Aufwandes für Gottesdienste, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen ... und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit ..." ¹³⁰⁾.

Die Ansicht, daß aus diesem Artikel eine Rechtspflicht zur finanziellen Unterstützung jedenfalls der katholischen Kirche folge, wird weder vom Wortlaut noch von der Entstehungsgeschichte der Klausel gestützt. Durch den Reichsdeputationshauptschluß sollte für die katholisch gebliebenen Gebiete nur das nachgeholt werden, was in den evangelischen Landstrichen schon seit der Reformation erfolgt war, nämlich die Einbettung des Kirchengutes in die Staatsfinanzen. Diesem Zweck entspricht der Wortlaut der Klausel, wonach nur der aufgehobenen Geistlichkeit die Fortzahlung der Pensionen aus der Staatskasse bindend zugesagt, die Verwendungsbestimmung über das eingezogene Vermögen im übrigen aber (mit Ausnahme der Ausstattung der Domkirchen) voll und ganz in das Belieben des Landesherrn gestellt wurde.

Man kann daher eine Leistungspflicht des Staates an die Kirchen nicht auf Art. 35 des Reichsdeputationshauptschlusses stützen ¹³¹⁾. Möglich

erscheint allerdings, einen Anspruch der Kirchen auf staatliche Zuwendungen mit dem Gesamtvorgang der Säkularisation zu begründen ¹³²⁾.

Man könnte den Vermögensübergang von kirchlichen Rechtsträgern auf den Staat als eine hoheitlich herbeigeführte Enteignung mit dem Charakter einer Universalsukzession bezeichnen. Daraus könnte man die Schlußfolgerung ziehen, daß die auf dem eingezogenen Kirchengut lastenden Verbindlichkeiten des Inhalts, daß aus diesem Vermögen der Unterhalt der Geistlichen und Kirchenbeamten, die Kosten der kirchlichen Einrichtungen und Gebäude, der kirchlichen Wohlfahrtstätigkeit bestritten wurden, auf den Staat übergegangen seien. ¹³³⁾ Denn man könnte es, um mit den Worten des bayerischen Oberlandesgerichts zu sprechen, "als ein von allen Kulturnationen geübtes Recht" ansehen, "daß derjenige, welcher aufgrund eines privat-, staats- oder völkerrechtlichen Titels ein fremdes Vermögen in Besitz nimmt oder einzieht, für die auf diesem Vermögen ruhenden Rechtsverbindlichkeiten aufzukommen hat" ¹³⁴⁾.

Eine Betrachtungsweise, die aus der Säkularisation eine dauernde Leistungspflicht des Staates an die Kirchen aus dem Grundsatz der Universalsukzession und dem Lastenfolgeprinzip entsprechend § 415 des Bürgerlichen Gesetzbuchs herleitete, würde der Tragweite des historischen Vorgangs jedoch nicht gerecht.

Es handelte sich bei diesem Prozeß der materiellen Entsetzung der Kirchen nicht um ei-

nen zivilrechtlich einzuordnenden Wechsel des Eigentümers von Land und Gütern mit der Folge des dauernden Übergangs von Verbindlichkeiten. Vielmehr war diese Enteignung das notwendige Teilstück eines teils revolutionär, teils evolutionär vorgetragenen politischen Machtwechsels. Sie war Ausdruck der Tatsache, daß die Stellung der Kirche sich verschob: die Kirche als weltlich-politische Macht zersplitterte sich zunächst aus dem weltlich-machtvollen Gegenüber des Kaisers des Heiligen römischen Reiches deutscher Nation in einzelne Partikularmächte, die zu Konkurrenten der deutschen Landesfürsten wurden. Der Absolutismus stufte Religion und Kirchen sodann zur Hilfskraft staatlicher Allmacht herab, die Aufklärung zerbrach den ideologischen Totalitätsanspruch des Christentums.

Soweit die mit diesen Vorgängen einhergehende materielle Entmachtung der Kirchen einerseits und der Machtzuwachs des Staates andererseits Ausdruck eines politischen Machtwechsels waren wäre es verfehlt, an diesen Vorgang eine Pflicht des Staates zur dauernden bevorzugten Unterstützung der christlichen Kirchen anzuknüpfen. Denn erstens übernahm der Staat mit den Geldmitteln z. T. auch die zugehörigen Aufgabenbereiche von den Kirchen. Das gilt z. B. für die Armenfürsorge und das Schulwesen. Insoweit erlitten die Kirchen im Ergebnis keine materielle Einbuße. Zweitens würde eine dauernde finanzielle Verpflichtung des Staates gegenüber den christlichen Kirchen eben jene Verweltlichung des Staates gefährden, die herbeizuführen eines der Ziele der revolutionären

Entmachtung der Kirche war. Dieses Ziel kann der Staat der Neuzeit nicht verleugnen, ohne seine Prinzipien in Frage zu stellen. Denn ohne eine Verweltlichung des Staates, die ohne eine finanzielle Trennung von Staat und Kirche nicht denkbar ist, könnten die Religionsneutralität des modernen Gemeinwesens und die Gewissensfreiheit seiner Bürger nicht aufrechterhalten werden.

Das rechtfertigt den Satz: Weil und insoweit die Einziehung von Kirchengut ein Akt politischen Machtwechsels war, löste sie keine Entschädigungsansprüche der Kirche aus dem Grundsatz der Universalsukzession oder dem Lastenfolgeprinzip aus ¹³⁵⁾.

Dieser Satz bedeutet wohlgermerkt gleichzeitig, daß Ansprüche der Kirchen dort möglich und gerechtfertigt sind, wo die Enteignung nicht aus politisch-staatlichen Motiven, sondern ausschließlich zum Zwecke der schlichten Bereicherung des Landesfürsten erfolgte. Außerdem schließt das Votum gegen eine dauernde Unterstützungspflicht des Staates gegenüber den Kirchen aus den genannten Rechtsgründen oder aus Gewohnheitsrecht nicht aus, daß die Kirchen eine Entschädigung für eingezogene Güter vom Staat nach billigem Ermessen zugesprochen erhalten. Da sich die soeben genannten möglichen Bereicherungsansprüche der Kirchen praktisch nicht berechnen lassen, ist eine solche Entschädigung nach Billigkeit sogar der einzige Weg des gerechten Ausgleichs; dabei bleibt jedoch festzuhalten, daß dieser Ausgleich nicht in Form einer dauernden Unterstützung erfolgen darf.

Will man sowohl den zum Teil auf Recht, zum Teil auf Billigkeit beruhenden Forderungen der Kirchen nach Entschädigung für ihr eingezogenes Vermögen gerecht werden als auch der Erkenntnis, daß dem religionsneutralen Staat eine dauernde bevorzugte Unterstützung der christlichen Kirchen nicht möglich ist, Rechnung tragen, dann ist nur eine Lösung denkbar: Der Staat muß durch eine einmalige und endgültige Entschädigungsleistung sowohl seinen Entschädigungspflichten und seiner Entschädigungsbereitschaft Genüge tun als auch sich selbst von der Verquickung mit den christlichen Kirchen befreien.

Vor diesem Hintergrund muß die Forderung der Weimarer Verfassung nach Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen gesehen werden.

Der Ablösungsartikel der Weimarer Reichsverfassung (Art. 138 Abs. 1 WRV)

Als die verfassunggebende Versammlung in Weimar sich konstituierte, fand sie auf dem Gebiet der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften einen Zustand offener Un- gleichheit vor. Da die deutschen Landesfürsten sich nur mit den christlichen Großkirchen verbunden gefühlt hatten, sich nur mit christlichen Ideen zu identifizieren geneigt gewesen waren, hatten bis 1918 nur die Landeskirchen finanzielle Förderung erhalten. Auch christlichen kleinen Glaubensgemeinschaften wurde jede Dotation verweigert. Der Grund dieser unterschiedlichen Förderung lag ersichtlich nicht in sachlicher Differenzierung, sondern im Festhalten an der historischen Vorzugsstellung der christlichen Großkirchen.

Diesen nach dem eben Gesagten auf die Dauer nicht haltbaren Zustand der finanziellen Ver-

quickung und der offenbaren Ungleichheit wollte die Weimarer Reichsversammlung beenden, als sie den Ablösungsartikel (Art. 138 Abs. 1) in die Weimarer Reichsverfassung einführte. In jenem Artikel heißt es: "Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf".

Dieser Ablösungsartikel war Ausdruck eines Kompromisses zwischen den kirchenfeindlichen und den konservativen Kräften in der Reichsversammlung ¹³⁶⁾. Sozialisten und Liberale wollten die schon seit Jahrzehnten angestrebte ¹³⁷⁾ völlige Trennung von Staat und Kirche auch auf finanziellem Gebiet endlich durchsetzen. Sie waren der Ansicht, daß der Staat seinen möglicherweise mit den Säkularisationsvorgängen begründeten Entschädigungspflichten durch die langwährende Unterstützung der christlichen Kirchen längst genügt habe, und strebten an, daß ¹³⁸⁾ alle Dotationen ersatzlos gestrichen würden. Das Zentrum und die nationale Rechte wollten den Kirchen ihre Privilegien - insbesondere die Finanzzuwendungen des Staates - möglichst auf die Dauer erhalten ¹³⁹⁾. Denn ohne staatliche Unterstützung mußten die Kirchen, die bislang nahezu die Hälfte ihrer Einnahmen als staatlichen Zuschuß erhalten hatten ¹⁴⁰⁾, organisatorisch zusammenbrechen.

Der Kompromiß bestand darin, daß man die Ablösungspflicht des Art. 138 Abs. 1 in die Verfassung aufnahm, d. h. eine Beendigung der Geldleistungen an die Kirchen gegen Entschädigung vorsah.

Nach dem oben Gesagten stellt dieser Artikel nahezu eine Ideallösung für eine gerechte und endgültige Beendigung der finanziellen Verflechtung von Staat und Kirchen dar. Dennoch wurde die Ablösung bis heute nicht durchgeführt. Vielmehr wurde der Sinn des Ablösungsartikels nahezu in sein Gegenteil verkehrt.

Die Aufstellung einer Pflicht zur Beendigung der Staatsleistungen (nur) gegen Entschädigung enthält die inzidente Garantie des Fortbestands der Staatsleistungen bis zum Tag der Ablösung. Diese Garantie wurde von Art. 173 der Weimarer Reichsverfassung, der vom Grundgesetz nicht übernommen worden ist, noch ausdrücklich ausgesprochen. Die Garantiefunktion der Art. 138 und 173 der Weimarer Reichsverfassung wurde von der Rechtsprechung und Lehre in der Weimarer Zeit de facto zum Hauptinhalt dieser Vorschriften gemacht ¹⁴¹⁾. In mehreren Prozessen, die von kirchlicher Seite gegen den Entzug von materiellen Privilegien angefaßt wurden ¹⁴²⁾, ging es immer nur darum, welche Rechte den Kirchen durch die Art. 138 und 173 garantiert würden, niemals darum, ob der Staat nicht durch seine Untätigkeit längst gegen das Ablösungsverbot verstoßen habe. Das Reichsgericht wandte bei diesen Prozessen die Garantie der Art. 138 und 173 entgegen dem historisch gefestigten Wortsinn von "Staatsleistungen" ¹⁴³⁾ nicht nur auf positive staatliche Leistungen, sondern auch auf staatliche Begünstigungen durch Unterlassen, insbesondere durch Unterlassen von Besteuerung an ¹⁴⁴⁾.

Nachdem in der Weimarer Zeit die Ablösung nicht gelungen war, setzte sich im Schrifttum nach dem 2. Weltkrieg die schon vor 1933 herrschende Ansicht endgültig durch, das Ablösungsgebot sei

auch durch die Vereinbarung einer ewigen Geldrente zu erfüllen ¹⁴⁵⁾. Da die Länder der Bundesrepublik in der Mehrzahl mit den Großkirchen Konkordate und Kirchenverträge abgeschlossen haben, in denen die Geldleistungen des Staates an die Kirchen von ihren alten, teils aus dem 19. Jahrhundert stammenden Titeln "abgelöst" und rechtlich als ewige Renten neu begründet sind, wird das Ablösungsgebot von dieser Seite als erfüllt angesehen ¹⁴⁶⁾.

Die Verfassungen von Bayern, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes gehen sogar soweit, den Kirchen die ewige Fortzahlung der bisherigen Leistungen in direkter Umkehrung zu Art. 138 der Weimarer Reichsverfassung zu garantieren ¹⁴⁷⁾.

Die gegenwärtig wohl noch herrschende Auslegung des Art. 138 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung mißachtet sowohl die geschilderte Entstehungsgeschichte als auch den Wortlaut der Vorschrift ¹⁴⁸⁾. "Ablösung" bedeutet in der Gesetzssprache zumindest bis zum Gebrauch dieses Worts durch die Weimarer Reichsverfassung endgültige Aufhebung vermögenswerter Leistungen gegen eine fest umrissene, in der Regel einmalige Ausgleichsleistung ¹⁴⁹⁾. Dieser eindeutige Wortsinn wird insbesondere durch die Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts zur Ablösung der Zwangs- und Bannrechte im Gewerberecht ¹⁵⁰⁾ und der Reallasten im Agrarrecht ¹⁵¹⁾ belegt. Durch diese Gesetzgebung sollte das feudalistische Abgabensystem beseitigt werden, durch das Bauern und Gewerbetreibenden bis dahin unaufhebbarer Verpflichtungen auferlegt wurden. Die Forderung nach endgültiger Aufhebung dieser Zwangsrechte ist in Art. 168 der Frankfurter Reichsverfassung unter wiederum eindeutigen Gebrauch

des Wortes Ablösung niedergelegt, indem es dort heißt: "Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben sind ablösbar. Es wird fortan kein Grundstück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leistung belastet werden".

Der Wortlaut des Art. 168 der Frankfurter Reichsverfassung stellt neben das Ablösungsgebot zugleich ein Verbot der Neubegründung von gleichartigen Belastungen. Ein derartiges Verbot ist in Art. 138 der Weimarer Verfassung nicht ausdrücklich enthalten. Aus dem Sinn und Zweck des Art. 138 der Weimarer Reichsverfassung, nämlich eine endgültige materielle Entflechtung von Staat und Kirchen herbeizuführen, muß aber gleichwohl die Schlußfolgerung gezogen werden, daß auch Art. 138 WRV die Ablösung in diesem Sinn als endgültig anordnete, daß also eine Neubegründung von Staatsleistungen nicht zulässig sein sollte. Zu dieser Schlußfolgerung ist die derzeit herrschende Lehre aber wiederum nicht bereit ¹⁵²⁾.

Daher stößt die gegenwärtige Praxis der auf erneuerte Rechtsgrundlagen gestellten Ungleichheit im Bereich der materiellen Zuwendungen an die Religionsgesellschaften derzeit kaum auf Kritik, obwohl die auf Dauer berechnete Fortzahlung der Staatsleistungen an die Kirchen, so wie sie heute von allen Ländern der Bundesrepublik mit Ausnahme von Hamburg und Bremen oft unter Verzicht auf einen Verwendungsnachweis praktiziert wird, schon als solche einen fortwährenden Verstoß gegen den vom Grundgesetz inkorporierten Ablösungsartikel des Art. 138 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung bedeutet. Im Ergebnis setzt diese Bevorzugung der christlichen Großkirchen

bei der finanziellen Förderung eine evident ungleiche Behandlung fort deren historische Wurzeln die Ungleichheit nicht mehr rechtfertigen können. Vielmehr macht die historische Bedingtheit der Ungleichheit deren mangelnde Rechtfertigung für die Gegenwart deutlich. Denn die Ungleichheit im Rahmen der Förderung von Religionsgemeinschaften stammt noch aus Zeitaltern, in denen man es als die vornehmste Aufgabe des Staates ansah, Politik und Gesetzgebung nach dem Wohle nur der christlichen Kirche auszurichten¹⁵³⁾.

Die Legitimationswirkung des Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft für ungleiche Behandlung durch den Staat

Forscht man nach den Ursachen, aus denen heraus es bis heute kaum unternommen, geschweige denn gelungen ist, diese Ungleichheit zu beseitigen, so stößt man wiederum auf die Korporationsqualität der Kirchen: Die Fortdauer der Ungleichheit im Bereich der Staatsleistungen wird verständlich, wenn man bedenkt, daß der Status als Körperschaft des öffentlichen Rechts in der Regel eine ungleiche Behandlung bei staatlichen Leistungen legitimiert.

Unter Körperschaften des öffentlichen Rechts ist der Gleichheitssatz im Bereich staatlicher Zuwendungen nicht anwendbar, weil der Staat innerhalb seines Integrationsbereichs mit der Verwendung seiner Mittel freie Hand hat. Es steht im Belieben des Staates, welche und wie viele Mittel er für seine Aufgaben anwendet. Aus diesem Grund kann er über die Höhe der Zuwendungen an Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit diese staatliche Aufgaben erfüllen, frei bestimmen. Infolge dieser Dispositionsfreiheit des Staates bei der Verwendung seiner Mittel im Rahmen der öffentlichen Aufgabenerfüllung kann

sich keine Körperschaft des öffentlichen Rechts unter Berufung auf höhere Leistungen des Staates an eine andere Körperschaft auf den Gleichheitssatz berufen und ebenfalls höhere Zuwendungen verlangen ¹⁵⁴⁾.

Der Status als öffentlich-rechtliche Körperschaft legitimiert aber ungleiche Unterstützung durch den Staat nur insoweit, als die betreffende öffentlich-rechtliche Körperschaft auch Aufgaben des Staates erfüllt. Nur hier kann der Staat über seine Mittel frei verfügen. Wenn jedoch, wie im Falle der Religionsgemeinschaften, Gesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, obwohl sie keine Aufgaben des Staates erfüllen, dann kann dieser Status eine ungleiche Behandlung im Bereich staatlicher Zuwendungen nicht mehr rechtfertigen.

Die Rechtswissenschaft ist sich zwar im Falle der Kirchen darüber einig, daß die öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften trotz ihres Status als Körperschaften des öffentlichen Rechts grundrechtsfähig sind, weil sie als Körperschaften sui generis dem Staat gegenüberstehen und ihm nicht eingeordnet sind ¹⁵⁵⁾. Dennoch gehört es anscheinend nicht zum wissenschaftlichen Allgemeingut, daß die Religionsgemeinschaften - ob öffentlich-rechtliche Körperschaft oder nicht - im Bereich der Staatsleistungen gleichbehandelt werden müssen, will man nicht gegen Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verstoßen ¹⁵⁶⁾. Die mangelnde Klarheit über diese Tatsache muß man der verwirrenden Wirkung der fehlerhaften Begriffszuordnung zuschreiben.

Die ungleiche Bevorzugung der Großkirchen durch die Verleihung der Korporationsqualität trotz formeller Gleichbehandlung aller Religionsgesellschaften

Nach den bisherigen Ausführungen könnte man der Ansicht sein, der Staat könnte sämtliche Bedenken gegen die bisherige Zuwendungspraxis dadurch ausräumen, daß er seine Geldleistungen an sämtliche Religionsgesellschaften gleichmäßig entsprechend der Kopffzahl der Bekenntniszugehörigen verteilt. In dieser Weise wird z. B. in Bayern unter den öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften schon verfahren¹⁵⁷⁾. Die Bevorzugung öffentlich-rechtlich organisierter Gemeinschaften gegenüber privaten Religionsgemeinschaften könnte man als sachlich begründet bezeichnen, weil damit nur die verständigen Anforderungen des Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung für die Verleihung der Körperschaftsqualität, nämlich das Vorhandensein einer gewissen Gewähr für die Dauerhaftigkeit der betreffenden Religionsgesellschaft, zur Voraussetzung auch für die Gewährung von materiellen Vorteilen seitens des Staates gemacht würden.

Wenn man die Korporationsqualität als vernünftigen und damit zulässigen Differenzierungsgesichtspunkt im Rahmen der Gewährung staatlicher Vergünstigungen an Religionsgesellschaften ansieht, könnte dem Gleichheitssatz dadurch Genüge getan sein, daß nach Art. 137 Abs. 5 WRV jeder Religions- und Weltanschauungsgemeinschaft mit Aussicht auf dauernden Bestand die Möglichkeit offensteht, Körperschaft des öffentlichen Rechts zu werden¹⁵⁸⁾.

Eine solche Ansicht wäre jedoch in doppelter Hinsicht unzutreffend: Zunächst ist mit der gleichmäßigen Gewährung der Chance, unter vernünftigen Bedingungen öffentlich-rechtliche Körperschaft zu werden, zwischen den Religi-

ongesellschaften ohnehin nur eine formelle Gleichberechtigung hergestellt worden, während es materiell bei einer ungleichen Behandlung geblieben ist. Denn die Verleihung der Körperschaftsqualität besitzt gerade im Hinblick auf den scheinbar eindeutigsten Vorteil, nämlich die Vermittlung des Besteuerungsrechts, bei den Großkirchen und bei den kleineren Religionsgesellschaften sehr unterschiedlichen Wert ¹⁵⁹⁾. Nur die Großkirchen können das Besteuerungsrecht sinnvoll ausnutzen, während die kleinen Religionsgesellschaften ihre Beiträge kostengünstiger und wirksamer durch ein privates Einzugsverfahren eintreiben können. Die formal gleichmäßig eingeräumte Chance, Körperschaft des öffentlichen Rechts zu werden, führt hier infolge des quantitativen Unterschieds der Zahl der Mitglieder zu einer qualitativ unterschiedlichen Begünstigung.

Ein Musterbeispiel für diese Tatsache bietet die bayerische Regelung des Kirchensteuereinzugsverfahrens. In Bayern ist der dort gem. Art. 13 Abs. 1 des bayerischen Kirchensteuergesetzes zulässige Kirchenlohnsteuerabzug nach Maßgabe des Art. 15 Abs. 1 dieses Gesetzes ausdrücklich nur denjenigen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften gestattet, die in Bayern mehr als 25 000 Mitglieder haben ¹⁶⁰⁾. Aber selbst in den Ländern, in denen eine solche Beschränkung formell nicht vorhanden ist, ist einer jener (von der Rechtsprechung bereits als möglich anerkannten ¹⁶¹⁾) Fälle gegeben, in denen eine formale Gleichbehandlungsvorschrift zu einer materiell ungleichen Bevorzugung führt und so den Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verletzt.

ie Verletzung der
taatlichen Neu-
ralitätspflicht
urch die Verlei-
ung eines öffent-
lich-rechtlichen
tatus an Religi-
ns- und Weltan-
schauungsgemein-
schaften

Darüber hinaus verstößt der Staat mit der Einräumung der Möglichkeit für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts zu werden, nicht nur gegen seine Pflicht, Religionsgesellschaften untereinander gleich zu behandeln, sondern auch gegen seine Pflicht zur religiösen Neutralität gegenüber seinen Staatsbürgern schlechthin. Die Verleihung des privilegierten Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Bekenntnisse gleich welcher Art führt zu einer gegenüber den Nichtbekennenden ungerechtfertigten Förderung des "Bekenntnisses", nämlich zu einer Förderung religiöser oder weltanschaulicher Betätigung durch den Staat, die nicht allein darauf beruht, daß organisierte Bekennde allein aufgrund der Tatsache ihres Zusammenschlusses mehr bewirken können als einzelne (nicht organisierte) Nichtbekennde: Durch die Verleihung der Körperschaftsqualität samt der zugehörigen öffentlich-rechtlichen Privilegien wird es den betreffenden Religions- und Bekenntnisgemeinschaften ermöglicht, sich nicht nur privater Gestaltungsmöglichkeiten, sondern auch derjenigen öffentlichen Mittel und öffentlichen Einrichtungen ganz oder teilweise zu bedienen, die von allen Staatsbürgern um des Staates willen getragen und unterhalten werden. Mit dieser institutionellen und materiellen Förderung wird den betreffenden Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mehr gewährt als die bloße Freiheit des Privatrechts und der privatrechtlichen Organisation, die der Staat allen seinen Bürgern eingeräumt hat und die dazu führt, daß die Bekennenden sich zusammenschließen können und damit einen Vorteil gegenüber den Nichtbekennenden gewinnen. Diese natürliche Ungleich-

heit der sich organisierenden Bekennden gegenüber den sich nicht organisierenden Nichtbekennden darf der Staat im Bereich der Bekenntnisfreiheit nicht dadurch unterstützen, daß er den sich Bekennden eine besonders privilegierte Organisationsform zur Verfügung stellt. Denn dadurch verschafft er den Bekennden freiwillig einen zusätzlichen Vorteil gegenüber den Nichtbekennden, obwohl er zur absoluten Neutralität und jeder nur möglichen Gleichbehandlung gegenüber den Bekennden und Nichtbekennden durch die Verfassung verpflichtet ist. Kurz: indem der Staat den Bekennden, den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, ohne sachliche Notwendigkeit den Weg zu öffentlich-rechtlichen Privilegien eröffnet, nimmt er auf Kosten der Nichtbekennden positiv Partei für Bekenntnisse gleich welcher Art.

Im Bereich der staatlichen Zuwendungen wird ganz besonders deutlich, daß Nichtbekennde ohne den rechtfertigenden Grund der natürlichen Ungleichheit zwischen Organisierten und Nichtorganisierten zu den Aufwendungen für die Bekennden herangezogen werden. Denn die Finanzaufwendungen, die den Religionsgesellschaften vom Staat ohne rechtliche Notwendigkeit zugesprochen werden, entstammen den allgemeinen Steuern, die von allen Steuerzahlern ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis aufgebracht werden. Für die mittelbaren Zuwendungen des Staates an die Religionsgesellschaften gilt weniger sichtbar das gleiche: Indem der Staat den Kirchen seinen Steuervollzugsapparat, seine Universitäten, seine Schulen, seine Gerichte kostenlos oder gegen ein nicht kosten-

deckendes Entgelt ¹⁶²⁾ zur Verfügung stellt, indem er Geistliche auf Staatskosten in den Kasernen ¹⁶³⁾ und Schulen unterrichten läßt, läßt er die Nichtbekennenden ohne Notwendigkeit für fremde Bekenntnisse eintreten und verletzt damit seine Neutralitätspflicht. Denn alle diese Einrichtungen müssen vom Steuerzahler, d. h. auch von den Nichtbekennenden, finanziert werden.

Soweit im Steuereinziehungsverfahren private Arbeitgeber als "Beauftragte des Fiskus" ¹⁶⁴⁾ tätig werden, indem sie die Kirchensteuer mit der Lohnsteuer einbehalten und an den Fiskus abführen, werden die Arbeitgeber sogar zu aktiver Tätigkeit für diejenigen Religionsgesellschaften gezwungen, die die Kirchensteuer unter Mithilfe des Fiskus einziehen lassen ¹⁶⁵⁾.

Arbeitgeber und Steuerbehörden teilen sich hier die Arbeit für die Kirchen, wobei der Fiskus nur namens und für Rechnung der Religionsgesellschaften auftritt. Daher ist eine Argumentation nicht zutreffend, wonach die privaten Arbeitgeber deshalb nicht in ihren religiösen Freiheitsrechten betroffen sein könnten, weil sie mit dem Abführen der Kirchensteuer an das Finanzamt nicht unmittelbar für die umlageberechtigten Kirchen tätig würden, sondern nur eine öffentlich-rechtliche Pflicht gegenüber dem Staat erfüllten ¹⁶⁶⁾. Kirchensteuern werden immer aufgrund eines Zusammentreffens staatlichen und kirchlichen Rechts erhoben, so daß die steuereinziehenden Arbeitgeber immer auch aufgrund kirchlichen Rechts tätig werden.

Der Staat des Grundgesetzes zwingt also nicht nur alle seine Bürger zu einem finanziellen Eintreten für die Bekennenden, er zwingt sie zum Teil auch zum direkten Tätigwerden für die steuererhebenden Religionsgemeinschaften aufgrund von deren Vorschriften. Das verstößt gegen Art. 4 Abs. 1 des Grundgesetzes, weil Art. 4 Abs. 1 Bekenntnisfreiheit auch und gerade in Form der Freiheit vom Bekenntnis zum Inhalt hat ¹⁶⁷⁾. Niemand darf gezwungen werden, sich einem Bekenntnis anzuschließen oder für irgendein Bekenntnis einzutreten - und sei es auch nur finanziell ¹⁶⁸⁾.

Die Verletzung der religiösen Neutralitätspflicht durch den Staat, die dadurch herbeigeführt wird, daß der Staat den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften den privilegierten Status von öffentlich-rechtlichen Körperschaften zur Verfügung stellt, erscheint nur deswegen so unangreifbar, weil der öffentlich-rechtliche Status der Religionsgesellschaften bisher kaum bezweifelt worden ist und dieser Status staatliche Unterstützung seit jeher legitimiert. Denn seit dem Allgemeinen Landrecht hat der Staat mit der Anerkennung der Glaubensgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts die verfassungsrechtliche Pflicht zur positiven Religionspflege an ihnen übernommen ¹⁶⁹⁾.

Neben die scheinbare Legitimation einer im einzelnen ungleichen Förderung, neben die generelle Verletzung der religiösen Neutralitätspflicht durch die Verleihung eines privilegierten Status an Bekenntnisgemeinschaften durch den Staat treten weitere Beeinträchtigungen der Verfassung, die durch den Status der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts herbeigeführt worden sind.

e Parochialge-
alt als Relikt
fentlicher
wangsgewalt

Es wurde oben bereits erwähnt, daß die Kirchen im Rahmen des Besteuerungsrechts Parochialgewalt ausüben. Diese Befugnis, kraft derer alle Konfessionsgenossen im Gebiet der jeweiligen kirchlichen Gliederung (Gemeinden, Landeskirchen oder Diözesen) ohne weiteres allein aufgrund der Wohnsitzbegründung als Steuerpflichtige in Anspruch genommen werden, ist ein ungerechtfertigtes Relikt öffentlicher Zwangsgewalt zugunsten der Religionsgemeinschaften ¹⁷⁰). Das Bundesverfassungsgericht hat zwar ausgesprochen, daß schon die Weimarer Reichsverfassung diese öffentlich-rechtliche, territoriale Grundlage der Kirchen, auf der sie noch heute ihr Besteuerungsrecht ausüben, durch eine reine Personalgrundlage ersetzt habe ¹⁷¹). Dieser Satz stimmt aber mit der Rechtswirklichkeit nicht überein.

Das Kirchenrecht geht auch heute noch vom landes- und volkskirchlichen Prinzip aus ¹⁷²). Gemildert nur durch die notwendige Voraussetzung einer Taufe und die Möglichkeit eines Austritts, nehmen die Landeskirchen ohne Rücksicht auf individuelle Willensäußerungen jeden christlichen Bürger als ihr Mitglied in Anspruch, der in ihrem Gebiet seinen Wohnsitz begründet ¹⁷³). Jeder Versuch, diesen Vorgang mit individuellen bürgerlich-rechtlichen Willenserklärungen abzusichern, beruht auf Fiktionen.

Solche Versuche könnten etwa in der Konstruktion einer Beitrittserklärung des Kindes, vertreten durch seine Eltern, anlässlich der Taufe bestehen ¹⁷⁴). Man könnte auch in einem unterlassenen Kirchenaustritt eine generelle Unterwerfungserklärung unter die jeweilige innerkirchliche Ordnung einschließlich der Parochialgewalt der Landeskirchen sehen ¹⁷⁵).

Eine solche zivilistische Erklärungsweise wäre aber unzutreffend und fiktiv. Nach kirchlichem, zumindest nach katholischem Rechtsverständnis kommt es für die Zugehörigkeit zu einer christlichen Konfession allein auf die Vornahme der Taufe, nicht auf begleitende Willenserklärungen der Eltern oder des Getauften an ¹⁷⁶⁾. Nach katholischem Kirchenrecht ist auch der ohne Wissen der Eltern getaufte Säugling Mitglied der Kirche ¹⁷⁷⁾. Es besteht derzeit kein Grund zu der Annahme, daß der Staat eine so begründete Konfessionszugehörigkeit nicht anerkennen würde. Denn das Bundesverwaltungsgericht hat für die mosaische Religion bereits die Auffassung vertreten, daß die Mitgliedschaft zu einer Religionsgesellschaft sogar allein durch Abstammung und Wohnsitz begründet werden könne. Das Bundesverwaltungsgericht führte dazu aus: Es gebe keine bundesrechtliche Vorschrift, wonach die Mitgliedschaft bei einer Religionsgesellschaft nur durch ausdrückliche Beitrittserklärung erworben werden könne. Gerade das öffentliche Recht mache derartige Rechtsstellungen wie z.B. auch die Staatsangehörigkeit von objektiven Voraussetzungen abhängig ¹⁷⁸⁾.

Demnach sind alle zivilistischen Erklärungsversuche der Parochialgewalt nur nachträglich aufgesetzt. In Wahrheit ist die Parochialgewalt ein Relikt öffentlicher Gewalt, das auf der Korporationsqualität der Kirchen beruht: Es wurde bereits darauf verwiesen ¹⁷⁹⁾, daß zu den Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlich-rechtlichen Körperschaften auch die Zwangsmitgliedschaft gehört. Das sonst nur dem Staat zustehende Recht, die Verbandsmitgliedschaft gegen den Willen der Betroffenen zu begründen ¹⁸⁰⁾, gehört mit zum Kreis der Rechte, die der Staat an die Körperschaften übertragen kann ¹⁸¹⁾.

Die Parochialgewalt der Kirchen ist Ausdruck einer derartigen, wenn auch gemilderten Zwangsgliedschaft. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts reicht die Austrittsmöglichkeit ¹⁸²⁾ aus, um eine Verletzung der Religionsfreiheit auszuschließen ¹⁸³⁾. Selbst wenn man dem folgt, so erscheinen doch wenigstens einige landesrechtliche Regelungen des Kirchenaustritts bedenklich, die die Wirkung des Austritts von dem Ablauf langer Fristen abhängig machen

So bestimmt z. B. das in ehemals preußischen Gebieten weithin noch geltende preußische Gesetz betreffend den Austritt aus den Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts vom 30. November 1920 ¹⁸⁴⁾ im § 2 Abs. 1 S. 2, daß die Befreiung von der Kirchensteuerpflicht erst mit Ende des laufenden Steuerjahres, jedoch nicht vor Ablauf von drei Monaten nach Abgabe der Austrittserklärung eintreten solle. Nach § 1 Abs. 2 treten die übrigen Wirkungen der Austrittserklärung einen Monat nach dem Eingang der Erklärung beim Amtsgericht ein ¹⁸⁵⁾.

Wenn man bedenkt, daß es sich bei der Möglichkeit eines Kirchenaustritts nicht um die Kündigung eines freiwillig eingegangenen Vertragsverhältnisses handelt, bei dem Kündigungsfristen üblich und verständlich sind ¹⁸⁶⁾, sondern um die unerläßliche Gewährung der Freiheit, einen Quasi-Zwangsverband zu verlassen, dann müßte in jedem Fall ein Austritt mit sofortiger Wirkung möglich sein ¹⁸⁷⁾. Die Rechtmäßigkeit der Parochialgewalt der Kirchen muß daher mindestens in ihrem gegenwärtigen Zuschnitt unter dem Blickpunkt des Art. 4 Abs. 1 und des Art. 9 des Grundgesetzes sehr bezweifelt werden.

*Die mangelnde
Rechtfertigung
der öffentlich-
rechtlichen
Dienstherrenfä-
higkeit der
Kirchen*

Weitere Bedenken müssen gegenüber dem Recht der kirchlichen Bediensteten geltend gemacht werden. Die Kirchen nehmen für ihre Bediensteten z. T. öffentliches Dienstrecht mit der Folge in Anspruch, daß ein öffentlich-rechtliches Treueverhältnis entsteht, das Dienstverhältnis durch Hoheitsakt zustandekommt, ein besonderes Gewaltverhältnis entsteht, ein Streikrecht ausgeschlossen ist ¹⁸⁸⁾. Die ganze Problematik der Einschränkung der Grundrechte im besonderen Gewaltverhältnis tritt hier in verstärktem Umfang auf ¹⁸⁹⁾. Auf welche Weise ist z. B. der Ausschluß des Streikrechts für kirchliche Bedienstete zu rechtfertigen? Der Staat mag aus Gründen des öffentlichen Wohls für sich in Anspruch nehmen, seine Beamten von dem grundgesetzlich garantierten Streikrecht fernzuhalten ¹⁹⁰⁾. Für die Kirchen können die Argumente, die der Staat für sein Beamtenrecht heranziehen kann, nicht gelten. Denn die Kirchen sind nicht Garanten der öffentlichen Ordnung, ihre Funktionsfähigkeit muß nicht unter allen Umständen gewährleistet sein. Vielmehr unterliegen sie wie alle anderen gesellschaftlichen Verbände der öffentlichen Ordnung und können keine Exemtionen von den Grundrechten in Anspruch nehmen. Daher muß die Garantie des Streikrechts, die in Art. 9 Abs. 3 des Grundgesetzes enthalten ist, auch für kirchliche Bedienstete gleich welchen Anstellungsverhältnisses gelten.

*Artikel 137 Abs. 5
WRV als verfas-
sungswidriger Ver-
fassungsartikel*

Ursache all dieser Unregelmäßigkeiten, Gesetzswidrigkeiten und Konflikte ist der Status der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Daraus ergibt sich die Forderung und Schlußfolgerung, daß dieser Status den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften nicht mehr zur Verfügung gestellt werden darf, will

sich nicht der Staat mit seiner Verfassung in Widerspruch setzen. Der durch Art. 140 in das Grundgesetz inkorporierte Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung widerspricht tragenden Prinzipien der Verfassung, weil er mindestens scheinbar Ungleichheit legitimiert, dem Staat religiöse Parteilichkeit aufnötigt, ihn zu Eingriffen in den Bereich der eigenen Angelegenheiten der Religionsgesellschaften durch Sondergesetze einerseits ermächtigt, ihn andererseits von notwendigen Eingriffen und Unterwerfungen abhält.

Das Bundesverfassungsgericht hat schon einmal feststellen müssen, daß die aus der Weimarer Verfassung in das Grundgesetz inkorporierten Kirchenartikel so, wie sie gemeint sind, mit dem Wertsystem des Grundgesetzes nicht in Übereinstimmung zu bringen sind: In der Entscheidung vom 14. Dezember 1965 ¹⁹¹⁾ hat das Verfassungsgericht entschieden, daß die Heranziehung von juristischen Personen zur Kirchensteuer verfassungswidrig ist, obwohl für Art. 137 Abs. 6 der Weimarer Reichsverfassung ganz bewußt eine Formulierung gewählt worden ist, die auch eine Besteuerung juristischer Personen ermöglichen sollte ¹⁹²⁾. Der Wortlaut des Art. 137 Abs. 6 erlaubte dem Bundesverfassungsgericht eine den Willen des Weimarer Verfassungsgebers korrigierende Auslegung.

Auf diesem Weg konnte das Bundesverfassungsgericht die von ihm entwickelte Grundeinstellung ¹⁹³⁾ bei der Auslegung der Verfassung einhalten. Es konnte die Einheit der Verfassung als logisch-teleologisches Sinngefüge aufrecht-

erhalten, innerhalb dessen so elementaren Grundsätzen wie dem Gleichheitssatz und der Pflicht zur religiösen Neutralität in der Weise der Vorrang zukommt, daß alle übrigen Normen des Grundgesetzes so ausgelegt werden müssen, daß sie mit jenen Grundsätzen vereinbar sind ¹⁹⁴⁾.

Dieser Weg ist bei Art. 137 Abs. 5 nicht möglich. Diese Vorschrift ist schlechthin mit dem Gleichheitssatz, dem Gebot religiöser Neutralität, der Gewährleistung der Selbstbestimmung im religiös-weltanschaulichen Bereich nicht in Einklang zu bringen ¹⁹⁵⁾. Gegenüber diesen Feststellungen sollte der Verfassungsgeber sich nicht auf seine - im Wesen des pouvoir constituant liegende - Fähigkeit berufen, von seinen eigenen Grundsatznormen Ausnahmen zu statuieren ¹⁹⁶⁾. Er sollte bedenken, wie nahe der Grundsatz der Gleichheit dem Prinzip der Gerechtigkeit verwandt ist, wie eng der Grundsatz der Religionsneutralität des Staates mit der Verbürgung von Gedankenfreiheit für den einzelnen verbunden ist, bevor er die vorhandenen Widersprüche weiterhin billigend aufrechterhält. Der Verfassungsgeber sollte auch die geschilderten rechtspolitischen Unzuträglichkeiten und Ungereimtheiten nicht gering schätzen. Vielmehr sollte ihm all dies Grund genug sein, die ihm offen stehende Möglichkeit ¹⁹⁷⁾ zu nutzen, den Artikel 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung aufzuheben ¹⁹⁸⁾.

Der Gesetzgeber könnte sich dabei auf das Vorbild Schwedens berufen, wo sich am 1. Januar 1983 Staat und Kirche voneinander trennen werden. Der Staat wird die Erhebung von Kirchensteuern einstellen und den Kirchen den Status von privatrechtlichen Organisationen zuweisen ¹⁹⁹⁾.

Die schwedische Kirche wird zur offenen Volkskirche werden.

Gegenüber einem solchen Vorhaben der Trennung können alle Religionsgesellschaften, die ihren genuin außerstaatlichen Wirkungsbereich ernstnehmen, dem Staat nicht den Vorwurf der Religionsfeindlichkeit machen. Denn die Auflösung staatlicher Bande liegt im eigenen, wohlverstandenen Interesse der Religionsgesellschaften. Das zweite vatikanische Konzil hat dieses wohlverstandene Interesse in Worte gefaßt:

"Die Kirche setzt ... ihre Hoffnung nicht auf Privilegien, die ihr von der staatlichen Autorität angeboten werden. Sie wird sogar auf die Inanspruchnahme legitim erworbener Rechte immer dann verzichten, wenn feststeht, daß sonst die Lauterkeit ihres Zeugnisses in Frage gestellt ist, oder wenn veränderte Verhältnisse eine andere Regelung erfordern" ²⁰⁰⁾.

Erst wenn die Kirchen in die Freiheit des Privatrechts entlassen sind, wird der Staat seine Leistungen auf die Bereiche beschränken müssen, die er ohne Verletzung des Gleichheitssatzes und des Gebots religiöser Neutralität unterstützen darf: Er darf Kultursubventionen zur Erhaltung von kirchlichen Baudenkmalen leisten ²⁰¹⁾, er darf die sozialen Betriebe der Kirche unterstützen, soweit sich diese zur Gleichbehandlung aller Staatsbürger verpflichtet haben ²⁰²⁾ und kein Monopol genießen ²⁰³⁾. Er darf die Kirchenrepräsentanten als Vertreter von bedeutsamen gesellschaftlichen Gruppierungen anhören und ihre Belange berücksichtigen ²⁰⁴⁾. Jede darüber hinausgehende Bevorzugung der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ist dem Staat jedoch verboten.

Eine so durchgeführte Religionsneutralität des Staates bedeutet nicht Parteinahme des Staates für Religionslosigkeit, nicht Identifikation mit der Irreligiosität, nicht staatlich verordneten Agnostizismus und Indifferenzismus ²⁰⁵⁾ - sie bewirkt nur ein Freihalten des einzelnen für seine eigene Entscheidung.

Die Meinung, ein religionsneutraler Staat ergreife die Partei der Irreligiösen und verkehre so den christlichen Staat in sein Gegenteil, vermennt eine individuelle mit einer gesellschaftlichen Betrachtungsweise: Das Individuum kann nicht religionsneutral im Sinne einer Bewertungslosigkeit sein - schon die Neutralität gegenüber Religionen stellt beim Individuum eine Bewertung dar. Nicht so beim Staat ²⁰⁶⁾: er kann für seinen Bereich, in seinen Einrichtungen davon absehen, für eine Religion Partei zu nehmen, ohne dadurch gleichzeitig antireligiös zu werden ²⁰⁷⁾. Im Gegenteil: Erst wenn der Staat sich von jeder Parteilichkeit, jeder Identifikation freihält, gewährleistet er die ungestörte Religionsausübung aller seiner Bürger.

*Die Schulpolitik
des Staates als
Bewährungsprobe
der Religions-
neutralität*

Die Bewährungsprobe für die Religionsneutralität des Staates ist seine Schulpolitik ²⁰⁸⁾. Aus der Tatsache, daß individuell keine absolute weltanschauliche Neutralität möglich ist, folgt notwendig, daß es keine "bekenntnisfreien" Lehrer geben kann. Dennoch kann und muß es "bekenntnisfreie" Schulen geben. Sie sind möglich, wenn der Staat davon absieht, seine Schulen einem bestimmten Bekenntnis zu verpflichten, wenn er seinen Bediensteten die Werbung für ihren individuellen Glauben in den staatlichen Einrichtungen untersagt und gleichzeitig von seinen Bür-

gern die Toleranz verlangt, von einem jeden in seinem Lebensbereich das Vorleben seines individuellen Glaubens oder Nichtglaubens als selbstverständlich hinzunehmen - und sei es auch als Lehrer in einer Schule.

Die verschiedenen Bekenntnisse der Schüler können und sollten dadurch berücksichtigt werden, daß das Lehrerkollegium nach Möglichkeit proportional zu den Bekenntnissen der Schüler (einschließlich der konfessionslosen) zusammengesetzt wird ²⁰⁹). An einer solchen Berücksichtigung erweist sich, daß der religionsneutrale Staat die Bekenntnisse seiner Bürger nicht ignoriert, sondern gerade in ihrer Verschiedenheit positiv zur Kenntnis nimmt.

Auf diese Weise kann Toleranz vorgelebt und zu Toleranz erzogen werden. Allein der Erziehung zu einer solchen Duldsamkeit ²¹⁰) haben die staatlichen Einrichtungen zu dienen, nicht aber der Erziehung zu einer christlichen Grundhaltung ²¹¹). Die Erziehung zum Glauben gehört in den privaten Bereich, so wie die Religionsgesellschaften in den Bereich des Privatrechts gehören.

ZUSAMMENFASSENDE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Darstellung der Entwicklung des Begriffs der öffentlich-rechtlichen Körperschaft und seiner Anwendung auf die Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften hat Ergebnisse sowohl für die Struktur juristischer Begriffe im allgemeinen als auch für den Körperschaftsbegriff im besonderen hervorgebracht.

In allgemein-begriffstheoretischer Hinsicht konnte an einem exemplarischen Fall die Entwicklung eines rechtswissenschaftlichen Begriffs verfolgt werden. Es zeigte sich, daß Gesetzgeber oder die Wissenschaft bei der Schöpfung eines juristischen Ordnungsbegriffs zunächst autonom sind. In der Folge wird aber durch die Anwendung des Begriffs auf die Realität eine Verknüpfung zwischen der Realität und dem Begriff hergestellt, die zu einer faktischen Unabänderlichkeit des angewendeten Begriffs führt. Nachdem der Begriff seine Ordnungsfunktion übernommen hat, erzeugt die Begriffsschablone greifbare Wirklichkeiten, die dem Begriff nicht mehr entzogen werden können, ohne daß die Ordnungsfunktion des Begriffs zerstört wird.

Wenn der Begriff in dieses letzte Stadium der realitätsbezogenen Verfestigung eingetreten ist, ist der Gesetzgeber in der Anwendung nicht mehr frei. Er kann den Begriff nicht mehr neu definieren, er kann eine Realität nicht mehr beliebig dem Begriff unterstellen. Denn an den Begriff sind dann Rechtsfolgen geknüpft, die einer willkürlichen Zuordnung aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht fähig sind.

Die Anwendung des Begriffs der öffentlich-rechtlichen Körperschaft auf Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften stellt ein Beispiel für eine solche aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen unzulässige Anwendung eines Begriffs auf einen nicht zugehörigen Gegenstand dar.

Der Begriff der öffentlichen Körperschaft wurde vom Gesetzgeber des Allgemeinen Landrechts geschaffen, indem eine bislang allumfassende Bezeichnung zu einem konkreten Zweck- und Ordnungsbegriff umgeformt wurde. Die öffentlich-rechtliche Körperschaft sollte nach dem Willen des Allgemeinen Landrechts dem Staat als Verbindungs- und Entlastungseinheit gegenüber der Gesellschaft dienen. Deshalb verschuf sich der Staat mit dem Begriff die Möglichkeit, eine Körperschaft in sein Normengefüge einzubeziehen und ihr mittels sondergesetzlicher Regelung sonst ihm selbst vorbehaltene Rechte und Pflichten zu übertragen. Dadurch wurde es dem Staat ermöglicht, gesellschaftliche Verbände an sich zu binden, Aufgaben aus seinem Bereich an diese Körperschaft zu übertragen. Um sie zur Erfüllung solcher Aufgaben instandzusetzen, überließ der Staat den öffentlich-rechtlichen Körperschaften in der Regel Satzungshoheit im Rahmen ihrer Zwecke.

Die sich vom absolutistischen Polizeistaat zum Rechtsstaat formierenden deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts griffen die Zweckschöpfung des Allgemeinen Landrechts auf und benutzten den Begriff als Titel im doppelten Sinn: Indem sie den Titel als Bezeichnung verliehen, suchten sie einen den Anforderungen des Rechtsstaats formell genügenden Titel für sondergesetzlich verpflichtende Eingriffe, begünstigende Bevorzugungen und

zur Delegation von Gewalt an gesellschaftliche Verbände zu gewinnen. Die vom Allgemeinen Landrecht eingeführte rechtstechnische Möglichkeit zu derartigen Eingriffen und Bevorzugungen kraft der Verleihung eines Titels der Körperschaft des öffentlichen Rechts wurde vom Rechtsstaat umgewertet in die materiale Rechtsfertigung dieser Akte durch den Titel.

Damit war das Problem der Rechtmäßigkeit der sondergesetzlichen Eingriffe und Bevorzugungen insbesondere gegenüber den Kirchen formal gelöst.

Materiell hätte es angesichts der weitgehenden Folgerungen der Titelverleihung, so wie sie insbesondere in der privilegierten und beaufsichtigten Rechtsstellung der Kirchen zum Ausdruck kamen, einer Besinnung auf die rechtsstaatlichen Grenzen der Anerkennung einer Körperschaft als Korporation des öffentlichen Rechts bedurft. Einer Anerkennung müssen Grenzen gezogen sein, weil der Staat an Körperschaften des öffentlichen Rechts Rechte und Möglichkeiten übertragen kann, die sonst ihm selbst vorbehalten sind. Die Bevorzugung eines gesellschaftlichen Verbandes mit Staatsmitteln, die zugleich eine sondergesetzlich geregelte Beaufsichtigung und Beschneidung der privaten Selbstbestimmungsrechte durch öffentlich-rechtliche Pflichten nach sich zieht, ist dem Staat nach dem Verfassungsprinzip der Verhältnismäßigkeit des Mittels in Beziehung auf den angestrebten Zweck nur dann gestattet, wenn das allgemeine Wohl die Einbeziehung der Funktion der Körperschaft in den staatlichen Aufgabenbereich gebietet und die Verfassungsordnung dem nicht entgegensteht.

Die Feststellung, daß der Staat nicht jede Körperschaft beliebig, womöglich noch durch bloßen Organisationsakt ¹⁾, in den zugleich privilegierenden und verpflichtenden öffentlich-rechtlichen Status erheben darf, ist von der Rechtswissenschaft bisher kaum ausdrücklich formuliert worden. Allerdings bringt die Definition, die die herrschende Lehre dem Begriff der öffentlich-rechtlichen Körperschaft gegeben hat, diesen Satz inzident zum Ausdruck. Denn nach der h. L. sind Körperschaften des öffentlichen Rechts im eigentlichen Sinne von vornherein nur solche mitgliedschaftlich organisierten Verbände, die Aufgaben des Staates unter Aufsicht des Staates erfüllen.

Diese Definition verwechselt das Sein mit dem Sollen: Weil der öffentlich-rechtlichen Körperschaft Rechte und Pflichten übertragen werden können, die sonst dem Staat vorbehalten sind, sollen und dürfen nur solche Körperschaften in den öffentlichen Status erhoben werden, die Aufgaben des Staates (unter seiner Aufsicht) erfüllen.

Die Religionsgesellschaften erfüllen diese Voraussetzung offenbar nicht. Daher werden sie von der h. L. als Körperschaften des öffentlichen Rechts sui generis bezeichnet.

Diese Einstufung ist unzutreffend. Die Kirchen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts wie die Gemeinden und Berufsverbände. Sie dürfen es nur nicht sein. Die Kirchen konnten nur deshalb sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt werden, weil die Besinnung auf die rechtsstaatlichen Voraussetzungen einer Aner-

kennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts ausblieb. Das geschah, obwohl man sich schon im 19. Jahrhundert darüber im klaren war, daß der Begriff einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft in vielerlei Hinsicht auf die Kirchen nicht paßte. Da aber weder die Kirchen noch der Staat auf die Legitimierungsfunktion des Begriffs für die staatliche Bevorzugung der Großkirchen verzichten wollten, blieb es bei der Titelverleihung.

Unter der Weimarer Reichsverfassung, insbesondere aber noch unter dem NS-Staat, wurde sichtbar, daß der Titel nicht nur Bevorzugung, sondern auch staatliche Eingriffe durch Sondergesetze ermöglicht. Die Unterworfenheit der Körperschaften des öffentlichen Rechts unter staatliche Sondergesetze beruht auf dem Umstand, daß sie - anders als die privatrechtlich organisierten Gesellschaften - auch in Bezug auf ihre innere Ordnung in das Normengefüge des öffentlichen Rechts integriert sind. Daher kann der Staat den Körperschaften des öffentlichen Rechts durch sein höherrangiges Recht Satzungen und Organisationsformen aufzwingen, die ihm eine bis ins einzelne gehende Beaufsichtigung ermöglichen.

Seit 1945 bemüht sich der Staat, von derartigen sondergesetzlichen Regelungen für die öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften Abstand zu nehmen. Dabei stößt er jedoch auf die Tatsache, daß sondergesetzliche Regelungen überall dort notwendig sind, wo die Kirchen den ihnen angebotenen öffentlich-rechtlichen Status angenommen und damit sonst dem Staat selbst vorbehaltene Rechte und Möglichkeiten übertragen erhalten haben. Infolge die-

ser Notwendigkeit besteht ein unaufhebbarer Widerspruch zwischen Art. 137 Abs. 3 S. 1 der Weimarer Reichsverfassung, wonach die Religionsgesellschaften ihre Angelegenheiten innerhalb des für alle geltenden Gesetzes selbständig ordnen und verwalten, und dem Status der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, der es notwendig macht, daß die Kirchen Sondergesetzen wie den Kirchensteuergesetzen unterliegen, die auch ihre eigenen Angelegenheiten betreffen.

Der Staat des Grundgesetzes hat versucht, diesen Widerspruch durch vertragliche Regelungen zu mildern, die die fehlenden sondergesetzlichen Regelungen ersetzen sollen. Der Widerspruch ist aber dennoch vorhanden. Als Folge dieses Widerspruchs ist in Rechtsprechung und Lehre der Bundesrepublik eine Tendenz aufgetreten, die die Kirchen aus dem Geltungsbereich auch des für alle geltenden Gesetzes herausnehmen will.

Neben die Unverträglichkeit der Körperschaftsqualität der Kirchen mit der Garantie des Art. 137 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung tritt die Tatsache, daß der öffentlich-rechtliche Status eine direkte und indirekte Privilegierung der Kirchen mit sich bringt, die zu einer im einzelnen ungleichen Bevorzugung der Bekennenden gegenüber den Nichtbekennenden führt.

Indem den Bekennenden mehr als die Gestaltungsfreiheit des Privatrechts gewährt wird, nämlich Förderung mit Öffentlich-rechtlichen Mitteln, werden sie unter Verstoß gegen den Gleichheitssatz und gegen das Neutralitätsgebot des Grundgesetzes auf Kosten der Nichtbekennenden gefördert.

Demnach steht der Einstufung der Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts sowohl die Tatsache entgegen, daß sie keine Aufgaben des Staates erfüllen, als auch das verfassungsrechtliche Gebot an den Staat zu religiöser und weltanschaulicher Neutralität. Da Art. 137 Abs. 5 der Weimarer Reichsverfassung nicht verfassungskonform ausgelegt werden kann, sollte er aufgegeben werden.

Bei zukünftigen Entscheidungen über die Frage, ob ein Verband in den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhoben werden soll, sollten die gebotenen Schlußfolgerungen aus der hier entwickelten Definition der Körperschaft des öffentlichen Rechts gezogen werden. Diese Schlußfolgerungen lauten:

1. Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist ein mitgliedschaftlich organisierter Verband, dem der Staat nach der Anerkennung als öffentlich-rechtsfähig Rechte und Pflichten übertragen kann, die sonst ihm selbst vorbehalten sind.
2. Die Anerkennung setzt voraus, daß das allgemeine Wohl die Einbeziehung der Aufgaben des Verbandes in den staatlichen Funktionsbereich fordert und daß der Einbeziehung in den Bereich des Staatlichen keine verfassungsrechtlichen Normen entgegenstehen.
3. Die Anerkennung hat zur Folge, daß der Verband in der Regel unter Gewährung von öffentlich-rechtlicher Satzungsgewalt samt seiner inneren Ordnung in das Normengefüge des öffentlichen Rechts integriert wird. Der Staat kann damit Satzung und Organisa-

tion der Körperschaft sondergesetzlich beeinflussen. Eine sondergesetzliche Beeinflussung (die Grundlage der sog. besonderen Staatsaufsicht) ist überall dort unumgänglich, wo die Körperschaft öffentlich-rechtlich handelt. Insoweit gelten die besonderen Bindungen des öffentlichen Rechts.

ANMERKUNGEN

Aufgabenstellung

- 1) Vgl. dazu Seiten 24-27
- 2) Vgl. Erich Ruppel, Die Behandlung der Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts in der neueren Gesetzgebung, in: ArchivKR Bd. 5 (1941), S. 1 f.
- 2a) Das hat sich mit der Veröffentlichung des F.D.P.-Kirchenpapiers zum Verhältnis von Staat und Kirchen allerdings geändert. Dort heißt es unter Ziffer 2: Der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts ist für religiös und weltanschaulich gebundene Gruppen wie die Kirchen nicht geeignet, da diese ihre Aufgaben nicht aus staatlichem Auftrag herleiten. Andererseits wird das Vereinsrecht der Bedeutung der Kirchen und anderen Großverbände nicht gerecht. Es ist daher ein neues Verbandsrecht zu entwickeln, das der Bedeutung der Verbände und ihrem öffentlichen Wirken Rechnung trägt und auch für die Kirchen gilt. Dabei sind religiös und weltanschaulich bedingte Besonderheiten zu berücksichtigen. (Freie Kirchen im freien Staat, Entwurf, Bonn, F.D.P. 1973).
- 3) Vgl. dazu Seiten 25 mit Fußnoten 40 und 41.
- 4) Ernst Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 9. Aufl. 1966, S. 457.
- 5) Vgl. Jürgen Schleichert, Staat und evangelische Kirche seit der Staatsumwälzung 1918, 1962, S. 11 ff.; Adelheid Bullinger, Das Ende des landesherrlichen Kirchenregiments und die Neugestaltung der Evangelischen Kirche. Problematik in Theorie und Praxis nach dem Umsturz von 1918, 1969, S. 42 ff.
- 6) Vgl. dazu Seite 70 ff.
- 7) So Konrad Hesse, Freie Kirche im demokratischen Gemeinwesen, in ZevKR Bd. 11 (1964/65), S. 337 (357), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 334 (352); ähnlich Horst Sacker, Der verfassungsgerichtliche Schutz gegen innerkirchliche Maßnahmen, 1968, S. 97; vgl. auch: Alexander Hollerbach, Die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Bd. 1, 1969, S. 46 (48 ff.); gegen Konrad Hesse: Heiner Marré, Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschr. f. Pol., N. F. Bd. 12 (1966), S. 388 (389 ff.).
- 8) Beispiele: Ist das Bistum Berlin als Körperschaft des öffentlichen Rechts eine "Behörde" i. S. des § 4 Abs. 4 des Berliner Pressegesetzes vom 19.6.1965 (GVBl. S. 744)? (bejahend: VG Berlin Urt. vom 14.1.1971 (Az.: III A 194/70), zit. nach J. Listl, Das Grundrecht der Religionsfreiheit in der Rechtsprechung der Gerichte der Bundesrepublik Deutschland, 1971,

S. 387); zur Frage, ob Kirchendienststellen "Behörden" i. S. des § 3 Abs. 3 BRAO sind (vor denen sich jedermann einer anwaltlichen Vertretung bedienen kann), vgl. Helmut Quaritsch, Anwaltsvertretung vor Kirchenbehörden, in: DÖV 1969 S. 276 ff. sowie Dieter Selb/Ernst Viktor Benn, Die außergerichtliche Vertretung von Pfarrern gegenüber den evangelischen Kirchenleitungen durch Rechtsanwälte, in: ZevKR Bd. 12 (1966/67), S. 303 f., 309 f.; zum Problem der Geltung von staatlichem Beamtenrecht im kirchlichen "öffentlichen" Dienst vgl. Dieter Scheven, Ist der kirchliche Dienst öffentlicher Dienst?, in: Zeitschr. f. Beamtenrecht 1964, S. 289 ff. (293) sowie Konrad Hesse, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts seit 1945, in: JÖR N. F. Bd. 10 (1961), S. 3 (50 ff.); zur Frage, ob kirchliche Gewalt "öffentliche" Gewalt ist, vgl. Peter Häberle, Kirchliche Gewalt als öffentliche und "mittelbar" staatliche Gewalt, in: ZevKR Bd. 11 (1964/65), S. 395 ff.; zur Frage der Geltung von staatlichen Grundrechten im kirchlichen Rechtsbereich vgl. Wolfgang Rübner, Die Geltung von Grundrechten im kirchlichen Bereich, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche Bd. 7 (1972), S. 9 (10 ff.); zum Problem einer kirchlichen (öffentlich-rechtlichen) Organisationsgewalt vgl. Axel von Campenhausen, Probleme des öffentlich-rechtlichen Korporationsstatus der Kirchen, in: Österr. Arch. f. Kirchenrecht Jg. 20 (1969), S. 173 (179 ff.).

- 9) Vgl. Dietrich Pirson, Art. "Öffentlichkeitsanspruch in: Evang. Staatslexikon, 1966, Sp. 1390 ff.; Wolfgang Conrad, Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche, 1964, insbes. S. 9 ff.

Erstes Kapitel

- 1) Vgl. Johann Nikolaus Hertius in der von ihm 1716 herausgegebenen und ergänzten Ausgabe von Samuel Pufendorf, *De jure naturae et gentium* (erstmalig erschienen 1672), *Lib. VII cap 2 §§ 21-23*.
- 2) Vgl. Justus Henning Böhm, *Introductio in jus publicum universale*, 1720, pag. 442 und pag. 448 *Arm. b*.
- 3) Vgl. Heinrich Gottfried Scheidemantel, *Das Staatsrecht nach der Vernunft und den Sitten der vornehmsten Völker*, 1773, *Bd. 3*, S. 247 ff.
- 4) Vgl. Daniel Nettelblatt, *Systema elementare universae jurisprudentiae naturalis*, 5. ed. 1785, pag. 504 (§§ 1227 ff.); die Kirchen sind nach Nettelblatt *societates privatae* (§ 1547 a.a.O.).
- 5) Vgl. dazu Seite 19 f.
- 6) Vgl. dazu Ludwig Schnorr von Carolsfeld, *Geschichte der juristischen Person*, 1933, S. 147 ff.
- 7) Vgl. dazu Seite 18 mit Fußnote 20.
- 8) Zur Christenverfolgung vgl. Karl Bihlmeyer/Hermann Tüchle, *Kirchengeschichte*, *Erster Teil: Das christliche Altertum*, 18. Aufl. 1966, S. 73 ff.; zur Privilegierung im Laufe des 4. Jahrhunderts vgl. Johannes von Walter, *Die Geschichte des Christentums*, 1. Halbband: *Das Altertum*, 2. Aufl. 1938, S. 129 f.; im einzelnen abweichend ("die Kirchen waren bereits vor Konstantin rechtsfähig") Gerda Krüger, *Die Rechtsstellung der vorkonstantinischen Kirchen*, 1935 (Neudruck 1961), S. 322 f.
- 9) Edgar Loening, *Geschichte des deutschen Kirchenrechts Band I*, 1878, S. 24, 43.
- 10) Vgl. Emil Friedberg, *Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts*, 6. Aufl. 1906/Neudruck 1965, S. 38
- 11) Edgar Loening, a.a.O. S. 39, 66, 69.
- 12) Vgl. dazu Hildebert Kirchner, *Beiträge zur Geschichte der Entstehung der Begriffe "öffentlich" und "öffentliches Recht"*, 1949, S. 14-16.
- 13) Vgl. Otto von Gerke, *Das deutsche Genossenschaftsrecht*, 3. Band, 1881, S. 115.
- 14) Otto von Gerke, a.a.O., 3. Band, S. 114 Fußnote 7.

- 15) Otto von Gierke,
a.a.O., 3. Bd., S. 419/420.
- 16) Otto von Gierke, a.a.O., 3. Bd., S. 358.
- 17) Vgl. Rudolph Sohm, Kirchenrecht, Bd. 2, 1892
S. 102 f.
- 18) Otto von Gierke, a.a.O., 3. Bd., S. 192.
- 19) Zur Fragwürdigkeit der Verwendung des Wortes "Staat"
für die politischen Organisationen des Mittelalters
vgl. Helmut Quaritsch, Staat und Souveränität, 1970,
S. 44 ff.
- 20) Otto von Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht,
3. Band, 1881, S. 192-199.
- 21) Otto von Gierke, a.a.O., 3. Bd., S. 248, 355 ff. (358,
360).
- 22) Vgl. Otto von Gierke, a.a.O., 4. Bd., 1913, S. 363-
373; Ulrich Scheuner, Kirche und Staat in der neueren
deutschen Entwicklung, in: ZevKR Bd. 7 (1959/60),
S. 225 (236); abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber,
Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 156
(165); Helmut Quaritsch, a.a.O., S. 269, 287;
Hermann Conrad, Staat und Kirche im aufgeklärten Ab-
solutismus, in: Der Staat Bd. 12 (1973), S. 45 ff.;
zum Stand der Kirchenrechtswissenschaft vor Beginn
der Aufklärung vgl. Martin Heckel, Staat und Kirche
nach den Lehren der evangelischen Juristen Deutsch-
lands in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in:
Zeitschrift der Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte
Bd. 73 Kan. Abt. 42 (1956), S. 117 ff., und Bd. 74
Kan. Abt. 43 (1957), S. 202 ff.
- 23) Godehard Josef Ebers, Staat und Kirche im neuen
Deutschland, 1930, S. 7 f.
- 24) Vgl. Otto Mayer, Das Staatsrecht des Königreichs
Sachsen, Tübingen 1909, S. 226 Fußnote 7.
- 25) Zur Geschichte der Trennungsidee vgl. Karl Rothenbü-
cher, Die Trennung von Kirche und Staat, 1908, bes.
S. 435 ff.
- 26) Vgl. dazu eingehend Anton Dietrich, Die Ausgestal-
tung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der
Verfassung des Deutschen Reiches vom 28. März 1849
und ihre geschichtlichen Voraussetzungen, 1969,
S. 63 ff. (insbes. S. 157), sowie Richard Lempp, Die
Frage der Trennung von Kirche und Staat im Frank-
furter Parlament, 1913, S. 15 ff.
Engelbert Plassmann, Staatskirchen-
rechtliche Grundgedanken der deutschen Kanonisten an
der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, 1968, S. 77 ff.,
145 ff.
- 27) Nachweise siehe Seite 18.

Z w e i t e s K a p i t e l

- 1) Vgl. § 25 Teil II, Titel 6; zur Gleichbedeutung der Begriffe "öffentliche" und "privilegierte" Korporation vgl. Heinrich Rosin, Zur Lehre von der Korporation und Gesellschaft, insbes. der erlaubten Privatgesellschaft, nach ALR und heutigem preußischem Recht, in: Gruchots Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, 1883, S. 108 (121).
- 2) Vgl. § 81 Teil II, Titel 6; alle wörtlichen Zitate aus dem ALR erfolgen nach der Textausgabe von Hans Hattenhauer / Günter Bernert, 1970.
- 3) Vgl. den 2. Abschnitt des 2. Teils, Titel 7, zu den "Dorfgemeinen", den 2. Abschnitt des 2. Teils Titel 8 zu den "Städtgemeinen".
- 4) § 191 Teil II, Titel 8.
- 5) Vgl. § 67 Teil II, Titel 12.
- 6) Vgl. den 1. Abschnitt Teil II, Titel 11.
- 7) Vgl. §§ 25 ff., Teil II, Titel 6.
- 8) Vgl. § 13 Teil II, Titel 6.
- 9) Vgl. § 1 des pr. Religionsediktes vom 9. Juli 1788, abgedr. auch bei Max Lehmann, Preußen und die kath. Kirche, Bd. VI/1893, S. 250 ff.
- 10) Nur die Geneinden waren rechtsfähige Korporationen, vgl. Gernard Anschütz, Die Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat, Bd. I, 1912, S. 199.
- 11) § 17 Teil II, Titel 11.
- 12) §§ 32, 113, 161 Teil II Titel 11.
- 13) § 25 Teil II Titel 11.
- 14) § 19 Teil II Titel 11; vgl. auch: § 69 Teil II Titel 10, § 96 Teil II Titel 11.
- 15) § 18 Teil II Titel 11; vgl. dazu pr. OVG Entsch. vom 17. Februar 1903, E Bd. 43 S. 144-162.
- 16) § 629 Teil I Titel 9.
- 17) Vgl. zum Ganzen: Codehard Josef Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland, 1930, S. 12/13; Paul Schoen, Das evangelische Kirchenrecht in Preußen Bd. 1, 1903, S. 166 f. Hans-Wolfgang Strätz, Das staatskirchenrechtliche System des pr. Allg. Landrechts, in: Civitas Bd. 11 (1972), S. 156 ff.
- 18) Vgl. die Aufzählung bei Paul August Luxenburger, die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im Freistaat Preußen, 1926, S. 13.
- 19) Allerhöchstes Patent, betreffend die Bildung neuer Religionsgesellschaften, vom 30. 3. 1847 (GS S. 121); vgl. auch Art. 13 der preußischen Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850: "Die Religionsgesellschaften, so wie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Korporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen".

- 20) Beispiele: Baden: § 9 des II. Konstitutionsedikts von 1809 sowie §1 Badisches Gesetz vom 9.10.1860, die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staat betreffend (RegBl S. 375); Bayern: "Edict über die äußeren Rechtsverhältnisse der Einwohner des Königreichs Bayern in Beziehung auf Religion und kirchliche Gesellschaften zur näheren Bestimmung der §§ VI und VII des ersten Titels der Konstitution" vom 24.3.1809 (RegBl. S. 897); Hessisches Gesetz vom 23. April 1875, die rechtliche Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften betreffend (RegBl S. 247); zur Entwicklung in Baden vgl. Joachim von Bargan, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen im Rechtssystem des Großherzogtums Baden, 1971, S. 15 ff.; zur Rechtslage in Hamburg vgl. Hans-Georg Bergemann, Staat und Kirche in Hamburg während des 19. Jahrhunderts, 1958, S. 67 ff.; vgl. allgemein: Paul Hinschius, Allg. Darstellung des Verhältnisses von Staat und Kirche, in: Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart in Monographien, 1. Bd., 1. Halbbd., 1883/87, S. 187 ff. (S. 250), sowie über die Abstufung der Privilegien und Freiheiten: Godehard Josef Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland, 1930, S. 29 ff. sowie Friedrich Besch, Der Begriff der anerkannten Religionsgemeinschaft im deutschen Staatskirchenrecht unter besonderer Berücksichtigung des Staatskirchenrechts der Länder Bayern und Baden-Württemberg, 1965, bes. S. 58 ff.; vgl. auch Martin Heckel, Zur Entwicklung des deutschen Staatskirchenrechts von der Reformation bis zur Schwelle der Weimarer Verfassung, in: ZevKR Bd. 12 (1966/67), S. 1 ff. (30 f.);
- 21) Zur Ausgestaltung der Kirchenhoheit nach der pr. Verfassungsurkunde vom 31.1.1850 vgl. Elmar Detig, Die Bedeutung der Artikel 15, 16 und 18 der pr. Verfassungsurkunde von 1850 für das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Kirchenhoheit nach dem Verständnis des Verfassungsgebers und der preußischen Staatsregierung, 1971, S. 15 ff., 113 ff.
- 22) Vgl. K. Pfeiffer, Die Lehre von den juristischen Personen nach gemeinem und württembergischen Recht, 1847 (Neudruck 1970), S. 48 f.; Ernst von Moy, Das Staatsrecht des Königreiches Bayern, 1840, Teil I, S. 340 f.; unklar noch: Lorenz von Stein, Verwaltungslehre 1. Teil, 1. Aufl. 1865, S. 509 ff. (bes. S. 516); ebenso noch die 2. Aufl. 1869 - 1. Teil, 2. Abteilung, S. 346 ff. (351) und Lorenz von Stein, Handbuch der Verwaltungslehre, 3. Aufl. 1887, S. 72 ff.; die Unterscheidung setzten dagegen schon voraus: Georg Meyer, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, 6. Aufl. 1905, S. 838, 846 mit Fußnote 2; Karl Friedrichs, Juristische Personen, in: Verwaltungsarchiv Bd. 23 (1915), S. 1 ff. (7); kritisch: Otto Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht, 2. Bd. (2. Aufl. 1917) S. 571 ff., 587 mit Fußnote 19, 590 mit Fußnote 21; vgl. auch die 3. Aufl. 1924, 2. Bd. S. 322 ff.

- 23) Ludolf Parisius-Hans Crüger, Kommentar zum Reichsgesetz, die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften betreffend, vom 20. V. 1898, 3. Aufl. 1899, S. 139, sahen dagegen auch in sämtlichen eingetragenen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften noch Körperschaften des öffentlichen Rechts; vgl. insgesamt Ulrich K. Preuß, Zum staatsrechtlichen Begriff des Öffentlichen, 1969, S. 120 f.
- 24) Otto von Gierke, Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung, 1887, S. 167/168; Robert von Mohl, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Bd. II, 1862, S. 207; einschränkend: Wilhelm Kahl, Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik, I. Hälfte, 1894, S. 332, 338; dagegen: Paul Hinschius, Allgemeine Darstellung der Verhältnisse von Staat und Kirche, in: Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, 1. Bd. 1. Halbbd., 1883/1887, S. 250 ff.
- 25) Georg Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts, 2. Aufl. 1893, Bd. I, S. 24; Paul Hinschius, a.a.O. (Anm. 20) S. 261; Carl Sartorius, Die staatliche Verwaltungsgerichtsbarkeit auf dem Gebiet des Kirchenrechts, 1891, S. 120 mit Anm. 17; Fritz Fleiner, Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts, 6. u. 7. Auflage 1922 (= unveränderter Neudruck der 3. Aufl. von 1913), S. 100/101 mit Fußnote 3; RG Urteil vom 11. 7. 1898 RGZ Bd. 42, S. 358 (359).
- 26) Max Seydel, Gewerbepolizeirecht nach RGO, Annalen des Deutschen Reichs, 1881, S. 601.
- 27) Vgl. Hans Schuler, Die öffentlich-rechtliche Körperschaft, 1908, S. 19 ff.
- 28) Paul Eltzbacher, Die Handlungsfähigkeit nach bürgerlichem Recht, Bd. I (Das rechtswirksame Verhalten), 1903, S. 91 ff.; Philipp Zorn, Lehrbuch des Kirchenrechts, 1888, S. 220 ff.; vgl. neuerdings: Roman Herzog, Allg. Staatslehre, 1971, S. 224.
- 29) Paul Roth, Deutsches Privatrecht, 1880, S. 410 ff.; Friedrich Carl von Savigny, System des römischen Rechts, Bd. II, 1840, § 86 und Ernst Zitelmann, Begriff und Wesen der sogenannten juristischen Personen, 1873, S. 95 ff., unterscheiden ohne Bezugnahme auf den Unterschied privat-öffentlich-rechtlich zwischen "gewillkürten" und "notwendigen" Verbänden (Savigny) oder "gewillkürten" und "natürlich-sittlichen" Verbänden nebst Mischformen und den Kirchen (Zitelmann).
- 30) So Eduard Hölder, Kommentar zum Allgemeinen Teil des BGB, 1900, Anm. zu § 89; Carl Crone, System des deutschen bürgerlichen Rechts, Bd. I, 1900, S. 232; Andreas von Tuhr, Der allgemeine Teil des bürgerlichen Rechts, Bd. I, 1910, S. 453; gegen Hölder: J. von Staudinger, Kommentar zum BGB, I. Band Allg. Teil, 2. Aufl. 1904, § 89 Anm. 3.

- 34) Rudolf von Ihering, Der Zweck im Recht, Bd. I, 3. Aufl., 1893, S. 299 (6.-8. Aufl. 1923, S. 232).
- 32) Heinrich Rosin, Das Recht der öffentlichen Genossenschaft, 1883, S. 5; Edgar Loening, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts, 1884, S. 271 Anm. 3.
- 33) Vgl. Hans Schuler, Die öffentlich rechtliche Körperschaft, 1908, S. 22.
- 34) Vgl. Hermann Gottlieb Heumann, Lexikon zu den Quellen des römischen Rechts, 9. Aufl. 1914, unter "publicus"; Reinhold Klotz, Handwörterbuch der lateinischen Sprache, 1847-1857, unter "publicus".
- 35) 1. I. § 2 de inst. et iure 1, 1.
- 36) Heinrich Rosin, Das Recht der öffentlichen Genossenschaft, 1886, S. 18; dagegen: Otto Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechts, Bd. I, 3. Aufl. 1896, S. 450; kritisch: Georg Prazák, Zur prinzipiellen Abgrenzung der Kompetenz der Gerichte und Verwaltungsbehörden, AÖR Bd. 4 (1889) S. 241 (263).
- 37) Vgl. Georg Jellinek, Allgemeine Staatslehre, Recht des modernen Staates Bd. I, 1. Aufl. 1900, S. 587, 2. Aufl. 1905, S. 625; ders., System der subjektiven öffentlichen Rechte, 2. Aufl. 1905, S. 265/06. Ähnlich: Otto Sarwey, Allgemeines Verwaltungsrecht, in: Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts, I 2, 1884, S. 95; Christian Meurer, Die juristischen Personen nach deutschem Reichsrecht, 1901, S. 333 ff.; Bernatzik, Kritische Studien über den Begriff der juristischen Person, in: AÖR Bd. 5 (1890), S. 169 (303).
- 38) So Ludwig Waldecker, Über den Begriff der Korporation des öffentlichen Rechts, 1913, S. 29; vgl. auch: Otto von Gierke, Deutsches Privatrecht Bd. I, 1895, S. 619 (Erhebung des Sozialrechts der Körperschaft zum Bestandtheile der öffentlichen Rechtsordnung).
- 39) So Otto Friedrich, Einführung in das Kirchenrecht, 1961, S. 482; Konrad Hesse, Der Rechtsschutz durch staatliche Gerichte im kirchlichen Bereich, 1956, S. 66; Hermann Weber, Die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes, 1966, S. 52.
- 40) Heinrich Rosin, Das Recht der öffentlichen Genossenschaft, 1886, S. 18; ähnlich Franz Wolff, Der Staat und die öffentlich-rechtliche Korporation, 1897, S. 14.
- 41) Rosin, a.a.O., S. 35-39; ähnlich: Christian Meurer, Die juristischen Personen nach deutschem Reichsrecht, 1901, S. 335; Gerhard Anschütz, Die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat vom 31. Januar 1850, 1912, S. 300 f.; Paul Schoen, Das evangelische Kirchenrecht in Preußen, Bd. 1, 1903, S. 172.
- 42) Siehe Anm. 20 auf Seite 147.

- 43) Vgl. Otto von Gierke, Deutsches Privatrecht Bd. I, 1895, S. 621 Anm. 18; Ferdinand Regelsberger, Pandekten, in: Bindings Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft Bd. I, 1893, S. 80 Anm. 40; Emil Friedberg, Das evangelische Verfassungsrecht, 1888, S. 34; Georg Meyer, Besprechung von H. Rosin, Das Recht der öffentlichen Genossenschaft, in: Goldschmidts Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht Bd. 33 (1887) S. 129 (130).
- 44) Vgl. Anm. 24 auf S. 148.
- 45) Vgl. Anm. 26 auf S. 148.
- 46) Vgl. Hans Schuler, Die öffentlich rechtliche Körperschaft, 1908, S. 47; ähnlich: Karl Stengel, Die Organisation der preußischen Verwaltung, 1884, S. 11; Emil Friedberg, Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts, 6. Aufl. 1906 (Neudruck 1965), S. 113/114; Eduard Zeller, Staat und Kirche, 1873, S. 65, 71; Bluntschli, Art. "Körperschaften", in: Staatswörterbuch in drei Bänden, hrsg. von Edgar Löning, 2. Bd., (2. Ausg.) 1876, S. 349 (351); F. F. Mayer, Grundzüge des Verwaltungsrechts und des Verwaltungsverfahrens, 1862, S. 25/26, 273 ff.; F. Endemann, Lehrbuch des BGB, 1. Bd., 8. Aufl. 1902, S. 219/220; Conrad Bornhak, Die rechtliche Natur der Arbeitsversicherung, in: Goldschmidts Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 39 (1891), S. 217 (223).
- 47) Hans Schuler, a.a.O.
- 48) Vgl. Helmut Quaritsch, Staat und Souveränität, 1970, S. 290/291.
- 49) Vgl. Georg Jellinek, Allg. Staatslehre, 1. Aufl. 1900, S. 353; 2. Aufl. 1905, S. 379; ebenso noch die 3. Aufl. 1922, S. 392; sowie ders., System der subjektiven öffentlichen Rechte, 2. Aufl. 1905, S. 272 ff.
- 50) Wilhelm Kahl, Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik, 1894, S. 337; Albert Haenel, Deutsches Staatsrecht, in: Bindings Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft, V 1. I. 1892, S. 135; Ernst Zitelmann, Begriff und Wesen der juristischen Personen, 1873, S. 108.
- 51) Rudolph Sohm, Das Verhältnis von Staat und Kirche, 1873 (Neudruck 1965), S. 23 ff., 29 ff., 36.
- 52) Vgl. dazu Seite 70 ff.
- 53) Vgl. W. Martens, Die Beziehungen der Überordnung, Nebenordnung und Unterordnung zwischen Staat und Kirche, 1877; zu der Wiederkehr der Argumente vgl. auch: Klaus Obermayer, Staatskirchenrechtliche Grundvorstellungen in den Konkordats-theorien des 19. Jahrhunderts, in: DÖV 1967, S. 505 (512, 515).

D r i t t e s K a p i t e l

- 1) Zum Unterschied zwischen "deskriptiven" und "normativem" Begriff, bezogen auf "öffentlich", vgl. Wolfgang Martens, Öffentlich als Rechtsbegriff, 1969, S. 43 ff.; vgl. auch Otto Bachof, Die Dogmatik des Verwaltungsrechts vor den Gegenwartsaufgaben der Verwaltung, in: VVDStRL Bd. 30 (1972), S. 193 (224); Egon Schneider, Logik für Juristen, 1965, S. 47; Ulrich Klug, Juristische Logik, 1958, S. 90.
- 2) Zur Einordnung der Kirche als societas (collegium) vgl. Klaus Schlaich, Kollegialtheorie, Kirche, Recht und Staat in der Aufklärung, 1969, S. 49 ff.
- 3) Vgl. dazu Hildebert Kirchner, Beiträge zur Geschichte der Entstehung der Begriffe "öffentlich" und "öffentliches Recht", 1949, S. 32 ff., 40 ff.
- 4) Heinrich Dernburg, Lehrbuch des Preußischen Privatrechts, 5. Aufl. 1894, S. 99 Fußnote 1.
- 5) Ebenso: Hildebert Kirchner, Beiträge zur Geschichte der Entstehung der Begriffe "öffentlich" und "öffentliches Recht", 1949, S. 48/49.
- 6) Anders (Begriff der Korporation ist "kein Produkt willkürlicher Gesetzgebung") Codehard J. Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland, 1930, S. 191.
- 7) Vgl. Hildebert Kirchner a.a.O. S.54.
- 8) Ebenso: Franz Förster-M. Eccius, Preußisches Privatrecht Bd. IV, 7. Aufl. 1897, S. 678 f.; vgl. auch Paul Hinschius, Allg. Darstellung der Verhältnisse von Staat und Kirche, in: Marquardsens Handbuch des öffentl. Rechts der Gegenwart 1. Bd. 1. Halbbd., 1887, S. 251; Wilhelm Kahl, Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik, 1894, S. 334.
- 9) Vgl. Helmut Quaritsch, Art. "öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten", in: Hans Seischab/Karl Schwantag (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. 1957-1960, Bd. III, Sp. 4214.
- 10) Vgl. Georg Jellinek, Allg. Staatslehre, 3. Aufl. 1922, S. 392 und 640; Jakob Hollinger, Das Kriterium des Gegensatzes zwischen dem öffentlichen Recht und dem Privatrecht, 1904, S. 99.
- 11) Vgl. Helmut Quaritsch, Anmerkung, in: Jahrbuch für internationales Recht Bd. 8 (1959), S. 339 (342).
- 12) Insoweit ähnlich: Ernst Forsthoff, Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat, 1931, S. 22; vgl. auch Hans Jecht, Die öffentliche Anstalt, 1963, S. 22 ff.

- 13) Vgl. dazu Ernst Tellemann, Die historische Entwicklung des Begriffs "Landeskirche" in Deutschland, insbesondere in Brandenburg-Preußen, und die den "Landeskirchen" in den dem Evangelischen Oberkirchenrat unterstehenden Landesteilen gewährten Privilegien und auferlegten Beschränkungen, 1908, S. 35 f., 45 f.; zur entsprechenden Entwicklung in Österreich vgl. Inge Gampl, Die Rechtsstellung der Kirchen und ihrer Einrichtungen nach österreichischem Recht, 1965, S. 33 ff.
- 14) So Ludwig Waldecker, Über den Begriff der Korporation des öffentlichen Rechts, 1913, S. 171; ebenso: Eduard Hubrich, Über die Entstehung öffentlich-rechtlicher Korporationen in Preußen, in: Arch. f. bürgerl. Recht Bd. 33 (1909), S. 22 (39).
- 15) Näheres dazu S. 65 ff.
- 16) Heinrich Dernburg, Lehrbuch des preußischen Privatrechts, Bd. I, 5. Aufl. 1894, S. 100 Fußnote 2.
- 17) Die Theorie von der rechtlichen Gleichordnung von Staat und Kirche wurde bereits 1817 von Franz Freiherr Droste zu Fischering, Über Kirche und Staat (1. Aufl. 1817/2. Aufl. 1838, S. 53) vertreten. Seine Theorie fand insbesondere im Zusammenhang mit der Vertragstheorie im Rahmen der Konkordatsrechtslehre weithin Zustimmung, vgl. Ernst Rudolf Huber, Verträge zwischen Staat und Kirche im Deutschen Reich, 1930, S. 70 f., mit den in Fn. 21 angegebenen Autoren; vgl. auch Hans Reis, Konkordat und Kirchenvertrag, in: JÖR N. F. Bd. 17 (1968), S. 165 (181 f.).

Viertes Kapitel

- 1) Vgl. Josef Schmitt, Kirchliche Selbstverwaltung im Rahmen der Reichsverfassung, 1926, S. 30, 31, 35.
- 2) Verfassungsausschuß zu Weimar, Berichte und Protokolle des achten Ausschusses über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs, 1920, S. 198.
- 3) Die Verhandlungen der verfassungsgebundenen deutschen Nationalversammlung, Stenografische Reichstagsberichte Bd. 328 "P1" S. 1644, 1645.
- 4) Stenografische Reichstagsberichte, Bd. 328 "P1", S. 1653/54.
- 5) Vgl. dazu im einzelnen Godehard J. Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland, 1930, S. 359 ff.
- 6) So Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches, 14. Aufl. 1933, S. 637; Paul Schoen, Das neue Verfassungsrecht der evangelischen Landeskirchen in Preußen, 1929, S. 30 ff.; Fritz Stier-Somlo, Deutsches Reichs- und Landesstaatsrecht, 1924, S. 498; Rudolf Oeschey, Der Erwerb der Kirchenmitgliedschaft nach dem Staatskirchenrecht des Deutschen Reiches, in: AÖR N.F. Bd. 16 (1929), S. 1 (29); Friedrich Giese, Das kirchenpolitische System der Weimarer Verfassung, in: AÖR N.F. Bd. 7 (1924) S. 1 (46/47); Joh. Viktor Bredt, Das neue evangelische Kirchenrecht für Preußen, Bd. II (1922), S. 185; Ernst Forsthoff, Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat, Tübingen 1931, S. 115; Ernst Rudolf Huber, Verträge zwischen Staat und Kirche im Deutschen Reich, 1930, S. 47 f.; Karl Pernutz, Das Verhältnis von Staat und Kirche nach der Weimarer Verfassung, 1928, S. 40; Johannes Conrad, Die Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts nach der Reichsverfassung vom 11. 8. 1919, 1932, S. 37 ff.; Franz Weiss, Die staatskirchenrechtliche Stellung der religiösen Körperschaften des öffentlichen Rechts in Württemberg, 1932, S. 19 ff.
- 7) Vgl. die Begründung zum Entwurf eines preußischen Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens (Landtag 1921/24, Drucksache 7721 - abgedr. auch bei: Josef Schmitt, Kirchliche Selbstverwaltung im Rahmen der Reichsverfassung, 1926, S. 57.)
- 8) Godehard Josef Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland, 1930, S. 131; ebenso: Joseph Löhr, Ist eine staatliche Kirchenhoheit und eine besondere Staatsaufsicht über die Kirchen mit der deutschen Bundesverfassung vereinbar?, 1927, S. 30 ff.; Eduard Eichmann, Staat, Religion, Religionsgesellschaften nach der neuen Reichsverfassung, 1930, S. 22; Josef Schmitt, a.a.O. (Anm. 7), S. 120 ff.

- 9) Godehard J. Ebers, a.a.O. S. 312, 314.
- 10) Zur näheren Ausgestaltung vgl. Godehard J. Ebers, a.a.O., S. 324; Josef Schmitt, a.a.O. S. 53 ff.
- 11) Vgl. die in Fußnote 6 auf Seite 153 zitierte Mehrheit der Autoren.
- 12) RG Urteil vom 10.3.1922, RGSt Bd. 57, S. 23 (25);
RG Beschl. vom 26.10.1921, RGZ Bd. 103, S. 91 (94);
Pr.OVG Entsch. vom 29.4.1924, E Bd. 79, S. 98
(104); Entsch. vom 14.6.1927, E Bd. 82, S. 196
(201); Entsch. vom 26.4.1927, E Bd. 82, S. 231
(237).
- 13) So Hermann Weber, die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes, 1966, S. 58 Fußnote 15.
- 14) Vgl. Helmut Quaritsch, Kirchen und Staat, in: Der Staat Bd. 1 (1962), S. 175 ff., 289 ff. (193 mit Fußnote 59) = Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 265 (280).
- 15) Alfred Voigt, Kirchenrecht, 1961, S. 219 f.; vgl. auch Hilmar Lyncker, Die Rechtsgrundlagen der öffentlichen Körperschaft im heutigen Verwaltungsrecht, 1960, S. 117 f.
- 16) Vgl. dazu BVerwG Entsch. vom 25.4.1972 DVBl 1972, S. 828 mit Arm. von Wolfgang Meyer, in: DVBl 1972, S. 924 ff.: Änderung der Satzung einer Handwerksinnung durch Ersatzvornahme seitens der Aufsichtsbehörde; vgl. auch: Jürgen Salzwedel, Staatsaufsicht in der Verwaltung, in: VVDStRL Bd. 22 (1965), S. 206 (256 f.) zur Möglichkeit von Einzelfallgesetzen auch gegenüber (scheinbar) staatsaufsichtslosen Körperschaften des öffentlichen Rechts; Heinz Nappenbach, Das Wesen der Staatsaufsicht, 1964, S. 130 ff.; zum Wesen und Begriff der "Aufsicht" vgl. Ernst Kühle, Die Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihre Gliederungen im Vergleich zu der Staatsaufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände, 1949, S. 25 ff.
- 17) Vgl. dazu Theodor Maunz in: Maunz/Dürig/Herzog, Grundgesetz-Kommentar, Art. 28 Arm. 32.
- 18) Vgl. Helmut Quaritsch, Anmerkung in: Jahrbuch des Internationalen Rechts Bd. 8 (1959), S. 339 (342, 344).
- 19) Helmut Quaritsch, Kirchen und Staat, in: Der Staat Bd. 1 (1962), S. 175 ff., 289 ff. (299) = Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 265 (292).

- 20) Zur Deckungsgleichheit von Art. 137 Abs. 3 S. 1 WRV mit der Gewährleistung des Art. 4 Abs. 1 und 2 GG vgl. Joseph Listl, Die Religionsfreiheit als Individual- und Verbandsgrundrecht in der neueren deutschen Rechtsentwicklung und im Grundgesetz, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Bd. 3, 1969, S. 34 ff. (87), sowie derselbe, Das Grundrecht der Religionsfreiheit in der Rechtsprechung der Gerichte der Bundesrepublik Deutschland, 1971, S. 378, 381; dagegen Josef Jurina, Der Rechtsstatus der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Bereich ihrer eigenen Angelegenheiten, 1971, S. 53 ff.
- 21) Zur Geschichte dieses Satzes vgl. Joseph Listl, Staat und Kirche in Deutschland, vom pr. Allg. Landrecht bis zum Bonner GG, in 'Civitas', Bd. 6 (1967), S. 142 ff.
- 22) Vgl. die entsprechende Äußerung des Abgeordneten Friedrich Naumann in: Verhandlungen der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung, Stenografische Reichstagsberichte Bd. 328, S. 1652.
- 23) Vgl. dazu kritisch Gerhard Anschütz, Die Verfassung des deutschen Reiches, 14. Aufl. 1933, S. 550 f.
- 24) Vgl. dazu das fünfte Kapitel.
- 25) Vgl. die Darstellung von Hubert Lang, Die Kirche und das weltliche Recht, 1956, S. 183 ff.

Fünftes Kapitel

- 1) Reichsgesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 471).
- 2) Zur "Ära Müller" vgl. Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland, 1933-1945, 1965, S. 40 ff.
- 3) RGBl 1935 I S. 1029.
- 4) Reichsgesetz zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche vom 24. September 1935 (RGBl I, S. 1178); vgl. auch das Reichsgesetz über das Beschlußverfahren in Rechtsangelegenheiten der evangelischen Kirche vom 26. 6. 1935 (RGBl I, S. 774), durch das der ordentliche Rechtsweg in evangelischen Kirchensachen ausgeschlossen wurde, sowie den Führererlaß über die Einberufung einer verfassungsgebenden Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche vom 15. 2. 1937 (RGBl I, S. 203).
- 5) Vgl. die Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Deutschen Evangelischen Kirche, vom 3. Okt. 1935 - RGBl I S. 1221.
- 6) Vgl. Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland, 1933-1945, 1965, S. 90 ff.
- 7) Vgl. Kurt Dietrich Schmidt (Hrsg.), Dokumente des Kirchenkampfes II, Die Zeit des Reichskirchenausschusses, 2. Teil 1965, S. 1339 ff.
- 8) RGBl 1937 I S. 697 f.
- 9) Vgl. Preuß. Gesetz über die Vermögensverwaltung der evangelischen Landeskirchen vom 11. 3. 1935 (GS S. 39 f.)
- 10) Vgl. § 4 der Ersten Durchführungsverordnung zum Sicherungsgesetz - siehe Arm. 5.
- 11) Vgl. Peter Haller, Der Rechtskampf der Bekennenden Kirche und ihre Juristen, 1963, S. 168 f.; Wilhelm Grendel, Die Eingriffe der auf Grund der Verordnung vom 25. 6. 1937 gebildeten Finanzabteilungen in die kirchliche Verwaltung im Spiegel der Rechtsprechung, in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 186 ff.; Heinz Brunotte, Die Entwicklung der staatlichen Finanzaufsicht über die Deutsche Evangelische Kirche von 1935-1945, in: ZevKR Bd. 3 (1953/54), S. 29 ff.
- 12) RGBl 1937 I S. 1346.
- 13) Vgl. Werner Weber, Die staatskirchenrechtliche Entwicklung des nationalsozialistischen Regimes in zeitgenössischer Betrachtung, in: Rechtsprobleme in Staat und Kirche, Festschrift für Rudolf Smend, Göttingen 1952, S. 365 ff. (380).
- 14) Vgl. im einzelnen Ernst Loycke, Die rechtliche Entwicklung in der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union von 1937-1945, in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 64 ff., 169 ff., 270 ff.

- 15) Vgl. Hans Peters, Lehrbuch der Verwaltung, 1949, S. 108.
- 16) Vgl. die Verordnung über religiöse Vereinigungen und Religionsgesellschaften vom 19. 3. 1941 - Verordnungsblatt des Reichsstatthalters im Reichsgau Wartheland Nr. 30, S. 463 ff.
- 17) Vgl. Paul Gürtler, Nationalsozialismus und evangelische Kirche im Warthegau, 1958, S. 82 f.; Bernhard Stasiewski, Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Warthegau 1939-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 7 (1959), S. 46 ff. (74).
- 18) Zur Frage der Legalität der Staatseingriffe vgl. Horst Kater, Die Deutsche Evangelische Kirche in den Jahren 1933 und 1934, 1970, S. 157 ff.
- 19) So Hans Frank (Hrsg.), Deutsches Verwaltungsrecht, 1937, S. 243; vgl. auch Theodor Maunz, Der Streit um die Körperschaft des öffentlichen Rechts, in: Deutsche Verwaltungsblätter (= Jg. 84 der Bayerischen Verwaltungsblätter) 1936, S. 1 (3 f.).
- 20) Hans Frank, a.a.O. S. 32/33. vgl. auch: Karl Ludwig Kempermann, Der Inhaltswandel der öffentlichen Körperschaft, 1936, S. 45 ff.; Edmund Jeß, Die Körperschaften des öffentlichen Rechts im heutigen Staat, 1935, S. 11 ff.
- 21) So Theodor Maunz, Verwaltung, 1937, S. 55; dagegen: Werner Weber, Die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, 2. Aufl. 1943, S. 13, 15;
- 22) Ulrich Krüger, Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche, in: Festschrift für Erwin Jacobi, 1957, S. 260 (285); Werner Meinecke, Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik, 1962, S. 103; Siegfried Mampel, Die Verfassung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Text und Kommentar, 2. Aufl. 1966, Art. 43 Erl. 3 a; für den Zustand in der DDR nach der neuen Verfassung vgl. Helmut Mann, Zur Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften nach der neuen Verfassung in Mitteldeutschland, in: DVBl 1969, S. 10 (11 ff.).
- 23) Rundverfügung Nr. 2/56 in: Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums der Justiz, 1956 Nr. 1; vgl. dazu Erwin Jacobi, Die Zwangsbeitreibung der Kirchensteuern in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Für Kirche und Recht. Festschrift für Johannes Heckel zum 70. Geburtstag, hrsg. von Siegfried Grundmann, 1959, S. 56 ff. (79 ff.).
- 24) Zu den Motiven Hitlers vgl. Karl Dietrich Bracher, Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat, 1956, S. 67 ff.

- 25) Vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen im Dritten Reich, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 1971, Nr. 15, S. 18/19, 23 f.; Hans Müller, Katholische Kirche und Nationalsozialismus, Dokumente 1930-1935, 1963, S. 5 ff.; Klaus Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland. 1933-1945, 1965, S. 75 ff.; zum Schicksal der kleineren Religionsgesellschaften vgl. Werner Weber, Die kleinen Religionsgemeinschaften im Staatskirchenrecht des nationalsozialistischen Regimes, in: Forschungen und Berichte aus dem öffentlichen Recht, Gedächtnisschrift für Walter Jellinek, 1955, S. 101 ff.
- 26) Vgl. Wilhelm Niemöller, Die evangelische Kirche im Dritten Reich, 1956, S. 17 ff.

Sechstes Kapitel

- 1) Kritisch Erik Wolf, Zur Rechtsgestalt der Kirche, in: Bekennende Kirche, Martin Niemöller zum 60. Geburtstag, 1952, S. 254 ff.
- 2) Vgl. Art. 1 Abs. 2 S. 2 der "Grundordnung für die evangelische Kirche in Deutschland": "Mit ihren Gliedkirchen bejaht die evangelische Kirche in Deutschland die von der ersten Bekenntnissynode in Barmen getroffenen Entscheidungen."
- 3) Vgl. Günter Negele, Die Übernahme der Weimarer Kirchenartikel in das Bonner Grundgesetz, 1958, S. 13 ff.
- 4) Vgl. Ernst Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 9. Aufl. 1966, S. 451, 457; ähnlich: Werner Weber, Art. "Körperschaften des öffentlichen Rechts", in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften Bd. 6, 1959, S. 38 (39); Werner Thieme, Art. "Körperschaft des öffentlichen Rechts", in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. Bd., 3. Aufl. 1959, Sp. 1716; vgl. auch § 37 des Allg. Verwaltungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 18. 4. 1964 (GVBl S. 131) - SchlHLVwG -, wo es heißt: Körperschaften des öffentlichen Rechts ohne Gebietshoheit sind rechtsfähige, mitgliederschaftlich organisierte Verwaltungseinheiten, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfüllen; kritisch: Hans-Julius Wolff, Verwaltungsrecht II, 2. Aufl. 1967, S. 160.
- 5) Siehe oben Seite 35.
- 6) Vgl. Ernst Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 9. Aufl. 1966, S. 457, 455.
- 7) Zur grundsätzlichen Fragwürdigkeit der Einbeziehung des Zweckmoments in juristische Begriffe vgl. Hans Kelsen, Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, 2. Aufl. 1923, S. 57 ff. (92).
- 8) Vgl. vor allem Ulrich Scheuner, Voraussetzungen und Form der Errichtung öffentlicher Körperschaften, in: Gedächtnisschrift Hans Peters, 1967, S. 797 (811 ff.); weiterhin: Berthold Gass, Zur verfassungsrechtlichen Problematik der saarländischen Arbeitskammer und der brennischen Arbeitskammern, in: DÖV 1960, S. 778 (782); Torsten Quidde, Grundrechtsschutz vor Zwangsmitgliedschaften, in: DÖV 1958, S. 521 (524); Peter Häberle, Anmerkung zum Beschl. des BVerfG vom 4. 10. 1965, in: DVBl 1966, S. 216 (217).
- 9) Vgl. BVerfG Entsch. vom 3. 6. 54, E Bd. 3, S. 383 (399); Entsch. vom 27. 10. 59, E Bd. 10, S. 141 (173); Entsch. vom 25. 2. 60, E Bd. 10, S. 354 (364); Entsch. vom 11. 6. 58, E Bd. 7, S. 377 (407); vgl. allgemein: Peter Lerche, Übermaß und Verfassungsrecht. (1961), S. 19 ff.

- 10) Vgl. Helmut Quaritsch, Kirche und Staat, in: Der Staat Bd. 1, 1962, S. 175 ff., 289 (317), abgedr. auch bei Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 265 (308).
- 11) Vgl. Adolf Susterhenn, Das Subsidiaritätsprinzip als Grundlage der vertikalen Gewaltenteilung, in: Festschrift für Nawiasky, 1956, S. 141-155; Theodor Maunz, Deutsches Staatsrecht, 17. Aufl. 1969, S. 65 f.; Rüdiger Zuck, Subsidiaritätsprinzip und Grundgesetz, 1968, S. 76, 119 ff.; Josef Isensee, Subsidiaritätsprinzip und Verfassungsrecht, 1968, S. 299 ff.
- 12) Vgl. Herbert Krüger, Allg. Staatslehre, 1964, S. 93; vgl. auch Ulrich Scheuner, Voraussetzungen und Form der Errichtung öffentlicher Körperschaften, in: Gedächtnisschrift Hans Peters, 1967, S. 797 (812).
- 13) Walter Jellinek spricht im Zusammenhang der Voraussetzungen einer öffentlichen Körperschaft von "Daseinsnotwendigkeit": Verwaltungsrecht, 3. Aufl. 1931; unveränderter Neudruck 1948, S. 174.
- 14) Vgl. § 23 Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl I S. 1284).
- 15) Anders wohl: Hilmar Lyncker, Rechtsgrundlagen der öffentlichen Körperschaft im heutigen Verwaltungsrecht, 1969, S. 55 ff. (64); zu den Fragen der Kompetenz vgl. dortselbst S. 21 ff., 54 f.
- 16) Zur Problematik der Kirchengerichtbarkeit siehe S. 83 ff.
- 17) BVerfG Entsch. vom 29. 7. 1959, E Bd. 10, S. 89 (102); Entsch. vom 25. 2. 1960, E Bd. 10, S. 354 (363); Entsch. vom 19. 12. 1962, E Bd. 15, S. 235 (241); S. 651 (652); OVG Rheinland-Pfalz, Entsch. vom 28. 10. 1958 DÖV 1959 S. 315 (316); zur Frage der Unterscheidung zwischen "staatlichen" und "öffentlichen" Aufgaben vgl. Theodor Maunz, Der öffentliche Charakter der kirchlichen Aufgaben, in: Festschrift für Ernst Forsthoff, 1972, S. 229 (232 ff.) m.w.V.
- 18) Rudolf Smend, Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz, in: ZevKR Bd. 1 (1951), S. 4 (11), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 34 (40); vgl. auch ders., Der niedersächsische Kirchenvertrag und das heutige deutsche Staatskirchenrecht, in: JZ 1956, S. 50 ff.

- 19) Vgl. Otto Bachof, Bespr. von Konrad Hesse, Der Rechtsschutz durch staatliche Gerichte im kirchlichen Bereich, in: DÖV 1958, S. 557; ders., Besprechung von Entscheidungen in Kirchensachen, hrsg. von Hering und Lentz, 1. Bd. (1946-1952), Berlin 1963, in: DÖV 1964 S. 70; Adalbert Erler, Kirchenrecht, 3. Aufl. 1965, S. 80; Otto Friedrich, Einführung in das Kirchenrecht, 1961, S. 472; Siegfried Grundmann, Das Verhältnis von Staat und Kirche auf der Grundlage des Vertragskirchenrechts, in: Österr. Archiv für Kirchenrecht Bd. 13 (1962), S. 281 (290), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, a.a.O. S. 248 (255/56); Andreas Hamann, Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl. 1961, Art. 140 Anm. A 1 b; Konrad Hesse, Der Rechtsschutz durch staatliche Gerichte im kirchlichen Bereich, 1956, S. 66/67; Holtkotten in: Bonner Kommentar, Art. 140 (Erstbearbeitung), Anm. II 2; Arnold Kötting, Kirche im Spiegel deutscher Staatsverfassung der Nachkriegszeit, in: DVBl 1952, S. 485 (486); Hans Liermann, Kirchen und Staat in der Bundesrepublik Deutschland, in: Österr. Archiv für Kirchenrecht Bd. 5 (1954), S. 207 (208); Christian Friedrich Menger, Zum staatlichen Rechtsschutz gegenüber kirchlichen Amtshandlungen, in: MDR 1955, S. 512; Paul Mikat, Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: Bettermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, Bd. IV, 1. Halbbd., 1960, S. 111 (186); Konrad Müller, Die Gewährung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgesellschaften gemäß Art. 137 Abs. 5 S. 2 WRV, in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 139 ff.; ders., Der Loccumer evangelische Kirchenvertrag als Spiegel der staatskirchenrechtlichen Lage der Bundesrepublik, in: DÖV 1955, S. 421 (424); Hans Peters, Die Gegenwartslage des Staatskirchenrechts, in: VVDStRL Bd. 11 (1954), S. 177 (188), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, a.a.O. S. 88 (97/98); Helmut Ridder, Artikel Kirche und Staat, in: Staatslexikon Bd. IV, 6. Aufl. 1959, Sp. 1026; Ulrich Scheuner, Auflösung des Staatskirchenrechts? in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 382; Karl Eugen Schlieff, Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche und seine Ausgestaltung im Bonner Grundgesetz, 1961, S. 98; Adolf Süsterhenn, Zur staatskirchenrechtlichen Stellung kirchlicher Hochschulen, in: DVBl 1961, S. 181 (186); Werner Thieme, Die Zuständigkeit staatlicher Gerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Kirchen und ihren Mitgliedern, in: AöR Bd. 80 (1955/56), S. 423 (425); Werner Weber, Die Gegenwartslage des Staatskirchenrechts, in: VVDStRL Bd. 11 (1954), S. 153 (159); ebenso BGH Entscheidung vom 18. 2. 1954, BGHZ Bd. 12 S. 321 (323); Entsch. vom 16. 3. 1961, BGHZ Bd. 34 S. 372 (373); BSozG Entsch. vom 29. 3. 1962, DÖV 1962, S. 787; gegen einen Bedeutungswandel: Alfred Voigt, Kirchenrecht, 1961, S. 225; Eduard Kern, Staat und Kirche in der Gegenwart, 1951, S. 93; vgl. auch noch BGHSt Entsch. vom 9. 3. 1951, LM Nr. 1 zu § 359 StGB; Bernhard Ott, Die öff.-rechtl. Stellung der Relggen. im Staat, 1955, S. 202 f.; Johannes Niemeyer, Zum Verhältnis von Kirche und Staat, 1961, S. 80 ff.

- 20) Vgl. im einzelnen: Karl Eugen Schlieff, Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche und seine Ausgestaltung im Bonner Grundgesetz, 1961, S. 65-67.
- 21) Vgl. Carl Schmitt, Verfassungslehre, 1928, S. 32-34.
- 22) Helmut Quaritsch, Kirchen und Staat, in: Der Staat Bd. 1 (1962) S. 175 ff., 289 ff.; abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 265 ff.; vgl. auch ders., Staat und Kirche, in: studium generale Bd. 21 (1968), S. 734 (740 ff.); kritisch schon: Herbert Krüger, Verfassungsänderung und Verfassungsauslegung, in: DÖV 1961, S. 721 (727); Ernst-Werner Fuß, Kirche und Staat unter dem Grundgesetz, in: DÖV 1961, S. 734 (787 ff.), abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, a.a.O. S. 233 (241 ff.); kritisch auch: Reinhold Zippelius, Kirche und Staat und die Einheit der Staatsgewalt, in: ZevKR Bd. 9 (1962/63), S. 42 ff., abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, a.a.O. S. 311 ff.; Gerhard Scheffler, Die Stellung der Kirche im Staat, 1964, S. 43 ff.; vgl. dazu Heiner Marré, Zur Koordination von Staat und Kirche, in: DVBl 1966, S. 10 ff. sowie die Auseinandersetzung von Scheffler und Marré unter dem gleichen Titel in: DVBl 1967, S. 442 ff.; kritisch gegenüber Schefflers Monografie auch die Besprechung von Hans-Joachim Becker, in: NJW 1965, S. 290; zur Rechtfertigung der Koordinationslehre insgesamt vgl. Alfred Albrecht, Koordination von Staat und Kirche in der Demokratie, 1966, S. 41 ff., 103 ff., besprochen von Helmut Quaritsch, Neues und Altes über das Verhältnis von Kirchen und Staat, in: Der Staat Bd. 5 (1966), S. 451-474, abgedr. auch in Quaritsch-Weber, a.a.O. S. 358 ff.; für das Koordinationsprinzip neuerdings: Theodor Schramm, Staatsrecht Bd. III, 1972, S. 75 ff., 89.
- 23) Vgl. Ernst Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechts, 9. Aufl. 1966, S. 455 Fn. 4; Hermann Weber, die Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes, 1966, S. 58, 134; Josef Jurina, Der Rechtsstatus der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Bereich ihrer eigenen Angelegenheiten, 1971, S. 74; Klaus Obermayer, in: Bonner Kommentar, Art. 140 (Zweitbearbeitung 1971), Rdhr. 44.
- 24) So Paul Mikat, Das Verhältnis von Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1964, S. 19 ff.; ähnlich: Adalbert Erler, Kirchenrecht, 3. Aufl. 1965, S. 32; vgl. auch Paul Mikat, Kirchliche Streitsachen vor den Verwaltungsgerichten, in: Staatsbürger und Staatsgewalt, Bd. 2, 1963, S. 315 (317).

- 25) Vgl. Rudolf Smend, Zur Gewährung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgemeinschaften gem. Art. 137 Abs. 5 WRV, in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 374 (376); Heiner Murré-Yarl Eugen Schliep, Der öffentlich-rechtliche Gesamtstatus der Kirchen, in: NJW 1965, S. 1514 ff.; ähnlich Ulrich Scheuner, Erörterungen und Tendenzen im gegenwärtigen Staatskirchenrecht der Bundesrepublik, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Bd. 1, 1969, S. 108 ff. (129 ff.); auch: Theodor Schramm, Staatsrecht Bd. III, 1972, S. 88; kritisch zum öffentlich-rechtlichen Gesamtstatus: Ulrich K. Preuß, Zum staatsrechtlichen Begriff des öffentlichen, 1969, S. 174 ff. sowie Alfred Rinke, Das Öffentliche als verfassungstheoretisches Problem, 1971, S. 295 ff.
- 26) Vgl. die Darstellung von Hermann Weber, Die Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes, 1966, S. 73 ff.; ähnlich Martin Heckel, Staat - Kirche - Kunst, 1968, S. 197 (198) sowie die zugehörige Besprechung von A. v. Camperhausen, in: ZevKR Bd. 13 (1967/68), S. 211 ff. vgl. auch Alfred Albrecht, Staatskirchenrechtliche Bemerkungen zum Problem der Kirchengewalt, in: Der Staat Bd. 9 (1970), S. 251 ff. (258/259).
- 27) Siehe oben S. 53.
- 28) Vgl. Theodor Maunz, Kirchenrechtliche Regelungen durch Bundesrecht, in BayVwBl 1968, S. 1 (2).
- 29) Gegen die Zulässigkeit von speziell für die Kirchen bestimmten Gesetzen: LG Dortmund, Beschl. vom 19.10. 1961, MDR 1962, 408; dafür: Alfred Voigt, Kirchenrecht, 1961, S. 220; Hermann Weber, Die Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes, 1966, S. 155; IG Rottweil, Entsch. vom 21.12.1957, NJW 1959, S. 1090 mit zust. Arm. von Ehret.
- 30) Vgl. Willi Stein, die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, 1955, S. 150 ff.
- 31) Vgl. beispielsweise zu dem Versuch in Baden-Württemberg, sakrale Bauten aus den Regelungen des staatlichen Denkmalschutzes herauszunehmen, Martin Heckel, Staat - Kirche - Kunst, 1968, S. 1 ff., sowie die Besprechung dieser Schrift durch Holmut Quaritsch, in: DÖV 1972, S. 832 ff.; zur Rechtslage in anderen Bundesländern vgl. Detlef Brümmer, Kirchenbau und Baurecht, 1970, S. 180 ff.; zur Befreiung der Religionsgesellschaften von den Regelungen des Vereinsgesetzes vgl. unten S. 91 ff., zur Verkürzung des staatlich gewährten Rechtsschutzes gegenüber Kirchenbediensteten vgl. unten S. 83 ff., zur Exemption der Kirchen vom Geltungsbereich des Betriebsverfassungs- und des Personalvertretungsgesetzes vgl. S. 83; zur Exemption der Kirchenglocken "aus der allgemeinen Ordnung des Rechtsverkehrs" vgl. Axel von Camperhausen, Rechtsprobleme des kirchlichen

- Glockengeläuts, in: DVB 1972, S. 316 (318) sowie Manfred Baldus, Gottesdienstliche Handlungen als Störung der Sonntagsruhe, in: DÖV 1971, S. 339 ff., Wolfgang Martens, Kirchenglocken und Polizei, in: Verfassung, Verwaltung, Finanzen, Festschrift für Gerhard Wacke zum 70. Geburtstag, 1972, S. 343 ff.; zur Befreiung der Geistlichen von Wehrdienst einschließlich des Ersatzdienstes vgl. Harald Boys, Probleme des Geistlichenprivilegs im Wehrrecht, in: Der Staat Bd. 9, 1970, S. 43 (61 ff.), sowie Günter Dopjans, Allgemeine Wehrpflicht und Geistlichenprivileg im sozialen Rechtsstaat, 1972, S. 138 ff.
- 32) Sämtlich nachgewiesen im Anhang von Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, 1968.
- 33) Ebenso Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche, 2. Aufl. 1971, S. 216; vgl. auch BFinHof, Entsch. vom 28. 2. 1969, NJW 1969, 2031 sowie den Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und den Evangelischen Landeskirchen in Schleswig-Holstein vom 23. 4. 1957 (GVBl S. 73), wonach auch das Besteuerungsrecht zum Bereich derjenigen Angelegenheiten gehört, die die Kirchen selbstständig ordnen und verwalten (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 der Zusatzvereinbarung), abgedruckt auch bei Hermann Weber, Staatskirchenverträge, 1967, S. 167 ff.; vgl. schließlich Heiner Maritz, Zum Wesen des gegenwärtigen kirchlichen Besteuerungsrechts, in: Gedächtnisschrift Hans Peters, 1967, S. 302 (309).
- 34) Vgl. die Definition der Kirchensteuer durch Hanns Engelhardt, in: Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, 1968, S. 14, 19, 30; kritisch: Gerd Sälzer, Aspekte verfassungsrechtlicher Problematik der Einkommensteuer, in: NJW 1970, S. 169 ff.; gegen Sälzer: Wolfgang Rübner, Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Kirchensteuer, in: NJW 1971, S. 15 ff.
- 35) Vgl. Hans Spanner in: Hübschmann/Hepp/Spitaler, Abgabenordnung, 1.-6. Aufl. 1972, § 1 AO Anm. 8 ff.
- 36) Klaus Tipke/Heinrich Wilhelm Kruse, Reichsabgabenordnung, 2.-5. Aufl. 1972, § 1 AO Anm. 6.
- 37) Vgl. dazu im einzelnen Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, 1968, S. 25 ff.; zu den Bedenken gegenüber dem Fehlen einer staatlichen (landesrechtlichen) Regelung in Hamburg vgl. Peter Wendt, Bedenkliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der Verwaltung, im (Kirchen-)Steuerrecht, in: NJW 1966, S. 1444 ff.
- 38) Vgl. dazu Hanns Engelhardt, a.a.O. S. 175 ff.

- 39) Mehrere Länder haben aufgrund des § 33 Abs. 1 Nr. 4 der Finanzgerichtsordnung vom 6. 10. 1965 (BGBl I, S. 1477) für Kirchensteuerstreitigkeiten den Finanzrechtsweg eröffnet; vgl. dazu die Übersicht bei Konrad Müller, Der Finanzrechtsweg nach Landesrecht, BB 1967, S. 623 ff.
- 40) BVerfG Entsch. vom 14. 12. 1965, E Bd. 19, S. 226 ff.; Entsch. vom 14. 12. 1965, E Bd. 19, S. 248 ff.; Entsch. vom 14. 12. 1965, E Bd. 19, S. 268 ff.; zustimmend: Heinz Paulick, Kirchensteuer und Grundgesetz, in: Staat und Gesellschaft, Festgabe für Günter Küchenhoff, 1967; kritisch: Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, 1968, S. 123 ff. (128); Siegfried Grundmann, Die Rechtsprechung des BVerfG in Kirchensteuer sachen ..., in: JZ 1967, S. 193 (196 ff.); vgl. zum Ganzen: Hans Joachim Schlenzka, Zur Verfassungsmäßigkeit der kirchlichen Haushaltsbesteuerung unter besonderer Berücksichtigung glaubensverschiedener Ehen, in: DVBl 1961, S. 14 ff.
- 41) Vgl. BVerfG Entsch. vom 17. 1. 1957, E Bd. 6, S. 55 (67).
- 42) Vgl. Paul Mikat, Grundfragen des Kirchensteuerrechts: unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen, in: Gedächtnisschrift Hans Peters, 1967, S. 328 (342).
- 43) BVerfG Entsch. vom 14. 12. 1965, E Bd. 19, S. 268 (280).
- 44) Das Bundesverwaltungsgericht hat bezeichnenderweise noch bis in das Jahr 1958 die Ansicht vertreten, daß im Geltungsbereich der britischen MFVO Nr. 165 gegen sämtliche Verwaltungsakte von Amtsstellen der Religionsgemeinschaften - einschließlich der Kirchensteuersachen - sowohl der Verwaltungsrechtsweg als auch der ordentliche Rechtsweg verschlossen sei, so BVerwG, Entsch. vom 17. 12. 1954, NJW 1955, S. 725 mit ablehnender Anmerkung von Kerner Weber = DVBl 1955, S. 323 mit ablehnender Anmerkung von Tietgen = MDR 1955, S. 568 mit Anmerkung von Menger = ZevKR Bd. 4, S. 330, mit ablehnender Anmerkung von Konrad Hesse. Diese Rechtsprechung wurde aufgegeben durch BVerwG Entsch. vom 1. 8. 1958, E Bd. 7, S. 189 = JZ 1959, S. 247 mit Anm. Bühler; ebenso schon vorher: OVG Lüneburg, Entsch. vom 13. 9. 1955, NJW 1956, S. 565, Entsch. vom 29. 1. 1957, Kirche 4, 18.
- 45) Vgl. BVerfG Entsch. vom 14. 12. 1965, Bd. 19, S. 248 (253); Entsch. vom 14. 12. 1965, E Bd. 19, S. 268 (281).
- 46) So Dieter Scheven, Anm. zum Urteil des BayVGh vom 17. 10. 1967, in: JZ 1968, S. 181; anders noch: Friedrich Giese, Deutsches Kirchensteuerrecht, 1910, S. 584 f.

- 47) Art. 10 Niedersächsischer Kirchenvertrag (Nds. GVBl 1955, S. 159 ff. = Sammelblatt 1955 S. 486 ff.); vgl. auch Konrad Müller, Der Loccum evangelische Kirchenvertrag als Spiegel der staatskirchenrechtlichen Lage der Bundesrepublik, in DÖV 1955, S. 421 (426, 427).
- 48) Vgl. dazu Joseph Listl, Das Grundrecht der Religionsfreiheit in der Rechtsprechung der Gerichte der Bundesrepublik Deutschland, 1971, S. 389 ff.
- 49) (GS S. 221).
- 50) (GS S. 161).
- 51) In Hessen wurde die Geltung dieser Gesetze noch 1950 durch ein nachkonstitutionelles Änderungsgesetz bestätigt (hess. Gesetz vom 18. 3. 1950 - hess. GVBl S. 51); vgl. allgemein Ernst Schneider, Das Verhältnis von Staat und Kirche nach hessischem Verfassungsrecht, 1957, S. 96 ff.
- 52) Rudolf Smend, Staat und Kirche nach dem ^{Bonner} Grundgesetz, in: ZevKR Bd. 1 (1951), S. 4 (12); abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 34 (41); Ulrich Scheuner, Die Nachprüfung kirchlicher Rechtshandlungen durch staatliche Gerichte, in: ZevKR Bd. 3 (1953/54), S. 352 (357); Konrad Hesse, Schematische Parität der Religionsgemeinschaften nach dem Grundgesetz?, in: ZevKR Bd. 3 (1953/54), S. 189 (195); ders., Staatskirchenrechtliche Voreiligkeiten?, in: ZevKR Bd. 6 (1957/58), S. 177 (180); Christian Friedrich Menger, Zum staatlichen Rechtsschutz gegenüber kirchlichen Amtshandlungen, in: MDR 1955, S. 512 (514); Werner Thieme, Die Zuständigkeit staatlicher Gerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Kirchen und ihren Mitgliedern, in: AöR Bd. 80 (1955/56), S. 423 (447); Hartmut Maurer, Die Verwaltungsgerichtsbarkeit der evangelischen Kirche, 1958, S. 152/53.
- 53) BGH Entsch. vom 17. 12. 1956, BGHZ Bd. 22, S. 383 (387).
- 54) BGH a.a.O.
- 55) Johannes Heckel, Das staatskirchenrechtliche Schrifttum der Jahre 1930 und 1931, in: VerwArch Bd. 37 (1962), S. 280 (284); ähnlich: Ernst Rudolf Huber, Bedeutungswandel der Grundrechte, in: AöR N.F. Bd. 23 (1933), S. 1 (63/64) ("für den Bestand der nationalen Einheit lebensnotwendige gesetzliche Schranken").
- 56) Zur Unterscheidung zwischen inneren und äußeren eigenen Angelegenheiten vgl. Udo Bertemann, Zum Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften, in: MDR 1966, S. 881 (884) sowie Siegfried Grundmann, Das Bundesverfassungsgericht und das Staatskirchenrecht, in: JZ 1966, S. 81 (84).

- 57) Ebenso: Horst Sacker, Die Grundrechtsbindung der kirchlichen Gewalt, in: DVBl 1969, S. 5 (6); ähnlich auch BVerwG Entsch. vom 15.12.1967, E Bd. 28, S. 345 (351), allerdings unter der falschen Prämisse, daß die Kirchen damit nicht an das für alle geltende Gesetz gebunden seien (a.a.O. S. 350).
- 58) Vgl. OLG Hamm, Entsch. vom 10.10.1967, NJW 1967, S. 212 (214); mit kritischer Anmerkung von Arthur Kreuzer, a.a.O. S. 1201 f.; zu der entsprechenden Rechtslage in den USA vgl. Eike von Hippel, Umwelt und Recht, in: NJW 1967, S. 539 (540).
- 59) Dagegen in der Tat: Konrad Hesse, Das neue Bauplanungsrecht und die Kirchen, in: ZevKR Bd. 5 (1956), S. 62 (76 f.); vgl. auch Günther Sannig, Kann der Bau einer Kirche verboten werden? in: Staats- und Kommunalverwaltung 1970, S. 11 f.; für die Einordnung des Baurechts als "Minimalvoraussetzung der staatlichen Ordnung": Detlef Brümmer, Kirchenbau und Baurecht, 1970, S. 89.
- 60) Vgl. zum Ganzen Helmut Quaritsch, Kirchen und Staat, in: Der Staat Bd. 1 (1962), S. 175 ff. (291 ff.), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 265 (283 ff.).
- 61) Siehe oben S. 56 ff.
- 62) Ebenso Herbert Krüger, Verfassungsänderung und Verfassungsauslegung, in: DÖV 1961, S. 721 (727); Karl August Bettermann, Die allgemeinen Gesetze als Schranken der Pressefreiheit, in: JZ 1964, S. 601 (604); Georg Dahm, Deutsches Recht, 2. Aufl. 1963, S. 405; Walter Hamel, Die Bedeutung der Grundrechte im im sozialen Rechtsstaat, 1957, S. 46; Paul Mikat, Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: Bettermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, Bd. IV, 1. Halbbd., 1960, S. 111 (179); Karl Eugen Schlieff, Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche und seine Ausgestaltung im Grundgesetz, 1961, S. 255; Hermann Weber, Die Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes, 1966, S. 40; vgl. auch Carl Joseph Hering, Zur Interpretation der Formel "innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes", in: Festschrift für H. Jahrreiss, 1964, S. 87 (95).
- 63) Vgl. zur Rechtfertigung derartiger Exemtionen aus kirchlicher Sicht Bruno Imdahl, Das Rechtsverhältnis zwischen Staat und Kirche und seine Bedeutung für die Geltung kirchlichen Rechts im weltlichen Bereich, 1971, S. 161; zu den kircheneigenen Regelungen vgl. Martin Bauersachs, Die Beteiligung der kirchlichen Mitarbeiter an der Gestaltung kirchlicher Ordnung in den deutschen evangelischen Landeskirchen und ihren Zusammenschlüssen, unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen Dienst- und Arbeitsrechts, 1969, S. 50 ff.

- 64) Vgl. dazu Johann Frank, Geschichte und neuere Entwicklung des Rechts der kirchlichen Beamten, in: ZevKR Bd. 10 (1963/64), S. 264 (291 ff.); Konrad Hesse, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts seit 1945, in JÖR N.F. Bd. 10 (1961), S. 3 (51 f.); Wilhelm Kümmel, Die Problematik des kirchlichen Dienstes ..., in: Recht im Amt 1956, S. 275 ff.
- 65) Vgl. BGH Urt. vom 18. 2. 1954, BGHZ Bd. 12, S. 321 (323) = NJW 1954, S. 1284 mit krit. Anm. Werner Weber = ZevKR Bd. 3, S. 407 mit krit. Anm. Ulrich Scheuner, Die Nachprüfung kirchlicher Rechtshandlungen durch staatliche Gerichte, ZevKR 3, 1953/54, S. 352 ff.; BGH Entsch. vom 3. 11. 1955, BGHZ Bd. 18, S. 373 (375); BGH Urt. vom 17. 12. 1956, BGHZ Bd. 22, S. 383 (387) mit Anm. Pagendarm in LM Nr. 37 zu Art. 34 GG; BGH Entsch. vom 16. 3. 1961, BGHZ Bd. 34, S. 372 ff. = DVBl 1961, S. 624 (mit zust. Anm. H. Maurer) = JZ 1961, S. 449 (mit Anm. Konrad Hesse) = LM Nr. 3 zu Art. 140 GG mit zust. Anm. Kreft; BGH Entsch. vom 7. 5. 1962, DVBl 1962, S. 530; BGH Entschdg. vom 19. 9. 1966, BGHZ Bd. 46, S. 96 (99) = JZ 1967, S. 406 mit Anm. Hartmut Maurer; BGH Entsch. vom 28. 9. 1967, ZevKR Bd. 14, S. 156.
- 66) BVerwG Entsch. vom 27. 10. 1966, E Bd. 25 S. 226 (228 ff.) = Zeitschr. für Beamtenrecht 1967, S. 161, mit ablehnender Anm. Dieter Scheven; = DVBl 1967, S. 729 mit abl. Anm. Axel von Campenhausen = NJW 1967, S. 1672 mit abl. Anm. Hermann Weber; BVerwG Entsch. vom 15. 12. 1967, E Bd. 28, S. 345 ff. = NJW 1968, S. 1345 mit krit. Anm. von Herm. Weber; vgl. auch die Anm. zu diesem Urteil von Verner Wölbing in ZevKR Bd. 14 (1968/69), S. 137 ff. (zustimmend) und Johann Frank in ZevKR Bd. 14 (1968/69), S. 145 ff. (kritisch).
- 67) BGH Entsch. vom 3. 11. 1955, BGHZ Bd. 18, S. 373 (375).
- 68) BGH Entsch. vom 17. 12. 1956, BGHZ Bd. 22, S. 383 (387).
- 69) Vgl. die bei Axel von Campenhausen, Der Rechtsschutz der kirchlichen Bediensteten, in: Festschrift für Erich Ruppel, 1968, S. 274 Fn. 100 angegebenen Fälle; zur Rechtswegverweigerung gegenüber Katholiken vgl. schon RG Entsch. vom 14. 1. 1906, RGZ Bd. 62 S. 252 ff., Entsch. vom 15. 3. 1926, RGZ Bd. 113, S. 125 ff., Entsch. vom 14. 1. 1934, RGZ Bd. 143, S. 106 ff.
- 70) Vgl. Josef Jurina, Der Rechtsstatus der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Bereich ihrer eigenen Angelegenheiten, 1971, S. 148; Axel von Campenhausen, Der Rechtsschutz der kirchlichen Bediensteten, in: Festschrift für Erich Ruppel, 1968, S. 262 (268); Otto von Harling, Der Rechtsschutz im kirchlichen Amtsrecht, in: NJW 1967, S. 2299 (2300); Forts. s. S. 169

kritisch auch: Erich Ruppel, Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der evangelischen Kirche, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Bd. 7 1972, S. 53 (67 f.); Martin Pabst, Zum Rechtsschutz im kirchlichen Amtsrecht, in: ZevKR Bd. 17 (1972), S. 116 ff.; Axel von Campenhausen, Staatliche Rechtsschutzpflicht und kirchliche Autonomie, in: ZevKR Bd. 17 (1972), S. 127 ff. (bes. S. 132).

- 71) So Hermann Weber, Der Rechtsschutz im kirchlichen Amtsrecht, NJW 1967, S. 1641 (1643); vgl. auch ders., Anm. zum Urteil des BVerwG vom 27. 10. 1966, in: NJW 1967, S. 1672, sowie ders., Weltlich wirksame Rechtsprechung der Kirchengerichte?, in: DVBl 1970, S. 250 ff.
- 72) Vgl. Herbert Krüger, Allg. Staatslehre, 1964, S. 851; Helmut Quaritsch, Staat und Souveränität, 1970, S. 37, S. 234f. Hans-Jürgen Schleicher, Staatliches Rechtsprechungsmonopol und kirchliche Gerichtsbarkeit, 1969, S. 55 f.
- 73) Axel von Campenhausen, Grundgesetz und Kirche, in: BayVerwBl 1968, S. 221 (222) spricht von einer "staatlichen Justizgewährleistungspflicht gegenüber allen Bürgern".
- 74) Soweit in kirchlichen Regelungen auf den staatlichen Rechtsweg verwiesen wird, erfolgte dies z. T. "nur deswegen, um die Vollstreckbarkeit ergehender Leistungsurteile zu gewährleisten": So das Urteil des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands vom 12. 11. 1969, in: DVBl 1971, S. 117 ff. mit krit. Anm. von Eberhard Wufka (a.a.O. S. 119 ff.); zur mangelnden Durchsetzbarkeit von Urteilen katholischer Kirchengerichte vgl. Oskar Katholnigg, Katholische Kirche und Rechtsweg, 1960, S. 76 ff.; zur neuesten Entwicklung im katholischen Rechtsbereich vgl. Mathäus Kaiser, Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in der katholischen Kirche?, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Bd. 7 (1972), S. 92 ff., sowie Paul Wirth, Gerichtlicher Schutz gegenüber der kirchlichen Verwaltung, Modell eines kirchlichen Verwaltungsgerichts, in: Arch. f. kath. Kirchenrecht, Bd. 140 (1971), S. 29 ff.
- 75) A. A. Friedrich Hermann Schoofs, Geschichte und Gegenwartsgestalt der kirchlichen Gerichtsbarkeit der evangelischen Kirchen in Deutschland, 1963, S. 337 ff. Hartmut Johnsen, Nachprüfung kirchlicher Rechtshandlungen durch staatliche Gerichte, 1956, S. 206 ff.; unklar: Hans-Ulrich Evers, Das Verhältnis der kirchlichen zur staatlichen Gerichtsbarkeit, in: Festschrift für Erich Ruppel, 1968, S. 329 (343, 353).

- 76) Zu weiteren Dissonanzen wie z. B. der Bindung der Kirchengerichte nicht nur an Gesetz und Recht, sondern auch an "Schrift und Bekenntnis" vgl. Peter Häberle, "Gemeinrechtliche" Gemeinsamkeiten in der Rechtsprechung staatlicher und kirchlicher Gerichte? Die Bindung an das Gesetz und das richterliche Prüfungsrecht, in: JZ 1966, S. 384 ff.; vgl. dazu auch Hartmut Maurer, Grundprobleme der kirchlichen Gerichtsbarkeit, in: ZevKR Bd. 17 (1972), S. 48 (60).
- 77) Vgl. Anton Retzbach, Das Recht der katholischen Kirche, 5. Aufl. 1959, S. 378; zum Anwendungsbereich des can. 1553 vgl. Oskar Katholnigg, Katholische Kirche und Rechtsweg, 1960, S. 99 ff.
- 78) Bedenken dagegen auch bei Hartmut Maurer, Grundprobleme der kirchlichen Gerichtsbarkeit, in: ZevKR Bd. 17 (1972), S. 48 (75).
- 79) BVerwG Entsch. vom 15. 12. 1967, E Bd. 28, S. 346 (351).
- 80) So Horst Sacker, Die Grundrechtsbindung der kirchlichen Gewalt, in: DVBl 1969, S. 5 (6); vgl. auch D. u. U. Mann, Welcher Rechtsweg kann für die vermögensrechtl. Ansprüche der Geistlichen und Kirchenbeamten eröffnet werden? in: DVBl 1962, S. 243 f.
- 81) Vgl. auch die Parallele zum Umfang richterlicher Nachprüfung von Maßnahmen privatrechtlicher Vereine, bei: Axel von Campenhausen, Staatliche Rechtsschutzpflicht und kirchliche Autonomie, in: ZevKR Bd. 17 (1972), S. 127 (144 f.).
- 82) In diesem Sinn: Horst Sacker, a.a.O. (Anm. 65), S. 10 sowie ders., Der verfassungsgerichtliche Schutz gegen innerkirchliche Maßnahmen, 1968, S. 122 ff.; vgl. auch Gert Meier, Die Entscheidung kirchlicher Angelegenheiten durch staatliche Gerichte, DVBl 1967, S. 703 (709).
- 83) Vgl. Dietrich Pirson, Kirchliches Recht in der weltlichen Rechtsordnung, in: Festschrift für Erich Ruppel, 1968, S. 277 (302 f.).
- 84) Unentschieden: BVerwG, Entsch. vom 23. 9. 1971, DÖV 1971, S. 777 (781).
- 85) BVerfG Entsch. vom 29. 7. 1959, E Bd. 10, S. 89 (102); Entsch. vom 25. 2. 1960, E Bd. 10, S. 354 (361); anders zu Unrecht: Sieghart Ott, Zur politischen Betätigung von Weltanschauungsgemeinschaften, Bemerkungen zum Urteil des BVerwG vom 23. 9. 1971, in: DÖV 1971, S. 763 ff.
- 86) Zippelius in Bonner Kommentar, Art. 4 Rdnr. 85; Hans Josef Mayer-Scheu, Grundgesetz und Parität der Kirchen und Religionsgemeinschaften, 1970, S. 74

- 87) Ebenso von Mangoldt-Klein, Das Bonner Grundgesetz, Bd. I, 2. Aufl. 1957, Art. 4 Anm. V 1 (S. 223); Hans-Wolfgang Strätz, Kirchliches Mitgliedschaftsrecht und staatliche Kirchensteuerpflicht, in: NJW 1971, S. 2193 (2196).
- 88) Vgl. Stenographischer Bericht der Verhandlungen des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates, Bonn 1948, 1949, S. 613 f., 745 f.
- 89) Vgl. aber Wernicke in Bonner Kommentar, Art. 4 unter I: Die Streichung erfolgte mit Rücksicht auf die Übernahme von Art. 137 Abs. 2 S. 1 in das Grundgesetz.
- 90) von Mangoldt-Klein, a.a.O.
- 91) Zur Rechtmäßigkeit der Versagung der Anerkennung in derartigen Fällen vgl. Begründung zum preußischen Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Art. 137 Abs. V S. 2 und 3 der Reichsverfassung, in: Drucksache StR 1924, Nr. 209, S. 10 (11).
- 92) Vgl. BVerwG Entsch. vom 23. 9. 1971, DÖV 1971, S. 777 (781).
- 93) Ein Großteil des Schrifttums kommt zum gleichen Ergebnis auf der Grundlage der vom Bundesverwaltungsgericht a.a.O. zurückgewiesenen Ansicht, daß es echte und unechte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gebe; die echten, d. h. alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Sinne von Art. 137 Abs. 5 WRV sollen nicht unter den Anwendungsbereich des Art. 9 GG fallen: so vor allem Gerhard Schnorr, Öffentliches Vereinsrecht, 1965, § 2 Rdnr. 39/40; vgl. auch Theodor Maunz in Maunz/Dürig/Herzog, Grundgesetz Art. 9 Rdnr. 44; Ingo von Münch, Bonner Kommentar Art. 9 Rdnr. 22 und 41; Reinhold Zippelius, Bonner Kommentar Art. 4 Rdnr. 85; Rudolf Werner Füsslein, in: Bettermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte Bd. II, 1954, S. 432; Andreas Hamann-Helmut Lenz, Grundgesetz, 3. Aufl. 1970, Art. 9 B 3; Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche, 2. Aufl. 1970, S. 164; anders zu Recht: Hermann von Mangoldt, in: von Mangoldt-Klein, Grundgesetz, 2. Aufl. 1957, Art. 4 V 3.
- 94) Vgl. Josef Heinrich Kaiser, Die politische Klausel der Konkordate, 1949, bes. S. 202 ff.
- 95) Vgl. Art. 7 des nieders. Kirchenvertrages mit den evangelischen Landeskirchen (Loccumver Vertrag) vom 19. 3. 1955, gleichlautend: schleswig-holsteinischer Kirchenvertrag vom 23. 4. 1957, hessischer Kirchenvertrag vom 8. 2. 1960, rheinland-pfälzischer Kirchenvertrag vom 31. 3./22. 11. 1962.
- 96) Bayer. Konkordat vom 29. 3. 1924; Preußisches Konkordat von 1929; badisches Konkordat von 1932; Reichskonkordat vom 20. 7. 1933; niedersächsisches Konkordat vom 26. 2. 1965 (sämtlich abgedr. bei Hermann Weber, Staatskirchenverträge, 1967).

- 97) Vgl. Klaus Beyer, Der Staat und die Vorschriften über die Wahlordnung der Geistlichen, 1966, S. 68 ff. (92 ff.).
- 98) Vgl. Rudolf Srend, Der niedersächsische Kirchenvertrag und das heutige deutsche Staatskirchenrecht, in: JZ 1956, S. 50 (51 ff.).
- 99) Ebenso: Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche, 2. Aufl. 1971, S. 194 f., 301 ff.; von seinem anderen Standpunkt aus auch: Hansjosef Mayer-Scheu, Grundgesetz und Parität der Kirchen und Religionsgemeinschaften, 1970, S. 148.
- 100) Vgl. Arnold Kötter, Die Freiheit der Wissenschaft und die Selbstverwaltung der Universität, in: Neumann/Kipperdey/Scheuner, Die Grundrechte Bd. II, 1954, S. 307 ff.
- 101) Vgl. BayVGH Urteil vom 1. 3. 1954, Kirche 2, S. 198 ff.; vgl. allgemein Josef Simon, Die kirchliche Gebundenheit des staatlichen Amtes der katholischen Theologieprofessoren in Bayern, 1964, S. 33 ff.; Zur Rechtslage bei den evangelisch-theologischen Fakultäten vgl. Hans Christian Mahrenholz, Die Mitwirkung der evangelischen Kirche bei der Besetzung der Lehrstühle an den evangelisch-theologischen Fakultäten, in: ZevKR Bd. 5 (1956), S. 219 ff., sowie Hartmut Gänger, Staat und Kirche in ihrem Verhältnis zu den evangelisch-theologischen Fakultäten nach den deutschen evangelischen Kirchenverträgen, 1966, S. 32 ff.; vgl. auch Werner Weber, die neuere Entwicklung in der kirchlichen Mitwirkung bei der Besetzung theologischer Lehrstühle an den staatlichen Hochschulen, in: AöR Bd. 95 (1970), S. 408 ff. von S. 108:
- 102) Zur weitergehenden Problematik der sog. Konkordatsprofessuren (mit Katholiken zu besetzende Philosophie- und Geschichtspröfessuren an philosophischen Fakultäten staatlicher Hochschulen) vgl. Konrad Tilman, Die sog. Konkordatsprofessuren, 1971, S. 170 ff.
- 103) Vgl. dazu Fritz Mauthner, Der Atheismus und seine Geschichte im Abendlande, 1922, Bd. 1, S. 65 ff.; Ernst Hermann Haenssler, Theologie, ein Fremdkörper in der Universität der Gegenwart, 1960, S. 12 ff.
- 104) Vgl. Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche, 2. Aufl. 1971, S. 290; a. A.: Johannes Neumann, Die theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: Jus sacrum, Klaus Mörsdorf zum 60. Geburtstag, 1969, S. 853 (871 ff.); Konrad Tilman, Die sog. Konkordatsprofessuren, 1971, S. 191 ff.

- 105) Vgl. die Aufzählung bei Gerhard Bender, Das Verhältnis von Staat und Religion in seiner Prägung durch das grundsätzliche Kulturstaatsebot, dargetan an der Stellung der Religionsgesellschaften bei der Innehabung von Privilegien, 1963, S. 62 ff.
- 106) Vgl. den systematischen Überblick von Hans Joachim Peter, Zur geschichtlichen Grundlegung der Staatsleistungen an die evangelische und katholische Kirche unter besonderer Berücksichtigung der badisch-württembergischen Gebiete, 1971, S. 7-9.
- 107) Übersicht bei Jürgen Lehmann, Die kleinen Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts im heutigen Staatskirchenrecht, 1959, S. 106 mit Fn. 287 sowie bei Hansjosef Mayer-Scheu, Grundgesetz und Parität der Kirchen und Religionsgemeinschaften, 1970, S. 307 ff.
- 108) Vgl. dazu Siegfried Reicke, Art. Parochialrecht, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. V, 3. Aufl. 1961, Sp. 118 f.
- 109) Vgl. Karl Hansch, Die Disziplinargerichtbarkeit in der evangelischen Kirche, 1961, S. 47 ff.
- 110) Vgl. Ernst Forsthoff, Res sacrae, in: AöR N.F. Bd. 31 (1940), S. 209 (224 ff.); Manfred Opitz, Der Schutz von Kirchengut und Kirchenvermögen nach dem Bonner Grundgesetz, 1968, S. 75 ff.; kritisch Hansjosef Mayer-Scheu, Grundgesetz und Parität der Kirchen und Religionsgemeinschaften, 1970, S. 204/205; Vgl. auch Werner Weber, Die staatskirchenrechtliche Bedeutung des Rechts der öffentlichen Sachen, in: ZevKR Bd. 11 (1964/65) S. 111 ff.; Hans Peter Muus, Kirchengut und öffentliche Sachen, in: ZevKR Bd. 11, (1964/65), S. 123 ff.
- 111) Vgl. Art. VI des Badischen Konkordats; Art. 10 § 1 des bayer. Konkordats; Art. 15, 16 des nieders. Konkordats, Art. 4 des preußischen Konkordats (sämtlich abgedr. bei Hermann Weber, Staatskirchenverträge, 1967).
- 112) Vgl. Art. IV badischer Kirchenvertrag; Art. 15 bayerischer Kirchenvertrag; Art. 9, 14-18 pfälzischer Kirchenvertrag; Art. 1-4 hessischer katholischer Kirchenvertrag; Art. 5 hessischer evangelischer Kirchenvertrag; Art. 16, 17 niedersächsischer Kirchenvertrag; § 7 Ruhrbistumvertrag; § 1 nordrhein-westfälischer evangelischer Kirchenvertrag; Art. 5 lippischer Kirchenvertrag; Art. 5 preußischer Kirchenvertrag; Art. 18-20 schleswig-holsteinischer Kirchenvertrag (sämtlich abgedr. bei Hermann Weber, a.a.O.).
- 113) Diese und die folgenden Zahlen sind der Einzelschrift von Hans-Jochen Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung, 1970, entnommen. Die Aufwendungen dürften inzwischen, der allgemeinen Entwicklung folgend, gestiegen sein, vgl. Brauns, a.a.O. S. 9 f.

- 110) Zur Berechnung im einzelnen vgl. Hans-Jochen Brauns, a.a.O. S. 105-107 mit Fn. 157-167.
- 111) Vgl. Brauns, a.a.O. S. 107-112 mit Fn. 169-192.
- 112) Vgl. Klaus Obermayer, Staatskirchenrecht im Wandel, in: DfV 1967, S. 9 (16); abgedruckt auch bei Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 382 (396); Christoph Link, Verfassungsrechtliche Fragen zur Aufhebung der Staatskirche, in: BayVBl 1966, S. 297 (301); zum Begriff der Neutralität vgl. die kritische Darstellung von Klaus Schlaich, Neutralität als verfassungsrechtliches Prinzip, vornehmlich in Kulturverfassungs- und Staatskirchenrecht, 1972, sowie schon vorher ders., Zur weltanschaulichen und konfessionellen Neutralität des Staates, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Bd. 4, 1970, S. 9 ff.; Theodor Maunz, Die religiöse Neutralität des Staates, in: Arch kath. KR, Bd. 139 (1970), S. 427 f.
- 117) BVerfG Entsch. vom 17. 5. 1961, E Bd. 12, S. 354 (367); Entsch. vom 12. 2. 1964, E Bd. 17, S. 210 (216); Entsch. vom 1.7.1964, E Bd. 18, S.121 (124).
- 118) Für die Zulässigkeit einer Differenzierung zwischen den christlichen Großkirchen und kleineren öffentlich-rechtlich organisierten Religionsgemeinschaften treten ein: Eckart Beulke, Bonner Grundgesetz und die Parität der Kirchen, in: ZevKR Bd. 6 (1957/58), S. 127 (129); Günter Dirig, Die Rechtsstellung der katholischen Privatschulen im Lande Bremen, 1964, S. 52 f.; Johannes Heckel, Kirchengut und Staatsgewalt, in: Festschrift für Rudolf Srend zum 70. Geburtstag, 1952, S. 103 (109), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 44 (49); Konrad Hesse, Scheratische Parität der Religionsgemeinschaften nach dem Grundgesetz? in: ZevKR Bd. 3 (1953/54), S. 189 (196); Holmut Pödder, Artikel "Kirche und Staat" in: Staatslexikon 6. Aufl. 1959, Bd. IV, Sp.1030; Ulrich Scheuner, Die staatskirchenrechtliche Tragweite des Kirchenvertrags von Kloster Loccum, in: ZevKR Bd. 6 (1957/58), S. 1 (36 Fn. 110); Werner Thieme, Artikel "Körperschaften des öffentlichen Rechts", in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. Bd., 3. Aufl. 1959, Sp. 1716 (1717); Werner Weber, Die Gegenwartsfrage des Staatskirchenrechts, in: VVDStRL Bd. 11 (1954), S. 153 (172); Frik Wolf, Ordnung der Kirche, 1961, S. 148/149.
- 119) Ebenso: BVerfG Entsch. vom 14. 12. 1965, E Bd. 19, S. 206 (222/223); vgl. auch: Martin Heckel, Die Kirchen unter dem Grundgesetz, VVDStRL Bd. 26 (1968), S. 5 (30, 36); anders wohl: Alexander Hollerbach, Die Kirchen unter dem Grundgesetz, VVDStRL Bd. 26 (1968), S. 57 (89).
- 120) Vgl. BVerfG Entsch. vom 28. 4. 1965, E Bd. 19 S. 1 (9 ff.) = JZ 1965 S. 608 mit Anm. Alexander Hollerbach.

- 121) So Hansjosef Mayer-Scheu, Grundgesetz und Parität der Kirchen und Religionsgesellschaften, 1970, S. 33, 57; ähnlich Gottfried Spiegler, Freiheit und Gleichheit der Bekenntnisse im geltenden Recht, 1963, S. 143 ff., 152 ff.; vgl. auch Alexander Hollerbach, Anmerkung zum Urteil des BVerfG vom 28.4.1965 in JZ 1965, S. 612, sowie Eckart Beulke, Bonner Grundgesetz und Parität der Kirchen, in: ZevKR Bd. 6 (1957/58), S. 127 (138 f.).
- 122) Vgl. allgemein: Karl August Hermanns, Geschichtliche Entwicklung und Rechtsgrundlagen der Staatsleistungen an die Evangelische Kirche unter besonderer Berücksichtigung der niederrheinischen Gebiete, 1954, S. 146 ff.
- 123) Vgl. dazu Johannes Niedner, Die Ausgaben des preußischen Staates für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen, 1904 (Neudruck 1963), S. 4 ff.
- 124) Zum Begriff der Säkularisation vgl. Martin Haager, Die Garantie der Vermögenswerte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine nach Art. 140 GG i. V. mit Art. 138 Abs. 2 WGV, 1968, S. 112 ff.
- 125) Vgl. Hansjoachim Peter, Zur geschichtlichen Grundlage der Staatsleistungen an die evangelische und katholische Kirche, 1971, S. 19.
- 126) Vgl. dazu im einzelnen Hansjoachim Peter, a.a.O. S. 33 ff.
- 127) So Hans Liermann, Deutsches Evangelisches Kirchenrecht, 1933, S. 367.
- 128) Vgl. Siegfried Grundmann, Art. Säkularisation, in: Ev. Staatslexikon, 1966, Sp. 1892 ff. (1894).
- 129) Johannes Baptist Sägmüller, Der Rechtsanspruch der katholischen Kirche in Deutschland auf finanzielle Leistungen seitens des Staates, 1913, S. 36 f. Mathias Erzberger, Klerus und Gehaltsfrage, 1908, S. 54; neuerdings: Klaus Dieter Hönig, Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 und seine Bedeutung für Staat und Kirche, 1969, S. 105.
- 130) Text abgedruckt in: Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte Bd. 1, 1961, S. 1 (16).
- 131) Ebenso: Ernst Rudolf Huber, Die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung, 1927, S. 70; Johannes Niedner, Die Ausgaben des preußischen Staates für die evangelischen Landeskirchen der älteren Provinzen, 1904, S. 142 ff.; Hans Glade, Die verfassungsrechtliche Grundlage für die Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften, 1932, S. 35; Hans Jochen Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung, 1970, S. 16 Anm. 9.

- 135) K. H. Müller, Deutsches Evangelisches Kirchenrecht, 1933, S. 370/371; dagegen: Friedrich Hübner, Die Grundlagen des Steuerungsrechts der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, 1967, S. 12; für gewohnheitsrechtlich begründete Ansprüche der Kirchen auf Ständeleistungen: Ernst Rudolf Huber, Die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung, 1927, S. 65, 91 f.
- 133) In diesem Sinn etwa Hans Joachim Peter a.a.O., S. 105 ff. Manfred Baldus, Zur Baulast der politischen Gemeinden an Kirchengebäuden in Nordrhein-Westfalen, in: JR 1970, S. 52 (53).
- 134) Badisches Oberlandesgericht, Entsch. vom 23. 3. 1899, Bad. Rechtspraxis Bd. 59 (1903), S. 233; ebenso: PG Entsch. vom 23. 4. 1907, Gruch. Bd. 51, S. 1131 (1139); vgl. auch RG Entsch. vom 18. 12. 1919, RGZ Bd. 97, S. 170 (173); Entsch. vom 27. 11. 1920, RGZ Bd. 101, S. 10 (11 ff.).
- 135) Vgl. zu dieser Folgerung Herbert Krüger, Allgemeine Staatslehre, 1964, S. 77/78.
- 136) Zu den Meinungen und der Stimmenverteilung in der Nationalversammlung vgl. Carl Israel, Geschichte des Reichskirchenrechts, 1922, S. 33 ff.
- 137) Vgl. Punkt 6 des Erfurter Parteiprogramms der SPD von 1891: "Abschaffung aller Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken (abgedruckt bei K. Mahler, Die Programme der politischen Parteien in Deutschland, 3. Aufl. 1911, S. 53; Punkt 8 des Programms der (Liberalen) Demokratischen Vereinigung aus dem Jahre 1908: "Trennung von Staat und Kirche", (vgl. Mahler, a.a.O. S. 49); Programm der Fortschrittlichen Volkspartei von 1910 "Gleichberechtigung aller religiösen Bekenntnisse, Beseitigung der vom Staat den Kirchen gewährten Vorrechte" (vgl. Mahler, a.a.O. S. 45); vgl. zum Ganzen: Fril Felden, Die Trennung von Staat und Kirche, Eine Förderung der Gewissensfreiheit, 1911, bes. S. 49 ff.
- 138) Vgl. die Verhandlungen der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung, Sten. Reichstagsberichte Bd. 336, S. 188 (Meerfeld, SPD), Bd. 328, S. 1660 (Kunert, USPD), Bd. 336, S. 191 (Naumann DDP), Bd. 328, S. 1655 (Naumann).
- 139) Vgl. Bd. 336, S. 205 (Spohn, Zentrum), Bd. 336, S. 190 (Kahl, DVP), Bd. 336, S. 175 (Gröber und Kahl).
- 140) Vgl. die Zahlen bei Hans-Jochen Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung, 1970, S. 32.
- 141) Vgl. Hans-Jochen Brauns, a.a.O. S. 48, 85 ff.

- 142.) Vgl. vor allem RG Entsch. v. 25. 6. 1925, RGZ 111, S. 134 ff.; weiterhin: Thür. OVG Entsch. v. 26. 4. 1933 RPrVerwBl 54 (1933), S. 853; H. H. Lammers/W. Simons, Die Rechtsprechung des StGH für das Deutsche Reich und des RG ..., 1927, Bd. I, S. 398, Bd. IV, S. 306 ff.
- 143) Vgl. Hans-Jochen Brauns, a.a.O. S. 51-53; dagegen: Jörg Müller-Volbehr, Besprechung von H.-J. Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung, in: ZevKR Bd. 16 (1971), S. 236 (237).
- 144) Vgl. RG Beschl. vom 25. 6. 1925, RGZ Bd. 111, S. 134 (137 ff.); vgl. auch BVerfG Entsch. vom 28. 4. 1965, E Bd. 19, S. 1 (13 ff.); zustimmend in der Lehre: Johannes Duske, Die Dotationspflicht des preußischen Staates für die allgemeine Verwaltung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, 1929, S. 11; Hans Glade, Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften, 1932, S. 45; Gerhard Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, 14. Aufl. 1933, Art. 138 Anm. 2; Otto Koellreutter, Die Beiträge des Staates zu den kirchlichen Verwaltungskosten, in: AöR N.F. Bd. 15 (1928) S. 1 (17); Goehard Josef Ebers, Staat und Kirche im neuen Deutschland, 1930, S. 245.
- 145) Werner Weber, Die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften, 1948, S. 41 ff.; Paul Mikat, Kirchen und Religionsgemeinschaften, in: Bettermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte Bd. IV, 1. Halbbd. S. 111 (228); Eduard Kern, Staat und Kirche in der Gegenwart, 1951, S. 119; Helmut Ridder, Staatliche Wiederaufbaupflichten gegenüber den Domkapiteln und bischöflichen Stühlen im ehemals preußischen Gebiet, Rechtsgutachten, in: AöR Bd. 80 (1955/56), S. 127 (152); Werner Hofmann, Ablösung oder Anpassung der Kirchenbaulast des Staates? in: ZevKR Bd. 10 (1963/64), S. 369 (370 ff.); ebenso schon für Weimar: Johann Viktor Bredt, Das neue evang. Kirchenrecht für Preußen, Bd. II (1922), S. 120; Johannes Duske, a.a.O. (Anm. 120), S. 74 f.; Joseph Mausbach, Kulturfragen in der Deutschen Verfassung, 1920, S. 75; ebenso die heutige Rechtsprechung: vgl. BVerwG Urteil vom 23. 4. 1971, DÖV 1972, S. 357.
- 146) Vgl. Hans-Jochen Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung, 1970, S. 66 Anm. 10.
- 147) Vgl. Art. 45 LV Rhld.-Pfalz, Art. 145 BayVerf., Art. 39 Verf. d. Saarlandes, auch Art. 7 der LV von Baden-Württemberg; zur Frage der Verfassungswidrigkeit dieser Vorschriften vgl. Thomas Pieter Wehdeking, Die Kirchenguts Garantien und die Bestimmungen über Leistungen der öffentlichen Hand an die Religionsgesellschaften im Verfassungsrecht des Bundes und der Länder, 1971, insbes. S. 203 ff.

- 148) Vgl. dazu Hans-Jochen Brauns, a.a.O. S. 69 ff.; gegen ihn: Paul von Gumpelhausen, Besprechung von H.-J. Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung, in: Die Verwaltung 1972, S. 116, 117; wie Brauns gegen die h. M.: Otto Friedrich, Einführung in das Kirchenrecht, 1961, S. 490 f.; Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche, 2. Aufl. 1971, S. 232 ff.; Volker Zündorf, Die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften unter dem Grundgesetz, 1967, S. 11 ff. (17).
- 149) Vgl. z. B. § 1199 Abs. 2 BGB.
- 150) Vgl. § 8 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in der Fassung vom 26. Juli 1900.
- 151) Vgl. das preußische Ablösungsgesetz vom 2. 3. 1850 (GS S. 112).
- 152) Im Anschluß an Ernst Rudolf Huber, Die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung 1927, S. 5; Helmut Ridder, Staatliche Wiederaufbaupflichten gegenüber den Domkapiteln und bischöflichen Stühlen im ehemals preußischen Gebiet, Rechtsgutachten, AÖR Bd. 80 (1955/56), S. 127 (151); Konrad Hesse, Die Entwicklung des Staatskirchenrechts seit 1945, JÖR N.F. Bd. 10 (1961), S. 3 (59 f.); Volker Zündorf, Die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften unter dem Grundgesetz 1967, S. 115 ff.; dagegen überzeugend: Hans-Jochen Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung, S. 82 ff. (88-90).
- 153) Vgl. Johannes Heckel, Melancthon und das heutige deutsche Staatskirchenrecht, in: Festgabe für Erich Kaufmann, 1950, S. 82 (97), abgedr. auch in: Quaritsch/Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 17 (29/30).
- 154) Vgl. Günther Dürig in Maunz/Dürig/Harzog, Grundgesetz, Art. 19 Abs. 3 Rdnr. 29 ff.; sowie BVerfG Entsch. Bd. 21, S. 362 (269 f.); für die Anwendung des Gleichheitssatzes auch unter juristischen Personen des öffentlichen Rechts: Hans-Peter Ipsen, Gleichheit, in: Bettenmann/Nippardcy/Scheuner, Die Grundrechte Bd. II, 1954, S. 111 (136).
- 155) Vgl. Günther Dürig, a.a.O. Rdnr. 39; BVerfG Entsch. vom 28. 4. 1965, BVerfG Entsch. Bd. 19, S. 1 (5); Karl-August Bettenmann, Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Grundrechtsträger, in: NJW 1969, S. 1321 ff.
- 156) Vgl. Hans-Jochen Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung, 1970, S. 102-103 mit Anm. 150.

- 157) Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0587 (Zuschüsse an sonstige Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften) im Haushaltsplan des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus 1969, S. 589; "Aus Paritätsgründen behalten die altkatholische Kirche, das israelitische Bekenntnis und die freireligiöse Landesgemeinde in Bayern den Staatszuschuß von 3,07 DM je Bekenntnisangehörigen, wie dieser an die katholische und evangelisch-lutherische Kirche in Bayern gewährt wird".
- 158) In diesem Sinn: Hansjosef Mayer-Scheu, Grundgesetz und Parität der Kirchen und Religionsgesellschaften, 1970, S. 223/224.
- 159) Vgl. Eberhard Bopp, Der Anspruch der Religionsgesellschaften auf Verleihung der Rechtsstellung einer öffentlichen Körperschaft nach Art. 137 WRV i. V. mit Art. 140 GG, in: DÖV 1952, S. 516 (518).
- 160) Vgl. Art. 13, 15 des bayerischen Kirchensteuergesetzes vom 26. 11. 1954 in der Fassung vom 15. 3. 1967 (BayGVBl S. 317); der bayer. VerFGH hat die Verfassungsmäßigkeit dieser Vorschriften bejaht: so BayVGH Entsch. vom 2. 8. 1968, E Bd. 21, S. 158 (163); Entsch. vom 17. 10. 1967, E Bd. 20, S. 171 (177).
- 161) Vgl. BAG Entsch. vom 14. 12. 1968, IM Nr. 7 zu § 4 TVG "Effektivklausel" (Bl. 4 r); BVerfG Entsch. vom 24. 6. 1958, E Bd. 8, S. 51 (64).
- 162) Der Staat erhält z. B. für seine Kirchenlohnsteuereinzugstätigkeit in den Bundesländern zwischen 2 und 4 % des Kirchenlohnsteueraufkommens. Für die Unterhaltung einer eigenen Verwaltung mit denselben Aufgaben müßten die Kirchen dagegen ca. 15 % des Kirchenlohnsteueraufkommens aufwenden. Zur Rechtfertigung des Kirchensteuereinzugsverfahrens unter Mithilfe des Staates vgl. Wilhelm Kewenig, Das Grundgesetz und die staatliche Förderung der Religionsgem., in: Essener Gespräche ..., Bd. 6 (1972), S. 9 ff.
- 163) Militärgeistliche und Militärpfarrer sind reguläre Staatsbeamte; vgl. Art. 27 des Reichskonkordats und den Vertrag zwischen der BRD und der EKD zur Regelung der evangelischen Militärseelsorge vom 22. 2. 1957, dessen beamtensrechtliche Bestimmungen nach Art. 2 des Gesetzes über die Militärseelsorge vom 26. 3. 1957 auf die katholischen Militärgeistlichen entsprechend anzuwenden sind; vgl. zum Ganzen die leider unkritische Darstellung von Jörn Bleese, Die Militärseelsorge und die Trennung von Staat und Kirche, 1969, insbes. S. 210 ff.; Klaus Steuber, Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland, 1972, S. 95 ff.
- 164) So der BayVerfGH, Entsch. vom 17.10.1967, E Bd. 20, S. 171.

- Entsch. vom 5. 7. 1963, JZ 1964, S. 379; Friedrich von Carpelhausen, Theodor Münz, Ulrich Scheuermann, Hermann Schollig, in: Die Mitwirkung der Arbeitgeber bei der Erhebung der Kirchensteuer. Vier Rechtsgutachten zur Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit, 1971; Ludwig Schnorr von Carolsfeld, Zum Normengrenzrecht auf dem Gebiet des Kirchenrechts, besonders der Kirchensteuern, in: Festschrift für Heinrich Liermann zum 70. Geburtstag, 1964, S. 252 ff. (samtlich für Verfassungsmäßigkeit); dagegen: Christian Rosenack, Zum Abzugsverfahren bei der Kirchensteuer, in: BB 1968, S. 539 (542 f.); Herrmann Weber, Besprechung von Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, NJW 1969, S. 2002; Gerhard B. Heinze, Verfassungskonforme Gestaltung des Kirchensteuer-Inkassos, in: ZRP 1970, S. 34/35; kritisch: Gerhard Träger, Die verfassungsrechtliche Problematik des Kirchenlohnsteuerabzugsverfahrens, in: ZevKR Bd. 14 (1968/69), S. 101 (115); Gerd Böhlig, System und Probleme des Kirchensteuerrechts, 1964, S. 178 ff.
- 166) So BayVGh, Entsch. vom 2. 1. 1968, E Bd. 21, S. 1 (8); Entsch. vom 17. 10. 1967, E Bd. 20, S. 171 (178); Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, 1968, S. 200/201.
- 167) Ernst Wolfgang Böckenförde, Religionsfreiheit und öffentliches Schulgebiet, DÖV 1966, S. 30 (32); v. Mangoldt-Klein, Das Bonner Grundgesetz, 2. Aufl. 1957, Art. 4 Anm. III 1 (S. 219); anders: Walter Hamel, Die Gewissensfreiheit im Grundgesetz, in: AöR Bd. 89 (1964), S. 323; ders., Deutsches Staatsrecht I, Grundbegriffe, 1971, S. 105 f. (nach W. Hamel ist die negative Bekenntnisfreiheit nur durch Art. 2 Abs. 1 GG garantiert).
- 168) Vgl. dazu Schlesw.-Holst. VG, Urteil vom 21. 6. 1971, in: Die Gemeinde 1971, S. 333; sowie OVG Münster, Urteil vom 13. 10. 1969, in: Der Gemeindetag 1970, S. 152, aufgehoben durch Urteil des BVerwG vom 23. 4. 1971, in: DÖV 1972, S. 357-358.
- 169) Johannes Heckel, Melancthon und das heutige deutsche Staatskirchenrecht, in: Festgabe für Erich Kaufmann, 1950, S. 83 (101), abgedr. auch in Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 17 (33); für eine positive Religionspflege tritt ein: Joseph Listl, Das Grundrecht der Religionsfreiheit in der Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland, 1971, S. 8 f., 17 f.
- 170) Vgl. Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, 1968, S. 68 f., 81 ff.
- 171) BVerfG Entsch. vom 14. 12. 1965, BVerfGE Bd. 19, S. 207 (217).
- 172) Vgl. Alexander Hollerbach, Das Staatskirchenrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: AöR Bd. 92 (1967), S. 99 (108), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 401 (408).

- 173) Vgl. Siegfried Uibel, Überlegungen zum kirchlichen Mitgliedschaftsrecht, in: NJW 1966, S. 2147 (2149).
- 174) In diesem Sinne Horst Sacker, Die Mitgliedschaft im Kirchensteuerverband, in: BayVbl. 1970, S. 314 (315); ders., Anm. zum Beschluß des BVerfG vom 31. 3. 1971, in: DVBl 1971, S. 553 (554); vgl. auch Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche, 2. Aufl. 1971, S. 95 ff.
- 175) Das BVerfG, Entsch. vom 31. 3. 1971, NJW 1971, S. 931, sieht in einem unterlassenen Austritt ein "Element der Freiwilligkeit", das es ausschließe, von einer Zwangsmitgliedschaft zu sprechen.
- 176) So ausdrücklich auch für das evang. Kirchenrecht Siegfried Uibel, Überlegungen zum kirchlichen Mitgliedschaftsrecht, NJW 1966, S. 2147 (2149).
- 177) Vgl. can. 750 CIC.
- 178) Vgl. BVerfG, Entsch. vom 9. 7. 1965, E Bd. 21, S. 330; anders aber Hess. VGH, Urteil vom 11. 3. 1965, VerwRspr. Bd. 17, S. 542; vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 25. 10. 1967, DVBl 1969, S. 41 ff.
- 179) Vgl. oben S. 21.
- 180) Vgl. BVerfG, Urteil vom 29. 7. 1959, BVerfGE Bd. 10, S. 89 (102).
- 181) Vgl. Roman Herzog, Allgemeine Staatslehre, 1971, S. 224/225.
- 182) Vgl. dazu im einzelnen Hanns Engelhardt, Der Austritt aus der Kirche, 1972, S. 50 ff.
- 183) BVerfG, Entsch. vom 31. 3. 1971, NJW 1971, S. 931; vgl. auch BVerfG, Entsch. vom 9. 7. 1965, BVerfGE Bd. 21, S. 330 = DÖV 1965, S. 769; BayVGII, Entsch. vom 12. 3. 1968, E 21, S. 38 = DÖV 1968, S. 354; OVG Lüneburg, Entsch. vom 25. 10. 1967, DVBl 1969, S. 41 ff.; ebenso: Axel v. Campenhausen, Kircheneintritt - Kirchenaustritt - Kirchensteuer nach staatlichem und kirchlichem Recht, in: DÖV 1970, S. 801 (806).
- 184) (GS 1921, S. 119), noch gültig in: Berlin (West), Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Saarland, den ehemals preußischen Landesteilen von Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz.
- 185) Zu weiteren landesrechtlichen Regelungen vgl. Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, 1968, S. 89 ff., und Paul Mikat, Grundlagen des staatlichen Kirchenaustrittsrechts, in: Festschrift der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg zum 75. Geburtstag von Hermann Nottarp, hrsg. von Paul Mikat, 1961, S. 197 ff.
- 186) Für das bürgerliche Vereinsrecht vgl. § 39 Abs. 2 BGB.

- 187) In diesem Sinne: Finanzgericht Düsseldorf, Entsch. vom 23. 8. 1968, in: Entscheidungen der Finanzgerichte, 1968, S. 592; anders aber: OVG Berlin, Urteil vom 15. 4. 1969, AZ III B 1/69 (nicht veröffentlicht), bestätigt vom VVerfG Entsch. vom 27. 2. 1970, NW 1970/S. 1433 mit Anm. von W. Ruyken (zust.) und Hermann Weber (Bil.); kritisch auch: Franz Ruland, Die Nachbesteuerung aus der Kirche Ausgetretener, in: DVB1 1969, S. 15 (17); Hanns Engelhardt, Kirchenaustritt und Wohnsitzwechsel, in: DVB1 1969, S. 18-20; Erwin Fischer, Trennung von Staat und Kirche, 2. Aufl. 1971, S. 101; Reinhard Mueggen, Besprechung von Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik, 1968, in: DÖV 1968, S. 589.
- 188) Oskar Rauch, Die arbeitsrechtliche Sonderstellung der Angestellten und Arbeiter im kirchlichen Dienst, 1962, behauptet sogar für privatrechtliche Arbeitsverhältnisse ein besonderes Gewaltverhältnis und Ausschluß des Streikrechts (a.a.O. S. 36 ff., 63 ff.); vgl. zum Ganzen: Johann Frank, Geschichte und neuere Entwicklung des Rechts der kirchlichen Beamten, in: ZevKR Bd. 10 (1963/64), S. 264 ff.
- 189) Vgl. Klaus Scheffer, Grundrechte und Beamtenrecht, 1966, S. 35 ff., sowie Walter Schick, Der Beamte als Grundrechtsträger, in: Zeitschrift für Beamtenrecht 1963, S. 67 ff., und dazu Bernhard Bank, Zur Einschränkung der Grundrechte im Beamtenverhältnis, Zeitschrift für Beamtenrecht 1963, S. 227 ff.
- 190) Josef Isensee, Beamtenstreik, 1971, S. 73 ff.; Ingo von Münch, Rechtsgutachten zur Frage eines Streikrechts der Beamten, 1970, S. 38 ff.; vgl. auch die Auseinandersetzung von Ingo von Münch mit der Schrift von Thilo Ramm, Das Koalitions- und Streikrecht der Beamten, 1970, in: Beamtenstreik und Sozialstaatsprinzip, Zeitschrift für Beamtenrecht 1970, S. 371 ff.; zu den Schriften von Ramm und Isensee vgl. auch Bernd Rütters/Rüdiger Söhnen, Demokratisierung durch Beamtenstreik? in: Der Staat Bd. 11 (1972), S. 550 ff.
- 191) EVerfG, Entsch. vom 14. 12. 1965, E Ed. 19, S. 206 (215 ff.).
- 192) Vgl. Hans Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland, 1968, S. 115/116.
- 193) Vgl. EVerfG, Entsch. vom 14. 12. 1965, E Ed. 19 S. 206 (220); Horst Ehnke, Prinzipien der Verfassungsinterpretation, in: VerStRL Ed. 20 (1961), S. 53 (77 ff.); Fritz Ossenkühl, Probleme und Wege der Verfassungsauslegung, in: DÖV 1965, S. 649, 654.

- 194) Vgl. Alexander Hollerbach, Das Staatskirchenrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: AöR Bd. 92 (1967), S. 99 (114), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, 1967, S. 401 (414); zur Frage der Rangordnung innerhalb der Grundrechte vgl. Siegfried Grundmann, Die Rechtspr. des BVerfG in Kirchensteuersachen u. d. Staatskirchenrecht, in: JZ 1967, S. 193.
- 195) Vgl. Klaus Obermayer, in: Bonner Kommentar, Art. 140 (Zweitbearbeitung 1971), Rdnr. 71: "es ist jedenfalls denkbar, daß eine staatskirchenrechtliche Vorschrift der WRV heute als "verfassungswidrige Verfassungsnorm" zu qualifizieren ist"; von einer "historisch überkommenen Zweigleisigkeit grundrechtlicher und institutioneller Gewährleistungen" spricht im positiven Sinn: A. Hollerbach, Die staatskirchenrechtl. Ordnung des GG in der gegenwärtigen Diskussion, in: Hollerbach/Scheuner/Strauß, Totalrevision des GG?, 1971, S. 43 (44).
- 196) Vgl. BVerfG Entsch. v. 18. 12. 1953, E Bd. 3 S. 225 (232) - zum Problem der verfassungswidrigen Verfassungsnorm -.
- 197) Für die Zulässigkeit einer Beseitigung des öffentlich-rechtlichen Status durch den Gesetzgeber: Herrmann Weber, Die Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes, 1966, S. 97; Helmut Quaritsch, Zurück zur juristischen Methode im Staatskirchenrecht, NJW 1966, S. 764 (765); Reinhold Zippelius, Kirche und Staat und die Einheit der Staatsgewalt, in: ZevKR Bd. 9 (1962/63), S. 42 (58), abgedr. auch in: Quaritsch-Weber, Kirche und Staat in der Bundesrepublik, 1967, S. 311, 324, 325; für einen freiwilligen Verzicht der Kirchen: Gerhard B. Heinze, Plädoyer für ein zeit- und verfassungsgemäßes Kirchensteuersystem, in: ZRP 1969, S. 97; dagegen Ulrich Scheuner, Kirchensteuer und Verfassung, in: ZRP 1969, S. 195 ff.
- 198) In der Tendenz ebenso: Ernst Gottfried Mahrenholz, Die Kirchen in der Gesellschaft der Bundesrepublik, 1969, bes. S. 137; ablehnend dazu: Rudolf Smend, Grundsätzliche Bemerkungen zum Korporationsstatus der Kirchen, in: ZevKR Bd. 16 (1971), S. 241 ff.; gegen eine Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Status auch: Wessel Nuyken, Das Staatskirchenrecht in der Entwicklung, in: Kirchliches Jahrbuch für die Evang. Kirche in Deutschland, 1970, 1972, S. 365 (370 f.); Siegfried Grundmann, Laizistische Tendenzen im heutigen Staatskirchenrecht, in: Staat und Kirche, Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst D. D. zum 60. Geburtstag, 1967, S. 126 (133).
- 199) Vgl. Göran Göransson, Reform des Staatskirchenrechts in Schweden? in: ZevKR Bd. 15 (1970), S. 60 ff.; Über den Fortgang der Reform vgl. die Zeitung "Die Welt" - Ausgabe B - Nr. 56/11 vom 7. März 1972, S. 1, unter dem Titel: Trennung von Staat und Kirche in Schweden am 1. Januar 1983.

- 200) "constitutio pastoralis de Ecclesia in mundo huius
temporis" vom 7. 12. 1965, zitiert nach Paul Nikat,
Kirche und Staat in nachkonziliarer Sicht, in: Fest-
schrift für H. Kunst, 1967, S. 105 (124), abgedr.
auch in Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der
Bundesrepublik, 1967, S. 427 (442); (Originaltext bei
Ernst Werner Böckenförde, Erklärung über die Religi-
onsfreiheit des zweiten vatikanischen Konzils, Latei-
nisch und Deutsch, Münster 1968).
- 201) Vgl. Martin Heckel, Staat - Kirche - Kunst, 1968,
S. 97 ff.; noch weitergehend: Helmut Quaritsch,
Besprechung von M. Heckel, Staat - Kirche - Kunst,
in: DÖV 1972, S. 832 (833).
- 202) Vgl. BVerwG Entsch. vom 29. 1. 1960, E Bd. 10, S. 136
(Zulassung eines konfessionslosen Bewerbers an kon-
fessionell gebundener pädagogischer Akademie).
- 203) Vgl. BVerfG, Entsch. vom 18. 7. 1967, E Bd. 22,
S. 180 ff. (zum Jugendwohlfahrtsgesetz und zum Bun-
dessozialhilfegesetz).
- 204) Vgl. dazu Hermann Josef Chronz, Die rechtliche Betei-
ligung von Vertretern der Kirchen in Grenzen des
staatlichen Kompetenzbereichs der Bundesrepublik
Deutschland und der deutschen Bundesländer, 1960,
S. 67 ff. mit der Übersicht im Anhang B, sowie Peter
von Tiling, Die Mitwirkung der Kirchen im staatli-
chen Bereich, 1968, S. 18 ff.; sowie Gerd Dieter
Belermann, Kirchliche Beteiligung an staatlichen Ein-
richtungen, 1968, S. 42 ff.
- 205) So Martin Heckel, Die Kirchen unter dem Grundgesetz,
in: Weseler 26 (1968), S. 5 (29); vgl. auch
Friedrich Müller, Christliche Gemeinschaftsschule und
weltanschauliche Neutralität des Staates, in: DÖV
1969, S. 443 f.; Ulrich Scheuneg, Auseinandersetzun-
gen und Tendenzen im deutschen Staatskirchenrecht,
in: DÖV 1966, S. 145, 147 Fn. 13, 153; zum Argumen-
tationshintergrund solcher Befürchtungen vgl.
Gerhard Czernak, Schule und Weltanschauungsfreiheit,
1972, S. 107 ff.
- 206) Anders aber: Ernst von Hippel, Allgemeine Staatsleh-
re, 2. Aufl. 1967, S. 260.
- 207) Vgl. Herbert Krüger, Allg. Staatslehre, 1964, S. 48
ff., 178 ff. (179): Der Staat kennt als solcher kei-
ne Religion, keine Weltanschauung und keine "Mei-
nung".
- 208) Vgl. Wolfgang Keim, Schule und Religion, 1967,
S. 145 ff. (227, 228); Herbert Krüger, Allgemeine
Staatslehre, 1964, S. 49 Anm. 105 und S. 561.

- 209) Vgl. BayVGH, Entsch. vom 20. 3. 1967, DÖV 1967, S. 306 ff., sowie P. Feuchte und P. Dallinger, Christliche Schule im neutralen Staat. Die Formen der Volksschule im Lichte des Verhältnisses von Staat und Kirche, in: DÖV 1967, S. 361 ff. (372); unzulässig ist dagegen die Berücksichtigung der Bekenntniszugehörigkeit bei der Besetzung des Schulleiterpostens (so VGH Ba-Wü, Entsch. vom 14. 6. 1967, in: DVBl 1968, S. 255) sowie bei der Besetzung des Amtes eines Schulrates (so BayVGH Entsch. vom 20. 7. 1966, in: DÖV 1966, S. 715) und bei der Besetzung öffentlicher Ehrenämter in der Schulpflegschaft (so BayVGH, Entsch. vom 25. 6. 1954, E Bd. 7, S. 49).
- 210) Den Grundsatz der Toleranz oder Duldsamkeit erklären zu einem der obersten Erziehungsziele: Art. 17 der Verf. von Baden-Württ., Art. 131 Abs. 1 der Bayer. Verf., Art. 33 der bremischen Verfassung, Art. 33 der Verf. von Rheinland-Pfalz, vgl. auch Ulrich Eisenhardt, Der Begriff der Toleranz im öffentlichen Recht, JZ 1968, S. 214 ff., und Otto Busch, Toleranz und Grundgesetz, 1967, bes. S. 65 ff., 107 ff.
- 211) Ebenso: Erwin Fischer, Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule? Die Antwort des Grundgesetzes, 1966, S. 29 ff.; Ekkehard Stein, Weltanschauung und Religion im Schulunterricht, in: Recht der Jugend, 1967, S. 29-34; Friedrich von Zezschwitz, Staatliche Neutralitätspflicht und Schulgebet, Zum Urteil des hess. StGH vom 27. 10. 1965, in: JZ 1966, S. 337-344; vgl. auch R. von Drygalski, Die Einwirkungen der Kirchen auf den Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, 1967, S. 46 ff.; Ernst Friesenhahn, Religionsunterricht und Verfassung, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, Bd. 5 (1971), S. 67 ff.; Werner Hofmann, Die religiöse Kindererziehung in verfassungsrechtlicher Sicht, in: FamRZ 1965, S. 61 (66); ders., Christl. Gemeinschaftsschulen in verfassungsrechtlicher Sicht, DVBl 1967, S. 439 (441); Reinhold Zippelius, in: Bonner Kommentar, Art. 4 Bonr. 27; kritisch: Axel von Campenhausen, Erziehungsauftrag und staatliche Schulträgerschaft. Die rechtliche Verantwortung für die Schule, 1967, S. 179; Klaus Obermayer, Gemeinschaftsschule, Auftrag des Grundgesetzes, 1967, S. 16 f., 28 f.

Zusammenfassende
Schlussfolgerungen

- 1.) Für die Zulässigkeit der Verleihung durch bloßen Organisationsakt: Jrnat Forsthoff, Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat, 1931, S. 41; zur Problematik vgl. E. Rasch, Entstehung und Auflösung von Körperschaften des öffentlichen Rechts, in: DVBl 1970, S. 765 (768 f.); Jürgen Lehmann, Die kleinen Religionsgesellschaften, 1959, S. 58 ff.; Oskar Kühn, Anm. zum Urteil des LVG Hannover vom 8. 3. 1957, in: DVBl 1958, S. 388 f.; Konrad Müller, Die Gewährung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religionsgemeinschaften gem. Art. 137 Abs. V S. 2 WRV, in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 139 (168).

LITERATURVERZEICHNIS

ALBRECHT, Alfred

Koordination von Staat und Kirche in der Demokratie,
Freiburg, Basel, Wien 1965

- Staatskirchenrechtliche Bemerkungen zum Problem der Kirchengewalt,
in: Der Staat Bd. 9 (1970), S. 251-261

ANSCHÜTZ, Gerhard

Die Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat. Vom 31. Januar 1850.
Bd. I Berlin 1912

- Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919,
Dritte Bearbeitung,
12. Aufl. 1930, 14. Aufl. 1933, Neudruck 1965

BACHOF, Otto

Besprechung von: Konrad Hesse, Der Rechtsschutz durch staatliche Ge-
richte im kirchlichen Bereich,
in: DÖV Jg. 11 (1958), S. 557

- Besprechung von: Entscheidungen in Kirchensachen. Hrsg. von Hering und
Lentz, 1. Bd. (1946-1952) Berlin 1963,
in: DÖV Jg. 17 (1964), S. 70-71
- Die Dogmatik des Verwaltungsrechts vor den Gegenwartsaufgaben der Ver-
waltung,
in: VVDStRL Bd. 30 (1972), S. 193-238

BALDUS, Manfred

Zur Baulast der politischen Gemeinden an Kirchengebäuden in Nordrhein-
Westfalen,
in: JR Jg. 1970, S. 52-55

- Gottesdienstliche Handlungen als Störungen der Sonntagsruhe,
in: DÖV Jg. 24 (1971), S. 339-341

BANK, Bernhard

Zur Einschränkung der Grundrechte im Beamtenverhältnis,
in: Zeitschr. f. Beamtenrecht 1963, S. 227-230

BARGEN, Joachim von

Körperschaften, Anstalten und Stiftungen im Rechtssystem des Großher-
zogtums Baden,
Freiburg 1971

BAUERSACHS, Martin

Die Beteiligung der kirchlichen Mitarbeiter an der Gestaltung kirchli-
cher Ordnung in den deutschen evangelischen Landeskirchen und ihren
Zusammenschlüssen, unter besonderer Berücksichtigung des kirchlichen
Dienst- und Arbeitsrechts,
jur. Diss. Köln 1969

BECKER, Hans Joachim

Besprechung von:
Gerhard Scheffler, Die Stellung der Kirche im Staat nach Art. 140 GG.
i. V. m. Art. 137 WRV,
in: NJW Jg. 18 (1965), S. 290.

BELEMANN, Gerd Dieter

Kirchliche Beteiligung an staatlichen Einrichtungen,
jur. Diss. Bonn 1968

BENDER, Gerhard

Das Verhältnis von Staat und Religion in seiner Prägung durch das
grundgesetzliche Kulturstaaatsgebot, dargetan an der Stellung der Reli-
gionsgesellschaften bei der Innehabung von Privilegien,
jur. Diss. Bonn 1963

BERGEMANN, Hans Georg

Staat und Kirche in Hamburg während des 19. Jahrhunderts,
Hamburg 1958

BERNATZIK

Kritische Studien über den Begriff der juristischen Person und über die
juristische Persönlichkeit der Behörden insbesondere,
in: AÖR Bd. 5 (1890), S. 169-318

BERTERMANN, Udo

Zum Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften,
in: MDR Jg. 20 (1966), S. 881-885

BESCH, Friedrich

Der Begriff der anerkannten Religionsgemeinschaft im deutschen Staats-
kirchenrecht unter besonderer Berücksichtigung des Staatskirchenrechts
der Länder Bayern und Baden-Württemberg,
jur. Diss. Freiburg i. Br. 1965

BETTERMANN, Karl August

Die allgemeinen Gesetze als Schranken der Pressefreiheit,
in: JZ Jg. 19 (1964), S. 601-611

- Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Grundrechtsträger,
in: NJW Jg. 22 (1969), S. 1321-1328

BEULKE, Eckart

Bonner Grundgesetz und die Parität der Kirchen,
in: ZevKR Bd. 6 (1957/58), S. 127-153

BIHLMAYER, Karl / TÜCHLE, Hermann

Kirchengeschichte. Erster Teil: Das christliche Altertum,
18. Aufl. Paderborn 1966

BLEESE, Jörn

Die Militärseelsorge und die Trennung von Staat und Kirche,
jur. Diss. Hamburg 1969

BLUNTSCHLI

Art. "Körperschaften" in:

Staatswörterbuch in drei Bänden mit Nachträgen auf Grundlage des Deut-
schen Staatswörterbuchs von Bluntschli und Brater in elf Bänden,
hrsg. von Edgar Löning (2. Ausgabe), 2. Band, Leipzig und Stuttgart 1876

BÖCKENFÖRDE, Ernst-Wolfgang

Religionsfreiheit und öffentliches Schulgebet - Eine Auseinandersetzung
mit dem Urteil des hess. StGH vom 27. 10. 1965,
in: DÖV Jg. 19 (1966), S. 30-38

- (Hrsg.): "Erklärung über die Religionsfreiheit" des zweiten vatikani-
schen Konzils. Lateinisch und Deutsch. Mit einer Einleitung von Ernst-
Wolfgang Böckenförde. Münster 1968

- BÖHLIG, Gerd
System und Probleme des Kirchensteuerrechts,
jur. Diss. Göttingen 1964
- BÖHMER, Justus Henning
Introductio in jus publicum universale,
1720
- BOGS, Harald
Probleme des Geistlichenprivilegs im Wehrrecht,
in: Der Staat, Bd. 9 (1970), S. 43-66
- BONNER KOMMENTAR
Kommentar zum Bonner Grundgesetz,
Hamburg 1950 ff. (Stand der 19. Lieferung Juni 1972)
- BOPP, Eberhard
Der Anspruch der Religionsgesellschaften auf Verleihung der Rechtsstellung einer öffentlichen Körperschaft nach Art. 137 WRV in Verbindung mit Art. 140 BGG,
in: DÖV Jg. 5 (1952), S. 516-519
- BORNHAK, Conrad
Die rechtliche Natur der Arbeiterversicherung,
in: Goldschmidts Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 39, Stuttgart 1891, S. 217-244
- BRACHER, Karl Dietrich
Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat,
Wiesbaden 1956
- BRAUNS, Hans-Jochen
Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung. Inhalt - Grenzen - Aktualität.
Berlin 1970
- BREDT, Johann Viktor
Das neue evangelische Kirchenrecht für Preußen, Bd. I,
Berlin 1921, Bd. II 1922, Bd. III 1927
- BRÜMMER, Detlef
Kirchenbau und Baurecht,
jur. Diss. Bonn 1970
- BRUNOTTE, Heinz
Die Entwicklung der staatlichen Finanzaufsicht über die Deutsche Evangelische Kirche von 1935-1945,
in: ZevKR Bd. 3 (1953/54), S. 29-55
- BÜHLER, Ottmar
Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 1. 8. 1958,
in: JZ Jg. 14 (1959), S. 250-251
- BULLINGER, Adelheid
Das Ende des landesherrlichen Kirchenregiments und die Neugestaltung der Evangelischen Kirche. Problematik in Theorie und Praxis nach dem Umsturz von 1918,
jur. Diss. Heidelberg 1969

BUSCH, Otto
Toleranz und Grundgesetz,
Bonn 1967

- CAMPENHAUSEN, Axel Freiherr von
Erziehungsauftrag und staatliche Schulträgerschaft. Die rechtliche Verantwortung für die Schule.
Göttingen 1967
- Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. 10. 1966, in: DVBl Jg. 82 (1967), S. 731-733
 - Besprechung von Hermann Weber, Die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes, in: ZevKP Bd. 13 (1967/68), S. 211-216
 - Der Rechtsschutz der kirchlichen Bediensteten, in: Festschrift für Erich Ruppel, Hannover, Berlin, Hamburg 1968, S. 262-276
 - Grundgesetz und Kirche - Anmerkungen zu den Auseinandersetzungen des Staatskirchenrechts, in: BayVBl Jg. 14 N.F. (1968), S. 221-225
 - Probleme des öffentlich-rechtlichen Korporationsstatus der Kirchen, in: Österr. Archiv f. Kirchenrecht 1969, S. 173-198
 - Kircheneintritt - Kirchenaustritt - Kirchensteuer nach staatlichem und kirchlichem Recht, in: DÖV Jg. 23 (1970), S. 801-809
 - Besprechung von Hans-Jochen Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen und ihre Ablösung,
 - Staatliche Rechtsschutzpflicht und kirchliche Autonomie, in: ZevKR Bd. 27 (1972), S. 127-149
 - Rechtsprobleme des kirchlichen Glockengeläuts, in: DVBl Jg. 87 (1972), S. 316-320

CAMPENHAUSEN, Axel von - MAUNZ, Theodor - SCHEUNER, Ulrich - SCHOLTISSEK, Herbert

Die Mitwirkung der Arbeitgeber bei der Einziehung der Kirchensteuer.
Vier Rechtsgutachten zur Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit.
Berlin 1971

CHRONZ, Hermann Josef
Die rechtliche Beteiligung von Vertretern der Kirchen in Gremien des staatlichen Kompetenzbereichs der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Bundesländer,
jur. Diss. Köln 1960

CONRAD, Hermann
Staat und Kirche im aufgeklärten Absolutismus,
in: Der Staat Bd. 12 (1973), S. 45-63

CONRAD, Johannes
Die Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts nach der Reichsverfassung vom 11. 8. 1919,
Diss. Breslau 1932

CONRAD, Wolfgang
Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche,
Göttingen 1964

CROME, Carl
System des deutschen bürgerlichen Rechts,
Tübingen, Leipzig, 1900

- CZERMAK, Gerhard
Schule und Weltanschauungsfreiheit,
Diss. Würzburg 1972
- DAHM, Georg
Deutsches Recht,
2. Aufl. Stuttgart 1963
- DERNEURG, Heinrich
Lehrbuch des preußischen Privatrechts,
Erster Band: Die allgemeinen Lehren und das Sachenrecht,
5. Aufl. 1894
- DETIG, Elmar
Die Bedeutung der Artikel 15, 16 und 18 der Preußischen Verfassungs-
urkunde von 1850 für das Verhältnis von Staat und katholischer Kir-
che unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Kirchenhoheit
nach dem Verständnis des Verfassungsgebers und der preußischen
Staatsregierung,
jur. Diss. Köln 1971
- DIETRICH, Anton
Die Ausgestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Verfas-
sung des Deutschen Reiches vom 28. März 1849 und ihre geschichtlichen
Voraussetzungen,
jur. Diss. Würzburg 1969
- DOPJANS, Günter
Allgemeine Wehrpflicht und Geistlichenprivileg im sozialen Rechts-
staat,
jur. Diss. Münster 1972
- DROSTE ZU FISCHERING, Franz Freiherr
Über Kirche und Staat,
2. Aufl. Münster 1838
- DRYGALSKI, Reinhart von
Die Einwirkungen der Kirchen auf den Religionsunterricht an öffentli-
chen Schulen,
Göttingen 1967
- DÜRIG, Günter
Die Rechtsstellung der katholischen Privatschulen im Lande Bremen,
Tübingen 1964
- DUSKE, Johannes
Die Dotationspflicht des preußischen Staates für die allgemeine Ver-
waltung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union,
Berlin 1929
- EBERS, Godehard Josef
Staat und Kirche im neuen Deutschland,
München 1930
- EHMKE, Horst
Prinzipien der Verfassungsinterpretation,
in: WVDStRL Bd. 20 (1961), S. 53-98

EHRET,

Anm. zum Urteil des Landgerichts Rottweil vom 21. 12. 1957,
in: NJW Jg. 12 (1959), S. 1090

EICHMANN, Eduard

Staat, Religion, Religionsgesellschaften nach der neuen Reichsverfassung (Rektoratsrede),
München 1930

EISENHARDT, Ulrich

Der Begriff der Toleranz im öffentlichen Recht,
in: JZ Jg. 23 (1968), S. 214-219

ELTZBACHER, Paul

Die Handlungsfähigkeit nach deutschem Bürgerlichen Recht,
Band I: Das rechtswirksame Verhalten,
Berlin 1903

ENDEMANN, F.

Lehrbuch des BGB, 1. Band,
6. Aufl. Berlin 1899, 7. Aufl. Berlin 1900, 8. Aufl. Berlin 1902

ENGELHARDT, Hanns

Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland,
Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1968

- Kirchenaustritt und Wohnsitzwechsel,
in: DVBl Jg. 84 (1969), S. 18-20
- Der Austritt aus der Kirche,
Frankfurt/M 1972

ERLER, Adalbert

Kirchenrecht,
3. Aufl. München und Berlin 1965

ERZBERGER, Mathias

Klerus und Gehaltsfrage,
Köln 1908

EVERS, Hans-Ulrich

Das Verhältnis der kirchlichen zur staatlichen Gerichtsbarkeit,
in: Festschrift für Erich Ruppel,
Hannover, Berlin, Hamburg 1968, S. 329-353

FELDEN, Emil

Die Trennung von Staat und Kirche. Eine Forderung der Gewissensfreiheit.
Jena 1911

FEUCHTE, P., und DALLINGER, P.

Christliche Schule im neutralen Staat. Die Formen der Volksschule im
Licht des Verhältnisses von Staat und Kirche,
in: DÖV Jg. 20 (1967), S. 361-374

FISCHER, Erwin

Bekenntnis- oder Gemeinschaftsschule? Die Antwort des Grundgesetzes,
München 1966

- Trennung von Staat und Kirche. Die Gefährdung der Religionsfreiheit in
der Bundesrepublik,
2. Aufl. Frankfurt/M / Berlin 1971

FLEINER, Fritz

Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts,
6. und 7. Aufl. Tübingen 1922 (=unveränderter Neudruck der 3. Aufl.
1913)

FÖRSTER, Franz - ECCIUS, M.

Preußisches Privatrecht Bd. 4,
7. Aufl. Berlin 1897

FORSTHOFF, Ernst

Die öffentliche Körperschaft im Bundesstaat,
Tübingen 1931

- Res Sacrae,
in: AÖR N.F. Bd. 31 (1940), S. 209-254
- Lehrbuch des Verwaltungsrechts,
9. Aufl. München und Berlin 1966

FRANK, Hans (Hrsg.)

Deutsches Verwaltungsrecht,
München 1937

FRANK, Johann

Geschichte und neuere Entwicklung des Rechts der kirchlichen Beamten,
in: ZevKR Bd. 10 (1963/64), S. 264-202

FRIEDBERG, Emil

Das evangelische Verfassungsrecht,
Leipzig 1888

- Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechts,
6. Aufl. Leipzig 1906 (Neudruck Frankfurt 1965)

FRIEDRICH, Otto

Einführung in das Kirchenrecht,
Göttingen 1961

FRIEDRICHS, Karl

Juristische Personen,
in: Verw.Archiv Bd. 23 (1915), S. 1-71

FRIESENHAHN, Ernst

Religionsunterricht und Verfassung,
in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Joseph
Krautscheidt und Heiner Marré, Bd. 5,
Münster 1971, S. 67-88

FÜSSLEIN, Rudolf Werner

Vereins- und Versammlungsfreiheit,
in: Neumann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte Bd. II,
Berlin 1954, S. 425-455

FUSS, Ernst Werner

Kirche und Staat unter dem Grundgesetz,
in: DÖV, Jg. 14 (1961), S. 734-740
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich, 1967, S. 233-247

GÄNGER, Hartmut

Staat und Kirche in ihrem Verhältnis zu den evangelisch-theologischen Fakultäten nach den deutschen evangelischen Kirchenverträgen,
jur. Diss. Heidelberg 1966

GAMPL, Inge

Die Rechtsstellung der Kirchen und ihrer Einrichtungen nach österreichischem Recht,
Wien 1965

GASS, Berthold

Zur verfassungsrechtlichen Problematik der saarländischen Arbeitskammer und bremischen Arbeitskammern,
in: DÖV Jg. 13 (1960), S. 778-783

GIERKE, Otto von

Das deutsche Genossenschaftsrecht.
Dritter Band. Die Staats- und Korporationslehre des Alterthums und des Mittelalters und ihre Aufnahme in Deutschland,
Berlin 1881,
Vierter Band: Die Staats- und Korporationslehre der Neuzeit,
Berlin 1913
- Die Genossenschaftstheorie und die deutsche Rechtsprechung,
Berlin 1887
- Deutsches Privatrecht Bd. I,
in: Bindings Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft,
Leipzig 1895

GIESE, Friedrich

Deutsches Kirchensteuerrecht,
Stuttgart 1910
- Das kirchenpolitische System der Weimarer Verfassung,
in: AÖR N. F. Bd. 7 (1924), S. 1-70

GLADE, Hans

Die verfassungsrechtliche Grundlage für die Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften (Art. 138 Abs. 1 und 173 der Deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919),
jur. Diss. Göttingen 1932

GÖRANSSON, Göran

Reform des Staatskirchenrechts in Schweden?
in: ZevKR Bd. 15 (1970), S. 60-76

GRENDL, Wilhelm

Die Eingriffe der auf Grund der Verordnung vom 25. 6. 1937 gebildeten Finanzabteilungen in die kirchliche Verwaltung im Spiegel der Rechtsprechung,
in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 186-193

GRUNDMANN, Siegfried

Das Verhältnis von Staat und Kirche auf der Grundlage des Vertragskirchenrechts,
in: Österreichisches Archiv für Kirchenrecht, Bd. 13 (1962), S. 281-300,
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1967, S. 248-264

GRUNDMANN, Siegfried

Art. Säkularisation,

in: Evangelisches Staatslexikon, 1. Aufl. Stuttgart, Berlin 1966,
Sp. 1892-Sp. 1896

- Das Bundesverfassungsgericht und das Staatskirchenrecht,
in: JZ Jg. 21 (1966), S. 81-86
- Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgericht in Kirchensteuersachen und das Staatskirchenrecht,
in: JZ Jg. 22 (1967), S. 193-198
- Laizistische Tendenzen im heutigen Staatskirchenrecht,
in: Staat und Kirche, Festschrift für Bischof D. Hermann Kunst D.D.
zum 60. Geburtstag,
Berlin 1967, S. 126-133

GÜNTHER, Paul

Nationalsozialismus und evangelische Kirche im Warthegau,
Göttingen 1958

HAAGER, Martin

Die Garantie der Vermögenswerte der Religionsgesellschaften und religiösen Vereine nach Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 138 Abs. 2 WRV,
jur. Diss. München 1968

HÄBERLE, Peter

- Kirchliche Gewalt als öffentliche und "mittelbar" staatliche Gewalt.
Zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 17. 2. 1965,
in: ZevKR Bd. 11 (1964/65), S. 395-403
- Anmerkung zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 4. 10. 1965,
in: DVBl Jg. 81 (1966), S. 216-219
- "Gemeinrechtliche" Gemeinsamkeiten in der Rechtsprechung staatlicher und kirchlicher Gerichte? Die Bindung an das Gesetz und das richterliche Prüfungsrecht,
in: JZ Jg. 21 (1966), S. 384-389

HAENEL, Albert

Deutsches Staatsrecht,

in: Bindings Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft, Abt. V, Teil 1,
Bd. I, Leipzig 1892

HAENSSLER, Ernst Hermann

Theologie - ein Fremdkörper in der Universität der Gegenwart,
Bern 1960

HALLER, Peter

Der Rechtskampf der Bekennenden Kirche und ihre Juristen,
jur. Diss. Freiburg 1963

HAMANN, Andreas - LENZ, Helmut

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland,
Neuwied, Berlin, 2. Aufl. 1961, 3. Aufl. 1970

HAMEL, Walter

Die Bedeutung der Grundrechte im sozialen Rechtsstaat,
Berlin 1957

- Die Gewissensfreiheit im Grundgesetz,
in: AöR Bd. 89 (1964), S. 322-335
- Deutsches Staatsrecht, I. Grundbegriffe,
Berlin 1971

HANSCH, Karl

Die Disziplinargerichtsbarkeit in der evangelischen Kirche,
Göttingen 1961

HARLING, Otto von

Der Rechtsschutz im kirchlichen Amtsrecht,
in: NJW Jg. 20 (1967), S. 2299-2300

HATTENHAUER (Hrsg.), Hans

Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, Textausgabe.
Mit einer Einführung von ... (s.o.) und einer Bibliographie von
Günther Bernert,
Frankfurt/Main und Berlin 1970

HECKEL, Johannes

Das staatskirchenrechtliche Schrifttum der Jahre 1930 und 1931,
in: VerwArch. Bd. 37 (1932), S. 280-299

- Melancthon und das heutige deutsche Staatskirchenrecht,
in: Um Recht und Gerechtigkeit, Festgabe für Erich Kaufmann,
Stuttgart 1950, S. 83-102
- abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Homburg v.d.H. / Berlin / Zürich, 1967, S. 17-34
- Kirchengut und Staatsgewalt,
in: Rechtsprobleme in Staat und Kirche, Festschrift für Rudolf Smend zum 70. Geburtstag, Göttingen 1952, S. 103 ff.
abgedruckt auch in Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1967, S. 44-78

HECKEL, Martin

- Staat und Kirche nach den Lehren der evangelischen Juristen Deutschlands in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts,
in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Bd. 73 Kan Abt. 42 (1956), S. 117-247, Bd. 74 Kan Abt. 43 (1957), S. 202-308
- Staat - Kirche - Kunst. Rechtsfragen kirchlicher Kulturdenkmäler. Tübingen 1968
- Die Kirchen unter dem Grundgesetz,
in: VVDStRL Bd. 26 (1968), S. 5-56

HEINZE, Gerhard B.

- Plädoyer für ein zeit- und verfassungsgemäßes Kirchensteuersystem,
in: ZRP Jg. 2 (1969), S. 97-99
- Verfassungskonforme Gestaltung des Kirchensteuer-Inkassos,
in: ZRP Jg. 3 (1970), S. 34-35

HERING, Carl Joseph

Zur Interpretation der Formel "innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes" (Art. 140 GG/137 III 1 WRV),
in: Festschrift für Hermann Jahrreiss, Köln u.a. 1964, S. 87-99

HERMANN, Karl-August

Geschichtliche Entwicklung und Rechtsgrundlagen der Staatsleistungen an die evangelische Kirche unter besonderer Berücksichtigung der niederrheinischen Gebiete,
jur. Diss. Köln 1954

HERZOG, Roman

Allgemeine Staatslehre,
Frankfurt/Main 1971

HESSE, Konrad

- Schematische Parität der Religionsgemeinschaften nach dem Grundgesetz?
in: ZevKR Bd. 3 (1953/54), S. 189-200
- Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. 2. 1954,
in: ZevKR Bd. 4 (1954/55), S. 330
- Das neue Bauplanungsrecht und die Kirchen,
in: ZevKR Bd. 5 (1956), S. 62-77
- Der Rechtsschutz durch staatliche Gerichte im kirchlichen Bereich,
Göttingen 1956
- Staatskirchenrechtliche Voreiligkeiten?,
in: ZevKR Bd. 6 (1957/58), S. 177-182
- Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16. 3. 1961,
in: JZ Jg. 16 (1961), S. 449
- Die Entwicklung des Staatskirchenrechts seit 1945,
in: JÖR N.F. Bd. 10 (1961), S. 3-121
- Freie Kirche im demokratischen Gemeinwesen,
in: ZevKR Bd. 11 (1964/65), S. 337-362
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundes-
republik, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1967, S. 334-357

HEUMANN, Hermann Gottlieb - E. SECKEL

Handlexikon zu den Quellen des römischen Rechts,
9. Aufl. Jena 1914

HINSCHIUS, Paul

Allgemeine Darstellung der Verhältnisse von Staat und Kirche,
in: Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
in Monografien, Erster Band, Allgemeiner Theil, Erster Halbband,
Freiburg und Tübingen 1883 und 1887, S. 187-372

HIPPEL, Eike von

Umwelt und Recht. Die Konkretisierung der Grundrechtsnormen - darge-
stellt am Beispiel der Religionsfreiheit in den USA -,
in: NJW Jg. 20 (1967), S. 539-541

HIPPEL, Ernst von

Allgemeine Staatslehre,
2. Aufl. Berlin, Frankfurt/Main 1967

HÖLDER, Eduard

Kommentar zum Allgemeinen Teil des BGB,
München 1900

HÖMIG, Klaus Dieter

Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 und seine Be-
deutung für Staat und Kirche,
Tübingen 1969

HOFMANN, Werner

- Ablösung oder Anpassung der Kirchenbaulast des Staates?,
in: ZevKR Bd. 10 (1963/64), S. 369-381
- Die religiöse Kindererziehung in verfassungsrechtlicher Sicht,
in: FamRZ Jg. 12 (1965), S. 61-67
- Christliche Gemeinschaftsschule in verfassungsrechtlicher Sicht,
in: DVBl Jg. 82 (1967), S. 439-442

HOLLERBACH, Alexander

Die staatskirchenrechtliche Ordnung des Grundgesetzes in der ge-
genwärtigen Diskussion,
in: Hollerbach/Scheuer/Strauß, Totalrevision des Grundgesetzes?
Karlsruhe 1971, S. 43-53

HOLLERBACH, Alexander

- Anmerkung zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 28. 4. 1965, in: JZ Jg. 20 (1965), S. 612-615
- Das Staatskirchenrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, in: AöR Bd. 92 (1967), S. 99-127
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Hamburg v.d.H., Berlin, Zürich 1967, S. 401 ff.
- Die Kirchen unter dem Grundgesetz, in: WDStRL Bd. 26 (1968), S. 57-106
- Die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Joseph Krautseidt und Heiner Marré, Bd. 1, Münster 1969, S. 46-67

HOLLIGER, Jakob

Das Kriterium des Gegensatzes zwischen dem öffentlichen Recht und dem Privatrecht,
jur. Diss. Zürich 1904

HUBER, Ernst Rudolf

Die Garantie der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung,
Tübingen 1927

- Verträge zwischen Staat und Kirche im Deutschen Reich, Breslau 1930
- Bedeutungswandel der Grundrechte, in AöR N.F. Bd. 23 (1933), S. 1-98

HUBER, Ernst Rudolf (Hrsg.)

Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. I,
Stuttgart 1961

HUBRICH, Eduard

Über die Entstehung öffentlichrechtlicher Korporationen in Preußen,
in: Archiv für bürgerliches Recht Bd. 33 (1909), S. 22-44

HÜBSCHMANN / HEPP / SPITALER

Abgabenordnung - Kommentar -,
1.-6. Aufl. (Stand der Lieferung 72/November 1972), Köln 1972

IHERING, Rudolf von

Der Zweck im Recht, Bd. I,
3. Aufl. Leipzig 1893, 6.-8. Aufl. Leipzig 1923

IMDAHL, Bruno

Das Rechtsverhältnis zwischen Staat und Kirche und seine Bedeutung für die Geltung kirchlichen Rechts im weltlichen Bereich,
jur. Diss. Köln 1971

IPSEN, Hans-Peter

Gleichheit,
in: Neumann-Nipperdey-Scheuner,
Die Grundrechte Bd. II, Berlin 1954, S. 111-198

ISENSEE, Josef

Subsidiaritätsprinzip und Verfassungsrecht. Eine Studie über das Regulative des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft,
Berlin 1968

- Beamtenstreik, Zur rechtlichen Zulässigkeit des Dienstkampfes,
Bonn-Bad Godesberg 1971

ISRAEL, Carl

Geschichte des Reichskirchenrechts,
Berlin 1922

JACOBI, Erwin

Die Zwangsbeitreibung der Kirchensteuern in der Deutschen Demokratischen Republik,
in: Für Kirche und Recht, Festschrift für Johannes Heckel zum 70. Geburtstag, hrsg. von Siegfried Grundmann, Köln, Graz, 1959, S. 56-85

JECHT, Hans

Die öffentliche Anstalt,
Berlin 1963

JELLINEK, Georg

Allgemeine Staatslehre. Recht des modernen Staats Bd. I,
1. Aufl. Berlin 1900, 2. Aufl. Berlin 1905, 3. Aufl. Berlin 1922
- System der subjektiven öffentlichen Rechte,
2. Aufl. Tübingen 1905, Neudruck Tübingen 1919

JELLINEK, Walter

Verwaltungsrecht,
3. Aufl. 1931, unveränderter Neudruck Offenburg 1948

JESS, Edmund

Die Körperschaften des öffentlichen Rechts im heutigen Staat,
jur. Diss. Göttingen 1935

JOHNSEN, Hartmut

Nachprüfung kirchlicher Rechtshandlungen durch staatliche Gerichte,
jur. Diss. Bonn 1956

JURINA, Josef

Der Rechtsstatus der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Bereich ihrer eigenen Angelegenheiten,
Berlin 1971

KAHL, Wilhelm

Lehrsystem des Kirchenrechts und der Kirchenpolitik, I. Hälfte,
Freiburg i. B. und Leipzig 1894

KAISER, Josef Heinrich

Die politische Klausel der Konkordate,
Berlin - München, 1949

KAISER, Mathäus

Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in der katholischen Kirche?,
in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Joseph Krautscheidt und Heiner Marré, Bd. 7, Münster 1972, S. 92-111

- KASTENBAUER, Friedrich
Die Grundlagen des Besteuerungsrechts der Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland,
jur. Diss. Marburg 1967
- KATER, Horst
Die Deutsche Evangelische Kirche in den Jahren 1933 und 1934,
Göttingen 1970
- KATHOLNIGG, Oskar
Katholische Kirche und Rechtsweg,
jur. Diss. Frankfurt 1960
- KELSEN, Hans
Hauptprobleme der Staatsrechtslehre,
2. Aufl. 1923, Tübingen / Neudruck Aalen 1960
- KEMPERMANN, Karl Ludwig
Der Inhaltswandel der öffentlichen Körperschaft,
Bochum-Langendreer, 1936
- KERN, Eduard
Staat und Kirche in der Gegenwart,
Hamburg, Berlin, Bonn 1951
- KEWENIG, Wilhelm
Das Grundgesetz und die staatliche Förderung der Religionsgemeinschaften,
in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Josef Krautscheidt und Heiner Marré, Bd. 6, Münster 1972, S. 9-35
- KIRCHNER, Hildebert
Beiträge zur Geschichte der Entstehung der Begriffe "öffentlich" und "öffentliches Recht",
jur. Diss. Göttingen 1949 (masch.schriftl.)
- KLEIN, Wolfgang
Schule und Religion. Die religiös-weltanschauliche Neutralität des Staates und die Verbreitung religiösen Gedankengutes mit Hilfe des Schulwesens in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Deutschland,
2. Aufl. Hamburg 1969
- KLOTZ, Reinhold
Handwörterbuch der lat. Sprache,
Braunschweig 1847, 1857
- KLUG, Ulrich
Juristische Logik,
2. Aufl. Berlin, Göttingen, Heidelberg 1958
- KOELLREUTTER, Otto
Die Beiträge des Staates zu den kirchlichen Verwaltungskosten. Ein Rechtsgutachten.
In: AÖR N.F. Bd. 15 (1928), S. 1-32
- KÖTTGEN, Arnold
Kirche im Spiegel deutscher Staatsverfassung der Nachkriegszeit,
in: DVBl Jg. 67 (1952), S. 485-488

KÖTTGEN, Arnold

Freiheit der Wissenschaft und Selbstverwaltung der Universität,
in: Neumann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, Bd. 2,
2. Aufl. Berlin 1968, S. 291-329

KREFT

Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16. 3. 1961,
in: LM Nr. 3 zu Art. 140 GG

KREUZER, Arthur

Anmerkung zum Urteil des OLG Hamm vom 10. 10. 1967,
in: NJW Jg. 20 (1967), S. 1201-1202

KRÜGER, Gerda

Die Rechtsstellung der vorkonstantinischen Kirchen,
Stuttgart 1935 (Neudruck Amsterdam 1961)

KRÜGER, Herbert

Verfassungsänderung und Verfassungsauslegung,
in: DÖV Jg. 14 (1961), S. 721-728

- Allgemeine Staatslehre,
1. Aufl. Stuttgart 1964 (2. Aufl. 1966)

KRÜGER, Ulrich

Das Prinzip der Trennung von Staat und Kirche,
in: Festschrift für Erwin Jacobi, Ost-Berlin 1957, S. 200 ff., er-
schienen auch als Sonderdruck Berlin (Ost) 1968

KÜHLE, Ernst

Die Aufsicht über die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften
und ihre Gliederungen im Vergleich zu der Staatsaufsicht über die
Gemeinden und Gemeindeverbände,
jur. Diss. Köln 1949

KÜHN, Oskar

Anm. zum Urteil des Landesverwaltungsgerichts Hannover vom 8. 3. 1957,
in: DVBl Jg. 73 (1958), S. 388-389

KÜMMEL, Wilhelm

Die Problematik des kirchlichen Dienstes im Beamten-Besoldungs- und
Tarifrecht des Staates,
in: Recht im Amt Jg. 3 (1956), S. 275-279

LAMMERS, H. H. / SIMONS, W.

Die Rechtsprechung des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich und
des Reichsgerichts auf Grund des Art. 13 Abs. 2 der Reichsverfas-
sung, Bd. I-IV,
Berlin 1927 ff.

LEHMANN, Jürgen

Die kleinen Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts im heuti-
gen Staatskirchenrecht,
Helmstedt, 1959

LEHMANN, Max

Preußen und die katholische Kirche seit 1640. Nach den Akten des ge-
heimen Staatsarchivs, Bd. VI (1786-1792), Stuttgart 1893

LEMPP, Richard

Die Frage der Trennung von Kirche und Staat im Frankfurter Parlament,
Tübingen 1913

LENZ, Hubert

Die Kirche und das weltliche Recht,
Köln 1956

LERCHE, Peter

Übermaß und Verfassungsrecht,
Köln u. a. 1961

LIERMANN, Hans

Deutsches Evangelisches Kirchenrecht,
Stuttgart 1933

- Kirchen und Staat in der Bundesrepublik Deutschland,
in: Österr. Archiv für Kirchenrecht, Bd. 5 (1954), S. 207

LINK, Christoph

Verfassungsrechtliche Fragen zur Aufhebung der Staatskirche,
in: BayVBl. Jg. 12 N.F. (1966), S. 297-304

LISTL, Joseph

Staat und Kirchen in Deutschland. Vom Preußischen Allgemeinen Landrecht bis zum Bonner Grundgesetz.

In: Civitas, Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung, Bd. 6.
(1967), S. 142 ff.

- Die Religionsfreiheit als Individual- und Verbandsgrundrecht in der neueren deutschen Rechtsentwicklung und im Grundgesetz,
in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Joseph Krautscheidt und Heiner Marré, Bd. 3, Münster 1969, S. 34-95
- Das Grundrecht der Religionsfreiheit in der Rechtsprechung der Gerichte der Bundesrepublik Deutschland,
Berlin 1971

LÖHR, Joseph

Ist eine staatliche Kirchenhoheit und eine besondere Staatsaufsicht über die Kirche mit der deutschen Bundesverfassung vereinbar?
Paderborn 1927

LOENING, Edgar

Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Band 1, 2,
Leipzig 1878

- Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts,
Leipzig 1884

LOYCKE, Ernst

Die rechtliche Entwicklung in der evangelischen Kirche der altpreußischen Union von 1937-1945,
in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 64-83, 169-185, 270-311

LUXEMBURGER, Paul August

Die Religionsgesellschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im Freistaat Preußen,
jur. Diss. Münster 1926

LYNCKER, Hilmar

Die Rechtsgrundlagen der öffentlichen Körperschaft im heutigen Verwaltungsrecht,
jur. Diss. Bonn 1960

MAHLER, Karl (Hrsg.)

Die Programme der politischen Parteien in Deutschland,
3. Aufl. Leipzig 1911

MAHRENHOLZ, Ernst Gottfried

Die Kirchen in der Gesellschaft der Bundesrepublik,
Hannover 1969

MAHRENHOLZ, Hans Christian

Die Mitwirkung der evangelischen Kirche bei der Besetzung der Lehrstühle an den evangelisch-theologischen Fakultäten,
in: ZevKR Bd. 5 (1956), S. 219-273

MAMPFEL, Siegfried

Die Verfassung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands,
2. Aufl. Frankfurt/Main 1966

MANGOLDT, Hermann von - KLEIN, Friedrich

Das Bonner Grundgesetz - Kommentar -
2. Aufl. Berlin und Frankfurt 1957

MANN, D. und U.

Welcher Rechtsweg kann für die vermögensrechtlichen Ansprüche der Geistlichen und Kirchenbeamten eröffnet werden?
in: DVBl Jg. 77 (1962), S. 243-247

MARRÉ, Heiner

Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland. Neue Entwicklungen im Staatskirchenrecht,
in: Zeitschrift für Politik N. F. Bd. 12 (1966), S. 388 ff.

- Zur Koordination von Staat und Kirche,
in: DVBl Jg. 81 (1966), S. 10-15
- Zum Wesen des gegenwärtigen kirchlichen Besteuerungsrechts,
in: Gedächtnisschrift Hans Peters,
Berlin, Heidelberg, New York 1967, S. 302-327

MARRÉ, Heiner - SCHLIEF, Karl Eugen

Der öffentlich-rechtliche Gesamtstatus der Kirchen,
in: NJW Jg. 18 (1965), S. 1514-1517

MARTENS, Wolfgang

Öffentlich als Rechtsbegriff,
Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1969

- Kirchenglocken und Polizei,
in: Verfassung, Verwaltung, Finanzen,
Festschrift für Gerhard Wacke zum 70. Geburtstag,
Köln 1972, S. 343-354

MARTENS, W.

Die Beziehungen der Überordnung, Nebenordnung und Unterordnung zwischen Staat und Kirche,
Stuttgart 1877

MAUNZ, Theodor

- Der Streit um die Körperschaft des öffentlichen Rechts,
Deutsche Verwaltungsblätter = Jg. 84 der Bayerischen Verwaltungsblätter
(1936), S. 1-4
- Verwaltung,
Hamburg 1937
- Staatskirchenrechtliche Regelungen durch Bundesrecht,
in: BayVBl Jg. 14 N.F. (1968), S. 1-5
- Deutsches Staatsrecht,
17. Aufl. München 1969
- Die religiöse Neutralität des Staates,
in: Arch. f. kath. Kirchenrecht Bd. 139 (1970), S. 427-442
- Der öffentliche Charakter der kirchlichen Aufgaben,
in: Festschrift für Ernst Forsthoff zum 70. Geburtstag,
hrsg. von Roman Schnur, München 1972, S. 229-240

MAUNZ, Theodor - DÜRIG, Günther - HERZOG, Roman

Grundgesetz. Kommentar,

3. Aufl. München 1968 (Stand der 12. Lieferung 1971)

MAURER, Hartmut

Die Verwaltungsgerichtbarkeit der evangelischen Kirche,
Göttingen 1958

- Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16. 3. 1961,
in: DVBl Jg. 76 (1961), S. 624
- Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 19. 9. 1966,
in: JZ Jg. 22 (1967), S. 408-410
- Grundprobleme der kirchlichen Gerichtsbarkeit,
in: ZevKR Bd. 17 (1972), S. 48-87

MAUSBACH, Joseph

Kulturfragen in der Deutschen Verfassung. Eine Erklärung wichtiger
Verfassungsartikel.

Mönchen-Gladbach 1920

MAUTHNER, Fritz

Der Atheismus und seine Geschichte im Abendlande Bd. 1,
Stuttgart - Berlin 1920, Neudruck Hildesheim 1963

MAYER, F.F.

Grundsätze des Verwaltungsrechts,
Tübingen 1862

MAYER, Otto

Das Staatsrecht des Königreichs Sachsen,
Tübingen 1909

- Deutsches Verwaltungsrecht, 2. Band,
2. Aufl. 1917, 3. Aufl. 1924

MAYER-SCHEU, Hansjosef

Grundgesetz und Parität der Kirchen und Religionsgemeinschaften,
Mainz 1970

MEIER, Gert

Die Entscheidung kirchlicher Angelegenheiten durch staatliche Gerichte
in: DVBl Jg. 82 (1967), S. 703-710

MEINECKE, Werner

Die Kirche in der volksdemokratischen Ordnung der Deutschen Demokrati-
schen Republik,
(Ost-)Berlin 1962

MENGER, Christian Friedrich

Zum staatlichen Rechtsschutz gegenüber kirchlichen Amtshandlungen,
in: MDR Jg. 9 (1955), S. 512-514

MEURER, Christian

Die juristischen Personen nach deutschem Reichsrecht,
Stuttgart 1901

MEYER, Georg

Besprechung von: Heinrich Rosin, Das Recht der öffentlichen Genossenschaft,
in: Goldschmidts Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht, Bd. 33
(1887), S. 129

- Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts, Band 1,
2. Aufl. Leipzig 1893
- Lehrbuch des deutschen Staatsrechts,
6. Aufl. (bearbeitet von Gerhard Anschütz) Leipzig 1905

MEYER, Wolfgang

Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. 4. 1972,
in: DVBl Jg. 87 (1972), S. 924-926

MIKAT, Paul

- Kirchen und Religionsgemeinschaften,
in: Bettermann-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte, Bd. IV, 1. Halbband,
Berlin 1960, S. 111-243
- Grundfragen des staatlichen Kirchenaustrittsrechts,
in: Festschrift der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der
Julius-Maximilians-Universität Würzburg zum 75. Geburtstag von Hermann
Nottarp, hrsg. von Paul Mikat, Karlsruhe 1961, S. 197 ff.
- Kirchliche Streitsachen vor den Verwaltungsgerichten,
in: Staatsbürger und Staatsgewalt, Jubiläumsschrift zum 100jährigen
Bestehen der Verwaltungsgerichtsbarkeit und zum zehnjährigen Bestehen
des Bundesverwaltungsgerichts, Karlsruhe 1963, Bd. 2, S. 315-342
- Das Verhältnis von Kirche und Staat in der Bundesrepublik,
Berlin 1964
- Kirche und Staat in nachkonziliarer Sicht,
in: Festschrift für H. Kunst, 1967, S. 105-125
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundes-
republik, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1967, S. 427-443
- Grundfragen des Kirchensteuerrechts unter besonderer Berücksichtigung
der Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen,
in: Gedächtnisschrift Hans Peters, Berlin - Heidelberg - New York 1967,
S. 328-349
- Gegenwartsaspekte im Verhältnis von Kirche und Staat in der Bundesre-
publik Deutschland,
in: Ecclesia et ius, Festgabe für Admar Scheuermann zum 60. Geburts-
tag, München, Paderborn, Wien 1968

MOHL, Robert von

Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, II. Band,
Tübingen 1862

MOY, Ernst von

Das Staatsrecht des Königreichs Bayern,
München 1840

- MÜLLER, Hans
Katholische Kirche und Nationalsozialismus, Dokumente 1930-1935. Mit
einer Einleitung von Kurt Sontheimer,
München 1963
- MÜLLER, Friedrich
Christliche Gemeinschaftsschule und weltanschauliche Neutralität des
Staates,
in: DÖV Jg. 22 (1969), S. 441-445
- MÜLLER, Klaus
Der Finanzrechtsweg nach Landesrecht,
in: BB Jg. 22 (1967), S. 623-626
- MÜLLER, Konrad
Die Gewährung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an
Religionsgesellschaften gemäß Art. 137 Abs. V S. 2 WRV,
in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 139-168
- Der Loccumer evangelische Kirchenvertrag als Spiegel der staatskirchen-
rechtlichen Lage der Bundesrepublik,
in: DÖV Jg. 8 (1955), S. 421-427
- MÜLLER-VOLBEHR, Jörg
Besprechung von Hans-Jochen Brauns, Staatsleistungen an die Kirchen
und ihre Ablösung,
in: ZevKR Bd. 16 (1971), S. 236-240
- MÜNCH, Ingo von
Rechtsgutachten zur Frage eines Streikrechts der Beamten (maschinen-
schriftliche Vervielfältigung),
Hilden 1970
- Beamtenstreik und Sozialstaatsprinzip,
in: Zeitschrift für Beamtenrecht, Jg. 1970, S. 371 ff.
- MUSSGUG, Reinhard
Besprechung von: Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepub-
lik Deutschland, 1968,
in: DÖV Jg. 21 (1968), S. 589-590
- MUUS, Hans-Peter
Kirchengut und öffentliche Sachen,
in: ZevKR Bd. 11 (1964/65), S. 123-138
- NAPPENBACH, Heinz
Das Wesen der Staatsaufsicht,
jur. Diss. Würzburg 1965
- NEGELE, Günter
Die Übernahme der Weimarer Kirchenartikel in das Bonner Grundgesetz,
jur. Diss. Tübingen 1958
- NEUMANN, Johannes
Die theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten nach
dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland,
in: Jus sacrum, Klaus Mörsdorf zum 60. Geburtstag,
München - Paderborn - Wien 1968, S. 853-879

NETTELBLADT, Daniel

Systema elementare universae jurisprudentiae naturalis,
5. ed. 1785

NIEDNER, Johannes

Die Ausgaben des preußischen Staats für die evangelische Landeskirche
der älteren Provinzen,
Stuttgart 1904 (Neudruck Amsterdam 1963)

NIEMEYER, Johannes

Das Verhältnis von Kirche und Staat im Recht der Bundesrepublik
Deutschland,
jur. Diss. Würzburg 1961

NIEMÖLLER, Wilhelm

Die Evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkamp-
fes,
Bielefeld 1956

NUYKEN, Wessel

Das Staatskirchenrecht in der Entwicklung,
in: Kirchliches Jahrbuch f. d. Evang. Kirche in Deutschland 1970,
Gütersloh 1972, S. 365-372

- Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. 2. 1970,
in: NJW Jg. 23 (1970), S. 1433-1434

OBERMAYER, Klaus

Staatskirchenrecht im Wandel,
in: DÖV, 20. Jg. (1967), S. 9-17
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesre-
publik, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1967, S. 382-400

- Gemeinschaftsschule, Auftrag des Grundgesetzes,
München 1967
- Staatskirchenrechtliche Grundvorstellungen in den Konkordats-theorien
des 19. Jahrhunderts,
in: DÖV Jg. 20 (1967), S. 505-515

OESCHEY, Rudolf

Der Erwerb der Kirchenmitgliedschaft nach dem Staatskirchenrecht des
Deutschen Reiches,
in: AÖR N.F. Bd. 16 (1929), S. 1-80

OPITZ, Manfred

Der Schutz von Kirchengut und Kirchenvermögen nach dem Bonner Grundgesetz,
jur. Diss. Göttingen 1968

OSSENBUHL, Fritz

Probleme und Wege der Verfassungsauslegung,
in: DÖV Jg. 18 (1965), S. 649-661

OTT, Sieghart

Zur politischen Betätigung von Weltanschauungsgemeinschaften, Bemerkun-
gen zum Urteil des BVerwG vom 23. 9. 1971,
in: DÖV Jg. 24 (1971), S. 763-764

OTT, Bernhard

Die öffentlich-rechtliche Stellung der Religionsgemeinschaften im
Staat,
jur. Diss. Würzburg 1956

PABST, Martin

Zum Rechtsschutz im kirchlichen Amtsrecht,
in: ZevKR Bd. 17 (1972), S. 116-127

PAGENDARM

Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 3. 11. 1955,
in: BGH LM Nr. 37 zu Art. 34 GG

PARISIUS, Ludolf - CRÜGER, Hans

Kommentar zum Reichsgesetz die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
betreffend, vom 20. V. 1898,
3. Aufl. Berlin 1899

PAULICK, Heinz

Kirchensteuer und Grundgesetz,
in: Staat und Gesellschaft, Festgabe für Günther Küchenhoff,
Göttingen 1967, S. 159-171

PERNUTZ, Karl

Das Verhältnis von Staat und Kirche nach der Weimarer Verfassung,
Diss. Jena 1928

PETER, Hansjoachim

Zur geschichtlichen Grundlegung der Staatsleistungen an die evangelische
und katholische Kirche unter besonderer Berücksichtigung der badisch-
württembergischen Gebiete,
jur. Diss. Heidelberg 1971

PETERS, Hans

Lehrbuch der Verwaltung,
Berlin, Göttingen, Heidelberg 1949

- Die Gegenwartslage des Staatskirchenrechts,

in: WdStRL Bd. 11 (1954), S. 177-214

abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesre-
publik, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1967, S. 88-120

PFEIFFER, K.

Die Lehre von den juristischen Personen nach gemeinem und württembergi-
schen Rechte,
Tübingen 1847 (Neudruck 1970)

PIRSON, Dietrich

Art. Öffentlichkeitsanspruch,
in: Evangelisches Staatslexikon, Stuttgart, Berlin 1966

- Kirchliches Recht in der weltlichen Rechtsordnung,

in: Festschrift für Erich Ruppel, Hannover - Berlin - Hamburg 1968,
S. 277-311

PLASSMANN, Engelbert

Staatskirchenrechtliche Grundgedanken der deutschen Kanonisten an der
Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert,
Freiburg / Basel / Wien 1968

PRAŽÁK, Georg

Die principielle Abgrenzung der Kompetenz der Gerichte und Verwaltungs-
behörden,

in: AÖR Bd. 4 (1889), S. 241-313

PREUSS, Ulrich K.

Zum staatsrechtlichen Begriff des Öffentlichen, untersucht am Beispiel des verfassungsrechtlichen Status kultureller Organisationen,
Stuttgart 1969

PUFENDORF, Samuel

De jure naturae et gentium cum annontatis Joannis Hertii,
et. nova, 1716

QUARITSCH, Helmut

- Anmerkung zu: Entscheidungen von Gerichten der Bundesrepublik Deutschland über die Frage des Anspruchs politischer Parteien auf Sendezeit im Wahlkampf,
in: Jahrbuch für Internationales Recht Bd. 8 (1959), S. 339-347
- Artikel "Öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten",
in: Hans Seischab/Karl Schwantag (Hrsg.), Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl. 1957-1960 Bd. III, Sp. 4213-4218
- Kirchen und Staat,
in: Der Staat Bd. 1 (1962), S. 175 ff., 289 ff.,
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1967, S. 265-310
- Neues und Altes über das Verhältnis von Kirche und Staat,
in: Der Staat Bd. 5 (1966), S. 458-474,
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Homburg v.d.H., Berlin, Zürich 1967, S. 358-381
- Zurück zur juristischen Methode im Staatskirchenrecht,
in: NJW Jg. 19 (1966), S. 764-766
- Staat und Kirche,
in: Studium Generale Bd. 21 (1968), S. 734-748
- Anwaltsvertretung vor Kirchenbehörden,
in: DÖV Jg. 22 (1969), S. 276-279
- Staat und Souveränität, Band 1: Die Grundlagen,
Frankfurt 1970
- Besprechung von: Martin Heckel, Staat - Kirche - Kunst,
in: DÖV Jg. 25 (1972), S. 832-833

QUIDDE, Torsten

Grundrechtsschutz vor Zwangsmitgliedschaften,
in: DÖV Jg. 11 (1958), S. 521 (524)

RAMM, Thilo

Das Koalitions- und Streikrecht der Beamten,
Köln 1970

RASCH, E.

Entstehung und Auflösung von Körperschaften des öffentlichen Rechts,
in: DVBl Jg. 85 (1970), S. 765-770

RASENACK, Christian

Zum Abzugsverfahren bei der Kirchensteuer,
in: BB Jg. 23 (1968), S. 539-544

RAUCH, Oskar

Die arbeitsrechtliche Sonderstellung der Angestellten und Arbeiter im kirchlichen Dienst,
jur. Diss. Erlangen-Nürnberg 1962

REGELSBERGER, Ferdinand

Pandekten,

in: Bindings Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft, Abt. 1, Teil VII, Band 1, Leipzig 1893

REICKE, Siegfried

Art. Parochialrecht,

in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 5, 3. Aufl. Tübingen 1961, Sp. 118-119

REIS, Hans

Konkordat und Kirchenvertrag in der Staatsverfassung,

in: JÖR N.F. Bd. 17 (1968), S. 165-394

REPPEL, Klaus

Der Staat und die Vorschriften über die Ausbildung der Geistlichen,
jur. Diss. Bonn 1966

RETZBACH, Anton

Das Recht der katholischen Kirche nach dem CODEX IURIS CANONICI,
7. Aufl. Freiburg - Basel - Wien 1963

RIDDER, Helmut

Staatliche Wiederaufbaupflichten gegenüber den Domkapiteln und bischöflichen Stühlen im ehemals preußischen Gebiet. Rechtsgutachten,
in: AöR Bd. 80 (1955/56), S. 127-157

- Art. Kirche und Staat,

in: Staatslexikon Bd. 4, 6. Aufl. Freiburg i. Br. 1959, Sp. 991-1050

RINKEN, Alfred

Das Öffentliche als verfassungstheoretisches Problem,
Berlin 1971

ROSIN, Heinrich

Zur Lehre von der Corporation und Gesellschaft, insbesondere der erlaubten Privatgesellschaft, nach ALR und heutigem preußischen Recht,
in: Gruchots Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, Jg. 1883, S. 108 ff.

- Das Recht der öffentlichen Genossenschaft,

Freiburg i. B. 1886

ROSSKOPF, Christian

Staat und Kirche des 19. und 20. Jahrhunderts im Spiegel verfassungsrechtlicher Zeugnisse,

in: Kirche und Staat im 19. und 20. Jahrhundert, Vorträge - Aufsätze - Gutachten, Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für das Archiv- und Bibliothekswesen in der evangelischen Kirche, Band 7, Neustadt an der Aisch, 1968, S. 46 ff.

ROTH, Paul

Deutsches Privatrecht,
Tübingen 1880

ROTHENBÜCHER, Karl

Die Trennung von Kirche und Staat,
München, Berlin 1908

RÜFNER, Wolfgang

Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit der Kirchensteuer,
in: NJW Jg. 24 (1971), S. 15-19

RÜFNER, Wolfgang

Die Geltung von Grundrechten im kirchlichen Bereich,
in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Joseph
Krautscheidt und Heiner Marré, Bd. 7, Münster 1972, S. 9-27

RÜTHERS, Bernd / SÖHNEN, Rüdiger

Demokratisierung durch Beamtenstreik?,
in: Der Staat Bd. 11 (1972), S. 550-560

RULAND, Franz

Die Nachbesteuerung aus der Kirche Ausgetretener,
in: DVBl Jg. 84 (1969), S. 15-17

RUPPEL, Erich

Die Behandlung der Religionsgesellschaften als Körperschaften des
öffentlichen Rechts in der neueren Gesetzgebung,
in: Archiv für evangelisches Kirchenrecht Bd. 5 (1941), S. 1-29

- Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der evangelischen Kirche,
in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Joseph
Krautscheidt und Heiner Marré, Bd. 7, Münster 1972, S. 53-69

SÄCKER, Horst

Der verfassungsrechtliche Schutz gegen innerkirchliche Maßnahmen,
jur. Diss. Würzburg 1968

- Die Grundrechtsbindung der kirchlichen Gewalt,
in: DVBl Jg. 84 (1969), S. 5-10
- Die Mitgliedschaft im Kirchensteuerverband,
in: Bayerische Verwaltungsblätter Jg. 16 N.F. (1970), S. 314-317
- Anmerkung zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 31. März 1971,
in: DVBl Jg. 86. (1971), S. 553-555

SÄGMÜLLER, Johannes Baptist

Der Rechtsanspruch der katholischen Kirche in Deutschland auf finan-
zielle Leistungen seitens des Staates,
Freiburg 1913

SÄLZER, Gerd

Aspekte verfassungsrechtlicher Problematik der Kirchengemeinkommensteuer,
in: NJW Jg. 23 (1970), S. 169-174

SALZWEDEL, Jürgen

Staatsaufsicht in der Verwaltung,
in: WDStRL Bd. 22 (1965), S. 206-263

SANNIG, Günther

Kann der Bau einer Kirche verboten werden?
in: Staats- und Kommunalverwaltung, Jg. 1970, S. 11-12

SARTORIUS, Carl

Die staatliche Verwaltungsgerichtsbarkeit auf dem Gebiete des Kirchen-
rechts,
München 1891

SARWEY, Otto von

Allgemeines Verwaltungsrecht,
in: Marguardsens Handbuch des öffentlichen Rechts, I, 2,
Freiburg und Tübingen 1884

SAVIGNY, Friedrich Carl von

System des heutigen römischen Rechts,
Berlin 1849

SCHEFFER, Klaus

Grundrechte und Beamtenrecht,
jur. Diss. Tübingen 1966

SCHÉFFLER, Gerhard

Die Stellung der Kirche im Staat nach Art. 140 GG in Verb. mit Art.
137 WRV,
Hamburg 1964

SCHÉFFLER, Gerhard - MARRÉ, Heiner

Zur Koordination von Staat und Kirche,
in: DVBl Jg. 82 (1967), S. 442-445

SCHEIDEMANTEL, Heinrich Gottfried

Das Staatsrecht nach der Vernunft und den Sitten der vornehmsten
Völker,
1773

SCHEUNER, Ulrich

Auflösung des Staatskirchenrechts?,

in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 382-393

- Die Nachprüfung kirchlicher Rechtshandlungen durch staatliche Gerichte,
in: ZevKR Bd. 3 (1953/54), S. 352-359
- Die staatskirchenrechtliche Tragweite des Kirchenvertrags von Kloster Loccum,
in: ZevKR Bd. 6 (1957/58), S. 1 ff.
- Kirche und Staat in der neueren deutschen Entwicklung,
in: ZevKR Bd. 7 (1959/60), S. 225-273
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1967, S. 156-198
- Auseinandersetzungen und Tendenzen im deutschen Staatskirchenrecht,
in: DÖV Jg. 19 (1966), S. 145-153
- Voraussetzungen und Form der Errichtung öffentlicher Körperschaften,
in: Gedächtnisschrift Hans Peters, Berlin, Heidelberg, New York 1967, S. 797-821
- Erörterungen und Tendenzen im gegenwärtigen Staatskirchenrecht der Bundesrepublik,
in: Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Joseph Krautscheidt und Heiner Marré, Bd. 1, 1969, S. 108-138
- Kirchensteuer und Verfassung,
in: ZRP Jg. 2 (1969), S. 195-197

SCHEVEN, Dieter

Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. 10. 1966,
in: Zeitschr. für Beamtenrecht Jg. 1967, S. 163

- Anmerkung zum Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 17. 10. 1967,
in: JZ Jg. 23 (1968), S. 181-182
- Ist der kirchliche Dienst öffentlicher Dienst?
in: Zeitschrift für Beamtenrecht Jg. 1964, S. 289-294

SCHICK, Walter

Der Beamte als Grundrechtsträger,
in: Zeitschrift für Beamtenrecht, Jg. 1963, S. 67-73

SCHLAICH, Klaus

Kollegialtheorie, Kirche, Recht und Staat in der Aufklärung,
München 1969

SCHLAICH, Klaus

Zur weltanschaulichen und konfessionellen Neutralität des Staates,
in:

Essener Gespräche zum Thema Staat und Kirche, hrsg. von Joseph
Krautscheidt und Heiner Marré, Bd. 4, Münster 1970, S. 9-44

- Neutralität als verfassungsrechtliches Prinzip, vornehmlich im Kul-
turverfassungs- und Staatskirchenrecht,
Tübingen 1972

SCHLEICHER, Hans-Jürgen

Staatliches Rechtsprechungsmonopol und kirchliche Gerichtsbarkeit.
Ein Beitrag zur Auslegung des Art. 92 GG,
jur. Diss. Bochum 1969

SCHLEICHER, Jürgen

Staat und evangelische Kirche seit der Staatsumwälzung 1918,
jur. Diss. Köln 1962

SCHLENZKA, Hans Jochachim

Zur Verfassungsmäßigkeit der kirchlichen Haushaltsbesteuerung unter
besonderer Berücksichtigung der glaubensverschiedenen Ebenen,
in: DVBl Jg. 76 (1961), S. 14-21

SCHLIEF, Karl Eugen

Die Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche und seine Aus-
gestaltung im Bonner Grundgesetz,
jur. Diss. Münster 1961

SCHMIDT, Kurt Dietrich (Hrsg.)

Dokumente des Kirchenkampfes II, Die Zeit des Reichskirchenausschusses
1935-1937, 1. Teil Göttingen 1964, 2. Teil Göttingen 1965

SCHMITT, Carl

Verfassungslehre,
3. Aufl. Berlin 1928 (Neudruck 1957)

SCHMITT, Josef (Hrsg.)

Kirchliche Selbstverwaltung im Rahmen der Reichsverfassung,
Paderborn 1926

SCHNEIDER, Egon

Logik für Juristen,
Berlin, Frankfurt am Main 1965

SCHNEIDER, Ernst

Das Verhältnis von Staat und Kirche nach dem hessischen Verfassungs-
recht,
Diss. Frankfurt 1957

SCHNORR, Gerhard

Öffentliches Vereinsrecht,
Köln u. a. 1965

SCHNORR VON CAROLSFELD, Ludwig

Geschichte der juristischen Person,
München 1933

- Zum Normengrenzrecht auf dem Gebiet des Kirchenrechts, besonders der
Kirchensteuern,
in: Festschrift für Hans Liermann zum 70. Geburtstag, Erlangen 1964,
S. 221-264

- SCHOEN, Paul
Das evangelische Kirchenrecht in Preußen Bd. I,
Berlin 1903 (Neudruck Aalen 1967)
- Das neue Verfassungsrecht der evang. Landeskirchen in Preußen,
Berlin 1929
- SCHOLDER, Klaus
Die Kirchen im Dritten Reich,
in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Jg. 21 (1971), Nr. 15
- SCHOOF, Friedrich Hermann
Geschichte und Gegenwartsgestalt der kirchlichen Gerichtsbarkeit der
evangelischen Kirchen in Deutschland,
jur. Diss. Köln 1963
- SCHRAMM, Theodor
Staatsrecht, Band III: Staatslenkung und Staatsorganisation,
Köln u. a. 1972
- SCHULER, Hans
Die öffentlich-rechtliche Körperschaft - Eine Begriffsstudie -
jur. Diss. München 1908
- SELB, Dieter / BENN, Ernst Viktor
Die außergerichtliche Vertretung von Pfarrern gegenüber den evangeli-
schen Kirchenleitungen durch Rechtsanwälte,
in: ZevKR Bd. 12 (1966/67), S. 303-309, 309-313.
- SEYDEL, Max
Gewerbepolizeirecht nach RGO,
in: Annalen des Deutschen Reichs, 1881,
- SIMON, Josef
Die kirchliche Gebundenheit des staatlichen Amtes der katholischen
Theologieprofessoren in Bayern,
jur. Diss. München 1964
- SMEND, Rudolf
Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz,
in: ZevKR Bd. 1 (1951), S. 4-14
abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesre-
publik, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1967, S. 34-43
- Zur Gewährung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an
Religionsgemeinschaften gemäß Art. 137 Abs. V WRV,
in: ZevKR Bd. 2 (1952/53), S. 374-381
- Der niedersächsische Kirchenvertrag und das heutige deutsche Staats-
kirchenrecht,
in: Juristenzeitung Jg. 11 (1956), S. 50-53
- Grundsätzliche Bemerkungen zum Korporationsstatus der Kirchen,
in: ZevKR Bd. 16 (1971), S. 241-248
- SOHM, Rudolph
Kirchenrecht, 2 Bände,
Leipzig 1892
- Das Verhältnis von Staat und Kirche,
Tübingen 1873 (Neudruck Darmstadt 1965)

SPIEGLER, Gottfried

Freiheit und Gleichheit der Bekenntnisse im geltenden Recht,
jur. Diss. Marburg 1963

STASIEWSKI, Bernhard

Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Warthegau 1939-1945,
in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 7 (1959), S. 46-74

STAUDINGER, J. von

Kommentar zum BGB, I. Band Allgemeiner Theil,
2. Aufl. München 1904

STEIN, Ekkehard

Weltanschauung und Religion im Schulunterricht,
in: Recht der Jugend Jg. 15 (1967), S. 29-34

STEIN, Lorenz von

Die Verwaltungslehre,

1. Teil, 1. Aufl., Stuttgart 1865

1. Teil, 2. Abteilung, 2. Aufl. Stuttgart 1869

- Handbuch der Verwaltungslehre, Erster Teil

3. Aufl. Stuttgart 1887

STEIN, Willi

Die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ein Beitrag
zur Theorie der Körperschaften des öffentlichen Rechts, insbesondere
zur Frage nach Wesen und Rechtsstellung der kirchlichen Verbände,
vornehmlich aufgrund der Entwicklung des preußischen Rechts,
jur. Diss. Köln 1955

STENGEL, Karl

Die Organisation der preußischen Verwaltung nach den neuesten Reform-
gesetzen,
Leipzig 1884

STIEBER, Klaus

Militärseelsorge in der Bundesrepublik Deutschland, Eine Untersu-
chung zum Verhältnis von Staat und Kirche,
Mainz 1972

STIER-SOMLO, Fritz

Deutsches Reichs- und Landesstaatsrecht, Bd. I,
Berlin und Leipzig 1924

STOBEE, Otto

Handbuch des deutschen Privatrechts, Bd. 1,
3. Aufl. Berlin 1896

STRÄTZ, Hans-Wolfgang

Kirchliches Mitgliedschaftsrecht und staatliche Kirchensteuerpflicht,
in: NJW Jg. 24 (1971), S. 2193-2198

- Das staatskirchenrechtliche System des preußischen Allgemeinen Land-
rechts,

in: Civitas Bd. 11 (1972), S. 156-183

SÜSTERHENN, Adolf

Das Subsidiaritätsprinzip als Grundlage der vertikalen Gewaltenteil-
lung,

in: Vom Bonner Grundgesetz zur gesamtdeutschen Verfassung, Festschrift
zum 75. Geburtstag von Hans Nawiasky, München 1956, S. 141-155

- Zur staatskirchenrechtlichen Stellung kirchlicher Hochschulen,

in: DVBl Jg. 76 (1961), S. 181-186

TELLEMAN, Ernst

Die historische Entwicklung des Begriffs "Landeskirche" in Deutschland, insbesondere in Brandenburg-Preußen, und die den "Landeskirchen" in den dem Evangelischen Oberkirchenrat unterstehenden Landesteilen gewährten Privilegien und auferlegten Beschränkungen, Leipzig 1908

THIEME, Werner

Die Zuständigkeit staatlicher Gerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Kirchen und ihren Mitgliedern,
in: AöR Bd. 80 (1955/56), S. 423 ff.

- Artikel "Körperschaften des öffentlichen Rechts",
in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, 3. Band, 3. Aufl. Tübingen 1959, Sp. 1716-1718

TIETGEN, Walter

Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. 2. 1954,
in: DVBl Jg. 70 (1955), S. 324-326

TILING, Peter von

Die Mitwirkung der Kirchen im staatlichen Bereich,
jur. Diss. Göttingen 1968

TIHMANN, Konrad

Die sog. Konkordatsprofessuren, Geschichtliche Entwicklung und heutige Rechtsproblematik,
jur. Diss. Freiburg 1971

TIPKE, Klaus / KRUSE, Heinrich Wilhelm

Reichsabgabenordnung - Kommentar,
2.-5. Aufl. (Stand der 17. Lieferung / Dezember 1972), Köln 1965-1972

TRÖGER, Gerhard

Die verfassungsrechtliche Problematik des Kirchenlohnsteuerabzugsverfahrens,
in: ZevKR Bd. 14 (1968/69), S. 101-121

TUHR, Andreas von

Der allgemeine Teil des bürgerlichen Rechts, Erster Band,
Berlin 1910 (Neudruck 1957)

UIBEL, Siegfried

Überlegungen zum kirchlichen Mitgliedschaftsrecht,
in: NJW Jg. 19 (1966), S. 2147-2150

VOIGT, Alfred

Kirchenrecht,
Neuwied, Berlin-Spandau 1961

WALDECKER, Ludwig

Über den Begriff der Korporation des öffentlichen Rechts nach preußischem Recht,
Berlin 1913

WALTER, Johannes von

Die Geschichte des Christentums, 1. Halbband: Das Altertum,
2. Aufl. Gütersloh 1938

WEBER, Hermann

Die Religionsgemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts im System des Grundgesetzes,
Berlin 1966

- Der Rechtsschutz im kirchlichen Amtsrecht,
in: NJW Jg. 20 (1967), S. 1641-1646
- Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. 10. 1966,
in: NJW Jg. 20 (1967), S. 1672
- Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 15. 12. 1967,
in: NJW Jg. 21 (1968), S. 1345
- Besprechung von Hanns Engelhardt, Die Kirchensteuer in der Bundesrepublik Deutschland,
in: NJW Jg. 22 (1969), S. 2002
- Weltlich wirksame Rechtsprechung der Kirchengerichte? Zum Verhältnis von staatlicher und kirchlicher Gerichtsbarkeit.
In: DVBl. Jg. 85 (1970), S. 250-256
- Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. 2. 1970,
in: NJW Jg. 23 (1970), S. 1434-1435

WEBER, Hermann (Hrsg.)

Staatskirchenverträge - Textsammlung -,
München 1967

WEBER, Werner

Die Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts,
2. Aufl. München und Berlin 1943

- Die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften,
Stuttgart 1948
- Die staatskirchenrechtliche Entwicklung des nationalsozialistischen Regimes in zeitgenössischer Betrachtung,
in: Rechtsprobleme in Staat und Kirche, Festschrift für Rudolf Smend, Göttingen 1952, S. 365-386
- Die Gegenwartsfrage des Staatskirchenrechts,
in: VVDStRL Bd. 11 (1954), S. 153-176
- Anmerkung zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 18. 2. 1954,
in: NJW Jg. 7 (1954), S. 1284
- Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17. 2. 1954,
in: NJW Jg. 8 (1955), S. 725
- Die kleinen Religionsgemeinschaften im Staatskirchenrecht des nationalsozialistischen Regimes,
in: Forschungen und Berichte aus dem öffentlichen Recht, Gedächtnisschrift für Walter Jellinek 1955, S. 101-112
- Art. Körperschaften des öffentlichen Rechts,
in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 6. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1959, S. 38-41
- Zur staatskirchenrechtlichen Bedeutung des Rechts der öffentlichen Sachen,
in: ZevKR Bd. 11 (1964/65), S. 111-123
- Die neuere Entwicklung in der kirchlichen Mitwirkung bei der Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Hochschulen,
in: AöR Bd. 95 (1970), S. 408-422

WEHDEKING, Thomas Pieter

Die Kirchengutsgarantien und die Bestimmungen über Leistungen der öffentlichen Hand an die Religionsgesellschaften im Verfassungsrecht des Bundes und der Länder,
München 1971

WEIDEMANN, Helmut

Zur Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften nach der neuen Verfassung in Mitteldeutschland,
in: DVBl Jg. 84 (1969), S. 10-15

WEISS, Franz

Die staatskirchenrechtliche Stellung der religiösen Körperschaften des öffentlichen Rechts in Württemberg,
Diss. Tübingen 1932

WENDT, Peter

Bedenkliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Gesetzmäßigkeit der Verwaltung im Kirchensteuerrecht,
in: NJW Jg. 19 (1966), S. 1444-1446

WIRTH, Paul

Gerichtlicher Schutz gegenüber der kirchlichen Verwaltung. Modell eines kirchlichen Verwaltungsgerichts,
in: Arch. f. kath. Kirchenrecht Bd. 140, 1971, S. 29-73

WÖLBING, Werner - FRANK, Johann

Nochmals: Zur Rechtswirksamkeit der kirchlichen Ruhensvorschriften - Anmerkungen zum Urteil des BVerwG vom 15. 12. 1967,
in: ZevKR Bd. 14 (1968/69), S. 137-152

WOLF, Erik

Zur Rechtsgestalt der Kirche,
in: Bekenkende Kirche, Martin Niemöller zum 60. Geburtstag, München (1952), S. 254-261

- Ordnung der Kirche,
Frankfurt 1961

WOLFF, Hans Julius

Verwaltungsrecht II,
2. Aufl. München und Berlin 1967

WOLFF, Franz

Der Staat und die öffentlich-rechtliche Korporation,
jur. Diss. Erlangen 1897

WUFKA, Eduard

Anmerkung zum Urteil des Verfassungs- und Verwaltungsgerichts der VELKD vom 12. 11. 1969: Zur Zulässigkeit des kirchengerichtlichen Rechtswegs bei Streitigkeiten über die Versorgung einer Pfarrerswitwe,
in: DVBl Jg. 86 (1971), S. 119-122

ZELLER, Eduard

Staat und Kirche,
Leipzig 1873

ZEZSCHWITZ, Friedrich von

Staatliche Neutralitätspflicht und Schulgebet. Zum Urteil des Hess. St-GH vom 27. 10. 1965.

In: JZ Jg. 21 (1966), S. 337-344

ZIPFEL, Friedrich

Kirchenkampf in Deutschland 1933-1945, Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1965

ZIPPELIUS, Reinhold

Kirche und Staat und die Einheit der Staatsgewalt,

in: ZevKR Bd. 9 (1962/63), S. 42-68

abgedruckt auch in: Quaritsch-Weber, Staat und Kirchen in der Bundesrepublik, Bad Homburg v. d. H., Berlin, Zürich 1967, S. 311-333

ZITELMANN, Ernst

Begriff und Wesen der sogenannten juristischen Personen, Leipzig 1873

ZORN, Philipp

Lehrbuch des Kirchenrechts, Stuttgart 1888

ZUCK, Rüdiger

Subsidiaritätsprinzip und Grundgesetz, München 1968

ZÜNDORF, Volker

Die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften unter dem Grundgesetz, jur. Diss. Münster 1967

LEBENS LAUF

20. 2. 1941 Geburt in Altlandsberg Kreis Niedernarum
- Ostern 1947 Einschulung in die evangelische Volksschule II in Hildesheim
- Ostern 1951 Übergang zum humanistischen Gymnasium Andreanum in Hildesheim
- Ostern 1960 Abitur in Hildesheim
1. 4. 1960
bis
30. 3. 1962 Wehrdienst
- April 1962 Beginn des Studiums der Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg
- Oktober 1964 Fortsetzung des Studiums an der Freien Universität Berlin
14. 6. 1967 Erste juristische Staatsprüfung
1. 9. 1967 Beginn des Juristischen Vorbereitungsdienstes im Bezirk des Kammergerichts Berlin
1. 4. 1968 Einstellung als wissenschaftlicher Assistent beim Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht an der Freien Universität Berlin - Lehrstuhlinhaber: Prof. Dr. Fritz Werner
16. 4. 1971 Zweites juristisches Staatsexamen
1. 9. 1971 Beginn der Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsstelle für Kommunalrecht und Kommunalverfassung im kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrum des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin - Leiter der Forschungsstelle: Prof. Dr. Klaus Stern
- Seit Sept. 1973 Koordinator des Arbeitsbereichs 2 des Deutschen Instituts für Urbanistik, 1 Berlin 12, Straße des 17. Juni Nr. 112

